

P R O T O K O L L

*über die 21. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 16. Dezember 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten,*

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VICEBÜRGERMEISTER:

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

Hermann Bachner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Engelbert Huber

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Brigitte Lohnecker

Friederike Mach

Josef Mayr

DI Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Marco Vanek

VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR Mag. Helmut Lemmerer

OAR Walter Kerbl

OAR Anton Obrist

PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder

Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Fin-51/93	Projektförderung 1993 für die Bücherei der Stadt Steyr.
GHJ1-135/93	Ankauf einer Bodenreinigungs- und Pflegemaschine f. das Stadttheater, Volksstraße 5.
K-198/93	Heimathaus Steyr; Ankauf von Kunstwerken von Karl Mostböck und Siegfried Anzinger.
Ha-201/93	Festival der Regionen beim Museum Arbeitswelt; Adap- tierungsarbeiten am Vorplatz.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Präs-1166/91 Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Änderung der Bezeichnung der einzelnen Ausschüsse.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH
SABLIK:

- 2) Gem-Sta-144/93 Oö. Standortabgabegesetz; Erlassung einer Standortabgabe-Verordnung für die Stadt Steyr und Novellierung der Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr vom 3. 7. 1992.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR.
LEOPOLD PFEIL:

- 3) K-8402/92 Ausstellung Jörg Reitter; Monographie; Druckkostenbeitrag.
- 4) K-2584/84 Schloßgalerie, 3. Bauetappe, 2. Teil; Vergabe d. Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 5) Wa-43/93 Brunnenfeld Dietach - Grundwasserverunreinigung; Maßnahme zur Sicherung der Trinkwasserversorgung; Auftragsvergaben und Kostenübernahme.
- 6) ÖAG-186/93 Städt. Urnenfriedhof - Wertanpassung d. Friedhofsgebühren zum 1. 1. 1994.
Stadtwerke

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 7) Fin-39/93 Tourismusverband Steyr; Auflage eines Farbprospektes.
- 8) GHJ2-4605/92 Alten- und Pflegeheim Tabor; Aufnahme eines Darlehens nach dem Oö. Wohnbauförderungsgesetz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

- 9) Bau4-6628/88 Renovierung der Inselbrücke; Antrag auf Vergabe der Nachtragsangebote Nr. 1 und Nr. 2.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

- 10) GHJ2-7005/63 Abschluß eines Pachtvertrages über den Schloßparkpavillon.
- 11) Ha-4024/91 Bauvorhaben der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH. Resthof III D; Finanzierung nach dem Sonderwohnbauprogramm.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HEL-
MUT ZAGLER:

- 12) Präs-926/93j Bezugsregulierung 1. 1. 1994.
- 13) ÖAG-31/83 Verkehrsbetriebe der Stadtwerke Steyr; Zuerkennung einer Grundleistung.
- 14) Spa-605/93 Errichtung eines Sparkassenfonds Steyr; Satzungsänderung.
- 15) Ha-140/93 Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1994.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Ich darf Sie herzlich zur längsten und wichtigsten Sitzung des Jahres begrüßen. Ich begrüße auch die Vertreter der Medien, die hergekommen sind, um diese Sitzung zu verfolgen und ersuche um eine freundliche Bericht-erstattung. Die Tagesordnung ist rechtzeitig zugegangen. Ich eröffne diese Sitzung, stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint. Ich gebe bekannt, daß mir als Protokollprüfer die Gemeinderäte Friederike Mach und Klaus Jansky gemeldet sind. Die Funktion wird angenommen - danke sehr. Entschuldigt hat sich heute niemand.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich berichten, daß keine solchen vorhanden sind. Ich darf Ihnen die Mitteilungen des Bürgermeisters näher bringen. Zunächst ein sehr wichtiger Punkt. Diese Woche hat eine Vorsprache bei Hr. LR Dr. Josef Pühringer - dem Referenten für Straßenbau-Angelegenheiten - stattgefunden. Die Abgeordneten des Bezirkes waren dort, und auch ich hatte dazu eine Einladung. Wir haben uns ja schon länger um einen Termin bemüht. Der Straßenbau-Referent der Stadt, StR Ing. Schloßgangl, und ich waren dabei. Wir hatten Gelegenheit, die schwierige Verkehrssituation an sich dem

Referenten in der Oö. LR näher zu bringen - die Probleme, die wir auf der Ennser Straße bzw. auf dem Blümelhuberberg haben; auch die Probleme, die am Ennser Knoten vorhanden sind. Aber vor allen Dingen haben wir im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Rederbrücke vorgeschlagen. Es wird hier eine Langzeit-Baustelle geben; gleichzeitig müssen wir die Wiesenbergbrücke, die ein Provisorium darstellt, im kommenden Jahr mit einem Kostenaufwand von rd. 12 Mill. S sanieren.

Wir haben die Landesregierung, den Referenten aufgefordert, alles zu tun, damit die Planungen vorangetrieben werden, und daß in Wien eine Verordnung für dieses Nordspangen-Bauwerk stattfinden kann. Und zwar so schnell, als das überhaupt möglich ist. Wir hatten eine sehr angeregte Diskussion. Hr. LR Pühringer hat uns alle Zusagen gemacht, daß er hier sicherstellen wird, daß die Detailplanung spätestens im Jänner des kommenden Jahres nach Wien gehen wird. Dann wird es weiterer Verhandlungen über Finanzierungsmodelle bedürfen, um tatsächlich ein Vorziehen der Nordspange zu ermöglichen. Darauf kommt es uns nämlich an - im Hinblick auf diese schwierige Verkehrssituation, die uns erwartet.

Das Ziel wäre, das Brückenbauwerk, die Konstruktion im Inneren der Brücke zunächst in

einem Jahr zu sanieren, dann die Baustelle auszusetzen, die Nordspange zu bauen und erst dann die Oberflächen-Arbeiten durchzuführen, die ja verkehrsbehindernd sind. Dann würden wir durch die Entlastung, die die Nordspange bringt, leichter mit dieser Verkehrssituation fertig werden können. Wir haben alles getan, um die Dinge in diese Richtung zu treiben. Die Abgeordneten des Bezirkes haben versprochen, auf Landes- und Bundesebene diese Vorstellungen der Stadt Steyr zu unterstützen.

Einen Tag später, am 14. 12., war Hr. LR Ackerl bei mir. Er ist neu im Sozial- und Verkehrsbereich der Oö. Landesregierung ressortzuständig. Ich habe ihm ebenfalls diese Verkehrssituation erläutert und einen Lokalaugenschein mit ihm durchgeführt - zu dem Zeitpunkt, wo der Verkehr jetzt schon zusammenbricht. Er konnte sich wirklich ein Bild machen, welche Verkehrsbelastung im Raum Tabor - Resthof, aber auch auf der Rederbrücke beim Kreisverkehr, auf der Strecke Münichholz und auf der anderen Seite beim Tunnel usw. gegeben ist. Wir haben ihm auch die anderen wichtigen Straßenbauwerke erklärt.

Ein Hauptpunkt war aber auch der Bereich "Soziales". Die Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Alten- und Pflegeheim Tabor ergeben, haben wir erörtert und ihn auf die Einhaltung

der Abmachungen angesprochen - jene Abmachungen, die wir zur Finanzierung der 65 Mill. S haben, die wir im APT in 3 Jahren ausgeben möchten. Wir haben ihn auch über die Vorgangsweise informiert, daß wir zusätzliche Alten- und Pflegeheime errichten wollen. Er hat das ausdrücklich als seine Politik erklärt und uns seine Unterstützung in der vorgesehenen Form versprochen. Er wird sich sogar bemühen, beim Land Oö. ein eigenes Förderungsmodell vorzustellen, um eine entspr. Verbesserung der Förderungssituation zu erreichen. Erfreuliches darf ich insofern berichten, als die Geschützte Werkstätte - vor wenigen Monaten noch Wunsch - jetzt, sehr rasch und viel schneller als ursprüngl. erwartet, Realität wird. Es ist nämlich so, daß durch die Übernahme des Betriebes Gebeshuber bereits im Jänner mit einem Produktionsbetrieb begonnen werden kann. Die Gesch. Werkst. Linz hat einen großen Auftrag vom Österr. Bundesheer erhalten. Es wurde uns mitgeteilt, daß mit 6 - 7 Mitarbeitern die Arbeit schon im Jänner aufgenommen werden kann. Man geht bei der GW davon aus, daß der Vollbetrieb schon mit August des kommenden Jahres stattfinden und aufgenommen werden kann. Hier ist uns - glaube ich - ein großer "Wurf" gelungen, über den wir uns freuen können; gerade im Hinblick auf die Arbeitsmarkt-

Situation, über welche ich jetzt berichten möchte.

Jahreszeitlich bedingt hat sich eine leichte Verschlechterung ergeben - bes. durch die Saisoneinflüsse im Bereich der Bauwirtschaft. Auch im industriellen Bereich werden leider weiterhin Arbeitskräfte abgebaut. Die bes. Anstrengungen der AMV im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik - Ausbildungs- und Qualifizierungsbereich - führten dennoch dazu, daß die erwarteten Negativ-Rekordmarken nicht erreicht wurden. Wir liegen Gott sei Dank noch darunter. Trotzdem ist zu berichten, daß es Ende des vergangenen Monats 3.891 vorgemerkte Arbeitslose gegeben hat. Stark ist die Zunahme bei ausländischen Arbeitslosen. Was darauf schließen läßt, daß bei Freisetzungen doch die Inländer-Arbeitsplätze als sicherer betrachtet werden, und stärker auf Inländer Rücksicht genommen wird.

Meine Damen und Herren, das waren die Mitteilungen. Ich bitte Sie, die Beschlüsse des StS, die mit der Tagesordnung und mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Nun kommen wir zu Tagesordnungspunkt 5) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE". Hiezu darf ich zunächst berichten, daß zwei Dringlichkeitsanträge zugegangen sind.

Der erste Dringlichkeitsantrag gem. § 7 der GO des GR der Stadt

Steyr zur Beschlußfassung, betreffend die Ehrung nachstehender Personen:

Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Dr. Karl Grüner; Bürgermeister a. D. Heinrich Schwarz.
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an LR a. D. Dr. Albert Leibenfrost; LAbg. a. D. Maria Derflinger; LAbg. a. D. Hermann Kogler; Stadtrat a. D. Rudolf Steinmaßl.
Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Dipl.-Ing. Hermann Proyer sen.

Dieser Dringlichkeitsantrag ist ausreichend unterstützt. Ich schlage daher vor, daß wir darüber abstimmen, ob ihm die Dringlichkeit zuerkannt wird. Wenn die Dringlichkeit zuerkannt wird, schlage ich weiters vor, ihn am Ende der Sitzung zu behandeln. Gibt es zu diesem Vorschlag eine Wortmeldung? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag ist ein Zeichen, wie man heute politische Kultur in Steyr zeigt. Ehrungen sollte man nicht leichtfertig über einen Dringlichkeitsantrag durchziehen. Ich habe immer gesagt, man sollte die Personen - wenn man sich darüber nicht einig ist - entbinden, daß man eine Diskussion im GR darüber

führt. Man sollte diese Politiker aus der vorhergehenden Zeit - es sind ja nicht nur Politiker, sondern auch andere Persönlichkeiten aus dem öffentl. Leben dabei - nicht einer öffentl. Diskussion im GR aussetzen, wenn das nicht endgültig unter den Fraktionen abgesprochen ist. Wenn nun dieser Dringlichkeitsantrag zur Diskussion steht, von dem bis zur heutigen Sitzung nichts berichtet wurde, dann halte ich es unbedingt für notwendig, eine Sitzungsunterbrechung für 20 Minuten einzulegen, daß sich unsere Fraktion beraten kann, ob wir diesem Antrag die Dringlichkeit zugestehen bzw. ob wir bei diesem Personenkreis die Zustimmung für die Ehrungen geben oder nicht. Ich glaube, es sollte uns allen wichtig sein und bitte um Verständnis dafür. Es wäre leichter gewesen, wenn wir diesen Dringlichkeitsantrag gestern schon auf dem Tisch gehabt hätten. Dann wäre das nämlich in der Fraktion besprochen worden. Ich stelle den Antrag auf eine Sitzungsunterbrechung von 20 Minuten!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weiters hat sich Koll. Sablik zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung, über den wir sofort abstimmen müssen!

MAGISTRATSDIREKTOR

DR. KURT SCHMIDL:

Über einen Antrag zur GO steht jeder GR-Fraktion nur eine Wortmeldung zu, sodann ist ohne weitere Debatte abzustimmen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das erscheint auch vernünftig, denn die anderen Fraktionen müssen zur Dringlichkeit und zu GO-Anträgen Stellung nehmen können.

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFE

STADTRAT KARL HOLUB:

Das stimmt nicht, Hr. Dr. Schmidl - § 8 der GO "Anträge zur GO"!

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Absatz 3!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das Wort hat nicht Koll. Holub, es sei denn, er meldet sich!

Der Jurist hat uns gerade mitgeteilt, daß auch zu GO-Anträgen das Wort genommen werden kann. Das scheint auch plausibel zu sein! Jetzt hat sich Koll. Sablik zu Wort gemeldet. Er nimmt zur Dringlichkeit und auch zum Antrag von Vbgm. Dr. Pfeil Stellung.

VIZEBURGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des GR!
Zur Anmerkung des Hr. Vbgm.
Dr. Pfeil möchte ich sagen, daß wir sehr wohl im Rahmen der Fraktionen schon seit fast 2 Jahren über dieses Thema der Ehrungen diskutieren. Uns wurde immer wieder vom jew. Fraktionsvorsitzenden Ihrer Partei - lieber Hr. Dr. Pfeil - gesagt, daß man darüber nachdenken müsse, und sie haben immer wieder von uns verlangt, neuerliche Leistungsbeweise der zu Ehrenden aus der Vergangenheit zu erbringen. Sie haben vor anderen wortwörtlich zu mir gesagt, daß Ihnen mehr vorgelegt werden muß, was die Leute gemacht haben, damit eine Ehrung überhaupt notwendig ist.

Wir haben Ihnen immer wieder aufs neue unsere Meinung gesagt, die wir von den zu Ehrenden haben. Daß sie nämlich zu ehren sind, und daß dies eine Angelegenheit ist, die der Stadt nichts kostet. Es gehört zu unserem heimatbezogenen Gefühl, daß für Lokalpolitiker, die sich weit über den Rahmen ihres Amtes hinaus verdient gemacht haben, diese Ehrungen von der Stadt beantragt werden können. Das ist der Sachverhalt, und ich glaube, es richtig wiedergegeben zu haben.

Zur Dringlichkeit ist zu sagen, daß unserer Meinung nach 2 Jahre lange Verhandlungen genug sind - 2 Jahre der "ewigen Debat-

tiererei". Eine gew. Anstandsfrist muß auch hier eintreten - nämlich zw. dem Ausscheiden aus der aktiven Politik dieser Leute und dem Zeitpunkt der Ehrung. Wir meinen, daß 2 Jahre genug sind. Nachdem wir gesehen haben, daß es nicht auf der Tagesordnung des GR ist, stellen wir diesen Antrag heute - in der letzten Sitzung dieses Jahres 1993. Es ist als dringlich genug zu erachten, sodaß wir heute darüber debattieren bzw. einen Beschluß fassen können. Wir stimmen natürlich - obwohl es eigentlich gar nicht notwendig ist - dieser Unterbrechung zu und geben Ihnen gerne jederzeit genügend Zeit, die Sie benötigen, wenn Sie noch einmal darüber nachdenken wollen.

Uns liegt etwas daran, daß alle Fraktionen, die sich zu Steyr bekennen, auch die Leistungen der Leute, die heute in diesem Antrag stehen, würdigen und ihnen die Ehrung zukommen lassen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort hat sich Hr. Ing. Schloßgangl gemeldet.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Wir haben 2 Jahre lang über die Ehrenbürgerwürde-Verleihung an Bgm. a. D. Heinrich Schwarz und über die Verleihung des Ehrenringes an die anderen

verdienten Politiker diskutiert. Es war noch in Zeiten, als Hr. StR Eichhübl Fraktionsobmann der FPÖ war, wobei wir teilw. Zustimmung und teilw. Ablehnung erhalten haben. Es kam sehr oft vor, daß bei den Fraktionsvorsitzenden-Besprechungen vergessen wurde, dieses Thema zu behandeln oder man sich nicht klar deklarieren wollte.

Daher bin ich der Meinung, daß es nach über 2 Jahren an der Zeit ist, daß dieses Kapitel einmal abgeschlossen wird und diese Ehrungen durchgeführt werden. Zur Unterbrechung der Sitzung. Ich bin gerne bereit, dieser zuzustimmen, damit sich die FPÖ-Fraktion noch weiter beraten kann.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Wenn nicht, würde ich bitten, daß wir über den Antrag des Hr. Vbgm. Dr. Pfeil - Sitzungsunterbrechung von 20 Minuten - abstimmen. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für die Sitzungsunterbrechung ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall, einstimmig angenommen. Die Sitzung ist für 20 Minuten unterbrochen.

PAUSE VON 9.45 BIS 10.05 UHR

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochenen Beratungen wieder auf. Ich darf fragen, ob nach dieser Beratungspause jemand zum Dringlichkeitsantrag Stellung nehmen möchte? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte wiederholen, was ich zuerst gesagt habe. Ich finde, daß es nicht der passende Augenblick ist, heute in der Budget-Sitzung über Ehrungen mit einem Dringlichkeitsantrag zu debattieren bzw. abzustimmen. Wir finden, daß es wirklich verabsäumt wurde, rechtzeitig und ausführlich darüber zu diskutieren. Es gibt seit Frühjahr keine Fraktionsobmänner-Besprechungen mehr, es wurde lediglich bei den Budget-Verhandlungen junktimiert. Da unterscheiden wir uns, Hr. Vbgm. Sablik! Es wurde lediglich junktimiert - ein Nachlassen bzw. eine Verbesserung unserer Budgetwünsche verbunden mit den Ehrenbürgerschaften und Ehrenschaften. Da habe ich immer gesagt, ich trenne das eine von dem anderen und lasse mich auf keinen "Kuhhandel" ein. Ich habe gebeten, man soll die zu ehrenden Personen entbinden, daß wir heute und hier eine peinliche Diskussion über Ehrenbürgerschaften in dieser

Stadt haben. Das wäre das erste Mal, daß wir hier keine einheitl. Vorgangsweise haben. Das erste Mal!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wir haben uns beraten, ohne auf den bezeichneten Personenkreis näher einzugehen. Wir wollen hier - mit Schutz auf die Betroffenen - weder das Positive noch das Negative herausstreichen. Wir werden ein differenziertes Abstimmungsverhältnis haben. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich möchte zwischendurch berichten, daß mir bei den Protokollprüfern eine Änderung angezeigt wurde: anstelle von Hr. GR Jansky wird Fr. GR Lohnecker als Protokollprüferin für diese Sitzung fungieren, da Hr. Koll. Jansky die Sitzung zeitweilig verlassen muß.

Die Beschlußfassung über die Dringlichkeit steht noch aus. Es wurde der Vorschlag gemacht, diesen Tagesordnungspunkt sofort in Behandlung zu nehmen, wenn ihm die Dringlichkeit zuerkannt wird. Ich lasse über diesen Vorschlag abstimmen. Wer dafür ist, daß diesem Antrag die Dringlichkeit und die sofortige Behandlung zugesprochen wird, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Wer ist dagegen? 8

Gegenstimmen (FP). Der Antrag ist mit Mehrheit beschlossen.

Weiters liegt ein zweiter Dringlichkeitsantrag vor, der ausreichend unterstützt ist:

Der GR wolle beschließen:

Grundsatzerklärung des Gemeinderates

Der GR der Stadt Steyr begrüßt die Maßnahmen, die das konfliktfreie Zusammenleben von In- und Ausländern bzw. von den versch. Ausländergruppen in Steyr zum Ziel haben. In diesem Zusammenhang erklärt der GR der Stadt Steyr seine grundsätzliche Bereitschaft, daß in Zusammenarbeit mit Proponenten verschiedener, bereits schon jetzt im Bereich "Ausländer" tätiger Gruppen und Institutionen, ein praktikables Modell zur besseren Integration, Information und Kommunikation für In- und Ausländer ausgearbeitet wird.

Ein derartiges Konzept soll zwecks frühestmöglicher Realisierung dem GR der Stadt Steyr ehestmöglich zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Der GR der Stadt Steyr erklärt sich weiter bereit, für die Verwirklichung eines derartigen Projektes grundsätzlich finanzielle Mittel in Aussicht zu stellen, verlangt aber ausdrücklich die budgetäre Einbeziehung von Bundes- und Landesdienststellen.

Es ergeht der Antrag, daß auch diese Grundsatzklärung als

Dringlichkeitsantrag gleich am Beginn der Sitzung behandelt werden soll. Wer damit einverstanden ist, daß auch dem zweiten Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird, den bitte ich um ein ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Hr. Bürgermeister, ich möchte mich zu Wort melden!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Wortmeldung dazu, bitte Hr. StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Ohne auf den Inhalt näher einzugehen, ob ich dafür oder dagegen bin, möchte ich nach kurzer Durchsicht dieses Antrages feststellen, daß zwar drinnen steht, daß sich die Gemeinde bereiterklärt, grundsätzlich Mittel dafür bereitzustellen. Das scheint mir doch etwas zu wenig zu sein. Ich glaube daher, daß es notwendig wäre, einmal eine Planung zu erstellen, welche Kosten in diesem Bereich zu erwarten sind, wieviele Förderungsmittel man für diesen Belang vom Land erhalten ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege, es geht um die Dringlichkeit - nicht um den Inhalt!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... daher glaube ich, ist es nicht erforderlich, heute einen Dringlichkeitsbeschluß aufgrund dieser fehlenden Passagen - jetzt komme ich darauf, Hr. Bgm. - zu absolvieren. Ich glaube - das sage ich von meiner Person aus -, daß die Antragsteller diesen Antrag vorerst zurückziehen sollten, um diese von mir aufgeworfenen Fragen zu klären, weil ich aus diesem Grunde der Dringlichkeit die Zustimmung nicht geben werde.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung zur Frage der Dringlichkeit? Nicht mehr der Fall, dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer ist dagegen? 6 Gegenstimmen (FP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen - er wird nach dem Dringlichkeitsantrag I einer inhaltl. Behandlung zugeführt. Nunmehr komme ich zum ersten Antrag:

Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Dr. Karl Grünner - es ergeht der gemeinsame Antrag:

Der GR wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 4. Juni 1993 wird Herr LH-Stellvertreter Dr.

Karl Grüner mit der Ehrenbürgerwürde gem. § 5 Abs. 1 StS Steyr, LGBL. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste als Gemeindereferent für die Stadt Steyr in seiner Amtszeit als LH-Stellvertreter von 1982 bis 1993, wo er die weitere Entwicklung der Stadt Steyr in vielen Vorhaben und Projekten sowohl ideell als auch materiell und finanziell bestmöglich gefördert hat."

Ich darf fragen, wer zu diesem Antrag das Wort wünscht? Keine Wortmeldung, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer ist dagegen? 5 Gegenstimmen (FP). Übt jemand Stimmenthaltung? 3 Enthaltungen (FP). Der Antrag ist mit der erforderl. Mehrheit angenommen.

Der nächste Antrag betrifft die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Hr. Bgm. a. D. Heinrich Schwarz - es ergeht der gemeinsame Antrag:

Der GR wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 1. Juni 1993

wird Herr Altbürgermeister Heinrich Schwarz mit der Ehrenbürgerwürde gem. § 5 Abs. 1 StS Steyr, LGBL. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um die Stadt Steyr in seiner Amtszeit als Kommunalpolitiker von 1967 bis 1991 und insbesondere als Bürgermeister von 1984 bis 1991, wo er um die Weiterentwicklung der Stadt auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und dem Schulsektor bemüht war."

Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? Hr. Koll. Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Mein Fraktionsobmann hat ja schon einiges dazu gesagt. Eine Ehrung ist für mich etwas Besonderes, ich gehe mit dem Begriff "EHRE" sehr sorgfältig um. Im Sinne der zu Ehrenden frage ich mich selbst, ob sie froh sind, wie wir das heute hier abhandeln! Jetzt geht es um den ehem. Bgm. der Stadt Steyr, und ich glaube, gerade bei einem Bgm. sollte auch das Volk ein bißchen mitreden können. Wenn ich das

Gefühl habe, daß die Steyrer Bevölkerung hinter der Ehrung steht, dann gebe ich auch meine Zustimmung. In diesem Fall fühle ich mich überrumpelt; ich halte es einfach nicht für richtig, eine Ehrung in dieser Art und Weise an einem Tag, wo wir im großen und ganzen über das Budget abstimmen sollen, abzuhandeln. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Hr. Koll. Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich möchte mich deshalb zu Wort melden, daß mein Nichtmitstimmen in diesen Anträgen nicht etwa als eine Ablehnung durch mich verstanden wird - im Gegenteil. Ich bin durchaus der Meinung, daß die Vorgeschlagenen die Ehrungen wahrlich verdienen. Ich möchte auch eine kleine Korrektur zum GR Fürweger anbringen.

Wenn ich die Meinung in der Öffentlichkeit richtig einschätze, Hr. Kollege, so wird eher das Unverständnis der Mehrheit der Bürger auf der Seite sein, wenn man sagt, dem ehem. Bgm. Heinrich Schwarz, der durch seine Menschlichkeit nicht nur sehr viel in der Gemeindestube geprägt hat, sondern auch eine bedeutende Epoche in der Stadt Steyr ausgeformt hat. Ich glaube, daß es wirklich unverständlich

wäre, Heinrich Schwarz für seine Funktion als Bgm. und für seine Menschlichkeit nicht zu ehren. Er hat es sich wahrlich verdient, und ich kann mich an andere geehrte Personen erinnern, die der GR mit derselben Würde ausgezeichnet hat, die weniger Zustimmung der allg. Bevölkerung gefunden haben.

Ich stehe mit vollem Herzen zu den Anträgen, auch wenn ich nicht mitstimmen kann.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Frau Kollegin Bauer bitte.

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Warum ich grundsätzlich gegen Ehrungen bin: ich finde, das ist so eine verstaubte, antiquarische Methode wie in der Monarchie, wo man alles und jeden mit einem Orden behängen muß. Ein Politiker bekommt ein Salär dafür, daß er eine anständige und ordentl. Arbeit macht. Wenn sich jeder an diesen Schwur erinnert, den er hier herinnen geleistet hat - "... nach bestem Wissen und Gewissen, seine Arbeit zu tun ..." - dann, finde ich, hat jeder Politiker nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan. Ich finde es nicht notwendig, daß man dann noch Ehrungen, Orden und sonstiges aufhängt! Darum bin ich generell gegen Ehrungen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, daß der Hr. Bgm. a. D. Heinrich Schwarz die Ehrenbürgerwürde verliehen bekommt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? 2 Gegenstimmen (FP). Wer enthält sich der Stimme? 1 Enthaltung (FP). Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich sehr herzlich!

Der nächste Antrag betrifft die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Hr. LR a. D. Dr. Albert Leibenfrost - der Antrag lautet:

Der GR wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 3. Juni 1993 wird Herr LR a. D. Dr. Albert Leibenfrost mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1, StS, LGBL. Nr. 9/92, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um die Wirtschaftspolitik der Stadt Steyr, insbesondere um die Ansiedlung und den weiteren

Ausbau des BMW-Motorenwerkes in Steyr."

Der Antrag steht zur Diskussion; ich darf fragen, wer das Wort wünscht? Keine Wortmeldung - wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer ist dagegen? 3 Gegenstimmen (FP). Übt jemand Stimmenthaltung? 5 Enthaltungen (FP). Auch dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden und ist somit angenommen. Ich danke herzlich.

Der nächste Antrag betrifft die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Fr. LAbg. a. D. Maria Derflinger - es ergeht folgender gemeinsamer Antrag an den GR:

Der GR wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 4. Juni 1993 wird Fr. LAbg. a. D. Maria Derflinger mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1, StS, LGBL. Nr. 9/92, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung ihrer außerordentlichen Verdienste um die Stadt sowie um die Belange der Frauen auf Regional-, Landes- und Bundesebene, insbes. in der Zeit als Kommunal-, Landes- und Bun-

despolitikerin von 1973 bis 1991, wo sie um die gedeihliche, gesellschaftspolitische Entwicklung der Stadt und der Frauenbelange bemüht war."

Dieser Antrag steht ebenfalls zur Diskussion - wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? 3 Gegenstimmen (FP). Wer enthält sich der Stimme? 5 Stimmenthaltungen (FP). Auch dieser Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Nächster Antrag - er betrifft die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Hr. LAbg. a. D. Hermann Kogler - es ergeht folgender gemeinsamer Antrag:

Der GR wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 4. Juni 1993 wird Hr. LAbg. a. D. Hermann Kogler mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1, StS, LGBl. Nr. 9/92, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um die Stadt Steyr als Abgeordneter zum Oö. Landtag sowie um die wesentl.

Verbesserung der Voraussetzungen für die Zivilinvaliden auf kommunaler Ebene."

Der Antrag steht zur Diskussion - wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung, also stimmen wir ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke vielmals. Wer ist gegen diesen Antrag? 3 Gegenstimmen (FP). Übt jemand Stimmenthaltung? 5 Enthaltungen (FP). Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen.

Der nächste Antrag beinhaltet die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Hr. Stadtrat a. D. Rudolf Steinmaßl - es ergeht der folgende gemeinsame Antrag:

Der GR wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 2. Juni 1993 wird Hrn. StR a. D. Rudolf Steinmaßl der Ehrenring der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1, StS, LGBl. Nr. 9/92, verliehen.

Die Eintragung in das Buch für die Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das Normalmaß hinausreichenden Verdienste um die Stadt Steyr und insbes. für sein Wirken als Stadtrat für die kommunalen Betriebe von 1984 bis 1991, wo er um die weitere Entwicklung der Stadt bemüht war."

Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer ist dagegen? 2 Gegenstimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? 6 Enthaltungen (FP). Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. Ich bedanke mich herzlich!

Der letzte diesbezügl. Antrag betrifft die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Hr. Dipl.-Ing. Hermann Proyer sen. - der gemeinsame Antrag lautet:

Der GR wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 4. Juni 1993 wird Hr. Dipl.-Ing. Hermann Proyer sen. mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1, StS, LGBl. Nr. 9/92, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um den sozialen Wohnbau in Steyr in den letzten Jahrzehnten, wo er um die weitere Entwicklung der Stadt auf dem Wohnungs- und Bausektor bemüht war."

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Hr. Koll. Dr. Schwager hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Meine sehr geehrten Herren Bgm., meine Damen und Herren! Das Abstimmungsverhalten in diesem Fall soll nicht meine Mißbilligung des Vorganges hinsichtlich der Dringlichkeit zum Ausdruck bringen. Und es soll auch keine Sachabstimmung sein. Das ist ein Ausnahmefall - wir haben bisher über Politiker gesprochen. Hier geht darum, ob ein verdienter Bürger unserer Stadt eine Ehrung erhalten soll. Wir haben hinsichtlich der Politiker auch sachlich differenziert, wie Sie gemerkt haben, daß die Mehrheit von uns bei Hrn. Bgm. Schwarz selbstverständlich dafür gestimmt hat. Bei Hrn. DI Proyer möchte ich mein Stimmverhalten als persönliches anzeigen; nämlich wegen Befangenheit, nachdem ich mit ihm persönlich sehr gut bekannt bin.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr für diese Mitteilung. Ist eine weitere Wortmeldung vorhanden? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, daß Hr. DI Proyer eine Ehrenmedaille infolge seiner Leistungen erhält, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist

jemand gegen diesen Antrag? 4
Gegenstimmen (FP). Wer übt
Stimmenthaltung? 4 Stimment-
haltungen (FP). Auch dieser
Antrag ist mit der erforderlichen
Mehrheit angenommen. Ich
danke herzlich.

Damit kommen wir zum zweiten
Dringlichkeitsantrag. Er hat die
Dringlichkeit zuerkannt bekom-
men und steht jetzt inhaltlich zur
Debatte. Wer wünscht das Wort?
Hr. Koll. Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Herren Bürger-
meister, geschätzte Damen und
Herren des GR! Ich glaube, Ihnen
ist in der letzten Zeit dieses
Papier bezüglich des Inte-
grationsprojektes für In- und
Ausländer zugegangen. Es soll in
erster Linie einmal eine
Diskussions-Grundlage
geschaffen werden. Der Zweck
dieser Dringlichkeit ist dadurch
gegeben, daß wir uns für das
nächste Jahr eine Art
Hausaufgabe verschreiben
sollten. Ich glaube, daß es
unbedingt wichtig ist, daß sich
die Parteien diesbezüglich
zusammenreden, und der Antrag
ist ohnehin so offen gehalten
worden, daß Sie sich hier auch
einbringen können.

Wir müssen uns bis Ende März
einmal Gedanken machen. Es
besteht - glaube ich - kein
Zweifel darüber, daß die
Problematik nicht besser wird,
wenn wir nicht darüber reden.
Wenn wir uns bis März

zusammensitzen - es herrschen
ja versch. Meinungen dazu - und
über dieses Projekt sprechen,
können wir meiner Meinung
nach Positives für die
Bevölkerung in Steyrdorf und im
Wehrgraben leisten. Das ist der
Grund der Dringlichkeit und auch
der Grund, warum ich mich jetzt
zu Wort gemeldet habe. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Als nächster hat
sich Vbgm. Sablik zu Wort
gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren! Den
einzelnen Fraktionen wurde ja
vom Personen-Komitee bereits
eine umfangreiche Projektstudie
übermittelt. Daher setze ich
voraus, daß jeder von Ihnen in
etwa den Inhalt kennt.

Als Vertreter der Sozial-
demokraten muß ich sagen, daß
wir uns immer für das Prinzip
der Solidarität bei unserem
Handeln eingesetzt haben. Ich
muß aber auch sagen, daß wir in
erster Linie den Bürgern der
Stadt verpflichtet sind. Bürger
sind laut Statut andere Personen
wie die Bewohner der Stadt im
großen und ganzen. Für die
Bürger der Stadt müssen wir als
Gemeinderäte zuerst sorgen. Das
ist eine Verpflichtung. Das heißt
aber nicht, daß - Bürger kann ja
nur ein Österreicher sein - wir
nur für die Österreicher alleine
agieren. Denn im täglichen

Zusammenleben gibt es eben Konflikte - das läßt sich nicht bestreiten. Wir müssen uns gemeinsam Gedanken machen, wie das unser Koll. GR Apfelthaler ausgeführt hat. Wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie wir gewisse Konflikte bereinigen können. Damit meine ich aber nur gewisse Konfliktstoffe, die durch das Zusammenleben hervorgerufen werden. Konfliktstoffe, die aus dem Ausland importiert wurden - nämlich Kurden gegen "graue Wölfe" der Türken, und alle habe hier ihre Niederlassungen in Steyr; oder Serben, Kroaten bzw. Kosovo-Albaner gegen echte Albaner usw., dann noch durchmischt mit Differenzen aus den versch. religiösen Bekenntnissen dieser Leute - müssen durchdacht werden. Ich glaube nicht, daß mit einem einzelnen Diplom-Sozialarbeiter das Auslangen gefunden wird.

Ich will hier nicht einer großen Stelle mit sehr vielen Beschäftigten das Wort reden; ich meine nur, daß diese Integrations-Modelle, wie wir sie aus anderen Städten kennen, nicht unbedingt auf Steyr zu übertragen sind und die Wirksamkeit hier genauso sein muß, wie woanders!

Unsere Fraktion erklärt sich grundsätzlich bereit, hier mitzuarbeiten. Wir haben auch schon in den letzten Jahren mitgearbeitet in diesem Personen-Komitee mitgearbeitet

- durch Entsendung unserer Kollegen StR Ehrenhuber, StR Tatzreiter und GR Strobl, weil er aus diesem Gebiet der Vertreter ist. Wir werden auch weiterhin mitarbeiten, aber wir geben noch keine Garantie-Erklärung ab. Wir sagen jedoch eines, und darauf kommen wir noch zu sprechen: daß nämlich ein finanzieller Ansatzposten hier im Budget aufscheinen wird. Allerdings muß ich Bund und Land aufrufen, ihre Pflichten zu erfüllen!

Koll. Zagler hat bei der letzten GR-Sitzung ausdrücklich den Standpunkt der Fraktion vertreten. Die, die Steuern für gew. Zwecke einnehmen, nämlich Bund und Land, sind aufgerufen und verpflichtet, dann aus diesen Steuern auch die Finanzierung von Modellen, wie das vorliegende eines ist, zu übernehmen. Darauf werden wir uns beziehen, denn es kann nicht sein, daß der Bund durch seine Einwanderungspolitik Steyr Lasten aufbürdet, die weit über das Maß des Möglichen hinausgehen, und die Bewältigung dann der Stadt alleine überläßt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster ist Hr. Dr. Tilman Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Auf die

Gefahr, daß ich wieder in den Ruf komme, Hrn. Vbgm. Sablik einen Blumenstrauß zu geben, ich kann die Einleitungsabsätze - möchte ich sagen - seiner vorherigen Rede nur "unterschreiben" und kann auch unsererseits dazu sagen, daß wir im Prinzip mit dem einverstanden sind, was dieser Dringlichkeitsantrag aussagen will.

Es ergibt sich nur ein Änderungswunsch, der entweder ex praesidio vom Hrn. Bürgermeister gleich berücksichtigt werden könnte oder sonst von uns als Abänderungsantrag eingebracht werden würde.

Wir könnten dem Antrag zustimmen, wenn die Wortfolge "... grundsätzliche Bereitschaft, daß vom Ausschuß für soziale Angelegenheiten ..." dann müßte entfallen: "... in Zusammenarbeit mit Proponenten verschiedener, bereits schon jetzt im Bereich 'Ausländer' tätiger Gruppen und Institutionen". Das müßte entfallen, dann würde es heißen: "... ein praktikables Modell zur besseren Integration, Information und Kommunikation für In- und Ausländer in Zusammenarbeit mit dem 'noch' Wohlfahrts-, später Sozialausschuß ausgearbeitet wird".

Im übrigen könnten wir, wie gesagt, diesem Antrag zustimmen. Wir wollen vermieden haben, daß irgendjemand - auch ein sehr weit von den pol. Willensbildungen im GR Entfernter - hier eine Art außer-

betriebliche Mitbestimmung gestalten will. In den Ausschüssen kann und muß sich der pol. Wille ja sowieso bilden. Es besteht dort Gelegenheit zur Diskussion; auch im Sozialausschuß hat man die Möglichkeit, sich entsprechender Berater - hier ist jeder herzlich eingeladen, der etwas davon versteht - zu bedienen. Daher glaube ich, daß wir den Abänderungsantrag in dieser Form auch einbringen werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Vielleicht ist es möglich, daß dieser Änderungswunsch auch schriftlich vorgelegt wird. Ich würde die weiteren Redner bitten, in ihren Beiträgen bereits darauf einzugehen. Nächster am Wort ist Koll. Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Daß die Thematik der Bewältigung der Probleme, insbes. in Steyrdorf, die sich dadurch ergeben, daß der Anteil an nicht deutschsprechenden Bewohnern teilw. größer ist als der Anteil der Deutschsprechenden, beschäftigt den GR verbal schon einige Zeit. Die Gruppierungen, u. a. das Personen-Komitee für ein in- und ausländerfreundliches Steyr, die sich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, und zwar von der meiner Meinung nach richtigen Position aus, daß man nicht mit Ausgrenzen Probleme bewältigen kann,

sondern mit Integrieren, sind durchaus hervorhebenswert; sie sind auch rel. weit gediehen. Es hat im September eine Aussprache der Gruppierungen mit den Bürgern und Bewohnern im Lokal Atrium gegeben. Dabei sind Positionen verglichen worden, und es hat dort eigentlich eine Übereinstimmung in wesentl. Punkten gegeben. Die eine Übereinstimmung war, daß sich alle Anwesenden dafür verwenden wollten, daß nicht ein Geschäftsapparat im Rahmen des Komitees für ein in- und ausländerfreundliches Steyr aufgebaut wird, sondern daß dieser Geschäftsapparat bzw. der Gemeinwesenarbeiter bzw. der Sozialarbeiter im Rahmen und in der Rückendeckung des Magistrates tätig sein soll, damit insbes. die Gruppen, die aus dem Ausland kommen, die von ihrer Heimat her doch an starke Autoritäten gewohnt sind, die Autorität der öffentl. Hand mitanerkennen, die dahintersteht. Das wäre die eine Absicht.

Die zweite Absicht war, daß man den Gemeinwesenarbeiter nicht etwa hilflos in der Gegend herumschicken sollte, sondern ihn tatsächlich auch mit der Rückendeckung der gesamten Administration und der Stadt als Begriff und als Rechtsperson ausstatten sollte.

Wir waren - zumind. die Vertreter der pol. Parteien (wir waren ja nicht als Vertreter der Stadt dort) - der Meinung, daß es

nicht richtig wäre - und das weicht ab von diesem Papier -, ein Zentrum im Sinn eines Hauses, eines Lokales zu errichten. Wir waren aber der Meinung, daß die zentrale Bemühung ein quasi geistiges Haus darstellen sollte. Nicht etwa, weil wir es den Initiatoren gegönnt hätten, ein Zentrum im Sinne eines baulichen Hauses zu errichten, sondern weil wir meinen und meinten, daß derzeit eine neue Ghettoisierung durchaus unerwünscht sein müßte - zumal ja die Probleme der Gegenwart noch nicht bewältigt sind und die Integration noch nicht so weit fortgeschritten ist.

Wir waren der Meinung - jetzt komme ich auf das, was Dr. Schwager hier als Abänderung vorschlägt -, daß es versch. Gruppierungen gibt, die sich sehr wohl im intern-demokratischen Fortgang Sprecherinnen und Sprecher gegeben haben, die durchaus repräsentativ sein können für die Gruppe, die sie vertreten. Sodaß man also nicht durch die Abänderung, die Dr. Schwager vorschlägt, den GR jetzt in die Situation bringen dürfte, daß alle jene Initiativen, die vorweg gesetzt wurden, plötzlich als unernst dastehen. Aus diesem Grund möchte ich Ihnen empfehlen, dem Abänderungsantrag nicht beizutreten - auch wenn ich ihn in seinem Sinn ein wenig verstehe, weil er damit die Verantwortung wieder in die

Stadt bringt, wo sie auch hingehört!

Wir haben als Gemeinde-Vertreter die Verantwortung zu tragen, zu nehmen und durch-zuziehen - für die Bewohner und Bürger unserer Stadt, nachdem dieser Unterschied schon herangezogen wurde. Ich bin zwar nicht unbedingt der Meinung, daß wir immer Bewohner und Bürger I. und II. Klasse in der Stadt haben, sondern daß wir die Anliegen all jener haben und bewältigen müssen, die mit uns unter einem gemeinsamen Dach, in einer Gemeinschaft, also in der Gemeinde leben.

Das wäre der ganz massive Hintergrund; auch in dem Sinn, wie ich das Wort Zentrum verstehen möchte. Die Gemeinde, die Gemeindevertretung, die Verwaltung der Stadt sollte in den ersten Anfangszügen das Zentrum sein, in dem die Integration personalisiert ist. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, daß die Konfliktstellung "In-länder - Ausländer" aus dem Realitätsbild der Stadt verschwinden muß! Das läßt sich nicht anordnen, das läßt sich nur leben! In Konflikten kann man mitunter ohne Hilfe nicht ans Tageslicht sehen, sodaß ich glaube, daß die einzelnen Gruppen Moderatoren brauchen. Wer von uns nicht versteht, welche Funktion ein Moderator in einem Gruppenprozeß hat, der wird jetzt mit dem Ausdruck gar nichts anfangen können, der ist

aber auch in seinem geistigen Aufbau noch gar nicht so weit, zu verstehen, welcher Versuch hier überhaupt gewagt wird. Es geht nicht darum, die Gruppen zu trennen, sondern die Gruppen zu verbinden. Und es geht darum, den einzelnen Gruppen - sowohl den deutschsprechenden als auch den nicht deutschsprechenden - die gegenseitigen Erwartungs-haltungen klar zu machen. Diese Verdeutlichung geht am besten durch die Vertretungspersonen der einzelnen Gruppen - das ist meine Position - und geht am besten mit Hilfe von einem oder mehreren Moderatoren. Diese Moderatoren müssen die Ge-wichtigkeit der Stadt hinter sich haben. Soweit die Position zur Klarstellung der Motivation, warum die Mitglieder der ÖVP-Fraktion diesem Dring-lichkeitsantrag beigetreten sind, und warum ich Sie bitte, dem Abänderungsantrag des Dr. Schwager nicht die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke Koll. Holub. Als nächster hat sich Hr. GR Vanek zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich glaube, daß es nicht notwendig ist, dem Abänderungsantrag von Dr. Schwager zuzustimmen. Und

zwar aus dem Grund, weil wir glauben, daß - auf den Sozialausschuß bezogen - der Sozialausschuß sowieso in die ganzen Verhandlungen miteinbezogen wird. Aber ich glaube nicht, daß wir nur im Sozialausschuß alleine das machen sollten, sondern wirklich - wie Hr. Holub gesagt hat - mit den demokratisch legitimierten Vertretern der einzelnen Vereine verhandeln sollen. Nicht unbedingt nur im Sozialausschuß! Ich stelle daher den Zusatzantrag, besser gesagt den Abänderungsantrag, daß wir diese Erklärung dahingehend ergänzen, daß der Wortlaut folgendermaßen heißt: "In diesem Zusammenhang erklärt der GR der Stadt Steyr seine grundsätzliche Bereitschaft, daß in Zusammenarbeit des Sozialausschusses mit Proponenten verschiedener, bereits ... Verhandlungen aufgenommen werden".

Ich verstehe diesen Grundsatzbeschluß folgendermaßen. Ich glaube, daß durch die Vorlage des Konzeptes vom Komitee für ein ausländerfreundliches Steyr einmal eine Diskussionsgrundlage vorgelegt wurde, die dann in den einzelnen Parteien diskutiert wird und anschließend gemeinsam das Projekt ausgearbeitet und beschlossen wird. Das Projekt von diesem Komitee ist nicht die endgültige Fassung, sondern es ist ein Diskussions-Vorschlag. So verstehe ich das, und so

verstehen es, glaube ich, auch die Vertreter der anderen Parteien. Dieser Vorschlag sollte dann in den einzelnen Gremien mit den Vereinen - ich betone "mit den Vereinen" - diskutiert werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der nächste am Wort ist Koll. Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des GR! In diesem doch eher allg. gehaltenen Grundsatzantrag der GAL geht es doch im Grunde genommen nur um dieses Integrationszentrum in Steyrdorf, mit dem Sie sich offensichtlich die Zustimmung zum heurigen Budget erkaufte haben. Der Budgetposten mit 1 Mill. S im Voranschlag wurde bereits berücksichtigt, wo bereits Kosten vorgesehen sind.

Ich darf aber hier doch eines ganz klar festhalten und auch den Hrn. Vbgm. Sablik zitieren. Ich kann das nur unterstützen und hoffe, er bleibt auch bei seiner Meinung. Auch er hat gemeint, daß man dort draußen ein Integrationszentrum gegen den Willen der Bevölkerung nicht errichten soll und auch nicht errichten kann. Es gibt ein überparteiliches Bürgerforum in Steyrdorf, das sich mit den Problemen dort intensiv beschäftigt. Die haben ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß

derartiges jetzt von der österr. Bevölkerung in Steyrdorf nicht erwünscht ist. Weil nämlich - und ich verstehe diese Sorgen auch - befürchtet wird, daß mit diesem Integrationszentrum mit Steuermitteln eine Umwandlung dort draußen stattfinden soll. Die kann ja bitte nicht stattfinden. Wir können nicht in einem Stadtteil 40 % integrieren und unsere Bevölkerung großen Ängsten und anderen Zuständen, die man ihnen nicht zutrauen kann, aussetzen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Der Bürgermeister hat sich bereiterklärt, neben seinem Haus eines zu errichten!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Momentan haben wir dort 22 %! Damit wir hier Legendenbildungen vorbeugen! Der nächste am Wort ist Hr. GR Fürweger.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wenn man diesen Antrag so liest, hat man das Gefühl, als hätte es bis jetzt in Steyr überhaupt keine Integration gegeben. Hr. Bgm., wir haben jetzt 1.000 Bedienstete beim Magistrat beschäftigt, und es müßten eigentlich schon Leute da sein, die sich um die Integration kümmern. Wenn wir

jetzt erst darauf kommen, ist es ein bißchen zu spät!

Was mein Vorredner gesagt hat, trifft voll zu. Ich habe sogar selbst einmal mit einem Koll. von Ihnen, Hr. Mag. Neuhauser, gesprochen. Auch er hat gemeint, es ist nicht gut, ein Büro in Steyrdorf zu errichten. Denn gerade dann haben die Leute, die Steyrer Bevölkerung das Gefühl, Steyrdorf wird das Zentrum der Ausländer in Steyr. Ich glaube, das soll es nicht sein. Das Zentrum der Verwaltung ist das Rathaus. Das Rathaus soll die Anlaufstelle sein.

Wenn man von Integration spricht, so möchte ich auch unsere Mitbürger ansprechen, wenn ich auf einen Zeitungsartikel der Oö. Nachrichten vom 10. 12. zurückgreife, wo es um die Schwarzarbeit geht. Hier ist wörtlich zu lesen: "Verstärkte Kontrollen und schärfere Strafen sind notwendig - auch im Interesse aller anständigen Unternehmer, die unter dieser Schmutzkonkurrenz zu leiden haben! Wir haben in OÖ. 774 Betriebe, und in 202 Firmen wurde Schwarzarbeit festgestellt. Der Gewerkschaftsbund schätzt, daß in OÖ. nach wie vor 10.000 bis 20.000 Ausländer illegal beschäftigt sind. Es werden angeblich 80 - 160 Mill. S an diese Schwarzarbeiter ausbezahlt." Der Gewerkschaftsbund spricht, daß es hier wahrscheinlich nur um Schwarzgeld gehen kann. Das sollte uns eigentlich auch zu denken geben!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Zur Sache, Hr. Kollege!

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Das ist die Sache, Hr. Bgm.!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Wir reden nicht über Be-
schäftigungspolitik! Also, zur
Sache bitte!

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Die Ausländer, die jetzt in
Steyrdorf wohnen, haben sehr
wohl eine Beschäftigung in Steyr
oder in der Steyrer Umgebung.
Sie haben eine Beschäftigung bei
österr. Unternehmen. Die sind
aufgefordert, diese Leute zu
integrieren!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Als nächster hat sich
Hr. Koll. Lengauer zu Wort
gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrte Herren Bür-
germeister! Sehr geehrte Damen
und Herren des GR! Ich glaube,
gerade die zwei letzten
Wortmeldungen haben die
Dringlichkeit des Antrages ganz
klar bewiesen. Denn fehlt die
Information und die klare
Überlegung schon bei uns hier im
GR, wie notwendig und wichtig

ist es doch, daß wir uns in einer
breiten Masse und in einer
größeren Gruppe mit diesem
Problem beschäftigen.

Ich glaube, die Integration, die
Information und die Kom-
munikation sind einfach die
wichtigsten Dinge, um diese
Probleme lösen zu können.
Konfliktlösung ist ja nur ein
zweiter Punkt, der dann, wenn
Angst und Probleme aufgetreten
sind, als Endpunkt da ist. Wir
müßten aber eigentlich schon
vorbauen. Wir müßten durch die
Gespräche und den Versuch der
Integration bzw. der Information
einfach auch Gefahren abbauen.
Ich glaube, aus diesem Grund ist
es einfach wirklich wichtig, daß
wir den Grundsatzbeschluß
fassen. Denn an ein Büro denkt
zur Zeit von uns wirklich
niemand. Vorerst wollen wir
einfach ein Zusammenleben, ein
"Miteinander-Probleme-
Bedenken" ermöglichen. Das,
glaube ich, ist ganz wichtig, wenn
wir uns auch vom GR her dazu
bereit erklären.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals. Nun ist Koll. StR
Zagler am Wort.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Geschätzte Damen und Herren!
Ich möchte mich ganz kurz
halten, auch um Legenden-
bildungen zu vermeiden. Von 1
Mill. S im Budget ist weit und
breit keine Spur! Es wird ein

Abänderungsantrag zum vorliegenden Jahres-Haushaltsvoranschlag für 1994 kommen, der für diesen Zweck 150.000 S vorsieht. Der aber auch wieder an einige andere Tatsachen bedingt ist. Nämlich daß - so wie Vbgm. Sablik gesagt hat - auch Bund und Land ihren Beitrag zahlen. Es ist mit diesem Beschluß, der im Budget mit den 150.000 S zu erwarten ist, in keinster Weise der Standort Steyrdorf niedergeschrieben.

Das, was wir jetzt machen, zeigt ja auch die Dringlichkeit der Sache. Wir diskutieren nämlich schon über die Abwicklung dieses Komitees bzw. über die Abwicklung der Arbeit. Es ist höchst erfreulich, daß sich hier alle zu Wort gemeldet haben.

Um den Einwand vom lieben Freund Dr. Tilman Schwager zu nehmen: daß hier das Wort Sozialausschuß - jetzt noch Wohlfahrtsausschuß - hinein reklamiert wird, wird mit dieser Ergänzung oder Abänderung durch Koll. Vanek unterstrichen. Ich würde auch vorschlagen, daß wir den Antrag in dieser Form beschließen, wo also der Sozialausschuß seiner doch bedeutenden und führenden Rolle, die er in der Frage der In- und Ausländerintegration spielt, gerecht wird.

Daher würde ich bitten, dem Abänderungsantrag der FPÖ - durch Dr. Schwager eingebracht - nicht zuzustimmen, aber dem Ergänzungs- oder Abänderungsantrag, den Hr. Vanek

eingebracht hat, die Zustimmung zu erteilen! Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Keine weitere Wortmeldung liegt vor.

Ich möchte dazu sagen, daß hier eigentlich vorgeschlagen ist, ein praktikables Modell zu erarbeiten. Es geht darum, besser mit dem Problem, das eben einmal da ist, fertig zu werden. Ich glaube, daß sich hier der alte Spruch "Durch das Reden kommen die Leute zusammen" bewährt hat. Das soll in dieser Weise zweckmäßig umgesetzt werden.

Man braucht eine Plattform, um über diese Dinge zu reden. Es ist vom Koll. Holub auch ausgeführt worden, daß es hier darum geht, die Leute überhaupt miteinander ins Gespräch zu bringen, die Erwartungshaltungen kennenzulernen, die Problemsituation bewußt zu machen - auf allen Seiten! Ich glaube, daß dies ein guter Vorgang ist.

Ich habe das auch den betroffenen Bürgern, die seinerzeit protestiert haben, gesagt. Nach einer kurzen Diskussion habe ich dort auch ein gew. Verständnis dafür geortet. Es heißt noch nicht, wo und ob das überhaupt mit einem Büro zu bewerkstelligen sein wird. Aber daß wir uns mit dieser Materie beschäftigen müssen, steht sehr wohl außer Frage.

Zwei Abänderungsanträge wurden vorgelegt. Ich lasse zunächst

über den Abänderungsantrag des Hr. GR Dr. Tilman Schwager und Genossen - wie man im Parlament sagt - abstimmen. Ich wiederhole noch einmal den Wortlaut: "In diesem Zusammenhang erklärt der GR der Stadt Steyr seine grundsätzliche Bereitschaft, daß vom Ausschuß für soziale Angelegenheiten ein praktikables Modell zur besseren Integration, Information und Kommunikation für In- und Ausländer ausgearbeitet wird". Er meint also, der Sozialausschuß sollte ein solches Modell ausarbeiten. Es liegt dann ein weiterer Antrag vor, den Vanek und Zagler erläutert haben. Zunächst einmal lasse ich über den Abänderungsantrag des Hr. Dr. Schwager abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. 8 Pro-Stimmen (FP). Wer ist gegen diesen Antrag? Das ist die Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt. Nun lasse ich über den zweiten Abänderungsantrag von GR Vanek und Genossen abstimmen. Er sieht lediglich vor, daß in den Originaltext nach dem Wort "Zusammenarbeit" eingefügt wird: des Ausschusses für soziale Angelegenheiten. Wer ist gegen den Antrag? 8 Gegenstimmen (FP). Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr (SP, VP, GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist auch der zweite Dringlichkeitsantrag einer Erledigung zugeführt und angenommen worden. Wir kommen zur Behandlung der normalen Verhandlungsgegenstände, die auf der Tagesordnung angeführt sind. Ich gebe dazu den Vorsitz an Koll. Sablik ab.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BGM.

HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR! In meinem Antrag soll es zu Namensänderungen von zwei Ausschüssen kommen. Der "Wohlfahrtsausschuß" soll in den "Ausschuß für soziale Angelegenheiten" umbenannt werden. Des weiteren soll der bisherige "Ausschuß für Angelegenheiten des Zentralaltersheimes" in "Ausschuß für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor" umbenannt werden. Ich bitte, darüber debattieren zu lassen bzw. eine getrennte Abstimmung vorzunehmen.

1) Präs-1166/91

Bildung der gemeinderätl. Ausschüsse; Änderung d. Bezeichnung d. einzelnen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für präsidiale und öffentlich-

rechtliche Angelegenheiten vom 22. 11. 1993 wird der bisher als "Wohlfahrtsausschuß" bezeichnete gemeinderätl. Ausschuß künftighin als "Ausschuß für soziale Angelegenheiten" bezeichnet und der bisher als "Ausschuß für Angelegenheiten des Zentralaltersheimes" bezeichnete gemeinderätl. Ausschuß künftighin als "Ausschuß für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor" bezeichnet.

Die diesbezügl. Änderung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Zu Wort hat sich Hr. Dr. Pfeil gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich habe im StS um eine getrennte Abstimmung gebeten und möchte das auch hier kurz begründen, weil wir eine differenzierte Abstimmung vornehmen werden.

Der Name "Wohlfahrtsausschuß" ist kein antiquierter Begriff, wie es im Amtsbericht steht. Es ist durchaus ein guter und eingeführter Name, der dem Sinn dieses Ausschusses entgegenkommt. Man sollte nicht alles unbedingt in Richtung Sozialausschuß usw. - einfach nur des Umbenennens willen - ändern.

Beim APT-Ausschuß ist das natürl. etwas anderes. Hier heißt

das ganze ehem. ZAH jetzt anders. In diesem Fall ist es selbstverständlich logisch und klar, daß der Ausschuß nicht mehr "Altersheim-Ausschuß" heißen kann. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nächster am Wort ist Koll. StR Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wenn schon die Umfirmierung des Ausschusses für die Angelegenheiten des APT mit der Begründung der Veränderung der Bezeichnung stattfindet, würde ich - das ist mir wirklich jetzt erst in der vollen Tragweite eingefallen - empfehlen, diesen Ausschuß gleich umzubenennen in "... für die Angelegenheiten der Alten- und Pflegeheime der Stadt Steyr". Weil ich ja aus der Einleitung des Bürgermeisters entnehme, daß es nicht nur mein Wunsch ist, zusätzl. Heime zu errichten. Ich glaube, daß wir diesen Ausschuß dann vor einer weiteren Umbenennung bewahren und ihm gleich die Bezeichnung "Ausschuß für die Angelegenheiten der Alten- und Pflegeheime der Stadt Steyr" geben sollten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Da brauchen wir aber jetzt einen Abänderungsantrag! Dann stimmen wir zuerst über die Umbenennung des bisher genannten "Wohlfahrts-Aus-

schusses" in "Ausschuß für soziale Angelegenheiten" ab. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Stimmenthaltungen? Keine. Wer ist dagegen? 8 Gegenstimmen (FP).

Der nächste Antrag hat ursprüngl. gelautet: Umbenennung in "Ausschuß f. Angel. des APT". Es ist einzusehen, daß wir in Kürze über ein weiteres sprechen werden, nämlich ein sog. disloziertes. Daher formuliere ich den Antrag folgendermaßen: Wer einverstanden ist, daß die bisherige Bezeichnung durch "Ausschuß für Angelegenheiten der Alten- und Pflegeheime der Stadt Steyr" ersetzt wird, der möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Keine. Danke - einstimmig beschlossen. Ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile zu Antrag Nr. 2) Koll. Vbgm. Sablik das Wort.

BERICHTERSTATTER VBGM.

ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren! Ich ersuche Sie, meinem Antrag zuzustimmen, der die Einführung der sog. Standort-Abgabe nach dem Oö. Standortabgabe-Gesetz vorsieht. Es soll hier die Höhe der Abgabe festgelegt werden für Inertstoff-Deponien für Abfälle

der Eluatklassen I und II mit S 20,-- und für sonstige Deponien mit S 40,-- je Kubikmeter deponierten Abfalles. Die Beträge sind nach dem Verbraucherpreisindex 1986 wert-gesichert.

Für die Stadt Steyr betrifft das nur eine Umbuchungs-Angelegenheit, während die Anlieferer auf unserer Deponie, die aus dem Abfallverband Steyr-Land oder von Sortieranlagen stammen, mit dieser Abgabe belastet werden.

Wenn ich Sie hier ersucht habe, die Deponie-Ordnung zu ändern, muß ich Sie in nächster Zeit wiederum belästigen, einer Deponie-Änderung zuzustimmen, denn wir müssen uns über neue Deponiepreise ausführlich unterhalten - nachdem unsere Preise nicht mehr den Tatsachen entsprechen. Aber in bezug auf diesen Antrag ersuche ich Sie um Zustimmung.

2) Gem-Sta-144/93

Oö. Standortabgabegesetz; Erlassung einer Standort-abgabe-Verordnung f. die Stadt Steyr und Novellierung der Tarifordnung f. die Mülldeponie d. Stadt Steyr vom 3. 7. 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten v. 25. 11. 1993 wird die Standortabgabe-Verordnung der Stadt Steyr sowie die Novelle der

Tarifordnung für die Mülldeponie der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung und die Verordnungsnovelle tritt mit 1. 1. 1994 in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gem. § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBI. Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr.
(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Niemand, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Koll. Sablik. Nächster Berichterstatter ist Hr. Vbgm. Dr. Pfeil - ich bitte um den Vortrag.

BERICHTERSTATTER VBGM.

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Anträge sind es, die ich Ihnen heute vorlegen darf. Der erste betrifft die Jörg-Reitter-Gedenkausstellung. In der Zeit vom 7. April bis 7. Mai 1994 findet in der Schloßgalerie Steyr die Gedenkausstellung zum 50. Todestag des Steyrer Künstlers und Grafikers Jörg Reitter statt.

Zu diesem Anlaß ist auch die Herausgabe einer Monographie geplant. Für die Gestaltung dieses Buches - Auflage von 400 Stk. -

ist ein Kostenerfordernis vorhanden von ca. 120.000 S.

Dankenswerterweise hat der Sohn, Prof. Mag. Dr. Georg Reitter, im Eigenverlag diese Aufgabe übernommen und sich mit einem Ansuchen hinsichtlich Gewährung eines Druckkostenbeitrages an die Stadt Steyr gewandt.

Ich ersuche nun, folgendem Antrag zuzustimmen:

3) K-8402/92

Ausstellung Jört Reitter;
Monographie; Druckkostenbeitrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. FA f. Kulturangelegenheiten vom 11. Nov. 1993 und über Empfehlung des gemeinderätl. Kulturausschusses vom 22. 9. 1993 wird für die Herausgabe der Monographie zum 50. Todestages des Steyrer Künstlers Jörg Reitter (1898 bis 1944 - Jörg Reitter ist im Krieg an der Italienfront gefallen) ein Druckkostenbeitrag in Form einer ao., einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in Höhe von S 20.000,-- gewährt.

Zu diesem Zweck ist eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 20.000,-- von der VA 1/3000/728000.6, Kulturstadt - Entgelte für sonstige Leistungen von gewerbetr. Firmen u. jurist. Personen - auf die VA 1/3510/768000.5 - Maßnahmen zur Kunstpflege - Zuwendungen ohne Gegenl. an phys. Personen - notwendig.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt; der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Im zweiten Antrag geht es um Adaptierungsarbeiten in der Schloßgalerie. Im Jahre 1988 wurde mit den Adaptierungsarbeiten zur Errichtung eines Ausstellungszentrums im oben angegebenen Objekt begonnen. Bisher sind das Untergeschoß, das Mittelgeschoß sowie der Verwaltungsbereich samt den erforderlichen Erschließungszonen instandgesetzt und in Verwendung.

Nunmehr soll das Eingangsgechoß incl. Haupteingang an der Blumauergasse mit einer entspr. Verbindung zu den bereits fertiggestellten Anlagen adaptiert werden, wobei u. a. brandschutz- und sicherheitstechnische Maßnahmen (Videoüberwachung, Sicherheitsbeleuchtung u. Brandmelder) zum Tragen kommen. Vorerst wurden die einschlägigen Arbeiten für Baumeister-, Elektroinstallations- und Malerar-

beiten beschränkt ausgeschrieben.

Ich stelle nun den Antrag an den GR:

4) K-2584/84

Schloßgalerie, 3. Bauetappe,
2. Teil; Vergabe d. Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 26. 11. 1993 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten für die Schloßgalerie wie folgt zugestimmt:

A) Baumeisterarbeiten: Fa. Egger, Steyr - brutto S 193.284,18

B) Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Kammerhofer, Steyr - brutto S 1.217.095,91

C) Malerarbeiten: Fa. Seywaltner, Steyr - brutto S 84.445,43

Um die Freigabe der Mittel wird im Rechnungsjahr 1994 angestrebt.

Ich möchte hier noch eine Ergänzung anbringen. Der Verfasser dieses Amtsberichtes hat sich entschuldigt, denn es ist ein kleiner Fehler passiert. Im vorhergegangenen Bereich handelte es sich natürlich um Nettopreise, nicht um Bruttopreise.

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte

ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen.

Ich danke Hr. Vbgm. Dr. Pfeil. Nächster Berichterstatte ist Hr. Koll. Eichhübl. Ich erteile ihm das Wort.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:**

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Wie aus dem umfangreichen Amtsbericht hervorgeht, waren und sind weitere Maßnahmen für die Sicherung der Trinkwasserversorgung erforderlich. Das ist im Zusammenhang der bedauerlichen Perchlorethylen-Verunreinigung zu sehen, und daher sind auch entspr. finanzielle Mittel bereitzustellen - der Antrag des StS an den GR lautet:

5) Wa-43/93

Brunnenfeld Dietach - Grundwasserverunreinigung; Maßnahme z. Sicherung d. Trinkwasserversorgung; Auftragsvergaben u. Kostenübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke vom 19. Nov. 1993 wird den Stadtwerken Steyr, im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasser-Versorgung im Brunnenfeld Dietach, eine einmalige, ao. Kapitalzuführung in der Höhe von S 4,617.000,-- aus

dem von der Stadt eingehobenen Reinhaltungszuschlag gewährt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 4,617.000,--

bei der VA-Stelle 5/8790/779000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. GR Spöck gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! In den letzten Jahren habe ich immer anlässlich der Behandlung des Voranschlages auf die Notwendigkeit der Erschließung neuer Brunnenfelder hingewiesen. Heute habe ich schon hier bei diesem Punkt - wir beschließen ja die Sicherung der Trinkwasser-Versorgung - wiederum die Möglichkeit, um darauf zu verweisen.

In den vergangenen Jahren haben wir in den Voranschlägen immer 1 Mill. S für die Erschließung neuer Brunnenfelder gefunden; aber - wie Koll. Gollatsch auch in der letzten GR-Sitzung richtig gesagt hat - nie für diesen Zweck verwendet. In

der Vergangenheit hatte ich zum Teil dafür noch Verständnis, Verständnis für den zuständigen Referenten. Hätte er damals ohne Einwilligung der Herren Direktoren der Stadtwerke gehandelt, wäre es sicherlich in meinen Augen für ihn zu einem "Liebesentzug" gekommen. Zu einem "Liebesentzug" der sicherlich Folgen für seine Tätigkeit hier im GR gehabt hätte. Wenn ich nur an das Einsagen, das Vorkauen der Antworten bei den GR-Sitzungen denke.

Seit 2 Jahren haben wir aber einen anderen pol. Referenten, und ich glaube, geschätzter Koll. Eichhübl, Du brauchst diese Rückenstärkung sicherlich nicht! Obwohl - wenn ich wiederum auf die letzte GR-Sitzung zurückkommen darf, wo Du gesagt hast, "was soll ich mit dieser Million anfangen" - mir schon ein bißchen Zweifel kommen. Diese Million und die Millionen in der Vergangenheit müßten schon längst arbeiten, und zwar müßten sie schon längst für Studien arbeiten, für Vorbereitungsarbeiten und alles, was dazu notwendig ist.

Außerdem, werte Kolleginnen u. Kollegen des GR, war im letzten GR bei der Wasserpreis-Erhöhung auch ein Grund dieser Erhöhung, daß ein zweites Standbein für die Wasserversorgung geschaffen wird. Wir haben auch in der Finanz- und Rechtsausschuß-Sitzung darüber gesprochen; und erstmalig war bei dieser FuRA-Sitzung vor dem letzten GR auch

der kaufm. Direktor (zwar nur der kaufm. Direktor, Hr. Dir. Riedler, aber trotzdem ist das schon ein Anfang) damit einverstanden.

Daher, lieber Roman, ergeht hier wirklich die Bitte, die Aufforderung an Dich, doch nach 2jähriger Referenten-Tätigkeit zu handeln!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf dazu bemerken, daß ich Hrn. Koll. Spöck damals falsch verstanden habe. Heute habe ich ihn nicht mißverstanden. Das letzte Mal habe ich geglaubt, Du willst unterstellen, wir hätten in Steyr vor Ort nicht ausreichend reagiert. Das haben wir sehr wohl. Es geht also um das zweite Standbein mit der Versorgung von Wasser. Das ist ein gemeinsames Anliegen - Wasser ist unsere Lebensgrundlage.

Ich darf mitteilen, daß ich mich sehr bemüht habe, hier einen Termin beim zuständigen Hrn. Landesrat Achatz zu erwirken. Diesen habe ich gestern bekommen, sehr geehrter Hr. StR!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das habe ich im Ausschuß für kommunale Betriebe mitgeteilt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Am 18. Jänner soll diese Gelegenheit zur Vorsprache stattfinden. Das werden wir natürl. wahrnehmen und versuchen,

diese Wasserleitung von Molln nach Steyr zu bekommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht mehr der Fall. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Hr. Bgm., ich möchte gleich dort anschließen, wo Du aufgehört hast. Ich bin auch erfreut darüber, daß es gelungen ist, in der Kürze einen Termin bei LR Achatz zu erreichen. Ich habe bereits in der letzten Ausschuß-Sitzung darüber berichtet.

Nun zu dem, was Koll. Spöck jetzt als Anforderung an mich gerichtet hat. Es freut mich sehr, daß er sich Sorgen um meinen "Liebesentzug" macht. Das ist sehr nett von Dir!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Ich meinte den Ehrenringträger!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Achso, war das der Ehrenringträger, dann habe ich Dich nicht richtig verstanden! Aber Du hast ja die Anfrage gestellt, genauso wie GR Gollatsch, was denn mit dieser Million ist und was es mit dieser Million auf sich hat.

Ich darf vielleicht einleitend dazu sagen, lieber Willi, - wir werden ja dann noch Gelegenheit haben, bei der Budgetvorlage darüber zu sprechen - daß Du eigentl. dann, wenn Du so sehr darauf drängst, daß entspr. Mittel für die Trinkwasser-Versorgung bereitgestellt werden (da bin ich Deiner Meinung), bei diesem Budget die Zustimmung ver-

weigern müßtest. Denn es ist erkennbar, daß wir bei unserer Finanzplanung 3,5 Mill. S für diesen Bereich im Vorschlag drinnen gehabt hätten, der jedoch gekürzt worden ist. Ich komme noch darauf zu sprechen! Dann darf ich Dich weiters darauf hinweisen, daß diese 1 Mill. S, die jährlich im Budget festgeschrieben wurde, zweckgebunden ist; und zwar zweckgebunden für Molln. Daher ist es nicht möglich, daß man diese Million S nimmt - ich wäre erfreut darüber - und bei den Stadtwerken deponiert, um etwas zu tun. Das ist leider nicht möglich, daher habe ich auch letzthin eine Gegenfrage gestellt auf die Frage vom Koll. Gollatsch, was man mit einer Million S anfangen soll in diesem Bereich. Das ist zu wenig für dieses Projekt, das der Hr. Bgm. vorhin angeschnitten hat. Ich wäre durchaus in der Lage - ich habe sämtl. Unterlagen hier -, zu zeigen, um welche Größenordnungen es dabei geht.

Mehr möchte ich vorerst dazu nicht sagen. Ich habe ja noch Gelegenheit, im Rahmen der Ausführungen zum vorliegenden Budget im bes. auf die Trinkwasser-Versorgung hinzuweisen.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ich möchte auf etwas hinweisen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das war das Schlußwort! Vielleicht sagst Du es in einem Satz von Deinem Platz aus.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Für die Stadtwerke sind im Finanzplan 3,750 Mill. S als Investition der Stadtwerke enthalten. Daß dies auf Null gestellt sein soll, ist eine Phantasie, der Du unterlegen bist!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe nicht gesagt, auf Null gestellt, Koll. Zagler - da mußt Du ein bißchen besser aufpassen -, sondern reduziert. Ich werde Dich schon noch darauf hinweisen, denn wahrscheinlich gehen auch Dir ein paar Millionen Schilling ab - mir gehen sie auch ab! Darüber wirst Du mir ja Aufklärung geben können!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Keine vorgezogene Budget-Debatte bitte! Wir wollen den Antrag Nr. 5) beschließen - Grundwasser-Verunreinigung und deren Beseitigung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein diesbezügliches Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

In meinem letzten Antrag geht es um eine Tarifierhebung im Bereich des Urnenfriedhofes. Es sind an sich zwei Gründe dafür

maßgeblich. Zum einen ist es so, daß diese Grabstellen zu wenig sind, sodaß eine Ausweitung des Areals erfolgen muß - mit entspr. Kosten, es sind 800.000 S für 1994 vorgesehen. Zum zweiten werden diese Tarife bereits seit mehr als 13 Jahren eingehoben. Daher auch der Vorschlag einer Indexanpassung (die ebenfalls in diesem Antrag mitverpackt ist), um in Zukunft rigorose Tarifierhebungen zu vermeiden. Meine Damen und Herren, damit darf ich tatsächlich zum Antragstext kommen, der folgendermaßen lautet:

6) ÖAG-186/93

Stadtwerke

Städt. Urnenfriedhof - Wertanpassung der Friedhofsgebühren zum 1. 1. 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. d. Stadtwerke Steyr vom 24. 11. 1993 werden die Friedhofsgebühren am städt. Urnenfriedhof mit Wirksamkeit 1. 1. 1994 neu festgesetzt. Gleichzeitig wird einer jährlichen Anpassung dieser Tarife, beginnend mit dem 1. 1. 1995, entsprechend der Indexsteigerung des VPI 1976 (Vergleichsindex Oktober 1993 mit jenem vom Oktober 1994 und den Folgejahren) zugestimmt.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, über diesen Antrag die Diskussion

bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die Bitte wird erfüllt! Zunächst ist Hr. GR Dr. Tilman Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Bei diesem Antrag kann man nur mit Erschütterung zur Kenntnis nehmen, daß die "Zwillinge" vom "Färbergassen-Zwillingsturm" hier offenbar 13 Jahre untätig geblieben sind, und daß wir jetzt in die Notwendigkeit gekommen sind, eine sehr drastische Gebühren-Erhöhung vorzunehmen.

Um aber das Bild des Verschlafens hier doch etwas zu korrigieren, hätte ich den Vorschlag, daß Sie unter Zurhandnahme eines Kugelschreibers den Antrag dahingehend ändern, daß die Indexsteigerung nicht nach dem an sich überalterten, zwar noch veröffentlichten VPI 1976, sondern nach dem von 1986 wertgesichert sein möge.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf berichten, Hr. Kollege, daß wir das nach dem Finanz- und Rechtsausschuß geändert haben. Der StS hat bereits die neue Fassung beschlossen. D. h., wir sind an sich à jour, aber hier

dürfte ein altes Antrags-Exemplar vervielfältigt worden sein. Die GR-Unterlagen, die Amtsberichte sind in der ursprüngl. Form zugemittelt worden, die Änderung wurde nicht zugemittelt - so wird es sein!

Wir beschließen nun in der Form der Zuleitung an den StS. Ist das richtig, Hr. Kollege? Wird ein Schlußwort gewünscht? Nicht der Fall, also stimmen wir ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Ich bedanke mich. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Koll. Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Karl Holub.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
KARL HOLUB:

Nicht nur die Prospekte des Tourismusverbandes lassen mich zum Rednerpult eilen. Der erste Antrag bedeutet die Einlösung einer dankenswerten Zusage, die Bgm. Leithenmayr in der Tourismus-Vollversammlung gemacht hat; daß er nämlich die Bemühungen des Tourismusverbandes, nach 17 Jahren Laufzeit einen neuen Katalog für die Stadt Steyr aufzulegen, recht gern durch die Stadt mit 300.000 S unterstützen möge. Diese 300.000 S werden Ihnen jetzt zur Beschlußfassung vorgelegt. Wenn Sie zustimmen, bekommt der Tourismusverband

für das Projekt "Neuer Katalog" 300.000 S. Ich bitte Sie um diese Zustimmung.

7) Fin-39/93

Tourismusverband Steyr;
Auflage eines Farbprospek-
tes.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
Büros des Bürgermeisters vom
15. Nov. 1993 wird dem
Tourismusverband Steyr für die
Neuaufgabe eines Prospektes
über die Stadt Steyr eine
einmalige, nicht rückzahlbare, ao.
Subvention in Höhe von
S 300.000,--

gewährt.

Die Bedeckung der Ausgabe kann
bei der VAST. 1/7710/728000.6
gefunden werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr.
Koll. Jansky gemeldet. Ich erteile
es ihm.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY:

Sehr geehrter Herr
Bürgermeister, werte Damen und
Herren des GR! Mein
Parteifreund StR Karl Holub hat
soeben den Antrag gestellt, für
die Neuaufgabe eines
Werbeprospektes für die Stadt
Steyr 300.000 Schilling zu
bewilligen. Unsere Fraktion und
auch Sie werden diesem Antrag
sicher Ihre Zustimmung geben.
Mich hat aber dieser Antrag dazu
bewogen, Vergleiche anzustellen.

Vergleiche mit den
Werbeausgaben des Vereins
"Museum Arbeitswelt".

Vom Verein MAW liegt eine
vorläufige Bilanz für das Jahr
1993 sowie ein Budgetentwurf
für 1994 vor. Aufgrund dieser
Bilanz wird an die Stadt die
Forderung gestellt, die
Subvention für 1993 auf 2
Millionen zu erhöhen und auch in
den Folgejahren eine Subvention
in dieser Höhe zu gewähren. Aus
der vorgelegten Bilanz geht
hervor, daß für Werbungskosten
1,6 Mill. S ausgegeben wurden.
Die Kosten dafür teilen sich auf in
1,1 Mill. Druck- und
Gestaltungskosten für
Werbematerial, 250.000 Schilling
für Agentur, Inserate und
Plakatierungen sowie 300.000
Schilling; für Veranstaltungen für
1994 ist trotzdem noch ein
weiteres Budget von 1 Million
vorgesehen.

Nach Aussage von Frau Mag.
Heger sind diese Ausgaben
unbedingt nötig, um die 9.000
Besucher und ca. 14.000 Schüler,
die 1993 nach Steyr zur "INFO"
gekommen sind, mit Prospekten
zu versorgen. Wenn ich mir im
Vergleich dazu das Werbebudget
des Tourismusverbandes in Höhe
von 842.000 Schilling im Jahr
1993 ansehe und die
Auswirkungen des
Städtetourismus auf die
Steuereinnahmen der Stadt
bedenke, so kommen mir doch
Zweifel, ob mit dem Geld der
Steuerzahler sorgsam
umgegangen wird.

Ein Großteil der Subventionen für den Verein MAW kommt zwar von Bund und Land, aber auch das ist kein Grund, Steuermittel zu vergeuden. Dazu möchte ich noch bemerken, daß 1993 für die Einrichtung der Ausstellung "INFO" 2,9 Mill. S an Architekten-Honorar und Architektur-Bauarbeiten frei, ohne Ausschreibung vergeben wurden. Im Budget-Entwurf 1994 wird sogar schon ein Wasserschaden von 500.000 Schilling eingeplant, damit die angestrebte Subvention erreicht wird. Ein Wasserschaden ist also angegeben - dieser wird schon im voraus hineingegeben, damit man ja das Budget auf die richtige Höhe erhöht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß hier im GR für diese Subvention eine Mehrheit gefunden werden wird. Ich bin wirklich kein Gegner vom Verein MAW, aber ich finde, daß sowohl die Vereinsführung als auch der Leitungsausschuß, in dem die ÖVP nicht vertreten ist, angehalten werden sollten, Ausstellungen zu organisieren, die auch publikumswirksam sind, sowie sparsam und effizient zu wirtschaften, damit der Verein MAW nicht in den Mißkredit der Öffentlichkeit kommt. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bedanke mich für diesen Beitrag - er hat nur ganz wenig das eigentliche Thema berührt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Insofern aber, weil natürl. das MAW schon auch im Tourismus eine Rolle spielt, kann ich den Zusammenhang irgendwie nachempfinden, Hr. Kollege.

Wer wünscht noch das Wort zu diesem Thema? Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Damen und Herren des GR! Hr. StR Holub, ich muß mich bei Ihnen bedanken. Es war eine alte Forderung von mir, den Prospekt neu aufzulegen. Jetzt bringen wir es über die Bühne.

Ich habe zwei ältere Prospekte mitgenommen. Der ältere, der - glaube ich - zur 1000-Jahr-Feier herauskam, wurde noch vom Kulturamt/Dr. Lutz gemacht. Der nächste dann von Hrn. Kerbl.

Ich wünsche mir halt - ich gehe auf diesen Satz hier ein, den der Zineder geschrieben hat: "Zu berücksichtigen wäre jedoch dabei, wie international üblicherweise diverse Prospekte ausgeführt werden," - er meint wahrscheinlich, daß wir ein bißchen Mehrsprachigkeit hineinbekommen - "um die Bewerbung in den anderen europäischen Ländern professioneller betreiben zu können". Ich würde reinsprachige in versch. Sprachen auflegen, nicht wieder solche Beilageblätter wie bisher. Und ich würde auf die Zielgruppen

eingehen, auf den Tourismus - wir sprechen Italiener, Spanier etc. an. Es soll nicht nur bei deutsch und englisch bleiben!

Natürlich sollten wir das Gestalterische ausschreiben und wirklich etwas Gutes daraus machen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich glaube, das ist die allgemeine Absicht. Gibt es noch irgendjemanden, der das Wort ergreifen möchte. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Nur kurz ein paar Bemerkungen zu diesem Amtsbericht. Leider liegt uns ja ein Probe-Exemplar, wie er dann wirklich aussehen wird, nicht vor. Ich hoffe nur, daß er so akzeptiert wird und so breite Zustimmung findet wie der alte. Nicht alles, was alt ist, ist schlecht.

Ich darf vielleicht eine Zusatz-Bemerkung oder eine Anregung an Hrn. Kameraden Holub machen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das kommt vom Rudern! 100%ig vom Rudern, Karl Holub!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich wollte gerade sagen, die waren ja Jahrzehnte im gemeinsamen Ruderverein!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Im selben Boot!

Gelächter

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Entschuldigung - an Hrn. Kollegen Holub. Eine Anregung, die ebenfalls den Tourismus betrifft, weil es auch zu diesem Prospekt etwas dazupaßt. Es gibt ja an den Einfahrtsstraßen zu Steyr diese Tafeln. Vielleicht darf ich dazu meine persönl. Meinung kundtun. Es wäre eine Überlegung wert, sich Gedanken zu machen, ob man die nicht doch attraktiver gestalten sollte. Sie sind schwer lesbar und meiner Meinung nach von der Gestaltung her nicht sehr ausgedacht. Weil es hier gerade dazupaßt - das ganze gehört noch einmal aktualisiert und aktiviert.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Dies ist nicht mehr der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der Reihenfolge nach - von vorne nach hinten - zum Koll. Jansky. Ich bedanke mich für den Vergleich, weil er tatsächlich nachdenklich machen sollte. Ich verstehe es nicht als Versuch des

Koll. Jansky, daß er sich über das MAW lächerlich macht, sondern daß er wirklich aufzeigen möchte, daß an sich die umfassende Bemühung des Tourismusverbandes mit weniger Geldmitteln für die Bewerbung - es ist eine umfassende Bewerbung für die Stadt - auskommen muß, als es die Ideentragung des MAW vorfindet. Das sollte uns tatsächlich zu denken geben, weil ich glaube, daß die umfassende Bewerbung unserer Stadt dringend notwendig ist.

Etwas später am heutigen Tag werde ich vermutlich dazu noch zu Wort kommen können. Ich möchte aber vorweg schon andeuten, daß es sicherlich nicht zweckmäßig ist, die gesamte Image-Werbung der Stadt Steyr jetzt kapital- und maßnahmenmäßig dem Tourismusverband zuzumuten. Ich denke, daß es eine eindeutige Überforderung wäre, das zu tun. Derzeit ist es aber so! Denn viele andere Institutionen, die in der Stadt Steyr tätig werden, tragen ja eher zum negativen Image bei. Wenngleich nicht immer alles so gut ausgeht, wie die Geschichte mit dem Postautobus. Dieser arme Kerl durfte nicht mehr husten - manchmal hupt er nicht, sondern hustet -, weil es irgendjemand, der dann nicht zu seinem Einspruch steht, gestört hat. Jetzt hupt er Gott sei Dank wieder. Das Lustige ist nur, daß der Beitrag, der uns Steyrer in die Öffentlichkeit gebracht hat, in

Summe eine rel. gute Werbung darstellt. Ich weiß nur nicht, welche Botschaft dann tatsächlich ins Ausland gelangt. In Japan: bemerkt der Japaner, daß ein Sonderpostbus nach Christkindl fährt, oder daß in Steyr ziemlich viele "Depperte" zu Hause sind, die gegen diese Werbemaßnahme waren. Das ist die Sorge, die ich fühle. Daher glaube ich, daß nicht alles zielgerichtete Imagewerbung für die Stadt ist, was vielleicht auch böse gemeint war.

Natürlich, Hr. Bgm., spielt das MAW im Tourismus der Stadt Steyr eine Rolle - wenn auch zunehmend marginaler, weil als tourismus-attraktives Zielfleckerl sich das Museum zunächst aus der Präsentation genommen hat. Natürl. sind die Schulklassen, die hier herkommen, auch eine Investition in die Zukunft. Steyr berührt nämlich nicht nur alte und kulturbefléßene Menschen, sondern der Liebreiz einer 1000jährigen Stadt fängt auch junge Menschen ein.

Ich glaube, wenn der eine oder andere Schüler dann auf die Idee kommt, wieder in Steyr seine Freizeit verbringen zu wollen, wenn er von auswärts hier hergekommen ist oder vielleicht sogar auch erkennt, daß hier in Steyr ehrliche Menschen ehrliche Arbeit tun, und diese Region zum Inhalt hat, daß hier ordentlich gearbeitet wird, dann wäre das wünschenswert. Diese Idee wird nicht immer vom MAW ausgehen!

Koll. Fürweger - natürl. ist es richtig, zwei alte Prospekte mitzunehmen; ich könnte noch einige mehr dazulegen. Es war schon so, daß die Fotos, die Hr. Kerbl produziert hat, wirklich schön und in ihrer Qualität lange ausreichend waren. Der Prospekt ist nach wie vor begehrt, es gibt allerdings sehr viele neue Präsentationsformen, sodaß die vorhandenen schönen Fotos nicht nur im richtigen Kleid präsentiert werden - das heißt aber nicht Abkehr nehmen von den schönen Motiven, die unsere Stadt auszeichnen und sie bedeutender machen als manche andere. Ob die Beilageblätter, die in versch. Sprachen die Textkommentare abgegeben haben, gescheit waren oder nicht, ist eine müßige Diskussion. Wir haben damals kein anderes Geld gehabt und wollten den Gästen aus dem nicht deutschsprachigen Ausland auch Informationen über unsere Stadt geben. Daher sind wir, als Notmaßnahme, zu diesen Beilageblättern gekommen. Daß noch keine Ausschreibung stattgefunden hat, ist nicht ganz richtig. Die Ausschreibung dieses Prospektes läuft; es sind nur die Vorschläge noch nicht hereingekommen, was ich auch bei der Berichterstattung erwähnt habe und was im Anschreiben des Tourismusverbandes am 4. November, mit dem die Mittel angesprochen werden, noch einmal erwähnt wird. Das kann

man im Akt nachlesen, wenn man will.

Lieber Ruderkamerad Payrleithner, ich erspare uns jetzt die Peinlichkeit zur Diskussion, warum ich nicht mehr Ruderkamerad bin und Du schon noch. Ich möchte aber zu den Begrüßungstafeln etwas erwähnen. Die Begrüßungstafeln sind nach langjährigen - nach wirklich langjährigen - Bemühungen aller Mitglieder der Tourismuskommission und des Verbandes als Ergebnis eines künstlerischen Wettbewerbes entstanden. Wir laienhaften Menschen - Helmut Zagler nickt genauso wie ich, Falten zieren seine Stirn - waren damals nicht der Meinung, daß das Schriftbild lesbar sein wird. Man hat uns gesagt, es sei künstlerisch wertvoll, daher - man fügt sich ja der Kunst - wurden sie aufgestellt. Spätestens beim ersten Mal, als man vorbeigefahren ist, hat man erkannt, daß außer einem braunen Fleck nicht sehr viel zu erkennen ist. Die braunen Flecken sind es eben nicht, die wir vor allen Dingen hier in Steyr suchen. Ich bedanke mich für die Möglichkeit, das zu erwähnen.

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Die Begrüßungstafeln sollen also überarbeitet werden. Wir suchen nach einem Design, und wir suchen auch nach Finanzierungsmöglichkeiten.

Im übrigen, glaube ich, ist dieses 300.000 S-Projekt mittlerweile genug diskutiert worden. Ich bitte den Hrn. Bgm., die Abstimmung darüber herbeiführen zu wollen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich möchte nur zu den "depperten" Steyrern bemerken, daß das offizielle Steyr dafür war, daß Postbus und Horn sein sollen. Ich hoffe, daß dies bis Japan durchgedrungen ist!

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 7) "Tourismusverband - 300.000 S". Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der zweite Antrag befaßt sich mit dem Alten- und Pflegeheim Tabor und bedeutet einen Teil der Finanzierung der Investitions-Maßnahmen, die im APT umfangreich stattgefunden haben. Die Wohnbauförderung springt mit einem Darlehen von 3,275 Mill. S helfend an die Seite der Investoren, und Sie werden gebeten, diesem Antrag auf Aufnahme dieses Darlehens die Zustimmung zu geben.

Daß die Mittel sinnvoll verwendet werden, können Sie beim Lokalaugenschein sicherlich wahrnehmen. Wenn Sie daran

Interesse haben, ich habe meine Aufstellung mitgenommen, welche Mittel im Jahr 1993 für welchen Zweck verwendet wurden. 1993 sind etwa 25 Mill. S im APT verbaut, eingebaut, zur Verbesserung der Standards verwendet worden. Die Maßnahmen schreiten nach anfänglichen Schwierigkeiten wirklich zügig voran.

Auf das Jahr 1994 einen Ausblick zu nehmen, hieße, die nächsten Tagesordnungspunkte vorwegzunehmen. Das will ich noch nicht tun. Ein Blick zurück sei mir aber gestattet. Wenn ich meine, daß der GR hier sehr viele Mittel zur Verfügung gestellt hat, so bin ich sicherlich mit meiner Dankbarkeit mittlerweile schon öffentlich bekannt. Nämlich die Dankbarkeit an den damaligen Referenten Klausberger, der bei der Vorsprache über die Sozialmittel die nötige Initiativzündung abgegeben hat. Er ist so schnell schon wieder in die neue Förderer-Rolle gekommen, daß er es zum damaligen Zeitpunkt vermutlich noch gar nicht wissen konnte. Von dieser Stelle aus appelliere ich daher an den Wohnbaureferenten Mag. Klausberger, daß er in dieser Funktion weiterhin genauso viel Verständnis haben wird, wie er in der Funktion des Sozialreferenten gehabt hat. Er wird in einem großen Maß vom Projekt des Altenheim-Neubaues gefordert werden, der im wesentl. über die Wohnbau-

Förderung stattfinden kann, wie die Interessierten von Ihnen ja wissen.

Hier wird es sehr, sehr viel Geld kosten. Ich habe vor kurzem eine Information aus Tirol bekommen, die sich vollkommen mit den Errichtungskosten, die wir aus OÖ. kennen, decken: ein 100-Betten-Heim kostet etwa 120 Mill. S mit der MWSt. (also 100 Mill. S echten Aufwand). Wir haben derzeit 138 (Stand von gestern!) dringliche

Vormerkungen auf Aufnahme in Wohn- und Pflegebereiche, wobei mehr als 4/5 Pflegeanmeldungen und Pflegevormerkungen sind. Das bedeutet also, daß der GR wirklich mit seiner gesamten, vereinten Energie - ich bitte wirklich darum - daran gehen muß, neue Heime nach Steyr zu bringen. Die Vereinbarungen mit der WAG sind - darum bitte ich - zu beschleunigen, damit wir nicht erst im Jahr 1996 oder 1997 in eine Realisierungsphase treten können, sondern schon wesentl. früher. Die Bürgerinnen und Bürger und Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt verdienen sich dieses Ausmaß an Zuwendung ganz sicher.

Dem GR über die Personalsituation im Altenheim zu berichten, bin ich derzeit noch nicht konkret in der Lage, weil es noch Abstimmungsgespräche zw. dem GB-Leiter und dem FA-Leiter geben muß, um abzustecken, ob die vom FA-Leiter angekündigten Konsequenzen tatsächlich auch

stattfinden. Ich kann darüber berichten, daß heute noch ein Vier-Augen-Gespräch der beiden Herren, auf deren persönl. Konfliktsituation sich das Ganze im wesentl. hingespielt hat, stattfindet, und daß ich hoffe, daß am Montag mittag eine endgültige Klärung der Situation herbeigeführt werden kann. So oder so. Wir werden sehen, welche Konsequenzen das ergibt. Ich hoffe nur, daß die Bewohnerinnen und Bewohner des APT nicht die Leidtragenden sind, und ich wünsche mir sehr, daß das Pflegepersonal, das wirklich eine aufopfernde Arbeit im APT leistet, wie bisher tätig sein wird. Von dieser Stelle aus möchte ich mich bei diesem Tagesordnungspunkt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Altenheim für die Arbeit bedanken. Und auch für die Art und Weise - hier schließt sich der Bogen zum Antrag -, wie sie mit den vielen Unbilden des heurigen Jahres fertig wurden. Wobei Unbill nicht nur von der Unterordnung unter einen GB herkommt, sondern in diesem Fall auch, und vor allem von den Belästigungen, die sich durch den Umbau ergeben haben, aber auch durch die Magistrats-Struktur.

8) GHJ2-4605/92

Alten- u. Pflegeheim Tabor;
Aufnahme eines Darlehens
nach dem Oö. Wohnbauför-
derungsgesetz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. FA f. allg. Rechtsangelegenheiten u. Privatwirtschaftsverwaltung v. 30. Nov. 1993 wird der Aufnahme eines Darlehens in Höhe von S 3,275.000,-- nach dem Oö. Wohnbauförderungsgesetz zur weiteren Sanierung des APT zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht dazu das Wort. Hr. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vorausschicken, daß wir diesem Antrag selbstverständlich zustimmen. Ich darf aber diesen Tagesordnungspunkt benützen, um Hrn. Koll. StR Holub aufzufordern, nicht bis März zu warten, sondern aufgrund der aktuellen Situation im Altersheim wirklich in absehbarer Zeit den gemeinderätl. Ausschuß für das Altersheim einzuberufen. Nicht so wie er es in der Vergangenheit gemacht hat, wo wichtige Themen zur Diskussion gestanden sind, er uns einen Brief schreibt, daß es keine dringenden Erfordernisse gibt, und dann in einem "Vertuschungs-Ausschuß" Tarife erhöht werden.

Aufgrund der aktuellen Ereignisse im Altersheim würde ich ihn wirklich eindringlichst bitten, nicht bis zum planmäßigen Ausschuß im März zu warten, sondern bereits nach dem Gespräch morgen - wie Du ja erwähnt hast - ehestmöglich Anfang Jänner vielleicht den gemeinderätl. Altersheim-

Ausschuß einzuberufen. Dort kann dann über die doch sehr wichtigen Dinge diskutiert werden. Ich möchte jetzt auf die Situation im Altersheim bewußt nicht näher eingehen, nachdem diese Dinge noch im Laufen sind. Ansonsten wäre sehr wohl einiges zu berichten gewesen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Liegt noch eine weitere Wortmeldung vor? Nicht mehr der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT KARL HOLUB:

Die Sitzungen, die notwendig waren, wurden abgehalten. Man hat sich über die Investitionsgüter, die entschieden waren, im Ausschuß geeinigt. Und von der Einigung ist kein Abstand genommen worden, sodaß also im konkreten kein Grund vorhanden war, die Ausschuß-Mitglieder, die ohnehin die größten Schwierigkeiten haben, wie ich bemerken muß, zu Ausschuß-Sitzungen zu gelangen, mit einem Termin zu überfordern.

Wenn die Tätigkeit eines gemeinderätl. Unterausschusses, den wir das erste Mal versucht haben, jetzt als Beschwichtigungs- und Vertuschungs-Ausschuß abqualifiziert wird, so spricht das an sich für sich selbst und im Gegensatz zum Koll. Payrleithner, den seine Fraktion nicht in diesen Ausschuß geschickt hat, möchte ich mich bei allen anderen bedanken, die daran mitgewirkt haben, daß wir in einem guten und offenen Klima miteinander ein sehr sensibles Thema besprechen konnten. Wenn das vertuschen heißt, dann kann ich nicht deutsch. Und wenn das demokratische Gesinnung ist, dann verstehe ich offensichtlich von Demokratie recht wenig. Hier haben wir bestimmte Auffassungsunterschiede, die uns trotz einer ehem. Sportkameradschaft doch nicht in die engste persönl. Freundschaft gebracht haben. Den hohen GR bitte ich um Zustimmung zur beantragten Darlehensaufnahme.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall - einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Koll. Holub. Nächster Berichterstatter ist StR Ing. Schloßgangl - ich erteile ihm das Wort.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Bei meinem Antrag geht es um die Renovierung der Inselbrücke. Es ist dies eine sehr schöne und historisch wertvolle Bogenbrücke aus dem Jahre 1912, die auch in Österreich schon ganz selten ist. Der Antrag lautet:

9) Bau4-6628/88

Renovierung der Inselbrücke; Antrag auf Vergabe der Nachtragsangebote Nr. 1 u. Nr. 2.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß d. GR v. 15. Oktober 1992 wurde der Auftrag für die Baumeisterarbeiten zur Renovierung der Inselbrücke an die ARGE Hamberger-Negrelli um S 3.350.111,46 incl. MWSt. erteilt. Mit GR-Beschluß v. 4. März 1993 wurden S 1.800.000,-- für die Arbeiten freigegeben.

Aufgrund des Vorlageberichtes des GB III vom 29. November 1993 wird der Vergabe der Nachtragsangebote Nr. 1 über S 61.488,-- und Nr. 2 über S 470.216,28 incl. MWSt. sowie der Freigabe der vorhandenen Mittel im Ausmaß von

S 200.000,--

bei VSt. 5/6120/002270.6 sowie weiterer Mittel von

S 800.000,--
in Form einer Kreditüberschreitung als vorläufige Auftragserweiterung bei der gleichen VA-Stelle zugestimmt. Die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Hr. Koll. Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des GR! Der vorliegende Amtsbericht - wie der Hr. StR gesagt hat - ist ein wertvoller Beitrag zur Revitalisierung hist. Gutes in Steyr. Das ist wirklich nur zu unterstreichen und zu unterstützen. Ich darf in diesem Zusammenhang den Hr. StR bitten, ich habe hier vor rund 1,5 Jahren und auch in den Medien bereits mehrmals verlangt, daß vom Rathaus, vom zuständigen Denkmalamt her versucht wird, mit privaten Hauseigentümern in Steyr auch zu solchen Abschlüssen zu kommen, daß die auch für den Tourismus wertvolle Altstadt saniert wird. Leider ist es z. B. im Bereich Zwischenbrücken bis heute noch nicht zu einer Regelung gekommen. Ich weiß nicht, wie

weit jetzt vom Bauamt oder vom zuständigen Referat des Hr. StR hier auch dementspr. Druck ausgeübt wurde bzw. mit den Hausbesitzern gesprochen wurde. Tatsache ist, daß es hier leider noch immer zu keiner für uns tragbaren Regelung gekommen ist. Das liegt doch mitten in der Stadt. Der Fremdenverkehr, der Tourismus erfreut sich zunehmender Beliebtheit und zunehmender Frequenz - auch auf dem Arbeitsmarkt-Sektor spielt diese Branche immer mehr eine Rolle. Ich würde doch den Hr. StR bitten, daß er auch hier wieder aktiv wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Hr. Koll. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren. Es paßt nicht ganz in den Tagesordnungspunkt, aber es wurde der Tourismus und die Wertigkeit von städtebaulichen Juwelen angesprochen. Ich möchte Ihnen im Anschluß an die letzte Tourismus-Diskussion, am Logo bzw. an den Einfahrtsschildern für Steyr noch ein Schild präsentieren. Es wurde vor einigen Jahren vom Fremdenverkehrsverband ein Steyrer Künstler beauftragt, ein neues Logo zu finden und zu suchen. Er hat sich wirklich sehr bemüht, und es wurde in Auftrag

gegeben. Dieser Herr hat aber dann keinen Zuschlag bekommen, es wurde ihm nicht einmal bezahlt. Er hat dann das Urheberrecht jemand anderem verkauft. Es ist also für Steyr nicht mehr greifbar.

Ich möchte Ihnen das hier präsentieren. Das ist das Logo, wie es für Steyr passen würde: grün am Zusammenfluß von zwei Flüssen. Hier gibt es keine braunen Flecken, die man am Ortseingang nicht ordentlich sehen könnte.

Ich wollte es dem GR präsentieren; man kann darüber diskutieren, ob es das richtige Logo ist. Aber wenn man einen Auftrag gibt, dann sollte man auch zu diesem Auftrag stehen! Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zur Inselbrücke hat sich nun Hr. StR Holub gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Zu Zwischenbrücken. Die Anregung des Hr. GR Payrleithner zur Fertigstellung des Hauses kann nur unterstrichen werden. Die Denkmalbehörde hat auch tatsächlich Vorschläge zur Fertigstellung gemacht. Du wirst aber sicherlich Verständnis dafür haben, daß die Denkmalmittel nicht vor der Maßnahme fließen, sondern erst dann die Zahlung erfolgt, wenn die Maßnahmen so durchgeführt werden, wie es

auch mit der Vereinbarung mit dem Denkmalamt liegt.

Ein anderes Ensemble möchte ich bei dieser Gelegenheit auch gleich anziehen: der Brucknerplatz. Weil ich nämlich schon seit geraumer Zeit einen Brief vom Koll. Zagler in der Lade habe. Ich freue mich immer, wenn ich Post bekomme!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Das ist ein seriöser Brief!

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist ein seriöser Brief! Ich freue mich auch über seriöse Briefe, lieber Helmut!

Das Ensemble soll in der denkmalpflegerischen Hinsicht überarbeitet werden. Es bedarf jetzt eines Gesprächs zw. den Denkmalpflegern, was bisher nicht ermöglicht wurde. Wir sind dabei, das herbeizuführen, daß sowohl die Eigentümerschaft der ehem. Hack-Villa als auch das als "Holub-Haus" bekannte Haus am Brucknerplatz einer Restaurierung zugeführt werden, sodaß das wirklich wichtige Ensemble vor und rund um die Stadtpfarrkirche saniert werden soll.

Was das "Holub-Haus" betrifft, wird mir der hohe GR ein gew. Maß an Zurückhaltung zubilligen, weil ich mich auf der anderen Seite nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, daß ich ein Haus meiner eigenen Verwandtschaft vorweg in Restaurierungsmaßnahmen bringe. Aber ich

glaube, daß es für das Stadtbild notwendig ist, und daß es nicht eine Bevorzugung einer Familie bedeutet.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Es gibt keine Sippenhaftung mehr!

STADTRAT KARL HOLUB:

Die wurde seit geraumer Zeit abgeschafft, das ist richtig!

Was den Beitrag des Hr. Dr. Pfeil betrifft - pardon, des Hr. Vbgm. Dr. Pfeil betrifft. Die Kennzeichnung durch dieses Signet. Erstens war das ein Signet für das Briefpapier bzw. für das äußere Erscheinungsbild und nicht für die Begrüßungstafeln. Zweitens war der Verfasser dieses Signets, Prof. Kodada, damals Mitglied - Sie können das nicht wissen, weil Sie da dem GR noch nicht angehört haben - von Arbeitsgruppen, die der Tourismusverband zur Neuorganisation seiner Aufgaben gefunden hat. Wir haben uns in Arbeitsgruppen, die offen und außerhalb der Hierarchie waren, mit Fachleuten zusammengesetzt, die bereit waren, das zu tun. In einer Ausschreibung ist die Einladung ergangen, und es hat auch eine Arbeitsgruppe gegeben für das Auftreten, das Erscheinen, das Erscheinungsbild in werblicher Hinsicht. In dieser Gruppe hat Prof. Kodada mitgearbeitet und einen Diskussionsvorschlag gebracht. Es hat uns dann sehr überrascht,

daß wir eine Honorarnote dafür bekommen haben, weil alle anderen Fachleute (es waren namhafte Fachleute) die Tätigkeit in diesen versch. Arbeitsgruppen ehrenamtlich gemacht haben. Wir wollten durchaus nicht jemanden einseitig bevorzugen. Abgesehen davon, hätten wir auch keine Mittel gehabt.

Weil wir die Mittel nicht gehabt haben, ein Werbedesign nach den damals geäußerten Vorstellungen zu bezahlen - das liegt immerhin schon 8 Jahre zurück -, haben wir dem Prof. Kodada die anderwärtige kommerzielle Verwendung seines fraglos guten Vorschlages anheimgestellt. Die hat er dann auch gemacht.

Also man kann immer wieder Dinge von der Seite oder von der Seite beleuchten. Wenn ich mir etwas nicht leisten kann, und es ist aber da, dann muß ich sagen: "Bravo, es war sehr schön, aber leider Gottes können wir die Vermarktung nicht finanzieren." So war die damalige Situation. Rückblickend das als Versäumnis darzustellen, spricht für sich selbst.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu den renovierungsbedürftigen Ensembles, zur Inselbrücke usw. möchte ich sagen, daß es auch noch dieses Ensemble am Schleiferersteg gibt. Da würde ich auch noch bitten, das bei dieser Reihung zu berücksichtigen. Wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Mein Schlußwort ist ganz kurz. Ich glaube, zum Koll. Payrleithner hat ja Koll. Holub als Denkmal-Referent schon ausführlich Stellung genommen. Die Verhandlungen, die Bauarbeiten dort fertigzustellen, sind im Gange. Ich glaube, es ist so, daß sie momentan auch mit ihren Geldmitteln etwas knapp sind. Deshalb und auch bedingt durch die Jahreszeit wollen sie die Außenfassade erst im Frühjahr oder im Sommer machen. Soweit mir das bekannt ist.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung über die Renovierung der Inselbrücke. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Koll. Schloßgangl. Nächster Berichterstatter ist StR Leopold Tatzreiter. Ich bitte um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um den Abschluß eines Pachtvertrages bzw. um eine Veränderung im Zusammenhang

mit dem Schloßpark-Cafe. Dieser Vertrag besteht seit dem Jahre 1977 (21. 7. 1977) und ist 1986 auf weitere 10 Jahre neuerlich abgeschlossen worden, sodaß wir den Pachtvertrag bis 20. 7. 1997 aufrecht haben. Es hat sich leider durch ein nicht sehr seriöses Vorgehen des damaligen General-Pächters ergeben, daß eine Untervermietung passiert ist.

In diesem Zusammenhang wurde das Objekt in größere Mitleidenschaft gezogen. Natürl. ist auch der Preis dementspr. zu kritisieren bzw. zu verändern. Leider ergibt sich aus dem Pachtvertrag keine Möglichkeit, vorzeitig auszusteigen. Es ist über das Amt bzw. über den Magistrat versucht worden, den Pachtvertrag gerichtlich zu beenden und eine Räumung einzuberaumen. Es ist leider nicht gelungen, daher war es jetzt notwendig, mehrere Subpächter zu erreichen, die sich dafür interessiert haben. Es ist auch gelungen, einen Pächter zu finden. Daher würde ich bitten, diesem Pachtvertrag die Zustimmung zu geben.

Hier sind die 250.000 S Pachtzins festgelegt, sodaß diese 250.000 S auch erreicht bzw. überstiegen werden können.

Ich möchte Sie nochmals bitten, dieser Übergangslösung - als mehr kann man das nicht betrachten - mit dem Pachtvertrag bis 1997 zuzustimmen und dann einen anderen Vorgang zu wählen. Der Antrag lautet:

10) GHJ2-7005/63

Abschluß eines Pachtvertrages über d. Schloßpark-pavillon.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. FA für allg. Rechtsangelegenheiten u. Privatwirtschaftsverwaltung vom 30. Nov. 1993 wird dem Abschluß eines Pachtvertrages über den sog. Schloßpark-Pavillon mit der Walicord Ges. mbH (er ist Österreicher, ursprüngl. ist er aus Persien; die beiden jetzigen Pächter haben sich mit ihm geeinigt, diesen Pacht einzugehen), 4813 Altmünster, Nach dem See 22, zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

(BEILAGE)

Ich ersuche um Ihre Zustimmung. Außerdem darf ich bitten, im Jahr 1997 bei neuerlichen Überlegungen mitzuwirken. Ich habe auch im StS mitangeregt, eine andere Lösung herbeizuführen. Ich denke nur zurück an die leidige Situation mit dem Tabor-Restaurant, die dann endlich und glücklich abgeschlossen werden konnte. Das sollten wir uns dann auch in einer ähnlichen Form überlegen. Es sei denn, es gibt einen neuerlichen Pächter, mit dem wir einen positiveren Beschluß herbeiführen könnten - ohne einen Verkauf. Derzeit würde ich bitten, dem neuerlichen Pachtvertrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wie lange soll der laufen?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Der jetzige Pachtvertrag läuft bis 1997!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich habe vorhin den Vorsitz übernommen. Als erster hat sich Hr. Dr. Pfeil zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Vbgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gäbe zu diesem Pachtvertrag sehr viel zu sagen. Aber dieser Pachtvertrag ist symptomatisch für unsere pol. Situation. Wir haben hier Verträge vorliegen, für die jemand eine pol. Verantwortung gehabt hat, die heute auch bei den Ehrungen gegeben war. Mehr sage ich nicht dazu!

Aber wir haben in der Vergangenheit Verträge gehabt, die sehr unglücklich formuliert waren - zuungunsten der Stadt. Wir haben bzw. die Stadt hat sogar probiert, diese Verträge über das Gericht zu kündigen. Es ist uns - wie Sie alle wissen - nicht gelungen. Irgendjemand muß ja 1977/1986 hier die Hand gehoben und die Verantwortung gehabt haben, daß solche Verträge in Steyr möglich waren. Es gibt ja eine Reihe anderer Verträge auch noch, die hier sehr

wohl mitdiskutiert werden könnten.

Jetzt stehen wir vor der unglücklichen Situation, daß es sich hier nicht - wie Sie gesagt haben, Hr. StR Tatzreiter - um das Schloßpark-Cafe handelt, sondern um das ganze Schloßpark-Ensemble, das extrem im Vordergrund des Blickfeldes der Touristen, der Steyrer Bürger ist. Ein Ensemble, das sicherlich in den letzten Jahren extrem gelitten hat - innen und außen! Wer in letzter Zeit das Vergnügen gehabt hat, entweder ebenerdig oder unten in diesem Schloßpark-Pavillon zu sein, der wird nicht sehr erfreut sein.

Jetzt machen wir wieder eine Übergangslösung bis 1997. Eine Übergangslösung, die ohne Ausschreibung stattgefunden hat. Ich weiß, daß es schwierig ist - man kann nicht ausschreiben, weil ein bestehender Pachtvertrag gilt. Aber man kann jetzt schon überlegen und planen, was man 1997 aus diesem wunderschönen Ensemble macht (es sind ja nur mehr 3,5 Jahre). Es wäre durchaus zu diskutieren, ob dieses Objekt zu verkaufen ist. Da gibt es unterschiedlichste Auffassungen. Sicherergestellt muß sein, daß dieses Ensemble einen Pächter bzw. Inhaber verdient, der es so schön macht, wie wir es gerne haben möchten und wie es sich die Steyrer verdienen.

Gerade in diesem Bereich (Schloßpark-Cafe - Pavillon) ist sehr viel verabsäumt worden. Hr. Dr. Schwager wird dann noch

einiges zum Vertrag sagen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Nächster am Wort ist Hr. Dr. Schwager.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Vbgm.! Sehr viel habe ich nicht mehr dazu zu sagen, nachdem Hr. Vbgm. Dr. Pfeil die Geschichte "Schloßpark-Pavillon" schon sehr eingehend beleuchtet hat. Was für verheerende Verträge das sind, haben wir auch im Prüfungsausschuß schon zu prüfen gehabt. Wir können aus solchen entsetzlichen Vertragswerken - ich kann es nicht anders sagen; würde das ein freiberuflicher Jurist machen, so würde das meines Erachtens auch zu einer entsetzlichen Haftung führen - nicht einmal gescheit heraus.

Es bleibt uns wirklich nur die Möglichkeit, so zu verhandeln, daß die noch bestehenden vertraglichen Rechte der Pächterin und des Unterpächters in einer Form abgegolten werden, die eine sofortige Neuverpachtung möglich macht. Bei diesen Verhandlungen wird natürl. sehr darauf Bedacht zu nehmen sein, daß eine Gesellschaft mbH., die hier als Unterpächterin aufscheint, auch in Richtung ihrer Bonität geprüft wird. Es soll nicht sein, daß sich diese sicher in Schwierigkeiten

befindliche Gesellschaft auf Kosten der Stadt wieder saniert. Ich darf noch auf etwas aufmerksam machen. Bei der Vertragsgestaltung bitte ich, nicht wieder alte Fehler zu begehen. Nehmen Sie bitte, wenn Sie einen Pachtzins aufnehmen, wenigstens einen fixen Sockelbetrag auf. Und darauf bauen Sie dann die variable Pachtgestaltung nach Umsatzzahlen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nun ist Hr. GR Fürweger am Wort.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Wir haben im Amtsbericht zu lesen, es wurden Erkundigungen über DI Ali Walicord gemacht. Ich habe mich in Altmünster auch erkundigt und habe erfahren, daß er dort kein Lokal mehr führt. Er hat es an einen Türken und einen Perser verkauft. Dieser Mann hat mir mitgeteilt, daß Ali Walicord 8 Pizzerias hat. Er ist also ein Mann, der mit Teppichhandel begonnen hat und sich jetzt zur Pizza-Connection begeben hat.

Was mich ein bißchen traurig macht, ist, daß zwei Österreicher - gelernte Köche und Kellner - nicht zum Zug kommen können, weil sie diese beträchtlichen Entschädigungen nicht zahlen können. Das ist ziemlich traurig. Mein Vorredner hat schon gesagt,

daß die Stadt praktisch mit sich handeln läßt und unter Druck gesetzt wird. Wir selbst bekommen ein paar 1000 Schilling Miete im Jahr, und die Herren machen hier Geschäfte mit einem Objekt, das sich im Besitz der Stadt befindet.

Es wurde auch der bauliche Zustand angesprochen. Im Pachtvertrag steht drinnen - mich würde jetzt interessieren, ob das im neuen Pachtvertrag dann enthalten ist -, daß der alte Pächter dieses Objekt wieder so zurückgeben muß, wie er es erhalten hat bzw. wie er es renoviert hat. Wenn wir es jetzt wieder weitergeben, dann frage ich mich, ob Hr. DI Ali Walicord dieses Objekt herrichten soll oder die ursprüngl. Pächter. Anscheinend haben sich jetzt die ursprüngl. Pächter diesen Herrn genommen, um sich vielleicht die Renovierungskosten zu sparen und schön aus dieser Sache aussteigen zu können.

Ich würde mir allg. wünschen, wenn wir Objekte im Besitz der Stadt haben, daß in erster Linie Österreicher zum Zug kommen. Wir wissen alle, daß das Gasthaus-Sterben ...

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Er ist Österreicher!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Aber keiner, der uns ein Wiener Schnitzel oder Würstl in Saft (die unser Bürgermeister so gerne ißt)

serviert; sondern er serviert uns Pizze, die sicherlich nicht unserer Hauptnahrung entsprechen. Es gibt auch von Landesseite Bestrebungen, denn das Gasthaus-Sterben ist schon im Gange. Wenn wir hier so weitermachen, dann ist auch das Gasthaus-Sterben in Steyr im Gang. Dann kann unser Bgm. keine Würstl in Saft mehr essen, weil wir nur mehr Pizze haben, die uns von Persern serviert werden. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Werte Damen und Herren des GR! Grundsätzlich zu diesem Pachtvertrag: Das Kontrollamt ist aus seiner Verantwortung hier bitte nicht zu entlassen! Es stammt zwar aus einer Zeit, wo unsere Fraktion nicht den Vorsitzenden gestellt hat, aber wenn man damals diese Kündigungsfrist nicht übersehen hätte, wären diese ganzen Probleme vor Gericht nicht entstanden! Das nur noch als Nachtrag.

Im Grunde genommen ist das, was sich dort oben abgespielt hat, beschönigend ausgedrückt eine "Schweinerei" und ein Schandfleck für Steyr. Dieser Pachtvertrag garantiert mir nicht, daß sich am Zustand selbst in absehbarer Zeit etwas ändern

wird. Ich werde auch gegen diesen Antrag stimmen.

Ich glaube, wir - weil der Hr. Vbgm. auch das Umfeld dort oben angesprochen hat - sollten uns auch überlegen, wie es mit dieser Minigolfbahn dort oben in Zukunft weitergehen soll für den Fremdenverkehr. Denn in diesem Zustand, wie sich diese Minigolfanlage präsentiert, werden wir in Zukunft bei den Touristen auch keinen großen Stich machen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Der nächste Debattenredner ist Hr. GR Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Wie Koll. Dr. Tilman Schwager richtig betont hat, haben wir uns im Prüfungsausschuß schon öfter - vielleicht zu spät, da gebe ich Hr. Koll. Payrleithner recht - mit dieser Materie befaßt. Die einhellige Übereinstimmung im Prüfungs-Ausschuß war, daß nach Abschluß des Gerichtsverfahrens die Vorteile einer gastronomischen Nutzung auf jeden Fall gegeben sind.

Wenn es - wie aus dem Amtsbericht hervorgeht - mit der Walicord GesmbH. gelungen ist - wir hatten ja hier sehr wenig Einfluß -, das Einvernehmen über die Geschäftsübernahme mit dem derzeitigen Pächter und Unterpächter herzustellen, sollte

man, glaube ich, aufgrund dieser Sachlage (vielleicht unter Einbindung des Vorschlages v. Dr. T. Schwager mit dem fixen Sockelbetrag) trotzdem dieser Regelung zustimmen, und nicht bis 1997 warten; um zumindest schon die Nutzung, die auch einhelliges Thema des Prüfungsausschusses war, als Cafe/Restaurant zu ermöglichen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, wertres Präsidium! Ich kann mich kurz fassen, weil ja bereits sehr viel zu diesem vorliegenden Amtsbericht bzw. auch zum Antrag gesagt wurde. Ich möchte nur noch von meiner Seite darauf hinweisen, daß uns offensichtlich Fehler der Vergangenheit einholen. Denn wenn ich mir vorstelle, daß auf der einen Seite von einer der schönsten Lagen in diesem Bereich - was ja sehr richtig ist - gesprochen wird, und man dafür 2.500 S Pachtzins einhebt, dann ist das wirklich sehr wenig. Das ist vorsichtig formuliert!

Ich kann daher nur den Vorschlag wiederholen und appelliere auch - so wie Koll. Schwager das gemacht hat -, daß man ab 1997 bei den neu abzuschließenden Verträgen einen monatl. Sockelbetrag mit einbaut und dann - in weiterer Folge, als zweite Stufe - diesen

Pachtzins davon abhängig macht, wieviel dort eingenommen wird. Abschließend hätte ich noch eine Frage an den Referenten - das ist mir nämlich nicht ganz klar. Wie sieht es denn mit den Instandsetzungs-Verpflichtungen tatsächlich aus? Es wurde bereits von Vorrednern darauf hingewiesen, daß das, was sich dort oben bietet, ein Skandal ist. Wenn man sich ansieht, wie die Fassade aussieht - und das nur deshalb, weil nicht einmal die Dachrinnen instandgesetzt oder gereinigt werden. Es ist fürchterlich, wie es dort aussieht! Zur Zeit kann man nicht davon sprechen, daß das eine der schönsten Lagen ist - räumlich zwar schon, aber vom Gebäude her nicht! Das Gebäude sicherlich nicht! Daher nochmals, Hr. Referent: Wie sieht es mit den Instandsetzungs-Verpflichtungen aus?

Hier lege ich größten Wert darauf, daß wirklich alles ausgeschöpft wird, um den Pächter zu veranlassen, in diesem Bereich für Ordnung zu sorgen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nächster Redner ist Hr. Bgm. Leithenmayr.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Die Ausführungen, die gerade wieder zuletzt durch Koll. Eichhübl

gemacht wurden, bestätigen eigentl., daß etwas geschehen muß. Es war eben eine Entwicklung, die nicht gerade glücklich war. Das kann ich ja nur bescheinigen.

Es ist aber offensichtlich auch nicht gerade einfach gewesen, immer die optimalen Pächter zu bekommen. Natürl. kostet die Erhaltung und Renovierung des Hauses auch Geld. Es geht darum, daß jeder, der das Haus pachten wird oder will, dies auf einen best. Zeitraum machen möchte - weil er ja die Amortisation des eingesetzten Geldes sehen möchte.

Wir haben aufgrund des Ergebnisses des Prozesses und des Urteils eine "verfahrene" Situation. Eigentl. könnten wir bis 1997 nichts tun. So ist die Situation. Davon ausgehend, ist eigentl. jede Verbesserung dieses Zustandes begrüßenswert.

Natürlich sollten wir versuchen, dieses wunderschöne Haus in dieser Lage zu einem Ertragsobjekt zu machen. In diese Richtung soll ja auch alles geschehen. Aber man muß sich überlegen, daß man wenig Spielraum hat.

Daher bin ich schon froh, daß nicht dieser gegenwärtige unbefriedigende Zustand bis 1997 prolongiert wird. Aus diesem Grund glaube ich, daß die Vorgangsweise richtig und die einzig mögliche unter diesen Umständen war.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. GR Spanring bitte.

GEMEINDERAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Nur ganz kurz zu den Ausführungen, die das Kontrollamt betroffen haben. Lieber Freund Payrleithner, das Kontrollamt hat grundsätzlich mit Abschlüssen von Verträgen und mit der Wahrung der Frist-Möglichkeiten nichts zu tun.

Wenn dies das Kontrollamt machen würde, würde es sich ja parteipolitisch einmischen. Das ist, glaube ich, genau das, was wir vom Kontrollamt nicht wollen. Das ist auch nicht die Aufgabe, die im Sinne des Kontrollamtes liegt. Das Kontrollamt als solches ist zwar pol. tätig; das hat aber nichts mit Parteipolitik zu tun, die im Rahmen solcher Verträge gefordert ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Nun bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Im Zusammenhang mit den vielen Wortmeldungen gibt es - das darf ich auch von meiner Seite aus sagen - Kritikpunkte, die ich festhalten möchte, die sich aber zum Teil auch mit den bereits erwähnten decken.

Es ist schon zu bemerken, daß es damals - der Hr. Bgm. hat schon darauf hingewiesen - in einer schwierigen Zeit möglich geworden ist, überhaupt einen Pächter zu finden. Ich war damals nicht im GR und kann daher nur das nachvollziehen, was mir im Zusammenhang meiner Recherchen gesagt wurde. Es ist eigentl. um die leidige Situation der Instandhaltung gegangen. D. h., im Zusammenhang mit der Verwahrlosung dieses Objektes oder dieses Ensembles ist die Kritik so stark geworden - auch meinerseits. Ich habe mehrfach festgestellt, daß hinten der Verputz herunterfällt, daß die Färbelung abbröckelt oder abbröselt. In diesem Zusammenhang darf ich feststellen, daß es auch im Innenverhältnis des Hauses, also im Mauerwerk einige gravierende Schäden gegeben hat. Das war eigentl. das Streitobjekt im Zusammenhang dieses gesamten Pachtvertrages. Daß der Pachtvertrag damals mit 2.500 S möglicherweise gestimmt hat, kann schon sein - in bezug auf die Revitalisierung dieses Objektes. Das ist aber dann aufgrund eines Sub-Pachtvertrages nicht geschehen: der Subpächter war dann mit dem Pachtpreis überfordert und der andere hat die Revitalisierungen bzw. die Restaurierungen und notwendigen Ersatzarbeiten nicht durchgeführt. In diesem Zusammenhang ist die Kritik -

auch meinerseits - sicherlich sehr stark angebracht.

Der Vertrag selbst wurde so abgeschlossen, daß es keine Möglichkeit gibt, auszusteigen - mit Ausnahme des jetzigen Pächters, der sich dazu bereit erklärte, das Ganze zu revitalisieren und auch die Reparaturen durchzuführen. Das große Problem dabei ist, daß er bis 1997 sehr viel zu ersetzen hat. Deswegen sind auch die anderen ausgestiegen. Das muß man dazu sagen! Die Kosten waren so hoch, daher konnten oder wollten die anderen das nicht. Bis 1997 muß auf jeden Fall großes Augenmerk darauf gelegt werden.

Ich glaube auch, daß es richtig ist, wenn sich in solchen Angelegenheiten künftig das Kontrollamt und der Ausschuß dafür interessieren müssen, daß diese Verträge eingehalten werden. Ich meine nur, daß wir vor 1997 rechtzeitig neue Pächter suchen müssen, wenn es notwendig ist. Man weiß ja noch nicht, wie sich der jetzige Pächter geben wird bzw. wie sich das Ganze auswirkt. Ich hoffe nur, daß diese Vertragsdauer zu einem positiveren Ergebnis führt und daß wir rechtzeitig vor 1997 andere bzw. vielleicht denselben Pächter dafür bekommen oder überhaupt in andere Vorstellungen hineingehen. In diesem Zusammenhang bitte ich trotzdem um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Referenten StR Tatzreiter die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? 5 Enthaltungen (FP). Wer ist dagegen? 2 Gegenstimmen (FP). Somit ist Punkt Nr. 10) erledigt, und ich bitte um den Vortrag zu Punkt Nr. 11).

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um Objekte der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr im Resthof III D, wo die Gemeinde zu einem Sonder-Wohnbauprojekt einen Annuitätenzuschuß im Jahr 1991 beschlossen hat. Es geht um 28,626.900 S, und ich bitte um Ihre Zustimmung, obwohl aus dem damaligen Beschluß heraus noch Zeit gewesen wäre bis 1996. Aufgrund der neuen Oö. Sonderwohnbau-Verordnung ist es aber notwendig, diesen Beschluß jetzt und heute durchzuführen, um abschließen zu können.

Ich bitte in diesem Zusammenhang für die Objekte I, III, IV und VI im Resthof III D/1 und gleichzeitig auch für die 96 Tiefgaragenplätze diesen Annuitätenzuschuß zu beschließen. Ich ersuche um Zustimmung.

11) Ha-4024/91

Bauvorhaben der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH. Rest-

hof III D;

Finanzierung nach dem Sonderwohnbauprogramm.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. allg. Rechtsangelegenheiten und Privatwirtschaftsverwaltung vom 30. Nov. 1993 wird das Bauvorhaben Resthof III D/1, Objekte N1 - N3 und N4 - N6 mit 96 Wohnungen und 96 Tiefgaragenplätzen in der Form im Rahmen des Sonderwohnbau-Programmes gefördert, daß die Stadt Annuitätenzuschüsse zu einem Hypothekendarlehen in Höhe von S 28,626.900,-- leistet.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht das Wort dazu? Niemand. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Danke. Ich übergebe den Vorsitz an den Bgm.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hr. StR Zagler das Wort zu seinen Anträgen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich darf den hohen GR bitten, der Bezugsregulierung für die VB und die Beamten im Hause zuzustimmen, nachdem zw. Bundesregierung und Beamten-gewerkschaft ein Erhöhungs-

Prozentsatz von 2,55 v. 100 vereinbart wurde.

Da, so wie in den vergangenen Jahren, vom Bundesgesetz über die Landesgesetze Zeit verstreichen würde, die bei uns erhebliche Mehraufwände bei der Bezugsliquidierung, sprich bei der Berechnung und Auszahlung, bringt, wird der Beschluß vorab gefaßt, daß ab 1. 1. 1994 die vorgeschlagene Bezugsregelung in Kraft treten möge.

Ich bitte um Kurz-Diskussion bzw. um Abstimmung.

12) PräS-926/93

Bezugsregulierung 1. 1. 94.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Abschnitt I

a) Den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entspr. landesgesetzl. Vorschriften vorgriffsweise monatl. Ergänzungszahlungen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1993 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und Krankenfürsorge-Beitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

b) Auf die VB finden die Bestimmungen der lit. a) sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 10 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr seit 1. 1. 1991 in Kraft stehenden Vertragsbediensteten-Ordnung (VBO) fest-

gesetzt werden. Die genauen Entlohnungssätze sind aus den Gehaltstabellen in der Anlage ersichtlich.

Abschnitt II

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1993 um 2,55 v. H. erhöht.

Abschnitt III

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1993 um 2,55 v. H. (= Valorisierungsfaktor des Gehaltes v. V/2) erhöht.

Abschnitt IV

Die Bestimmungen der Abschnitte I, II und III treten ab 1. 1. 1994 in Kraft.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wünscht jemand das Wort dazu? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT KLAUS JANSKY
VERLÄSST UM 12.27 UHR DIE
SITZUNG.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Der nächste Punkt, den ich Ihnen vorzustellen habe, ist ein sehr

erfreulicher, weil uns die Bundesregierung einen Zweckzuschuß in Höhe von 1,888.076 Mill. S für die Stadtwerke/Verkehrsbetrieb gewährt. Nachdem wir nur eine Grundleistung von 1,2 Mill. S als Weiterleitung der Förderung an die Stadtwerke beschlossen haben, die Auszahlung dieses um 50 % erhöhten Betrages jedoch daran gebunden ist, daß wir auch die Grundleistung an die Verkehrsbetriebe entspr. aufstocken, bitte ich, diesen Beschluß zu fassen. Er belastet die Stadtkassa nicht, sondern ist im Prinzip ein Durchlaufposten. Der Beschluß ist aber zur richtigen Abwicklung des Vorganges notwendig.

13) ÖAG-31/83

Verkehrsbetriebe d. Stadtwerke Steyr; Zuerkennung einer Grundleistung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR der Stadt Steyr v. 4. März 1993 wurde als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr 1993 der Betrag von S 1,200.000,-- freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes des GB für präsidiale und öffentlich-rechtliche Angelegenheiten vom 2. Dez. 1993 wird nunmehr eine Aufstockung dieser Grundleistung um einen Betrag von

S 688.076,--

auf insgesamt S 1,888.076,-- genehmigt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 260.000

bei der VAST. 1/8790/759000.9 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 428.000,--

bei derselben VAST. bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei dem vom Bund gewährten Zweckzuschuß zur Nahverkehrsförderung zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Hr. GR Vanek hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

In diesem Zusammenhang hätte ich für die zukünftigen Budget-Erstellungen den Wunsch, daß man auch zusätzl. Geld für ein Marketing- und Werbekonzept in Zusammenhang mit den Bussen berücksichtigt. Denn wir denken uns, daß, wenn man die Busse nicht zusätzl. bewirbt, wir in Zukunft nicht auf die erhofften Fahrgastzahlen kommen werden. In einem der letzten Kommunal-Ausschüsse wurde schon einmal darüber gesprochen. Dort ist aber leider berichtet worden, daß hierfür kein Geld vorhanden ist. Ich wünsche mir, daß dies in nächster Zeit einmal berücksichtigt wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf dazu sagen, bevor der Referent das Wort ergreift, daß nach Rücksprache mit den Fraktions-Vorsitzenden, ich glaube, am 13. März von mir die Weisung an die Stadtwerke ergangen ist, ein Marketingkonzept für die Verkehrsbetriebe erstellen zu lassen. Ich habe seit dieser Zeit nichts mehr gehört. Nun würde ich den Hrn. Referenten um die "Insider-Information" bitten!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte mich, nachdem ich vom Finanzreferenten gebeten wurde, wirklich kurz fassen. Ich bin auch der Meinung, daß wir dann eine Mittagspause einlegen sollten, weil wir ja beim Budget die Möglichkeit haben, über die versch. Punkte - vor allem über die Stadtwerke - zu diskutieren. Ich möchte aber nur in einem Beisatz bemerken, daß es sicherlich erfreulich ist, daß dieser Zweckzuschuß von S 1,888.076 für die Stadtwerke - Bereich Verkehrsbetrieb - zur Auszahlung gelangt.

Nun zu dem, was Koll. Vanek gesagt hat - deshalb habe ich mich eigentl. zu Wort gemeldet. Es ist an sich recht erfreulich, nur kommt er ein wenig spät darauf. Denn im Budget steht folgendes drinnen: Im Finanzplan des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes sind für das Jahr 1994 keine Mittel vorgesehen.

Das wäre nämlich wichtig, daß hier etwas drinnen ist. Ich weiß ja nicht, Hr. Koll. Vanek, wie Sie sich dann zum Budget verhalten werden, aber ich sage das deshalb jetzt gleich, weil Sie sich ja erfreulicherweise - wie ich vor ca. 3 Wochen in einer Zeitung bemerkt habe - sehr intensiv für den Verkehrsbereich interessieren, dort Forderungen gestellt haben, neue Autobusse usw. Ich darf vorweg gleich sagen, eigentl. dürften Sie dem Budget gar nicht die Zustimmung geben oder in Zukunft keine Forderungen mehr stellen!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Mein Applaus hält sich in Grenzen. D. h., er ist nicht vorhanden oder nicht zu bemerken gewesen.

Ich würde auch vorschlagen, daß wir gerade über diesen Punkt, den wir heute noch ausgiebig diskutieren können, jetzt nicht reden. Ich bitte aber trotzdem hier um eine einstimmige Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um

ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Der nächste und - ich glaube - auch der letzte Akt des Vormittages ist der, daß wir eine Satzung, die wir schon einmal einstimmig im GR beschlossen haben, abändern müssen, weil das Land hier einige Ergänzungen vornehmen ließ.

Ich habe dazu in der StS-Sitzung schon ausgeführt. Hoffentlich wird die Satzung für den Sparkassen-Fonds nicht erst dann rechtskräftig werden, wenn der Fonds schon so weit geleert ist, daß diesbezüglich gar kein Grund mehr vorhanden ist, lange Fonds-Beschlüsse abzuhalten.

Es geht im großen und ganzen darum, daß hier die Ehrenamtlichkeit der Funktionäre ausdrücklich im Vordergrund steht, was in unserer ursprüngl. Fassung nicht der Fall war. Und es geht darum, daß das Prozedere bei der Vergabe, sprich die Schriftlichkeit der Anträge, der formale Abwicklungsprozeß durch die Fonds-Organen entspr. ergänzt und erweitert worden ist. Ich bitte, dieser - ich will das einmal so sagen - kosmetischen Reparatur der Fonds-Satzungen zuzustimmen.

14) Spa-605/93

Errichtung eines Sparkassenfonds Steyr; Satzungs-

änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten v. 7. Dez. 1993 werden die Fondssatzungen für den "Sparkassenfonds Steyr" gem. Beilage 2 genehmigt.

Die Kundmachung dieser Fondssatzungen hat durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr zu erfolgen.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird dazu das Wort gewünscht? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bgm., meine Damen und Herren! Es ist richtig, wir haben am 17. Dez. - genau vor einem Jahr - diese Fonds-Richtlinien einstimmig beschlossen. Jetzt nach einem weiteren Jahr kommen die Abänderungswünsche nach dem Fonds-Gesetz vom Land OÖ. Wir haben keine Probleme mit den Abänderungen, aber wir wollen darauf hinweisen, wie Hr. Finanzstadtrat Dkfm. Zagler gesagt hat, daß wir uns ein bißchen mehr beeilen hätten sollen. Ansonsten haben wir kein Geld mehr im Fonds, das wir verwalten sollen. Aber auch die bisherigen Fonds-Richtlinien, die wir alle gemeinsam vor einem Jahr

beschlossen haben, sind nicht eingehalten worden.

Es heißt hier unter § 2, Punkt 2) z. B.: "Über die Gewährung der Fondshilfe entscheidet in jedem Einzelfall ein Vergabegremium, bestehend aus sämtlichen Mitgliedern des StS, wobei diese stimmberechtigte Mitglieder sind, und je einem nicht stimmberechtigten Mitglied je GR-Fraktion, die nicht im StS vertreten ist."

Ich frage, wann hat jemals so ein Vergabegremium getagt? Es sind hier schon Gelder in großer Anzahl vergeben worden, ohne die Fonds-Richtlinien einzuhalten!

Es wurden auch vor einem Jahr - und das ist sehr wesentlich - Verpflichtungen beschlossen, für welchen Zweck diese Gelder verwendet werden sollen. Hier heißt es: "Die Stadt Steyr verpflichtet sich, den aufgrund der Verschmelzung der Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse mit der Anteilsverwaltungsparkasse Steyr zugeflossenen Barbetrag in Höhe von S 169,510.000,- (heute sind diese Gelder durch Zinsen auf eine Höhe von 181,290.000,- angewachsen) samt den bisher erzielten Zinserträgen als Vermögen in einem Fonds zur Förderung der örtlichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs, der Ortserneuerung, der Umwelt, der Kultur, der Wohnraumbeschaffung sowie von sportlichen und sozialen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen."

Punkt 2) meiner Anmerkungen. Laut § 3 dieser Vergabe-Richtlinien sind Verwendung der Fonds-Mittel bisher nur Barzuschüsse, aber keine Darlehen oder Zinsenzuschüsse gewährt worden. D. h., der Sparkassenfonds wurde zum Stopfen von "Budgetlöchern" verwendet - 1994 für den ao. Haushalt.

Die Präambel der Satzung sagt nämlich - wie ich schon ausgeführt habe - eine Zweckwidmung aus. Wenn wir heute nachmittag das Budget beschließen, dann beschließen wir - wenn Sie dem Budget zustimmen - u. a. eine zweckwidrige Verwendung dieser Fondsgelder. Und zwar beschließen wir heute von diesen Geldern: StEK, Flächenwidmungsplan, allg. Pflichtschulen, Gebäude KG Fabriksinsel, Transferzahlungen an priv. Institutionen ohne Erwerbscharakter, Vorwärts Steyr - Rate Flutlichtanlage, Forschung Wissenschaft, Entgelt f. sonstige Leistungen v. gewerbl. Firmen, Kapitaltransfer-Zahlungen an Länder, an priv. Institutionen; dann kommen Kultur-Aufwendungen, Kapitaltransfer-Zahlungen (eine Reihe), allg. öffentl. Wohlfahrt, Kapitaltransfer-Zahlungen an priv. Haushalte ohne Erwerbscharakter, allg. Wohnbauförderungen, Rettungsdienste, wirtschaftspol. Maßnahmen, Ankauf von Grundstücken - in Summe beschließen wir heute für den 94er ao. Haushalt aus den

Mitteln der Sparkasse:
57,950.000 Schilling.

Es erheben sich wirklich zwei Fragen bei diesen Fonds-Richtlinien. Werden oder wurden diese Ausgaben bzw. diese Finanzierungen von Vorhaben aus dem Sparkassenfonds tatsächlich entspr. den Satzungen des Sparkassenfonds vom Vergabegremium entschieden? Hat jemals ein Vergabegremium getagt? Waren alle dabei, die nach den Richtlinien dabei sein hätten müssen?

Zweitens: Entsprechen diese Ausgaben für Vorhaben den vorgeschriebenen Satzungen - für Wirtschaft, Fremdenverkehr, Ortserneuerung Umwelt, Kultur, Wohnraumbeschaffung, Sport, Soziales?

Ich meine, daß die Vorhaben und die Finanzierung aus dem Sparkassenfonds im ao. H. 1994 für folgende Ausgaben nicht widmungsgemäß drinnen sind: das ist die Gruppe II - Pflichtschulen, KG, Kapitaltransfer-Zahlungen an Länder, Zahlungen an priv. Institutionen ohne Erwerbscharakter, Rettungsdienste. Das ist in den Satzungen nicht vorgesehen! Ich danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht mehr der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Klarerweise, solange es keinen Sparkassenfonds gibt, ist die Stadt Steyr das Organ, das über die Mittel verfügt. Wir haben ja alle diese Mittel - Du hast soeben den Beweis angetreten, in dem Du aus dem Budget-Voranschlag die Finanzierung des ao. H. vorgetragen hast -, alle Beträge, die bislang ausgegeben wurden, über die Budget-Beschlüsse, über die Deckungsbeschlüsse hier abgehalten. Und zwar in einem Gremium, das sogar über das Vergabegremium des Sparkassenfonds hinausgeht, weil in diesem Gremium - dem GR - auch die GAL stimmberechtigt vertreten ist. Diesbezüglich, glaube ich, ist die Sache eine klare.

Natürl. bleibt es jedem einzelnen überlassen, sich über die Sinnhaftigkeit der Ausgaben für best. Zwecke eine andere Meinung zu bilden, als die Mehrheit in diesem Hause. Wenn es keinen Fonds gibt, können wir auch nicht nach dem Fondsregulativ vorgehen. Es war ja unser aller Wunsch, Fonds-Richtlinien zu bekommen. Es wurde auch von uns, von der Abteilung GB II, rechtzeitig die Eingabe Richtung Land gemacht. Es schien alles so, als würde das ohne Verzögerung gehen. Die ersten Rückfragen haben gezeigt, daß dort und da formale Widerstände aufgetaucht sind. Was letztlich dazu geführt hat, daß es sich nicht mehr auf "Good will-Art" vereinbaren ließ,

sondern daß hier eine ergänzte Fassung vorzulegen ist.

Wenn das geschieht - ich kann mich natürl. nicht in den Geschäftslauf der Landesbehörde einmengen -, ist hoffentlich zu rechnen, daß im Frühjahr die entspr. Fonds-Satzung zur Verfügung steht. Klarerweise wird dann von der Geschäftsführung dieses Fonds die erste Sitzung einberufen. Klarerweise wird in dieser ersten Sitzung den Teilnehmern dort über die bisherige Gestion berichtet. Ich glaube, es ist ja wirklich mehr als blau-äugig, zu meinen, daß wir als GR oder als StS andere Ideen hätten, als dieselben Personen, die dann im Vergabegremium drinnen sitzen. Damit ist das - meiner Meinung nach - beantwortet. Daß man klarerweise bei manchen Ausgaben eine differente Haltung einnehmen kann, das will ich damit gar nicht außer Diskussion stellen. Das ist der Lauf der Zeit und die Sache der Dinge, daß man darüber andere Meinungen haben kann!

Aber die Mehrheit ist - so wie überall im demokratischen Leben - jene, die entscheidet, wie die Gelder vergeben wurden. Diese Mehrheit war bislang bei allen Vergaben zumind. zu finden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Das war das Schlußwort - wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um

ein entspr. Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich schlage nunmehr vor, eine Sitzungs-Unterbrechung bis 14 Uhr zu beschließen. Wer diesem Vorschlag folgt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr - einstimmig. Die Sitzung ist unterbrochen.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER VERLÄSST UM 12.45 UHR DIE SITZUNG.

MITTAGSPAUSE VON 12.45 BIS 14 UHR.

GEMEINDERAT DI FRANK MUNDORFF TRIFFT UM 14 UHR EIN.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Mitglieder des GR, wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort und kommen nun zu Tagesordnungs-Punkt Nr. 15). Ich darf unseren Finanzreferenten, Dkfm. Mag. Zagler, bitten, seine Budgetrede zu halten und uns das Budget zu präsentieren.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Damen und Herren! Zum dritten Mal ist es meine Aufgabe als Finanzreferent, dem GR der Stadt Steyr einen Haushaltsvoranschlag

vorzulegen. Wenn ich beim ersten Voranschlag für das Jahr 1992 noch sehr nervös heraußen gestanden bin, war ich beim zweiten Budgetentwurf für 1993 schon etwas weniger nervös. Ich war gewitzigt, wie hier die Vorgangsweise zu begehen ist. Heute bin ich aber - das darf ich in diesem Plenum schon zum Ausdruck bringen - sehr tief bedrückt über dieses Werk. Und zwar bedrückt über das Ausmaß der Aufgaben, die die Stadtgemeinde Steyr im Jahr 1994 zu erfüllen hätte, zum Teil auch haben wird, und die finanzielle Bedeckung, die weit hinter diesen Wünschen zurückliegt.

Schon während des Jahres 1993 liefen die Ausgaben davon; die Einnahmen blieben deutlich zurück. Diese Entwicklung ist im Hinblick auf 1994 dramatischer geworden. Es ist nur unter äußerster Anstrengung gelungen, einen beträchtlichen Teil berechtigter Forderungen zurückzustellen und damit zunächst aufzuschieben. Ich möchte mich für diese Mithilfe bei Ihnen, bei den Helfern unter Ihnen bedanken. Daß die Schlußverhandlungen zwischen den Fraktionen kein neuerlicher Sparversuch waren, braucht nicht extra betont zu werden.

Letztlich soll heute ein Budget beschlossen werden können, das mit einem o. H. von etwa S 940,237.000 und mit S 227,323.000 im ao. H. eine insgesamt Budgetgröße von

1,167 Mrd. S ergibt - hier kommen wir an die Grenze der seriösen Finanzierbarkeit.

Aufgrund der herzeigbaren Darlehens-Umstrukturierung, die wir in den Jahren 1992 und 1993 im GR und im StS einstimmig beschlossen haben und auf dessen Weg wir uns Gott sei Dank befinden, und aufgrund der nicht von uns beeinflussten Zinsentwicklung (wobei diese Zinsentwicklung für uns als verschuldete Stadt erfreulich nach unten geht) ist eine Bedienung unserer Außenstände aus jetziger Sicht so möglich, daß wir nicht den gesamten Handlungs-Spielraum an die Schuldentilgung verlieren!

Das Ansteigen der Schulden auf über 700 Mill. S Ende 1994 ist eine ernstzunehmende Warnung für jene Optimisten, die glauben, trotz einer Dynamisierung der Kosten bei gleichbleibendem Angebot und dem Einfrieren vieler Tarife und Aufgaben das Schuldendilemma in den Griff zu bekommen.

Ehe Sie einige Kennzahlen mitgeben bei Ihren Beiträgen zum Budget, darf ich auf wesentliche Bereiche des Haushaltes 1994 aus meiner Sicht eingehen. Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt bei einem Darlehensstand Ende 1994 von rd. 700 Mill. S auf deutlich über 17.000 S pro Kopf der Bevölkerung. Das ist aus dem Grund sehr bedauerlich, weil wir Anfang des Jahres 1993, sicherlich gewährleistet oder

hervorgerufen durch die hohen Gewerbesteuer-Zahlungen von BMW, durch das Zurverfügungstehen von Mitteln aus dem Sparkassen-Verkauf, einen Schuldenstand pro Kopf von unter 13.000 - nämlich fast exakt 12.500 S - hatten. Anfang des Jahres hatten wir bereits Darlehensstände von unter 500 Mill. S.

Ein Blick zu den Personalkosten. Diese betragen nach Ausgliederung von Reinhaltungsverband und GWG - wobei das insgesamt 43 Mitarbeiter sind (GWG 15, RHV 28) - die Summe von 323 Mill. S, was dem Nachweis der Personalkosten - ein rosa Teil des, glaube ich, für alle GR-Mitglieder in der Lesbarkeit neuerlich verbesserten Budgetentwurfes - zu entnehmen ist. Zu diesen 323 Mill. S für die aktiv Bediensteten kommen noch 50 Mill. S an Pensionsleistungen für beamtete pensionierte Bedienstete dazu; und noch 10 Mill. S als Bezüge für die Funktionäre. Das ergibt eine Summe von 383 Mill. S. In der Prozentrechnung sind das 34,36 % vom o. H. bzw. 27,66 % vom Gesamthaushalt. Wenn man die Vorjahreszahlen vergleicht, waren statt 34,36 Prozent 36,5 Prozent Personalkostenanteil vom o. H.; vom Gesmthaushalt immerhin 32,8 %. Diese Zahlen sind deswegen bes. bemerkenswert, weil in diesen Zahlen - sowohl absoluten als auch Prozentzahlen - auch eine

Personalstandserhöhung zu berücksichtigen ist, die etwa 70 Personen ausgemacht hat. Wobei aber - das habe ich in mehreren GR-Sitzungen während des Jahres bereits zum Ausdruck gebracht - der Großteil dieser Personalvermehrungen in den Dienstleistungsbereichen stattgefunden hat. Ich möchte nur die wichtigsten erwähnen: 10 Bedienstete für das Chauffieren unserer Autobusse, der Citybusse; Verstärkung der Werkstätte, die klarerweise bei mehr Fahrbehältnissen, die zur Verfügung stehen, auch ausgeweitet werden mußte; 7 zusätzl. Kindergärtnerinnen; im APT 8 zusätzl. Kräfte; beim RHV 3 zusätzl. Kräfte; in der Umweltabteilung 2 zusätzl. Kräfte; und letztlich - aufgrund der Vollziehung des Aufenthaltsgesetzes und der Parkraumbew. - im GB IV, Promenade 9, 4 weitere Kräfte dazu. Damit, glaube ich, ist der Großteil der Zunahmen definiert. Nicht nur, daß wir unseren Stand von unter 1.000 auf knapp 1.070 Personen erhöht haben war zu berücksichtigen und zu finanzieren, sondern auch eine, wie heute beschlossene 2,55 %ige Gehaltserhöhung über alles und ein Steigen in der Altersstruktur, was sich klarerweise auf die Biennialvorrückungen auswirkt. Jetzt könnte jemand sagen, die Biennialvorrückungen gibt es ohnehin Jahr für Jahr - das ist aber gerade der Mittelbau, der hier hineinwächst, nachdem ja

vor Jahren noch viel weniger Bedienstete im Bereich des Magistrates Steyr vonnöten waren. Es ist also nicht so, daß die Zahl der Ausscheidenden identisch ist mit der Zahl der bis heute Dazugekommenen, und daß sehr viele Junge in Dienstklassen bzw. Biennalklassen vorrücken, die klarerweise das Budget mitbetreffen. So gesehen, glaube ich, ist sowohl die Organisationsreform, die einen Einfluß hat, als auch die doch sehr mäßige Forderungspolitik auf dem Personalsektor als pos. einzuschätzen.

Ein dritter Punkt, den ich von hier aus berichten möchte, sind die Investitionen, die im Jahr 1994 aus dem Budget getätigt werden. Im o. H. ist das klarerweise eine sehr bescheidene Summe, weil ja die meisten Bauten, die meisten Großinvestitionen über den ao. H. abgewickelt werden. Im o. H. sind es nur 6,9 Mill., aber beim ao. H. haben von den insgesamt 227 Mill. 165 Mill. S rein investiven Charakter. Der größte Teil dieser Investitionen wird auch in Steyr ausgegeben; ein beträchtlicher Teil wird in Steyr verbaut. D. h., daß das Hauptgewerbe, das zum Zug kommt, unser Baugewerbe und das Baunebengewerbe sind. Die Stadtwerke - obwohl heute schon einmal gesagt wurde, sie hätten nichts zu investieren. Das stimmt nicht ganz! Ich habe schon durch einen Zwischenruf darauf aufmerksam gemacht, daß

der Bereich Stadtwerke genau den Investitionsplan im Budget vorfindet, der von der Stadtwerke-Direktion gemeinsam mit den Referenten eingebracht wurde. Die Stadtwerke investieren 15,3 Mill. S.

Ein ganz beträchtlicher Investitionsbrocken kommt durch unsere städt. gemeinn. Wohnungsgesellschaft dazu, die ja 125 Mill. S an Investitionsleistung beibringt. Schließlich der RHV, wo der Anteil der Stadt Steyr etwa 4 Mill. S ist, der aber auch in diesem Jahr etwa 13 Mill. S insgesamt in die Kanalbauten bzw. Rückhaltebecken u. a. Maßnahmen aus dem Wasser-Wirtschaftsbereich in der Region (d. h., in Steyr und Umgebung, wenn ich an Garsten und Sierning denke) flüssig machen will.

Letztendlich darf man den Posten der direkten Wirtschaftsförderung nicht außer acht lassen, der mit 21 Mill. S auch wieder über den Vorjahresansätzen liegt. Insgesamt - für jene, die jetzt mitgerechnet haben - sind 337,1 Mill. S in den Budgets, die wir heute beschließen, vorhanden, um die Steyrer Wirtschaft von dieser Seite her zu unterstützen. Eine an und für sich betrübliche Zahl oder Zahlen, die ich jetzt nenne und die wieder außerhalb unseres direkten Einflusses liegen, das sind die Beiträge und Umlagen, die wir an das Land OÖ. zu entrichten haben. Und auf der anderen Seite die Bedarfszuschüsse, die wir

vom Land OÖ. bekommen sollen. Ich habe hier drei Jahre herausgeschrieben aus der letzten Zeit. Im Jahr 1988 hatten wir an das Land 60,6 Mill. S an Beiträgen und Umlagen abzuliefern. Wir erhielten vom Land in diesem Jahr 16,7 Mill. S an Bedarfszuweisungen. D. h. also, von dem, was wir aus unseren Steuererträgen an das Land abliefern mußten, kamen 27,5 % (ein bißchen mehr als ein Viertel) wieder vom Land an die Stadt zurück. Im Jahr 1990 hat sich diese Situation noch gebessert. In diesem Jahr hatten wir 70 Mill. nach Linz abzuliefern und bekamen 21,1 Mill. in Form von Bedarfszuweisungen zurück. Wir haben also 30 % retourniert bekommen, von dem, was wir hinüber gezahlt haben. Im Jahr 1993 - der Nachtragsvoranschlag, der letztes Mal bei der GR-Sitzung beschlossen wurde, zeigt schon eine dramatisch schlechtere Zahl an. Ich habe gerade gesagt, daß es 1990 noch 70 Mill. S waren, die wir nach Linz schicken mußten. 1993 sind es bereits 163,6 Millionen. Von diesen 163,6 Millionen sind im Jahr 1993 nur 22,3 Mill. S in Form von Bedarfszuweisungen zurückgeflossen. Das sind 13,5 % oder weniger als 1/7 der Beträge! Im Jahr 1994 haben wir Zahlungen an das Land in Höhe von 152,3 Mill. S budgetiert. Und so wie ich mir das hier aufgeschrieben habe, stehen in

der Spalte der Bedarfszuweisungen drei große Fragezeichen! Wenn also eine bloße Fortschreibung der Bedarfszuweisungen für das Jahr 1994 zu erwarten ist, klappt die Lücke dramatisch auseinander. Hier möchte ich Sie aufrufen bzw. einen Appell an alle von uns richten - im speziellen an Bgm. Leithenmayr, an die Vizebürgermeister und an meine StS-Kollegin und -Kollegen. Kümmern wir uns darum, beim Land vorstellig zu werden, daß unsere Projekte besser als bislang gefördert werden. Ich weiß, der Canossagang ist nicht jedermanns Sache. Aber es ist für die Finanzierung wichtiger Vorhaben ganz einfach nötig. Die Schere geht hier in einem Ausmaß auseinander, wie das - auch in die Zukunft gerichtet - nicht geduldet werden kann! Nächster Punkt meiner Betrachtungen - die Reform der Kommunalsteuer. Wenn wir die langjährigen Durchschnitte anschauen, wie wir aus den Steuern, durch die Bundesertragsanteile, an der Steuerleistung der Österreicher partizipieren, dann ist feststellbar, daß wir für 1994 mit etwa 215 Mill. S an Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer u. a. Steuern rechnen hätten können. Die Berechnung und Schätzung der Finanzabteilung - vor allem auch unter der Mithilfe des FA-Leiters für unser Stadtsteuerwesen, Hr. Kloiber - hat ergeben, daß wir

etwa mit 170 Mill. S aus diesen Ansätzen der neuen Kommunalsteuer rechnen können. D. h., zu den 200 Millionen, die aufgrund der Vorjahre nicht dynamisiert für 1994 zur Verfügung gestanden wären, plus etwa 6 %iger Steigerung (was dem Jahres-Durchschnitt der Steigerung der letzten paar Jahre entspricht) klafft hier ein Loch von etwa 42 Mill. S.

Jetzt gibt es Verordnungsentwürfe, die in diesen Tagen im Parlament beschlossen werden, wonach Härteausgleichs-Zahlungen zu erwarten sind. Es klingt auf das erste Hinhören sehr gut, daß wir mit 90 % des Ausfalls rechnen oder darauf hoffen können. Allerdings 90 % des Ausfalls auf die bisherige Steuerleistung. Das heißt jedoch nicht auf die dynamisierte Steuerleistung! D. h., daß uns auf jeden Fall einmal 12 Mill. S aus der Dynamik abgehen werden, und die 90 %, die hier an Ausgleichszahlung in Aussicht gestellt worden sind, noch österreichweit mit einem Betrag in dieser Verordnung oder in diesem Gesetz limitiert sind. Nämlich 425 Mill. S für ganz Österreich! Es kann also jeder Betrag von 90 % bis "unendlich wenig Prozent" herauskommen - seriöserweise kann man hier davon ausgehen, daß wir zwar nicht 90 %, aber einen erklecklichen Prozentsatz bekommen werden; was aber trotzdem netto einen Abgang

gegenüber zu erwartender Steuer von 15 Mill. S betrifft.

Wir haben also um etwa 30 Mill. S weniger an Ertragsanteilen und eigener Steuer (Kommunalsteuer) angesetzt. Es ist hier noch ein gewisser Kuchen im Budget verpackt, der nicht benannt ist, weil er in der Zahl nicht benannt werden kann, der aber vielleicht zwischen 15 und bestenfalls 25 Mill. S für uns zugute ausschlagen kann.

Der nächste Punkt betrifft die mittelfristige Finanzplanung und Beispiele daraus. Zuerst wurde ich ja gelobt, daß endlich eine mittelfristige Finanzplanung vorliegt; aber dann wurde ich auch gescholten, weil diese mittelfristige Finanzplanung eigentlich nur das "Aneinanderreihen der Wünsche der Fachabteilungen und der pol. Referenten war" und die Finanzabteilung die Aufgabe wahrgenommen hat, zu sagen: "Was ist von den Wünschen aufgrund normal zu erwartender Entwicklung eigentl. abzudecken, was kann man davon finanzieren?" Sie erinnern sich, in diesem 4-Jahres-Programm ist ein Fehlbetrag von rd. 500 Mill. S enthalten. D. h., die Augen waren größer, als das, was man an und für sich an Finanzmitteln zur Verfügung hatte. Ich habe damals schon gesagt, daß es nicht Aufgabe einer mittelfristigen Finanzplanung ist, in der täglichen Budget-Verhandlungsthematik mitgeschleppt zu werden, damit

wir vom ersten bis zum letzten Tag des Jahres laufend Budgetverhandlungen führen müssen. Sondern es ist Aufgabe einer Planung, anhand der Budgets, anhand der Fortschreibung der mittelfristigen Planung die Abweichungsanalyse durchzuführen, die Soll-Zahlen mit den Ist-Zahlen zu vergleichen und dann die entspr. Schlüsse abzuleiten. Nämlich jene Schlüsse, die sein können: Wir bewegen uns nicht auf dem richtigen Kurs; dann muß unser Kurs reguliert werden. Oder unser Kurs stimmt, aber die Ziele, die wir in der mittelfristigen Finanzplanung gesetzt haben, waren falsche oder nicht erreichbare Ziele. Ziele, die im Konflikt zu unserem täglichen Handel stehen; dann ist es unsere Aufgabe, die Zieldefinition dort neu zu gestalten.

Alleine ein Beispiel soll zeigen, wie dramatisch Entwicklungen sein können. Das Gaswerk - wird heute sicherlich noch Gegenstand mehrfacher Diskussionen sein - hat für den mittelfristigen Finanzplan im Juni d. J. 11,95 Mill. S an Finanzierungserfordernis für Investitionen angemeldet. Im Rekordtempo, nämlich rd. 3 oder 4 Monate später, als das Budget zu erstellen war, sind aus diesen 11,95 Millionen 18,48 Mill. S geworden - Koll. Eichhübl wird das ja bestätigen können, weil ich annehme, daß er diese Zahlen mitverantwortet oder zumind.

begründet hat. Also eine Steigerung um mehr als 6 Mill. S - 50 % innerhalb von 3 Monaten! Ich weiß nicht, vielleicht sind diese Zahlen dort schon drinnen; ich habe die Zahlen jetzt nicht im Detail im Kopf, wie Du das haben wirst, Roman. Aber vielleicht hat man schon die Gasversorgung oder die Rohrverlegung o. ä. für die Stadtgut-Gründe hineingenommen! Ansonsten kann ich mir nicht vorstellen, wie bei einer Geschäftsführung innerhalb von 3 Monaten der Investitionsbedarf mehr oder weniger explodiert. Damit will ich einerseits die mittelfristige Finanzplanung relativieren, daß es nicht - wie ich damals sagte - die Bibel ist, nach der alles in Steyr abgehandelt wird, aber immerhin doch zu bedenken geben, daß dies schon Grund für eine Abweichungsanalyse sein muß.

Was ebenso bedauerlich ist wie die kommende Verschuldung Ende des nächsten Jahres, ist, daß die Liste jener Vorhaben, die zurückgestellt werden mußte, schon fast die Liste jener Vorhaben übersteigt, die wir durchführen. Ich darf nur einen kleinen Abriß geben und auch hier wieder auf die mittelfristige Finanzplanung hinweisen. Eine Rate für den Repa-Kauf, die heuer nicht enthalten ist, weil sie nicht fällig wird - 33 Millionen. Ich führe jetzt an, was noch alles nicht drinnen ist oder nur mit einem kleinen Teil - ohne Beträge:

Hallenbad - nur die Planungskosten und kein Groschen für einen Neubau oder eine entspr. Investition; Imagewerbung - wiederum aufgrund unserer Finanzsituation gestorben (leider sage ich dazu); Schulzentrum Nord - leider kein Ansatz möglich; Schloß Voglsang - kein Ansatz enthalten; bei den Kindergärten - nur ein geringfügiger Adaptierungsansatz enthalten, leider keine größeren Vorhaben vorhanden; die Bezirkssporthalle, ein Wunsch der Steyrer Sportler - in keiner Phase hier enthalten; die Musikschule - zunächst aus der Planung total gestrichen, jetzt ein Planungsansatz über 100.000 Schilling, der im Nachtrag kommt; das Auto- oder Industriemuseum - nur mit einem Ansatz von 500.000 Schilling als Beitrag für den Verein, sonst nichts! Ein neues Altenheim - heute schon bei der Benennung des Ausschusses von StR Holub erwähnt; im Augenblick nur in unseren Gedanken vorhanden, aber leider nicht in Zahlen im Budget. Die Citygarage - nur ein geringfügiger Planungsansatz mit der Hoffnung, daß es nicht die Stadt sein muß, die die Gesamtplanung und die Gesamtfinanzierung macht, aber leider auch wenig auf diesem Gebiet. Deponie-Erweiterung - vom Koll. Vbgm. Sablik vehement betrieben und auch als notwendig von uns erkannt; ebenfalls nur mit geringfügigen

Beträgen enthalten, was die Grundbeschaffungskosten anlangt, aber noch kein Groschen für die tatsächliche Investition. Trinkwasser-Projekt - noch nichts drinnen! Wir alle wissen, daß das ein Bein, auf dem unsere Trinkwasser-Versorgung steht, dringend ein zweites Bein brauchen würde. Ich habe heute schon durch die Worte von Bgm. Leithenmayr erfahren, daß LR Achatz nach Steyr kommt, um darüber zu reden. Aber wir haben im Budget keine oder kaum eine nennenswerte finanzielle Vorsorge getroffen. BMW - Phase IV: uns schon angekündigt, in den Zeitungen schon veröffentlicht; es ist auch für die BMW-Phase IV nichts enthalten.

Jetzt müßte man natürl. ehrlicherweise sagen, schauen wir uns die Liste des Möglichen an, im ao. H. in Ihrem Buch ab Seite 291 geschildert, wo alle Vorhaben die einen best. Betrag übersteigen, einzeln aufgelistet sind, damit wir nicht in Depression verfallen. D. h. nämlich nicht, daß wir nichts mehr machen können, aber alleine die Aufzählung jener Dinge, die wünschenswert und gerechtfertigt wären, aber aufgrund der Finanz-Situation nicht gemacht werden können, sollten uns zum Denken Anlaß geben.

Zu den einzelnen Referaten möchte ich den zuständigen StS-Mitgliedern nicht vorgreifen. Wir werden ja noch Gelegenheit

haben, auch in der Beantwortung der diversesten Wortmeldungen, uns gegenseitig wieder die Zahlen vorzurechnen, die hier herinnen stehen.

Nun darf ich noch auf den Antrag zurückkommen, der hier vorliegt. Der ursprüngliche Antrag - das habe ich bereits in der Einleitung gesagt -, einen Haushaltsvoranschlag zu beschließen mit einem o. H. von S 915,814.000 und einem ao. H. von S 214,423.000; zusätzl. die dem Voranschlag beigeschlossenen allg. Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages, wo die Anordnungsbefugnisse geklärt sind; zusätzl. den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 46,45 Mill. S, des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes mit insgesamt 123,7 Mill. S, den Finanzplan der Stadtwerke mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von 15,3 Mill. S sowie den Voranschlag der Wilhelm-Groß-Stiftung, den Voranschlag der GWG der Stadt Steyr sowie den Dienstpostenplan.

Das ganze wurde noch mit einem Abänderungsantrag versehen, der, glaube ich, auch dem Hr. Bgm. übergeben wurde. Er beinhaltet in zwei Seiten all jene Änderungen, die gegenüber dem ursprüngl. Voranschlag mitzubeschließen wären. In der Summe bedeutet dies, daß der o. H. in Höhe von S 940,237.000

beschlossen werden soll und der ao. H. in Höhe von S 227.323.000. Wobei ein großer Teil der finanziellen Beschlüsse darauf zurückzuführen ist, daß hier bereits vom GR durchgeführte Beschlüsse (größtenteils einstimmige Beschlüsse - vor allem was die APT-Tarifreform anlagte) eingearbeitet wurden; daß hier Dinge eingearbeitet wurden, die wir nicht beschließen konnten, sondern nur zur Kenntnis nehmen müssen - nämlich die zum Teil dramatische Erhöhung von Beiträgen und Umlagen an das Land OÖ. Wenn ich hier beispielsweise auf den Krankenanstalten-Beitrag lt. Landeserlaß hinweise, für den im Budget 45 Mill. S vorgesehen waren, wir aber 72,3 Mill. S bezahlen müssen. Wenn ich darauf hinweise, daß durch das neue Bundespflegegeld-Gesetz zwar die Situation im APT eine Entschärfung erfahren hat, aber hier sozusagen durch die nächste Türe schon wieder 7,3 Millionen an Pflegegeld von den Sozialhilfeverbänden an das Land für alle jene zu leisten sind, die nicht in einem lohnsteuerpflichtigen oder sozialversicherungsrechtl. Dienstverhältnis stehen.

Es gibt also eine Fülle von Notwendigkeiten, die wir in diesem Abänderungs-Voranschlag eingebaut haben. Und es gibt auch - das darf ich ebenfalls sagen - Beträge in dieser Abänderung, die aufgrund der Budget-Verhandlungen noch

hineingekommen sind - auch zum Teil aufgrund der dringenden Notwendigkeit. Ich denke nur an die Erneuerung der Wiesenberg-Brücke, die wohl den größten Betrag bei diesen zusätzl. Budget-Posten erfordert. Ich denke daran, daß einige Positionen drinnen sind, die den Sozialbereich betreffen, die den kulturellen Bereich betreffen und, wie gesagt, in den Budget-Verhandlungen so vorgesehen worden sind.

Meine Bitte an den GR ist, das Budget zu diskutieren. Meine Frage ist, ob ich die einzelnen Posten dieser zwei Seiten einzeln durchgehen soll. Es liegt jedem auf, wenn der Wunsch nicht besteht, würde ich ersuchen, das Budget zur Diskussion zu stellen und es nicht als "Wunsch-Budget" des Finanzreferenten zu titulieren. Es ist fast ein Weihnachtswunder, daß wir von einer Erstfassung des ao. H. von über 530 Mill. an Wünschen einen letztlichen von 227 Mill. S zustande gebracht haben. Ursprünglich war mein Wunsch als Finanzreferent, einen solchen von 130 Mill. zu erstellen. Aber eines muß Ausfluß sein - auch meiner heutigen Budgetrede: daß nämlich das Jahr 1994 zum Jahr der "gebremsten Ausgabenwut" erklärt werden muß. Jahrhundert-Deals und wilde Kreditüberschreitungen, so wie sie das Jahr 1993 begleitet haben, werden uns eher unter das Kuratel der Aufsichtsbehörde

bringen, als uns von den Wählern beklatschen lassen zu können.

Ich wünsche Ihnen ein friedliches, gutes, glückliches Jahr 1994, aber nicht nur Ihnen, sondern auch dem Budget ein gutes und glückliches Jahr, daß sich viele Dinge besser entwickeln, als wir heute aus der Sicht sagen können!

15) Ha-140/93

Voranschlag der Stadt
Steyr für das Jahr '94.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1994 wird im o. H. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 915,814.000,-- und im ao. H. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 214,423.000,-- ausgeglichen; - im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden

Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind, festgestellt. Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen "Allg. Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages".

b) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 46,450.000,-- und der des Steyrer Versorgungsbetriebes mit insgesamt S 123,700.000,--,

der Finanzplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 15.300.000,--, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:
Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H. - Grundsteuer B für andere Grundstücke 500 v. H.
(BEILAGE)

"Gemeinsamer

Abänderungsantrag

der im GR der Stadt Steyr vertretenen Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichischen Volkspartei und der Grünen Alternativen Liste

Der Antrag des StS an den GR, Ha-140/93, vom 8. 11. 1993, beschlossen in der Sitzung des StS vom 11. 11. 1993, wird wie folgt abgeändert:

1. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1994 wird im o. H. mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 915.814.000,-- mit S 940.237.000,-- und im ao. H. mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 214.423.000,-- mit S 227.323.000,-- festgestellt.
Die einzelnen betroffenen Voranschlagsstellen sowie die notwendigen Änderungen sind

aus der beigeschlossenen Aufstellung ersichtlich."
(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke dem Finanzreferenten herzlich für seinen Vortrag und seine Budgetrede. Das Budget bzw. dieser Entwurf steht zur Diskussion. Als erster hat sich Hr. Vbgm. Sablik zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! So ein Budget hat eine lange Geschichte und beginnt bereits im Sommer mit der Sammlung der Referenten-Wünsche. Ich konnte mich lange Zeit nicht mit dem "Technokraten-Budget" des Koll. Zagler anfreunden - weil er eben aus reiner Finanzsicht dieses Budget erstellt hat, wie es seine Verpflichtung als Finanzreferent war und ist. Allerdings hat er auf die Wünsche (wenn ich sagen darf) meiner Fraktion wenig Rücksicht genommen. Dieses "eiserne Skelett" der Pflichtausgaben einer Stadt und dieses "eiserne Skelett" der Verpflichtungen, die uns aus früheren Verträgen, aus früheren Ankäufen auferlegt wurden, konnten wir nicht sprengen und nur gering abwandeln. Nach langen Verhandlungen - eben mit Koll. Zagler und anderen Fraktionen - haben wir auch so

manche, uns lieb gewordene Forderung, oder Wünsche aus unserer gesellschaftspol. Sicht heraus, zurückstellen müssen. Ich erinnere daran, daß wir beim Kindergarten-Ausbau wesentl. Verringerungen in Kauf genommen haben, daß wir uns beim Sofortausbau des Kommunalzentrums selbst "Bremsungen" auferlegt haben, daß wir beim Ankauf der Reithoffergründe gebeten haben, langsam mit den Grundbesitzern vorzugehen und noch vieles andere - ich möchte ja kein Co-Referat zum Koll. Zagler halten. Ich möchte nur klarstellen, daß wir nicht alle von unserer Fraktion in den Vordergrund gestellten Ziele, nämlich alles, was mit Wohnung, Arbeit und Verkehr zu tun hat, in das Budget hineingearbeitet bekommen haben, aber daß doch wesentl. Teile durchschimmern. Es wurden heuer schon 325 Wohnungen übergeben - von privaten Wohnbauträgern (ich meine hier Genossenschaften und Gesellschaften), aber auch die der Stadt oder jene, die in irgendeiner Weise durch die Stadt gefördert wurden. Dies strahlt natürl. wieder auf unser weiteres Bemühen aus, auch im nächsten Jahr wieder Wohnungen zu fördern und zu bauen. Das hängt intensiv damit zusammen, daß das Schlagwort "Arbeit", das ich hier gebraucht habe, das Klein- und Mittelgewerbe betrifft. Es ist so, daß es aus diesen Aufträgen der

Stadt oder aus den von der Stadt unterstützten Bauvorhaben wesentl. Vorteile zieht oder überhaupt davon lebt. Bekanntlich wird im Hochbau der Schilling siebenmal umgewälzt, bis er dann letztendlich bei der Fa. X, die beispielsweise Vorhänge verkauft, liegen bleibt. Alles wird also befruchtet! Dasselbe gilt für den Verkehr, obwohl wir die Verkehrsmaßnahme der Bahnhofs-Überbauung, für die ja vorgesorgt wurde, noch nicht sehen. Aber das Projekt ist in eine ganz nahe Verwirklichungs-Phase getreten. Wir haben mit dem einen Grundbesitzer am Beginn der Dukartstraße noch Schwierigkeiten, aber ansonsten wird alles gut gehen. Diese 3 Hauptpunkte sind im Forderungsprogramm der SPÖ-Fraktion an den Finanzreferenten gestanden, und sie wurden - naja - teilweise berücksichtigt. Aber wir wissen warum - weil wir ja die Gesamtlage der Finanzen kennen! Wir müssen uns nach der Decke strecken! Wichtig ist für uns, daß in diesem Budget für die sog. antizyklische Beschäftigung - gerade der kleineren Betriebe - in Steyr vorgesorgt ist. Wichtig ist für uns, daß die Vorhaben ausfinanziert werden, die wir begonnen haben; wie Ankauf des Stadtgutes, Vorsorge für andere Ankäufe und daß wir Wohnbaugründe bis weit über das Jahr 2000 haben.

Wir können uns daher mit diesem Budget, für welches ein gemeinsamer Abänderungsantrag vorliegt, identifizieren. Ich darf im Namen der SPÖ-Fraktion die Zustimmung zu diesem vorliegenden Werk erklären.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Hr. Vbgm. Dr. Pfeil zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Der GR hat heute hier ein Budget in einer Zeit zu beschließen, die neue, vielfältige und ungewohnt schwierige Herausforderungen bereithält. In der Steyrer Wirtschaft - sei es in kleineren privaten Bereichen oder in größeren Konzernen - haben wir Strukturveränderungen zu bewältigen, wie wir sie bisher nicht gekannt haben. Dies alles auch vor dem Hintergrund, daß es in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten verabsäumt worden ist, rechtzeitig der sich ankündigenden Wirtschaftsflaute entgegenzusteuern.

Auch wurde es nicht verstanden, zusätzl. "Einkünfte" der Stadt vorsorglich für geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen vorzusehen. Ich erinnere hier an die zusätzlich 1992 angefallenen Gewerbesteueranteile von BMW in der Höhe von über 100 Mill. S.

BMW hat 1992 noch über 180 Mill. S an Gewerbesteuern der Stadt beigebracht. Ich erinnere aber auch an die heute schon besprochenen sogenannten Sparkassen-Millionen in der Höhe - mit Zinsen - von über 190 Mill. S. Diese Gelder sind zum überwiegenden Teil zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet worden, die uns jetzt, da nur mehr ein klägliches Rest übrig ist, gewaltig fehlen.

Auch dies alles vor dem Hintergrund, daß Steyr nicht isoliert in Österreich, in Europa und in der Welt gesehen werden kann. Nicht einmal Wachstum mindert die Zahl der Menschen, die sich vergeblich um Arbeit bemühen. Eine 10 %ige Arbeitslosenrate in Steyr ist ein trauriger Rekord. Diese negative Entwicklung zeichnet sich aber schon lange ab, ohne daß die Bundesregierung einen nennenswerten Druck durch die beiden Koalitionsparteien erhalten hat.

Daß uns ein Aufschwung Vollbeschäftigung sichern könnte, wagt aber auch keiner mehr anzunehmen. Dies gilt nicht nur für die unmittelbare Zukunft. Im Gegenteil - gerade auf mittlere Frist haben wir zu erwarten, daß Arbeitsplätze in Schwellenländer abwandern. An Beispielen mangelt es ja leider in Steyr nicht. Verschwunden ist aber auch der Vorsprung der Europäer vor verschiedenen Ländern Asiens. Wir können uns nicht mehr auf Privilegien, Erfahrung und

Marktvorsprung ausruhen. Im Nationalrat wurde ein Bundesbudget in der Verantwortung der sogenannten großen Koalition beschlossen, welches ein 'Forschungsbudget' in der Höhe von 1,4 % des Gesamthaushaltes aufweist. Wir bewegen uns da in guter Gesellschaft mit echten Entwicklungsländern in der dritten Welt. Andere Industriestaaten haben Forschungsbudgets in der Höhe von über 3 Prozent des Brutto-sozialproduktes.

Auch haben wir in Steyr an der Ostöffnung zu 'kauen'. In Deutschland ist im Vereinigungsvertrag die Unterstützung der neuen durch die alten Bundesländer festgeschrieben. Aber auch ohne diese Urkunde zahlt jeder an der an sich sehr positiven politischen Entwicklung seinen Beitrag - ebenso in Österreich, besonders hier in Steyr. Betriebe wandern ab in diese Länder, bevorzugt natürlich aus den grenznahen Regionen.

Im kleinen und mittelständischen Handwerksbereich wird es durch den vermehrten Wareneinkauf in diesen Billiglohnländern zu Umstrukturierungen kommen müssen, die auch wiederum Auswirkungen auf andere Bereiche haben. Dies wird bis zum Erreichen eines ungefähr gleichen Lebensstandards im zentral-europäischen Raum anhalten.

Wir alle werden aber auch zu neuer Genügsamkeit finden müssen! Diese Genügsamkeit,

meine sehr verehrten Damen und Herren, ist im zu debattierenden o. H. dieses Voranschlages nicht vorzufinden. Im Gegenteil - man tut so, als ob immer noch reichlich Geld vorhanden wäre, um das Füllhorn für Aufwendungen auszuschütten, die nicht notwendig sind. Diese Genügsamkeit dürfen wir aber nicht nur von den anderen einfordern! Nur dann werden wir die neuen Herausforderungen ohne soziale und gesellschaftspolitische Brüche und Kämpfe überstehen können.

Es müssen jedoch auch die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft neu überdacht werden. Unsere Betriebe müssen europafit gemacht werden: hier denke ich ganz besonders an die sogenannte Lohnsummensteuer, die als Arbeitsplatzsteuer eine unrühmliche Rolle spielt. Dieser zweite Teil der Steuerreform bestraft die Betriebe, die mehr Menschen beschäftigen wollen. Dies ist ein absolut falscher Schritt unserer Bundesregierung, da derzeit - mangels eines ausreichenden Forschungsbudgets - auch nicht ein Technologie- und Rationalisierungsschub zu erwarten ist. - Flexibilität in der Arbeitszeit; Senkung von Lohnnebenkosten; Abgaben, die steuern, aber nicht erdrücken! (Amerikaner und Japaner zahlen z. B. 21 % des Bruttoinlandsproduktes Steuern, die Österreicher aber 29 %).

Zu einem gesunden Wirtschaftsleben gehört auch die

Mobilität. Besonders in der Region Steyr ist jahrzehntelang sehr viel verabsäumt worden. Hier könnte man auch über den ersten Dringlichkeitsantrag diskutieren, ob mit der Ehrung dieser Politiker alle Verantwortungen in Richtung Mobilität erfüllt worden sind!

Sowohl auf der Straße als auch insbesondere auf der Schiene ist die Region Steyr sträflich vernachlässigt worden. Die SPÖ- und ÖVP-Nationalräte haben es durch Schweigen oder durch ungeeignete Anträge immer wieder verstanden, daß der notwendige Druck auf die Bundesregierung bezüglich geeigneter Verkehrsinfrastruktur gefehlt hat. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, gehen in den Betrieben heutzutage die Fertigungstiefen immer mehr verloren. Die Folge davon ist ein vermehrter Warenaustausch, der nur auf geordneten modernen Verkehrswegen erfolgen kann. Und dem Verkehrsaufkommen der Zukunft kann nur die Bahn mit Erfolg begegnen!

Eine Minimalforderung der gesamten Region muß eine in den allernächsten Jahren zu errichtende Schnellbahnverbindung zur Wirtschaftsregion Oberösterreich (Linz, Wels) sein. Dies mit einem Projekt 'direkter Anschluß der Westbahn an Steyr' oder mit entscheidenden Verbesserungen auf der derzeitigen Bahnstrecke. Wir wollen uns nicht mehr vertrösten lassen mit Versprechungen seitens der

Bundesbahn oder der Hochleistungsbahn AG - das haben wir hinter uns! Wenn ich gerade in den letzten Tagen höre, daß ein Ausbau der Strecke Steyr - St. Valentin, der jetzt wiederum in die Diskussion genommen wird, zwischen 800 Mill. und 1 Mrd. kosten soll (lt. neuesten Berechnungen der HLAG oder Bundesbahn) und die Fahrzeitverkürzung lt. Auskunft der Bundesbahn nur 2 Minuten beträgt, dann kann man die Antwort schon vorwegnehmen. Steyr bleibt hier wieder übrig! Für zwei Minuten lohnt sich nämlich eine Milliarden-Investition nicht - wahrscheinlich auch nicht für die Bundesbahn! Die Bundesbahn ist ja seit 1. Jänner d. J. eine Ges.m.b.H., die auch sehr wirtschaftlich rechnen muß!

Aus diesem aktuellen Anlaß heraus haben die Freiheitlichen eine neue Forderung an das Budget '94 aufgenommen: eine sofortige Vergabe eines raumplanerischen Gutachtens für die Region Steyr mit besonderer wirtschaftlicher Berücksichtigung der öffentlichen Verkehrswege. Uns nützt es nichts, wenn wir heute von Brüssel hineinreklamiert werden in eine Krisenregion! Das ist richtig, aber wir wollen die Möglichkeit, daß wir uns selbst aus dieser Krisenregion befreien und daß wir unsere Zukunft selber in die Hand nehmen können. Wir sind aufgerufen, die Rahmenbedingungen dazu vorzugeben!

Das Budget ist in Zahlen gefaßte Politik! Was verlangt diese Zeit der grundlegenden Veränderungen von uns, die wir Verantwortung für das Budget der Stadt Steyr haben? Was können wir tun? Was müssen wir tun, um als Stadt zu leisten, was Wirtschaft, Arbeitnehmer und Bürger mit Recht von uns erwarten?

Wir haben im unmittelbaren Bereich der Verwaltung und Politik das Haus in Ordnung zu bringen; nämlich die Bürokratie zu entstauben, den Beamtenapparat auf Normalmaß zu bringen und Privilegien abzubauen - auch wenn es schmerzt und Gewohnheiten an den Kragen geht, die - in jeder Hinsicht - teuer geworden sind!

Dazu haben wir der Verwaltung mehr Stromlinie zu verpassen. Eine Forderung der FPÖ aus der GR-Wahlzeit 1991 nach einer durchgreifenden Analyse des Magistrates und mittelfristigen Einsparung in der Höhe von 25 % des Verwaltungsaufwandes wurde bis dato in keinsten Weise Rechnung getragen. Bis heute sind bei der Verwaltung keinerlei Einsparungen auch nur im Ansatz erkenntlich. Ganz im Gegenteil:

Seit Jahren reden die beiden Kartellparteien SPÖ und ÖVP - oder man kann bald sagen 'die volkssozialistische Einheitspartei' - davon, beim aufgeblähten Verwaltungsapparat zu sparen. Geblieben ist es aber bei der österreichischen Form des

'laissez faire', die man wohl in der Steyrer GR-Stube, da es sich wieder um ein schwieriges Fremdwort handelt, mit 'WEITERWURSTELN' übersetzen wird!

Neue Dienstposten wurden geschaffen, um Leute zu versorgen. Aktuelles Beispiel ist die Groteske um einen zu-vielgewordenen Bürgermeistersekretär, der nun eine neue Stabsstelle - 'Controlling' - halbtags besetzen soll.

Ab 1. Jänner gibt es nach der Steuerreform keine Lohnsteuerkarten mehr. Dies kam auch nicht überraschend, aber in Steyr wurde nicht reagiert. Das Lohnsteuerkarten-Amt gibt es auch nach dem 1. Jänner weiterhin!

Daher ist auch der Aufwand bei der Gruppe 0, also Vertretungskörper und öffentliche Verwaltung, von 120 Millionen im Jahre 1990 auf 160 Millionen im Voranschlag 1994 gestiegen. Damit haben sich diese Kosten binnen 4 Jahren um mehr als 33 % vermehrt. In 4 Jahren 33 % - von einer Einsparung gar nicht die Rede!

Warum ist bei der KDZ-Studie mittelfristig kein Einsparungspotential herausgekommen? Warum kann man nicht eingefahrene ideologische Gleise verlassen und umdenken? Leistungen kann man öfters im privaten Bereich zukaufen: Im Managementbereich, im juristischen Bereich, im EDV-Bereich, aber auch private Firmen können

den Wirtschaftshof entlasten - um nur einige Beispiele genannt zu haben. Das verlangt aber, daß man sich mit Interessen der Bediensteten, aber auch der Personalvertretung auseinandersetzt. Um die Flexibilität zu erhöhen, darf es daher Pragmatisierungen nur mehr in unmittelbaren Hoheitsbereichen geben.

Eine Minimalforderung zur sofortigen Durchführung haben die Freiheitlichen bei den Budgetverhandlungen erhoben: Dienstposten, die auf natürlichem Wege vakant geworden sind, sollen vorerst nicht nachbesetzt werden, sondern durch interne Organisationsverbesserung und Umbesetzung sollen die Aufgaben dieses Dienstpostens übernommen werden. Voraussetzung dafür ist aber eine genaue Dienstpostenbeschreibung aller Dienstposten. Im Ressort Bezirksverwaltung, wo ich die Aufgabe übernommen habe, politisch vorzustehen, ist dies als erste Abteilung erfolgt. Ich hoffe, daß andere Ressorts umgehend nachfolgen! Aktueller Handlungsbedarf scheint ja im Alten- und Pflegeheim Tabor zu sein!

STADTRAT KARL HOLUB:

Wieviele Dienstposten gibt es mehr bei Ihnen?

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Plus 4!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Holub, Sie haben dann ganz genauso die Möglichkeit, über die Dienstposten im Alten- und Pflegeheim zu reden! Wenn wir von Dienstposten sprechen, dann müssen Sie auch die Beschreibung sehen. Schauen Sie es sich an - es ist eine Fülle von neuen Aufgaben auf die Bezirksverwaltung zugekommen (Strafamt, Ausländer-Aufenthaltsgenehmigungen, Grunderwerb kommt dazu usw.). Es muß mit Dienstposten-Beschreibungen vorgegangen werden! Ich freue mich, wenn Sie hier einen Zwischenruf tätigen, denn ich hätte Sie als nächsten aufgefordert, auch im APT dafür zu sorgen, daß eine Dienstposten-Beschreibung kommt - für den ärztlichen Leiter und für den Heimleiter. Auch eine Abgrenzung ist zu machen. Das hätte aber vorher schon passieren sollen, damit es nicht zu so "unguten" Auseinandersetzungen kommen kann! Es wird auch notwendig sein, hier die ärztliche Tätigkeit abzugrenzen gegenüber den Steyrer Ärzten. Das ist bis heute nicht geschehen, obwohl es eine vehemente Forderung der Ärzteschaft ist.

STADTRAT KARL HOLUB:

Aber das geht schon an der Rampe von uns spazieren, was Sie hier plaudern! Mehr ist ja das

nicht, oder? Vergessen Sie Ihre Rede nicht, Hr. Dr. Pfeil!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sind Sie fertig?

Trotz wiederholter Versprechen ist es immer noch nicht zu einer flächendeckenden Gleitzeitregelung mit Zeiterfassungsgeräten gekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Dort draußen hängt ein solches Gerät!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt umfassend! Es gibt ja Bereiche, wo sehr viele Leute noch nicht inkludiert sind in die Zeiterfassung.

Die ominöse Regelung, daß Bedienstete am Geburtstag frei haben, wurde mit Beifall abgeschafft. Was ist dafür gekommen? Eine Verdreifachung! Wir haben die sogenannten Amtsleitertage eingeführt, wo es viel leichter ist, frei zu bekommen. Ich möchte die Punkte gar nicht anführen, wofür man sich frei nehmen kann. Geburtstag hat man nur einmal im Jahr gehabt, aber Amtsleitertage hat man jetzt 3 hier im Haus.

Als Ketzer gilt eben schnell, wer an alten Gewohnheiten rüttelt. Nach der Parteienfinanzierung, die wir hier im GR beschlossen haben, erscheint es aus Sparsamkeitsgründen nicht mehr

notwendig, den Parteien oder Fraktionen Räume im Rathaus zur Verfügung zu stellen. Gerade ÖVP und die GAL tun sich hier besonders hervor und verlangen eigene Fraktions- oder Parteiräumlichkeiten im Rathaus auf Kosten der Steuerzahler. Im Raumkonzept sind dafür schon geeignete Räumlichkeiten vorgesehen. Für die ÖVP sollen sogar Bereiche des Wohnungsamtes erhalten. Die Steyrer Wohnungssuchenden werden sich bedanken für so wenig Fingerspitzengefühl. Ich schlage den beiden Fraktionen vor, sich mit Hilfe der Fraktionsgelder geeignete Räumlichkeiten auf dem freien Wohnungs- oder Büromarkt zu suchen, wie es auch die Freiheitlichen tun!

Nur wer bereit ist, im Kleinen und bei sich selbst zu sparen, gibt ein gutes Beispiel und kann auch andere motivieren! In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Verwendung von Dienstwagen für unsere Bürgermeister. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Verwendung von Verfügungsmitteln der Bürgermeister, StS-Mitglieder und Fraktionsobmänner, da sie nach beschlossener Parteienfinanzierung keinerlei Berechtigung mehr haben.

So sehen wir auch andere Relikte: Über 4 Millionen werden nach wie vor für Pensionen von Altpolitikern Jahr für Jahr in steigender Höhe ausgegeben.

ohne daß je ein Schilling als Pensionsbeitrag von den begünstigten Stadträten einbezahlt worden wäre!

Ich möchte aber nicht sagen, daß alle Probleme hausgemacht sind. Durch neue Bundesgesetze wird es zum Wegfall der Gewerbesteuer kommen. Die dafür angehobene Lohnsummensteuer ist kein adäquater Ausgleich dafür. Auch hier hat die Freiheitliche GR-Fraktion im Forderungspaket an das Budget 1994 dringende Neuverhandlungen zum Gemeinde-Lastenausgleich verlangt.

Daß sich unsere Sozialisten im Rathaus an unterschriebene Vereinbarungen nicht halten, mußten wir in diesem Jahr zur Kenntnis nehmen. Im Verhandlungsprotokoll zum Budgetentwurf 1993 zwischen der SPÖ und FPÖ vom 14. 12. 1992 wurde u. a. schriftlich festgehalten und durch Unterschrift des Fraktionsobmannes, Vbgm. Erich Sablik, bestätigt. Die zugesagten Ausgaben für Kultur auf VASSt 1/3000/728000.6 in der Höhe von S 1.570.000,-- wurden im Nachtragsvoranschlag vom 16. 11. 1993 wieder um S 475.000,-- gekürzt. Für Ankäufe von Kunstgegenständen Steyrer Künstler, für die 250.000 S vorgesehen gewesen wären, wurden lediglich ca. 100.000 S zweckgewidmet ausgegeben. Nicht einmal schriftliche Abmachungen wurden eingehalten. Wie soll man mit einer derart unseriösen Fraktion kooperieren,

wenn weder Wort noch Schrift gilt! So verliert man die Glaubwürdigkeit.

Auf das schriftlich bis zur letzten Sitzung im 1. Halbjahr 1993 vorzulegende und auch vom Rechnungshof verlangte mittelfristige Finanzkonzept warten wir heute noch. Der dilettantische Wunschkatalog vom 9. 9. '93 mit einem nicht finanzierbaren Abgang in 4 Jahren in der Höhe einer halben Milliarde Schilling läßt einem den kalten Angstschweiß aufkommen. Auch ist dieser Katalog, der übrigens im StS einstimmig zurückgewiesen worden ist, längst schon wieder überholt. Alleine bei den Zuschüssen aus den Sparkassengeldern rechnete man (vor 2 - 3 Monaten) bis 1997 Zuschüsse in der Höhe von 108 Millionen. Leider sind aber nur mehr 60 Millionen vorhanden. Auch bei den Budgetverhandlungen für 1993 war es der politische Wille, daß über die Vergabe der Sparkassengelder ein Fonds entscheidet - auch von Vbgm. Sablik als Fraktionsvorsitzender unterschrieben. Ich akzeptiere es nicht, wenn heute ein Finanzreferent sagt, der Fonds hat ja noch keine Geltung gehabt, und deswegen konnten die Fonds-Mitglieder nicht einberufen werden. Das akzeptiere ich nicht! Daß das Land ein Jahr dazu braucht, diese kleinen Abänderungen zu bestätigen oder vorzuschlagen, ist traurig. Aber es hätte uns niemand daran

gehindert, daß wir trotzdem so vorgehen, wie wir es politisch ausgemacht haben.

Nun zum vorliegenden Budget 1994, zu dieser - wie manche schon sagen - 'losen Blattsammlung'. Denn beim ersten Durchlesen waren die Blätter schon eher leicht zu verlieren.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Wir werden sie dann lose drucken, damit Du Dir leichter beim Kopieren für die Zeitungen tust!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Budget des o. H. in Höhe von 915,8 Mill. S kann nicht mehr zur Gänze aus den urbanen Einnahmequellen finanziert werden. 45,8 Mill. S müssen aus den fast letzten Reserven, also aus Rücklagen, für die Ausgaben erhalten und 4 Mill. S sind an Darlehensaufnahmen ausgewiesen; zusammen sind das 50 Mill. S, die fehlen! Das heißt, der o. H. ist nur mehr zu 94,5 % aus eigenen Erträgen finanzierbar, wenn man die Rücklagenentnahmen abzieht.

Nach wie vor wird nicht gespart! Man tut so, als ob auch in künftigen Jahren Reserven vorhanden wären. Diese werden jedoch aufgebraucht. Was ist dann? Wie sollen wir in den nächsten Jahren ein Budget finanzieren? Nur mit Tarif-, Gebühren- und

Steuererhöhungen werden wir der Bevölkerung keinen guten Dienst erweisen. Wir müssen daher endlich gute Beispiele setzen, die SPAREN signalisieren. Die im ao. H. ausgewiesenen Aufwendungen in der Höhe von 214,4 Mill. S können nur mehr mit großen, neuen Schuldenaufnahmen, mit dem Resterlös aus dem Sparkassenverkauf, mit der Restauflösung von Rücklagen finanziert werden. Ein bißchen steuert das Land und einen winzigen Teil der Bund bei.

Diese einfallslose Aneinanderreihung von insgesamt 55 sogenannten Einnahmepositionen beweist, daß die Finanzkraft von Steyr einem endgültigen Erschöpfungszustand entgegen geht. Aber dies scheint die Ersteller dieses Voranschlages nicht zu stören. Konkret werden die im ao. H. vorgesehenen Vorhaben wie folgt finanziert:

- a) 106,3 Mill. durch neue Schuldenaufnahmen (= 49,6 %)
- b) 60 Mill. durch den Sparkassenfonds (= 28 %)
- c) 23,5 Mill. durch Landeszuschüsse (= 10,9 %)
- d) 17 Mill. durch Grundverkäufe (= 7,9 %)
- e) 7,2 Mill. durch Rücklagenentnahmen (= 3,4 %)
- f) 0,4 Mill. durch Bundeszuschuß (= 0,2 %)

D. h., durch die neuen Darlehensaufnahmen von über 106 Mill. wird die Verschuldung von Steyr von 565 Mill. auf fast

672 Mill. klettern. Wir wollen uns immer mit Wels vergleichen. Wels hat seit Jahren einen sinkenden Schuldenstand! Jeder Bürger von Steyr wird mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 16.300 Schilling belastet.

93,6 Mill. S erfordert allein der Schuldendienst für 1994, das sind 10,2 % des o. H. Jeder 10. Schilling muß für Schulden aufgewendet werden. Das heißt weiters, die noch vorhanden gewesenen Rücklagen werden fast zur Gänze aufgebraucht. Schließlich gibt es allein für den o. H. eine Rücklagenentnahme von 45,8 Mill. und für den ao. H. eine Rücklagenentnahme von 7,2 Mill. S.

Daß die Reserven nun zu Ende gehen, liest man beim Zinsertrag für Rücklagen nach. Für 1994 werden nur mehr 500.000 Schilling an Zinsen erwartet; für 1993 betrug diese Zinserwartung noch 10 Mill. S!

Das heißt im Klartext, auch der Sparkassenerlös neigt sich dem Ende zu, wenn 60 Mill. für insgesamt 12 im ao. H. bezeichnete Vorhaben zur Bedeckung aufgewendet werden. Im Ressort 'Städt. Betriebe', die Koll. Eichhübl betreut, ist es um die Finanzen im Jahre 1994 äußerst schlecht bestellt: Nur weil dort ein politisch andersgläubiger Referent am Ruder ist, sieht man in diesen Bereichen keine ernstzunehmenden Budgetansätze. Wir werden es den Steyrer Bürgerinnen und

Bürgern sagen, warum sie trotz aufliegender Investitionsplan, trotz Versprechen keine Erdgasanschlüsse in den nächsten Jahren bekommen! Für Maßnahmen des Versorgungsbetriebeverbundes, für Gasrohrverlegung, etc. sind im vorliegenden Voranschlag 0 Schilling vorgesehen.

Erst mit der Koppelung der Zustimmung zu einer saftigen Erhöhung der Fahrpreise beim öffentlichen Verkehr in Steyr wäre man bereit gewesen, knapp die **HÄLFTE** des Beamtenvorschlages in den Haushaltsvoranschlag aufzunehmen. Hier kann man wahrlich nicht von seriösen Verhandlungen sprechen! Außerdem bringt eine moderne Energieversorgung im Bereich Erdgas wesentliche Verbesserungen - auch im Umweltbereich.

Und wirtschaftlich haben sie durch viele Folgeaufträge für die Steyrer Wirtschaft Impulswirkungen, die nächstes Jahr flach fallen. Aber Kollege Eichhübl wird das zu seinem Ressort noch genauer explizieren. Im Kulturbereich hat man den Ansatz - wie bereits erwähnt - auf dem Veranstaltungskonto, VAS^t 1/3000/757000.7, vom Ansatz '93 mit S 1,570.000,- auf S 800.000,- im Ansatz 1994 gekürzt. Das entspricht einer Kürzung um satte 49 %.

Zur VHS. Zum Unterschied zu anderen konnte hier der Deckungsbeitrag auf 88 %

gesteigert werden. Und es ist zu erwarten, daß dieser Beitrag im nächsten Jahr auf über 90 % klettert. Das liegt in erster Linie daran, daß die Kurse zielgruppenorientiert ausgeschrieben werden. Ich möchte mich an dieser Stelle insbesondere bei Fr. OAR Karner und ihrem Team herzlich bedanken. Durch rasches Reagieren ihrerseits wird auf neue Trends Rücksicht genommen, und es wurde kein einziger 'Flop' im Kursbereich produziert. Sprachkurse und Kurse im Kreativitätsbereich sind Dauerbrenner. "In" sind derzeit Kurse für Persönlichkeitsbildung. "Out" sind Kurse, wie Kochen mit Microwelle, und alles, was mit der Biowelle zusammenhängt. Die Programme wurden jeweils dem Kulturausschuß vorgelegt, es gab dort keine Gegenstimme und wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Kursleiter-Honorare haben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, im GR einstimmig beschlossen. Es fehlen aber heuer 1,2 Mill. S zur Begleichung der Resthonorare für 1993. Vom Bürgermeisteramt wurden jetzt 500.000 Schilling zugestanden. Dadurch wird also das neue Finanzjahr auch aus diesem Titel mit einem Schuldenübertrag von 700.000 Schilling begonnen. D. h., auch hier ist eine reine Budget-Kosmetik vorhanden! Ich glaube, es erübrigt sich jede weitere Anmerkung! So wie es der Bund handhabt, Budget-Kosmetik zu

betreiben mit einer 13. Umsatzsteuer-Voranmeldung, als Belastung für die Betriebe und für die Freiberufler, so macht es hier der Stadtreferent zur Beschönigung des Jahresabschlusses bzw. des Budgets für 1993.

Zur Bibliothek. Die Zentralbibliothek der Stadt Steyr verursacht im Jahr Kosten in Höhe von 3,8 Mill. S (Rechnungsabschluß 1992). Dies bei einem Personalstand von 8 vollbeschäftigten und 2 teilbeschäftigten Mitarbeitern. Ich nehme die Anregung von Hr. Vbgm. Sablik auf. Er hat uns nämlich in den Verhandlungen gefragt, warum wir das nicht privatisieren. Wir haben das vor 14 Monaten in die Diskussion geworfen. Damals sind wir dafür noch gesteinigt worden! Hr. Vbgm. Sablik, helfen Sie mir, und ich verspreche Ihnen, daß - wenn wir das privatisieren und freie Hand bekommen, auch in der Personalpolitik - eine Zentralbücherei in diesem Umfang zumind. mit der Hälfte des Ansatzes zu führen ist. Helfen Sie mir dabei, wir werden das machen.

Es kann nur nicht so sein, daß sich Ende 1992 alle einig waren, das Objekt Hotel Nagl zu verkaufen. Ich habe mich intensiv bemüht, die Standortfrage zu klären. Diese Frage ist ohne Angabe von Gründen abgebrochen worden. Dann lese ich aber im Raumkonzept, daß der Standort

wiederum derselbe bleiben soll. Als Verhandlungsvorschlag bekomme ich vorgelegt, bis die Standortfrage geklärt ist, gibt es kein Geld für die Verbesserungen in der Zentralbücherei. Hier haben wir einen 20 - 30 Jahre alten Stand. Keine EDV ist vorhanden. Die EDV ist nicht einmal anzuschließen, weil die Elektro-Leitungen zu schwach sind. Das Kanalsystem in diesem Haus ist kaputt. Hier sind also umfangreiche und teure Renovierungs-Maßnahmen vorzunehmen und extremer Handlungsbedarf ist gegeben. Ich möchte auch noch auf einen Punkt eingehen, den Kollege Jansky erfreulicherweise schon angesprochen hat - das Museum Arbeitswelt. Wir haben vor ca. 14 Monaten einen Kulturausschuß im MAW gehabt. Dort wurde der einstimmige Wunsch nach einem wirtschaftl. Konzept und nach einem inhaltl. Museumskonzept vorgelegt. Bis heute warten wir darauf! Ich habe heute dabei, was ich von der Geschäftsführerin schriftlich bekommen habe - die einzige Einsparungs-Maßnahme, die sie im wirtschaftl. Bereich, im Personalbereich sieht, ist, daß man das MAW an Wochenenden schließt. Hier kann man nicht verhandeln. Auf dieser Ebene soll man nicht verhandeln! Inhaltlich haben wir jetzt wieder eine zugekaufte Ausstellung, die 3 Jahre läuft. Die Computer-Ausstellung ist eine zugekaufte Ausstellung - keine wis-

senschaftliche Eigenleistung dabei.

Ich finde es äußerst bemerkenswert, daß dann im Abänderungsantrag der anderen drei Fraktionen als Dankeschön dafür dem MAW weitere 1,5 Mill. S zugestanden werden. Ich werde mich dann schon fragen, wie sich die ÖVP bei dieser Abstimmung verhält!

Abschließend möchte ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, unseren letzten Verhandlungskatalog zum Budget 1994 zur Kenntnis bringen. Denn Sie sollen wissen, daß wir seriös verhandelt haben, und daß wir diesem Budget nicht leichtfertig ablehnend gegenüber stehen.

Versorgungsbetriebe - habe ich bereits erwähnt. Zum Hallenbad wird Koll. Eichhübl noch etwas sagen. Wir müssen hier nach dem gemeinsamen Grundsatzbeschluß vom 17. 12. 1991, der einstimmig gefällt worden ist, auch Maßnahmen und Zeichen setzen. Ein Planungsinhalt von 5 Mill. S genügt nicht!

Kulturausgaben - habe ich bereits erwähnt. Mittel für Musikschule - dazu möchte ich noch etwas ergänzen. Es ist nicht tragbar, daß die derzeitige Musikschule auf drei Standorte aufgeteilt ist. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und ich freue mich, daß wenigstens 100.000 Schilling für die Planungen hineinkommen. Bibliotheksneugestaltung (incl. EDV-Umstellung) - habe ich bereits erwähnt.

Schloß Vogelsang - hier haben wir sehr vorsichtig formuliert, um den 'Fuß in der Türe' zu haben. Wir haben gebeten, gemeinsam einen Beschluß zu fassen für ein allenfalls entgeltliches Vorkaufsrecht. Nicht mehr und nicht weniger! Teilbebauungsplan Pyrach. Personelle Regelung im Heimathaus Steyr; Dienstfreistellung für den Gewerkschaftsobmann. Es ist nicht einzusehen, daß die Kultur die Gewerkschaft subventioniert. Es ist nicht einzusehen! Wir sind immer für Kostenwahrheit. Alle Kosten müssen wahrheitsgemäß verrechnet werden. Wenn z. B. vom Wi-Hof etwas für die Kultur transportiert wird, wird der Transport selbstverständlich der Kultur angelastet. Hier wird eine artfremde Tätigkeit selbstverständlich nicht der Kultur angelastet! Das ist ein Ungleichgewicht. Ich möchte das nur nach Kostenstellen aufgliedert haben. Ferner eine Forderung zur Einsparung. Interne Umsetzungen im Magistrat der Stadt Steyr sind im Personalbeirat und im Stadtsenat beschlußpflichtig. Dies gilt allerdings nur eingeschränkt für leitende Beamte. Vakant gewordene Dienstposten werden nicht nachbesetzt. Ausnahmen unterliegen der Beschlußpflicht im Personalbeirat und Stadtsenat. Dienstpostenbeschreibungen werden 1994 im Magistrat lückenlos durchgeführt.

Ein Raumkonzept mit besonderer Berücksichtigung des Verkehrs und der Wirtschaft in Richtung überregionale Verkehrsanbindung (habe ich auch bereits erwähnt).

Stadtgut-Areal: hier sollte - bevor viele Wünsche geäußert werden in Richtung Grundverwertung im Bereich des Stadtgut-Areals - ein ökologischer Grundkataster aller zukünftigen, weiteren, raumplanerischen Maßnahmen zugrunde gelegt werden, die dann mit dem Raumplaner der Stadt Steyr zu entwickeln sind. Wichtig ist ein ökologisches Grundkonzept, wo sich alle Forderungen unterzuordnen haben.

Und schließlich, was wir schon seit längerer Zeit verlangen: die Vorfinanzierung der Nordspange! Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie müssen zugestehen, daß diese Forderungen zu Recht bestehen, daß sie seriös und nicht überzogen sind, und daß wir aber auch Einsparungsvorschläge aufzeigen können.

Die FPÖ-GR-Fraktion wird daher allein für die Gruppe O 1 1 **Abänderungs-Einsparungs-Anträge und 2 Zusatzanträge** einbringen, die pro Jahr 5,7 Mill. S an Einsparungen bringen. Das sind 22,8 Mill. S bis zum Jahr 1997. Ich möchte Ihnen, Hr. Bürgermeister, das Original der Abänderungsanträge geben. Nun der erste Abänderungsantrag zum Voranschlag 1994.

Gem. § 42, Pkt. 8 des Stadtstatutes, in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des GR wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag (Budget '94) gestellt:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen Ausgaben in der Gruppe 0, Ansatz Post 670000.7 und 700020.9 für Dienstautos, sind von S 140.000,-- auf S 40.000,-- zu kürzen.

Die Bürgermeister sollen Dienstaautos nur für offizielle Veranstaltungen der Stadt in ihrer Funktion als Bürgermeister erhalten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So geschieht es auch!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Für Privatzwecke und zu Parteiveranstaltungen stehen Dienstaautos nicht zur Verfügung. Aus diesem Grund genügen 1 Dienstauto und 1 Chauffeur.

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen Ausgaben in der Gruppe 0, Ansatz Post 757000.3 = lfd. Transferzahlungen an private Institutionen ohne

Erwerbscharakter, zu deutsch Subventionen an die Parteien, sind von S 2,600.000,-- auf S 2,450.000,-- zu senken; dies ist jene Summe, die im Jahr 1993 für die Parteienförderung vorgesehen war. Es entspricht keiner Spargesinnung, wenn die Parteien diese Förderung um 6,1 % anheben. Ein Einfrieren dieser Parteisubventionen bis 1997 wird beschlossen.

Die eingesparte Summe von jährlich S 150.000,-- soll für Planungs- und Errichtungskosten einer Pflichtschule im Stadtteil Resthof (s. Zusatzantrag Nr. 1) verwendet werden.

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen Ausgaben in der Gruppe 0, Ansatz Post 599900.3 = Personalkosten im Personalamt (es heißt dort so, darum habe ich den wörtlichen Namen herausgenommen), in der Höhe von S 4,394.000,-- sind unter Anrechnung der allgemeinen Gehaltsanhebung auf die Vorjahressumme von S 2,840.000,-- zu reduzieren.

Es ist nicht einzusehen, daß kein Sparwille beim Personalamt sichtbar wird, sondern trotz KDZ-Analyse die Personalkosten ausufern. Die Absicht, eine dritte Stabsstelle 'Controlling' einzuführen, widerspricht ebenfalls Einsparungsabsichten. Die ein-

gesparte Summe von S
1.554.000,-- soll helfen, das
Budget-Defizit zu senken.

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen
Ausgaben in der Gruppe 0,
Ansatz Post 1/0150 =
Gesamtkosten für die Presse-
stelle/Amtsblatt und Öffentlich-
keitsarbeit, sind von S
3.857.000,-- auf S 2.850.000,--
zu senken.

Es ist in 'Zeiten wie diesen' nicht
einzusehen, daß Monat für Monat
an ca. 20.000 Steyrer Haushalte
ein Amtsblatt in Vierfarbendruck
mit teurem Hochglanzpapier statt
schwarz-weiß Druck produziert
wird. So sollten die unter der
Post 403000.4 mit S 1.750.000,--
ausgewiesenen 'Handelswaren'
auf die Hälfte gesenkt werden.
Auch die unter 728000.2
ausgewiesenen Kosten für
Entgelte für 'sonstige Leistungen'
in der Höhe von S 500.000,--
sollen auf S 120.000,-- (wie für
1993) reduziert werden.

Die dadurch eingesparte Summe
von S 1.007.000,-- soll als
Gemeindezuschuß zur Verlust-
abdeckung der Verkehrsbetriebe
verwendet werden.

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen
Ausgaben in der Gruppe 0,
Ansatz Post 019 = Gesamtkosten
für die Repräsentationen in der
Rekordhöhe von S 991.000,--
sind auf S 495.500,-- zu
halbieren. Es entspricht keiner
Spargesinnung, wenn vor allem
dem Bürgermeister unter diesem
Titel fast 1 Mill. S für
Bewirtungen und Festivitäten zur
Verfügung steht.

Die eingesparte Summe von S
495.500,-- soll helfen, das
Budget-Defizit zu senken.

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen
Ausgaben in der Gruppe 0,
Ansatz Post 062 = Gesamtkosten
für Ehrungen und Aus-
zeichnungen, in der Höhe von S
340.000,-- (inklusive der Re-
präsentationsausgaben von S
30.000,--) sollen auf S 100.000,--
gesenkt werden.

Es entspricht keiner Spar-
gesinnung, wenn man vorhat, u.
a. altgedienten und ausge-
schiedenen Landes- und Stadt-
funktionären teure Ehrungen
zuteil werden zu lassen.

Die eingesparte Summe von S
240.000,-- soll helfen, das
Budget-Defizit zu senken.

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen Ausgaben in der Gruppe 0, Ansatz Post 063 = Gesamtausgaben für Städtekontakte und Partnerschaften, in der Höhe von S 165.000,-- sind der Summe des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1992 auf S 55.000,-- anzupassen. In Zeiten, in denen gespart werden muß, können wir uns nicht leisten, z. B. die im VA 1994 ausgewiesenen S 100.000,- (für Repräsentationen) auszugeben.

Die eingesparte Summe von S 110.000,-- soll helfen, das Budget-Defizit zu senken.

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen Ausgaben in der Gruppe 0, Ansatz Post 070 = freie Verfügungsmittel für Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und Fraktionsobmänner, in der Höhe von S 375.000,-- sind zur Gänze zu streichen.

Dies deshalb, um einerseits den Spargedanken der Politiker zu praktizieren, und andererseits gibt es die Parteiensubventionen und Funktionsgebühren in beträchtlicher Höhe.

Die eingesparte Summe von S 375.000,-- soll helfen, das Budget-Defizit zu senken.

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen Ausgaben in der Gruppe 0, Ansatz Post 091 = Gesamtkosten für die Personalausbildung und Fortbildung, in der Höhe von S 2.076.000,-- sind auf die präliminierte Vorjahressumme von S 1.000.000,-- zu senken. Auch das Magistratspersonal soll sparen und einen Beitrag zur Senkung des Budget-Defizites leisten.

Das Defizit kann dadurch um S 1.076.000,-- gesenkt werden.

Eine Anmerkung darf ich mir hier noch erlauben. Wir haben jetzt einen Weiterbildungsbeauftragten, der in der Dienstbeschreibung bei den Aufnahmegesprächen als Vorgabe hat, daß er die Weiterbildung persönlich macht!

Nächster

Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen Ausgaben in der Gruppe 0, Ansatz Post 094 = Subventionen für die Personalvertretung, Kosten für die Gemeinschaftspflege, in der Höhe von S 500.000,-- sollen auf S 350.000,- gesenkt werden. Die Personalvertretung wird angehalten, die bisherigen Normen der teuren geselligen `Gemein-

schaftspflege' etwas zu reduzieren.

Der eingesparte Betrag von S 150.000,-- soll helfen, das Budget-Defizit zu senken.

Zusatzantrag I zum Voranschlag 1994:

Der GR wolle beschließen:

Im Zusammenwirken mit dem Bezirksschulrat sollen Erhebungen durchgeführt werden, wieviele schulpflichtige Kinder im Jahre 1994 im Stadtteil Resthof wohnen bzw. derzeit in stadtteilmfremden Schulen (VS und HS) untergebracht sind.

Sollte die Zahl dieser Kinder die Normen zur Errichtung einer eigenen Schule überschreiten, sind durch den GR Sofortmaßnahmen für den Bau eines Pflichtschulgebäudes im Stadtteil Resthof einzuleiten und entsprechende finanzielle Mittel für die Planung und den Bau im Budget 1994 bereitzustellen.

Es wird ersucht, diesen Antrag mit der Verhandlung über den Hauptantrag zu führen.

Nächster Abänderungsantrag:

Der GR wolle beschließen:

Die im VA 1994 ausgewiesenen Ausgaben in der Gruppe 0, Ansatz Post 721000.6 = Bezüge der Organe (36 Gemeindemandatare), sind von S 10,259.000,-- auf S 9,806.000,--

zu senken; das ist jene Summe, die im Jahr 1993 für die Gemeindemandatare vorgesehen war. Außerdem wird beschlossen, die Funktionsbezüge bis zum Ende dieser Legislaturperiode 'einzufrieren'. Die Valorisierung mit Beamtengehältern wird ab sofort nicht mehr angewendet. Auch der NÖ-Landtag beschloß, die Gehälter nicht zu erhöhen. Auch öö. Gemeinden, wie Braunau und Puchenau oder die 11 öö. FPÖ-LT-Abgeordneten, verzichten auf eine Anhebung der Politikerbezüge.

Es entspricht keiner Spargesinnung, wenn die Bezüge der Gemeindemandatare von 1993 auf 1994 um 4,62 % angehoben werden.

Zusatzantrag II zum Voranschlag 1994:

Der GR wolle beschließen:

Für die sportbegeisterte Steyrer Fußball-Jugend, aber auch für Leichtathleten, soll ein Trainingszentrum errichtet werden, das all jenen Vereinen und Freizeitklubs zur Verfügung stehen soll, die über keinen eigenen Trainingsplatz verfügen. Ein derartiges Trainingszentrum könnte z. B. auf dem kürzlich durch die Gemeinde von der Chemie Linz AG erworbenen Areal errichtet werden. Es sollte zwei aneinandergereihte Spielplätze, welche den Normen von Fußballplätzen entsprechen sowie Umkleidekabinen mit

Einfachausstattung, beherbergen. Dies (das gilt für den Bereich Stadtgut-Gründe) erst nach Vorliegen eines ökologischen Grundkonzeptes.

Für dieses Projekt sind im Budget 1994 vorerst Planungskosten sowie die Kosten einer dementsprechenden Flächenwidmung bzw. Bebauungsplan vorzusehen. Es wird ersucht, diesen Antrag mit der Verhandlung über den Hauptantrag zu führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich bin nun am Ende meiner ersten und vorerst kurzen Stellungnahme zum Budget 1994. Die Freiheitliche GR-Fraktion hat es sich nicht leicht gemacht, bei den Verhandlungen seriös vorzugehen, aber auch Einsparungen aufzuzeigen und vorzuschlagen. Nachdem diese Wünsche bzw. Einsparungsvorschläge nicht aufgenommen wurden - im Gegenteil, es sind zusätzl. noch Belastungen auf die Stadt zugekommen, die nicht in unserem Sinne sind -, wird die Freiheitl. GR-Fraktion dem Budget-Vorschlag 1994 nicht die Zustimmung geben. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich habe vorhin den Vorsitz übernommen. Danke für den Vortrag. Als nächster hat sich StR Ing. Schloßgangl zu Wort gemeldet.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hohes Haus - wäre ich versucht zu sagen! Meine Damen und Herren des GR! Ich freue mich, daß Dr. Pfeil wieder in die Gemeindestube zurückgekehrt ist und auch auf das Budget Bezug genommen hat. Denn im ersten Teil seiner Rede hat er uns anscheinend einen Abriß einer Budgetrede von Jörg Haider oder eines anderen FPÖ-Nationalrates kundgetan und die Koalitionsregierung in Wien kritisiert und gemäßregelt. Das hat eigentlich mit uns nicht sehr viel zu tun!

Zum zweiten möchte ich etwas zur Kritik sagen, daß sich die beiden Fraktionen ÖVP und GAL ihr Fraktionsbüro am freien Wohnungsmarkt erstehen, erwerben oder mieten sollen. Es ist durchaus nicht unbedingt notwendig, daß ein nebenberuflicher VbGm. ein so großes Büro hat, in dem er seine Fraktions-Sitzungen abhalten kann. Ich habe als Baureferent ein Büro, das sehr klein ist - das habe ich schon einmal hier erwähnt. Ich verrichte meine Arbeiten dort immer mit schlechtem Gewissen, weil meine Mitarbeiter in den Nebenräumen so beengt sind, daß es fast unzumutbar ist, eine vernünftige Arbeit zu leisten. Natürlich werde ich, wenn wir das Fraktionsbüro bekommen, auf dieses Büro verzichten. Das ist also ein Tausch. Wenn kritisiert

wurde, daß es die Wohnungssuchenden nicht verstehen werden, weil dieses Büro nur im Bereich des jetzigen Wohnungsamtes zur Verfügung steht, dann muß ich dazu sagen, daß dort viele oder fast alle Büros nur mit einer Person besetzt sind und man hier durch das Zusammenfassen von zwei Personen einen Raum freibekommen wird. Ich glaube, es ist legitim, daß auch die ÖVP und die GAL einmal ein Fraktionsbüro bekommen - auch wenn die SPÖ sagt, sie haben kein Fraktionsbüro, aber immerhin zwei große Bürgermeisterbüros, wo man Besprechungen u. dgl. abführen kann. Das nur dazu.

Zu dem "eisernen Sparwillen" der FPÖ möchte ich auch eine kurze Anmerkung machen. Die Parteienfinanzierung wurde herangezogen.

Bekanntlicherweise hat ja die FPÖ bei der Parteienfinanzierung sehr großzügig auf S 100.000,- verzichtet. Heuer haben sie es erstmals beansprucht, aber großzügigerweise für die Arbeitsstiftung zur Verfügung gestellt. Das kann man sehr großzügig machen, letztendlich zahlt diesen Beitrag für die Arbeitsstiftung auch wieder der Steuerzahler und nicht die FPÖ! Darauf muß man nicht zu stolz sein!

Nun zum Budget. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsvoranschlag für 1994 muß trotz seines Gesamt-

Einnahmen- und -Ausgabenvolumens von mehr als 1,1 Mrd. S als "Sparbudget" bezeichnet werden. Sparbudget deshalb, weil gegenüber dem Entwurf ganz erhebliche Abstriche gemacht wurden.

Die ÖVP-Fraktion hat für das heurige Budget eine ganze Reihe von Vorstellungen eingebracht, von denen so manche aufgrund der tristen Finanzsituation der Stadt nicht realisiert werden können. Wir haben bis zum letzten Tag verhandelt und gangbare Lösungen gesucht. In den Vorgesprächen mit den zuständigen Beamten wurde das Plansoll auf ein gerade noch vertretbares Minimum reduziert. In den politischen Verhandlungen mit den jeweiligen Referenten wurden dann die letzten notwendigen Korrekturen - meist nach unten, manchmal auch nach oben - vorgenommen.

Der Spielraum, der diesmal den Politikern aller Fraktionen zur Verfügung stand, war noch nie so gering wie heuer. Zudem belasten unvorhersehbare

"Pflichtausgaben", wie z. B. der Ankauf der Stadtgutgründe, zusätzlich den Finanzbedarf der Stadt. Ich darf aber feststellen, daß alle Referate fast gleichermaßen von den Abstrichen betroffen sind und niemand Grund zum Jubeln hat.

Für den Ausgleich des ao. H. muß eine Neuverschuldung durch Aufnahme von Darlehen in der Höhe von 106,300.000 Schilling

sowie eine Rücklagenentnahme von mehr als 7 Mill. S in Kauf genommen werden. Außerdem werden aus dem Sparkassenfonds rd. 58 Mill. S dem Budget zugeführt (richtiger: als Darlehen genommen). Die Verschuldung im Jahre 1994 - der Finanzreferent hat das bereits erwähnt - wächst auf mehr als 700 Mill. S, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 17.000 Schilling ergibt. Trotz Ausgliederung der GWG und des RHV konnten bisher bei den Personalkosten keine Einsparungen erzielt werden. 820,5 Bedienstete des Magistrates verschlingen mehr als 323 Mill. S des Budgets; incl. Funktionärsgebühren und Pensionen sind es 383 Mill. S, was fast 34 % des gesamten Budgets ausmacht. Mit den Teilzeit- und Kurzzeitbeschäftigten hat der Personalstand eine neue Rekordhöhe von rd. 1070 Personen erreicht. Hier zeigt sich, daß die Maßnahmen nach der KDZ-Studie und der Analyse des KDZ noch nicht gegriffen haben. Es muß daher alles unternommen werden, durch Umstrukturierungs-Maßnahmen und Reduzierung der Geschäftsbereiche (von 12 bekanntlich auf 9) eine effizientere Verwaltung, Einsparungen bei nicht unbedingt notwendigen Nachbesetzungen und Festlegung einer Personalobergrenze zu erzielen.

Ich bin Realist genug, um nicht populistische (utopische) 25 % Einsparung zu verlangen, noch dazu kurz- bis mittelfristig - bei gleichzeitiger, vermehrter, anspruchsvollerer und aufwendigerer Dienstleistung und Bürgerbetreuung. Es ist aber sicher notwendig, in allen Bereichen

Kostenstellenrechnungen einzuführen, um die Kosten transparent zu machen und Kosten und Nutzen in entspr. Relation zu setzen.

Auch der Magistrat muß nach wirtschaftl. Gesichtspunkten und Prioritäten geführt werden, um mit der Wirtschaft vergleichbare und wettbewerbsfähige Leistungen zu erbringen und dadurch effektive Einsparungen zu erzielen.

Wenn ich nun die wesentlichsten Budgetposten im ao. H. näher beleuchte, so stehen einige große Brocken zu Buche. Die Abwasserbeseitigung erfordert rd. 32 Mill. S, die Kanalbauvorhaben müssen gemacht werden, weil sie vom Wasserwirtschaftsfonds sehr stark (mit 55 %) gefördert werden und zeitlich limitiert sind.

Ein Hauptposten ist hier der Kanal Christkindl mit 14 Mill. S und der Sammler F 3 mit 7 Mill. S. Aber auch für den Straßenbau müssen wir gewaltige Summen aufbringen - 33,5 Mill. S sind vorgesehen, wobei 9,3 Mill. für das Bahnhof-Parkdeck (Projekt,

Fertigstellung und Grundankauf) enthalten sind.

Für den Grundankauf der Stadtgutgründe sind 19 Mill. S vorgesehen - dieser Grundankauf kam zwar unvorhergesehen, wurde aber von allen als Jahrhundertchance erkannt und beschlossen.

Eine Mittelvorsorge für eine zweite Jahrhundertchance, nämlich für den Ankauf des Konviktes Voglsang, fehlt zur Gänze. Die Verhandlungen scheinen völlig eingeschlafen zu sein, doch dem Vernehmen nach gibt es mit anderen Interessenten intensive Gespräche. Wenn auch der Kauf und vor allem der volle Kaufpreis nächstes Jahr noch nicht ansteht, so darf sich die Stadt diese einmalige Chance - wenn auch zu einem ungelegenen Zeitpunkt - auf keinen Fall entgehen lassen. Ich ersuche daher den Hr. Bürgermeister um eine Information über den Stand der Verhandlungen. Sollte der Verkauf des Konviktes Voglsang eher als erwartet anstehen, müßte die Stadt unbedingt zugreifen - auch unter neuer und zusätzlicher Verschuldung.

Für den Neubau der Wiesenbergbrücke mußten rd. 11 Mill. S präliminiert werden - mit der Sanierung bzw. dem Neubau muß im Frühjahr 1994 begonnen werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß Steyr mehr als 90 (insgesamt 92) Brücken, Stege und Rampen hat,

die jährlich überprüft, gewartet und instandgehalten werden müssen.

Bekanntlich muß 1994 bzw. 1995 mit der Sanierung der Rederbrücke begonnen werden; nach fast 30 Jahren sind umfangreiche Reparaturarbeiten notwendig, die erhebliche Verkehrsbelastungen bringen werden. Es ist daher erforderlich, daß hier unverzüglich mit der Planung einer optimalen Verkehrsführung während der Bauzeit begonnen wird und verschiedene Möglichkeiten schon jetzt geprüft werden.

Montag dieser Woche war eine Delegation der Stadt und regionaler Abgeordneter bei Herrn LR Dr. Pühringer. Der Hr. Bgm. hat das in seinen Mitteilungen ja erwähnt. Diese Delegation hat vorgeschlagen, um die Planung und Verordnung der Nordspange voranzutreiben und auch die Planung für den Umbau des Taborknotens zu beschleunigen. Laut Auskunft von Hofrat Pollhammer ist hier (ich beziehe mich auf den Umbau des Taborknotens) die Stadt säumig; es fehlen vom Verkehrskonzept die Wegbeziehungen und verkehrsleitenden Maßnahmen - die vorgeschlagene und von der Stadt gewollte Lösung der Verkehrsbeziehungen. Früher kann der abgesenkte Kreisverkehr nicht geplant werden. Ich fordere daher den Verkehrsreferenten auf, diese seit Monaten ausstehenden

Unterlagen zu beschaffen und an das Amt der Oö. LR weiterzuleiten, damit die Planung nicht weiter behindert wird.

Ein wesentlicher Punkt war und ist für uns das StEK, in welches eine mögliche und möglichst umweltschonende

Trassenuntersuchung für die NORDWESTSPANGE eingebunden werden muß. Wie wichtig es war, diese Forderung im Rahmen der Budgetverhandlungen

festzuschreiben, zeigt ein Schreiben von Prof. Breitling, das ich gestern erhalten habe. Ich darf wörtlich zitieren:

"Sehr geehrter Hr. Stadtrat!

In den letzten Wochen habe ich mich im Rahmen meiner Arbeit am StEK, die leider wegen der Datenmisere nicht so schnell vorangeht, wie ich es mir wünschen würde, mit den Grünzusammenhängen in Steyr befaßt. Bei dieser Gelegenheit kam zwangsläufig auch die Frage der Fortsetzung der Nordspange nach Südwesten ins Blickfeld. Ich erinnere mich sehr deutlich an Ihren Wunsch, dieses Element mit zum Gegenstand meiner Untersuchungen zu machen. Nun sagte mir Hr. Baudirektor Vorderwinkler, es sei wenig zielführend, zum jetzigen Zeitpunkt einen neuen Nebenkriegsschauplatz zu eröffnen, zuerst müsse einmal die Nordspange endgültig unter Dach und Fach sein. Ich kann diesen Standpunkt durchaus verstehen und habe die Untersuchung der

Trassenführung für die Nordwestspange vorläufig zurückgestellt. Zu einer

Trassenuntersuchung für die Nordwestspange ist natürl. eine genaue Höhenaufnahme unabdingbar, und die erzwungene Pause böte Ihnen die Möglichkeit, die Frage zu ventilieren, auf welche Weise dieses Operat beschafft werden könnte.

Ich bin der Meinung, daß eine Höhenlinienkarte von Steyr ohnehin im Rahmen des StEK geschaffen werden müßte. Allerdings gehört eine solche Arbeit natürlich nicht zum Pensum des Raumplaners. Ich bitte, diese Frage zu ventilieren und verbleibe mit freundlichen Grüßen."

Noch einmal - man sieht daraus, wie wichtig es ist und war, auch schriftlich in den Verhandlungen die Untersuchungen dieser Trassenführung einer Nordwest-Tangente zu dokumentieren.

Unser größtes Problem ist zur Zeit der Verkehr. Damit eng verknüpft sind die Wirtschaft und die Arbeitsplätze - stundenlange Staus durch verstopfte Hauptdurchzugsadern belasten nicht nur die Anrainer und Autofahrer, sie beeinträchtigen auch die Wirtschaft durch tausende unproduktive Arbeitsstunden von Selbständigen, Unselbständigen und Freiberuflern - und sie lassen den Fahrplan der öffentl.

Verkehrsmittel völlig außer Kontrolle geraten.

Hier muß die Stadt für Versäumnisse einer weitsichtigen Verkehrsplanung (das Konzept hätte ja schon vor 15 Jahren erstellt werden müssen) heute büßen. Und zwar so gewaltig, daß sie täglich von einem Verkehrsinfarkt bedroht ist.

Eine wirksame Abhilfe können hier nur der rasche Bau der Nordspange, der Umbau des Taborknotens, verkehrslenkende Maßnahmen und letztendlich eine weiträumige NORDWESTUMFAHRUNG STEYRS bringen.

Ein bes. Schwerpunkt für das Budget '94 ist der Ausbau des APT sowie der Neubau weiterer Alten- und Pensionistenheime, die jedoch mit Wohnungsträgern finanziert und errichtet werden sollen. Darauf wird mein Kollege StR Holub sicher näher eingehen und seine berechtigten Sorgen und Wünsche erläutern.

Zur Wirtschaftsförderung möchte ich einige Anmerkungen machen. Für die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie sind 21 Mill. S vorgesehen - wobei 700.000 für ein Wirtschaftskonzept, 2 Mill. für Gewerbeförderung, Zinsenzuschüsse, 1,5 Mill. S für Steyrdorf (Zinsenzuschüsse), 2 Mill. S für Einmalförderungen (incl. Steyrdorf), 0,5 Mill. S für die Nahversorger-Förderung, 11 Mill. für den "Hauptbrocken" BMW (2. und letzte Rate) und

3,33 Mill. S für SNF (für die 3. von 4 Raten) vorgesehen sind.

Für soziale Wohlfahrt und allg. Wohnbauförderung sind 22,6 Mill. vorgesehen, für Altstadterneuerung und Denkmalpflege rd. 7,85 Mill.

Für das Frauenhaus haben wir nach gewissenhafter Prüfung und genauem Finanzierungsnachweis eine nötige Erhöhung der bisherigen Subvention von 450.000 - die GAL wollte 500.000 - auf 700.000 S durchgesetzt.

Beim MAW wird für neue, anerkannte Projekte zusätzlich ein Betrag von 1 Mill. S zur Verfügung gestellt. Die Mittel für die Trinkwasser-Erschließung wurden schon angesprochen - man sollte diese (auch jährlich nur 1 Mill.) jedoch verplanen, und versuchen, erste Voraussetzungen für diese Trinkwasser-Versorgung zu schaffen.

Für die Planung der Hallenbad-Sanierung sind 5 Mill. S vorgesehen; für den weiteren Ausbau sind zur Zeit keine Mittel in Sicht.

Über die anderen Bereiche, die ich - bewußt - nicht angesprochen habe, werden meine Fraktionskollegen referieren bzw. näher darauf eingehen.

Wir haben im Rahmen des Möglichen für die meisten Projekte (z. B. Fußgeher- und Radwege, Machbarkeitsstudie einer Tiefgarage, Beleuchtung und Asphaltierungsprogramm,

Adaptierung Rathaus, Kultur, Kunst, Kultus sowie Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft) entspr. Mittel im Budget berücksichtigt - auch wenn diese manchmal bescheiden sind! Viele Wünsche im ao. H. bleiben daher unerfüllt. Wenn wir jedoch heute dieses Budget für 1994 mitbeschließen werden, dann zeigt sich einmal mehr, daß wir von der ÖVP für eine konstruktive und handlungsfähige Politik eintreten, damit die derzeitigen Projekte vorangetrieben und die anstehenden Probleme gelöst werden können. Wir sind bereit, Verantwortung zu tragen und nicht nur zu kritisieren bzw. zu skandalisieren. Wir wollen nicht alles verändern, was den Verfechtern von "Steyr wird anders" bisher in keinster Weise gelungen ist! Wir wollen etwas bewegen, und wie man sieht, geht ohne ÖVP nichts! Die FPÖ meint zwar immer, wir seien Mehrheitsbeschaffer - wenn sinnvoll und notwendig, ja! Aber die FPÖ ist von ihrer "Mehrheitsverhinderung" so eingenommen, daß sie an der Realität politisch notwendiger Entscheidungen völlig vorbeilebt! Nur wer etwas entscheidet, kann auch etwas bewegen! Abschließend möchte ich mich bei allen Beamten für ihre Arbeit im Dienste unserer Mitbürger bedanken. Mein bes. Dank gilt Hr. Mag. Lemmerer und seinem

Team, die das Budget wieder sehr klar und übersichtlich erstellt haben, sowie dem Finanzreferenten, der in gemeinsamen Beratungen mit den Referenten eine entspr. Vorabstimmung und Mitbestimmung ermöglichte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke für den Vortrag. Nächster am Wort ist Hr. GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Herren Bgm.! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich natürl. kurz halten. Zum allg. Teil möchte ich jetzt speziell die Kirche im Dorf bzw. in der Stadt lassen, nicht so wie mein Vorredner, Hr. Dr. Pfeil, daß ich Sie nach Japan entführe - wo ich ihn ab und zu auch hinwünsche (politisch), muß ich ganz ehrlich sagen.

Gelächter

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Nicht, daß ich ihn ganz fortwünschen würde, sondern damit er sich die dortigen Verhältnisse genau ansehen kann! Auch in Anbetracht der Teamarbeit und was es bedeutet, in einer größeren Gruppe zu arbeiten (mit Verantwortung). Für uns ist das Budget '94 ein Spiegelbild des pol. Willens der Partei. Wir haben es uns - das

muß ich hier ehrlich sagen - in den vergangenen Jahren leicht gemacht - das gilt hier jetzt als Bekenntnis -, indem wir vorweg gleich immer gesagt haben, daß die pol. und finanziellen Verhältnisse dieser Stadt einfach so undurchsichtig sind, daß es für uns einfacher ist, dieses Budget zu verneinen, als kreativ mitzuarbeiten. In letzter Zeit haben wir das nicht mehr gemacht. Und ich muß sagen, die Zusammenarbeit und das, was hier herausgeschaut hat, läßt hoffen - nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Bürger, die in dieser Stadt leben.

Was mir speziell an meinen Vorrednern auffällt - das sind wiederum Sie, Hr. Dr. Pfeil -, daß Sie in Ihren Ausführungen - ich möchte nicht Ihre Präambel speziell erwähnen; das wurde schon von Hr. Schloßgangl erwähnt, der Sie an Wien und an das Parlament erinnert. Sondern was mir bes. aufgefallen ist, daß Sie in keiner Weise den sozialen Aspekt für unsere Bürger erwähnt haben. Nur einen kleinen Teil - das war die Schule oben auf dem Tabor.

Ganz im Gegenteil - Sie verlangen hier 25 % Einsparungen; das ist Ihr einziger Ansatzpunkt in sozialer Hinsicht.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Wo im sozialen Bereich verlange ich 25 % Einsparungen? Das müssen Sie mir zeigen! Sie haben in dieser Richtung ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

In allen sozialen Bereichen! Das zeige ich Ihnen im Anschluß daran, wahrscheinlich werden Sie sich erinnern! Vielleicht hätten Sie in dieser Richtung auch noch etwas Näheres zu sagen, aber bitte nachher. Mir ist es in Ihrer Rede eben nicht aufgefallen, und das hat für mich eine spezielle Aussagekraft, weil ich glaube, daß sich die FPÖ hier größtenteils mit Gebäuden u. ä. Bauwerken beschäftigt und Politik macht, die nicht im Interesse der Bürger liegt. Der Bürger ist nämlich ein Mensch und kein Gebäude! Er benützt es zwar, aber ich glaube, daß wir Politik für Menschen machen und nicht für Straßen, Gebäude etc.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber Sie dürfen mir nicht unterstellen, daß ich ...

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Bitte nur einen Zwischenruf, Hr. Dr. Pfeil!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber Sie dürfen mir nicht unterstellen, daß ich 25 % Einsparungen beim Sozialbereich verlange.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Bei allem verlangst Du das! Da ist das Soziale auch dabei!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Beim Mittelfristigen bzw. beim Budget ...

Verschiedene, unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich bitte um Ruhe!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das würde auch u. a. bedeuten, daß die restl. verbleibenden 75 % die Arbeit der 25 % übernehmen müßten!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ein Blödsinn!

Verschiedene, unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich bitte, Hr. GR Apfelthaler nicht zu stören!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Danke schön!

Ja, Hr. Dr. Pfeil, Sie glauben immer, ich rede einen Blödsinn. Aber ich muß immer wieder feststellen, daß wir in punkto "Blödsinn" anscheinend hier Gemeinsamkeiten haben!

Nun zu unseren Budget-Schwerpunkten. Das Positive war, daß sich - erstmals, glaube ich - sämtl. Mandatare, die an diesem Budget innovativ mitarbeiten wollten, bereit erklärt haben, auch die Budget-Wünsche der GAL ernstzunehmen. Das muß ich hier insofern sagen, weil es in vergangener Zeit anscheinend nicht so war oder wir vielleicht unsererseits die Budgetwünsche nicht so deklarieren wollten. Natürlich hatten wir "Bauchweh" zu einzelnen Punkten, bei denen wir uns gewünscht hätten, daß es Änderungen gibt. Speziell das Automobilmuseum ist ein Punkt, über den wir in Zukunft sicher noch reden müssen. Auch das Hallenbad ist ein Punkt, den wir nicht missen wollen, aber vielleicht nicht im Jahr 1994. Genauso wie das Automobilmuseum. Aber ich denke mir - wir sind in diesem Punkt auch überzeugt worden -, daß es mehr Argumente gibt, als die GAL hier bringen kann. Also konnten wir uns auch in dieser Sache überzeugen lassen! Was die Grundrichtung der GAL für das Budget '94 anlangt, haben wir uns zwei Säulen vorgestellt: der soziale und der ökonomische Teil. Diese beiden Säulen wollten wir unbedingt im Budget enthalten haben. Nun zu den einzelnen Punkten. Eine Unterstützung autonomer Jugendveranstaltungen ist an und für sich ein Herzenswunsch, den wir schon seit Jahren mit uns herumtragen. Für uns sind

nämlich autonome Jugendveranstaltungen ein Teil gelebter Demokratie! Es geht hier um dieses "Ausklammern". Wir verlangen immer weniger Staat und mehr Demokratie bzw. mehr Einbindung des Bürgers. Dann sollten wir auch in diesem Punkt dahingehend stimmen, daß sich ein Budgetposten auftut, in dem Jugendliche über sich selbst und ihre Gebarung bestimmen sollen. Ich glaube, daß dies ein wesentl. Teil ist, und dadurch ein Ansatz besteht, wo Jugendliche für sich selbst verantwortlich sein sollen. Mit Freude haben wir vernommen, daß für neue Projekte des MAW der Budgetposten erhöht wurde. Wir haben prinzipiell immer das Museum kritisch (im pos. Sinn) betrachtet. Kritisch in dem Sinn, daß wir immer gesagt haben, wir möchten das gerne beobachten, denn das Museum ist uns ein Anliegen. Mit Freude müssen wir feststellen, daß sich im Laufe der Jahre die kulturelle Entwicklung im MAW so gestaltet hat, daß Liberalismus in der positivsten Form gegeben wird. D. h., Jugendgruppen oder andere Veranstalter haben die Möglichkeit, sich hier zu zeigen bzw. Veranstaltungen zu machen. Und es heißt für uns auch, daß dies eine der wenigen Institutionen der Stadt ist, wo Kultur gelebt wird. Aus diesem Grund stimmen wir selbstverständlich der zusätzl. Förderung (auf 2,5 Mill. S) zu.

Der integrierte Gesundheits- und Sozialsprengel ist ein Kapitel, das wir schon sehr lange verfolgen. Daß er jetzt mit 50.000 dotiert wurde, hat wahrscheinlich damit zu tun - ich habe mit Hr. LR Ackerl über dieses Problem gesprochen, und es heißt, daß wir hier erst am Anfang stehen, und daß es Entwicklungen gibt, daß Hr. LH Dr. Ratzenböck hier noch Gespräche mit Hrn. LR Ackerl führen muß. Aber als Ansatz war es einmal wichtig, daß wir diesen Budgetposten integrieren - als gemeinsamer Wille.

Über das unabhängige Personenkomitee für ein in- und ausländerfreundliches Steyr ist hier anfangs schon gesprochen worden. Ich glaube, es ist müßig, hier noch einmal darüber zu reden, nachdem fast alle hierherinnen dem Ansatz entsprochen haben. Es ist noch an der Zeit oder an uns, daß wir die Richtlinien festlegen und genau über dieses Projekt sprechen. Ich glaube, es sollte das Anliegen aller sein, daß eine Veränderung eintritt.

Die Schuldnerberatung - ebenso eine wichtige Angelegenheit. Wenn sie mit 100.000 S dotiert ist, dann ist das auch nur als Ansatz zu betrachten. Jeder Ansatz ist aber pos., und das ist gut. Denn wenn es zu einer Schuldnerberatung in Steyr kommen wird - das wird wahrscheinlich Anfang oder in der Hälfte nächsten Jahres sein -, haben wir für diesen Posten

schon eine Startposition, die es ermöglicht, zu arbeiten. Ein wesentl. Bestandteil unserer sozialen Einrichtungen in der Stadt ist der Verein Frauen f. Frauen. Hier gehen immer Meinungen auseinander über die Sinnhaftigkeit, über die Probleme, die dort stattfinden, über die div. Projekte, die in dieser Richtung einfach betrieben werden. Ich glaube, das prinzipielle Problem von jenen Leuten, die dieses Projekt ablehnen, ist immer die Sache der Information. Ich denke mir, es ist sicher auch gut, wenn sich dieser Verein in der Öffentlichkeit besser verkaufen würde. Da würden nämlich so manche, die an Informations-Defiziten leiden, über diese Sache positiver denken. Die Aufstockung von 450.000 auf 500.000 muß ich berichtigen. Wir hätten ursprünglich 1 Mill. für diese Einrichtung geplant. Es ist uns dann jedoch gelungen, diesen Betrag auf 700.000 zu erhöhen. Weil ich glaube, daß hierherinnen zumind. jene, die sensitiv genug sind, die Probleme einer best. Gruppe von Frauen zu begreifen, auch in diesem Punkt mitgestimmt haben. Nochmals ein Danke in Vertretung der Frauen!

Die Adaptierung des Rathauses lt. Raumkonzept ist uns mit 2,6 Mill. S ein bißchen zu groß und ein bißchen zu überdehnt vorgekommen. Was letzten Endes auch gestimmt hat, nachdem wir uns die Information eingeholt

haben, daß sich u. U. durch die Verlegung der Wohnungsges. dieser Betrag verringern wird. Letztendlich schafften wir eine Einsparung auf 1,6 Millionen.

Der Neubau der Wiesenbergbrücke um 11 Mill. wird von der GAL insofern für gut befunden, da es eine wesentl. verkehrstechn. Erleichterung bringt. Auch die Fußgänger und Radfahrer kommen zu ihrem Recht, welches sie jetzt ein bißchen missen müssen.

Abschließend möchte ich mich in erster Linie bei allen Beamten bedanken, die in den letzten Wochen, glaube ich, intensivst gearbeitet haben. Bei den Parteien, die dieses Budget beschließen werden, möchte ich mich ebenfalls bedanken. Ich glaube, daß es hier keine Gewinner oder Verlierer gibt. Meiner Meinung nach kann der Gewinner höchstens der Bürger sein!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Was?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:

Daß der Gewinner nur der Bürger sein kann, habe ich gesagt! Ich denke mir, daß bes. Leistungen der Stadt auch bes. Leistungen der Bürger verlangen. Ansonsten wünsche ich Ihnen für die kommenden Feiertage friedliche Tage und ein neues Beginnen für das Jahr 1994! Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke für den Vortrag. Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten und gebe den Vorsitz zurück an den Bgm.!

PAUSE VON 16.13 BIS 16.36 UHR

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Sitzung fort. Zu Wort hat sich Koll. Vbgm. Sablik gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Eine kurze Wortmeldung - als Angegriffener des Hrn. Vbgm. Dr. Pfeil! Nachdem ich in meinem ganzen Leben, meine Damen und Herren des GR, Wert darauf gelegt habe, Vereinbarungen, die ich mit oder ohne Handschlag getroffen habe, immer einzuhalten, schmerzt es mich ganz besonders - um mit Karl Holub zu reden - und bin ich traurig darüber, daß ich hier dem Vorwurf der Wortbrüchigkeit ausgesetzt bin.

Ich habe bereits bei der letzten StS-Sitzung - darüber gibt es ein Protokoll - ausdrücklich gesagt, ich stehe zu meiner Vereinbarung, die ich im Auftrag meiner Fraktion abgegeben habe. Diese hat - wie Sie richtig zitiert haben, Hr. Doktor - beinhaltet, daß der Ankauf von Kunstobjekten Steyrer Künstler finanziert wird. Jetzt muß ich

Ihnen aber sagen, lieber Hr. Dr. Pfeil, daß Sie es (ich wiederhole das, was hier bei der Kulturdebatte schon einmal gesagt wurde) im Labyrinth der Buchhaltung übersehen haben, daß Ihnen Ihre Beamten Ankäufe, die der Liegenschaft gedient haben, dort hingebucht haben. Ihre eigenen Beamten - nämlich aus dem Kulturreferat - haben dadurch Ihr Konto ausgeräumt und blockiert! Es ist ja Angelegenheit der Liegenschaftsverwaltung, des Koll. StR Tatzreiter, Amtsgebäude auszustatten. Sonst würden wir ja diese Abteilung überhaupt nicht benötigen. Wenn hinter Ihrem Rücken oder mit Ihrer Zustimmung Ankäufe getätigt und dort hingebucht werden, und Sie finden am Jahresende kein Geld mehr, dann trifft mich nicht die Schuld (das wurde hier schon gesagt). Ich muß mich nämlich auch um mein eigenes Referat kümmern.

Natürlich gestehe ich Ihnen zu, daß Sie überbelastet sind, und daß Sie das alles nicht so richtig vollziehen können in der Ihnen zur Verfügung stehenden Zeit! Aber mir einen Vorwurf zu machen, finde ich unfair. Das ist "unschön"!

Nun zu den 13 Anträgen, die Sie im Auftrag Ihrer Partei eingebracht haben. Da kann ich nur sagen, daß sich hier der rote Faden aus dem Landtagsclub durchzieht. Wenn ich mir ansehe, was alles gefordert wurde, dann ist das eine Auftragsarbeit von

Ihrem Landes-Obmann Dr.
Achatz und nicht Ihr eigenes
Gehirnschmalz, das hier
verbraten wurde. Das zieht sich
so durch!

GEMEINDERÄTIN ULRIKE FUCHS:
Wir können aber selbständig
arbeiten!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Es ist erstaunlich, daß neun
persönlich so nette Personen ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

..., jeder intelligent und gebildet,
miteinander so einen Unsinn
produzieren können.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

ULRIKE FUCHS:

Sind Einsparungen Unsinn?

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich lehne daher ab, daß von
meiner Fraktion die in
Sachkenntnis und einer gew.
Problem-Ignoranz erstellten 13
Anträge hier diskutiert werden.
Ich fordere alle Damen und
Herren des GR auf, diese 13
Anträge in einem Block
abzulehnen und sie dem sog.
"Rundordner" zuzuführen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster ist Koll.
StR Eichhübl am Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine
Damen und Herren des GR! Ich
hoffe, daß Koll. Sablik nicht
nachher verlangt, wenn ich fertig
bin, daß meine Unterlagen
ebenfalls dem Rundordner
zugeordnet werden sollen. Aber
Spaß beiseite. Meine Damen und
Herren des GR! Nachdem Vbgm.
Pfeil als Fraktionsobmann für die
Freiheitl. GR-Fraktion bereits die
Grundsatzrede zum vorliegenden
Budget 1994 gehalten hat,
möchte ich als budget-
geschädigter Referent der
Stadtwerke noch einige kleine
Anmerkungen zu diesem
Haushaltsvoranschlag 1994
machen.

Obwohl die finanziellen
Freiräume der Gemeinden - so
auch hier in Steyr - immer
kleiner werden, gilt der
Grundsatz, daß
Budgeterstellung in Zahlen
gefaßte Politik sind. Darauf hat ja
bereits Hr. Dr. Pfeil hingewiesen.
Ich frage aber jetzt, wo liegen
hier die Schwerpunkte dieser
Budget-Politik? Wurde dieses
Budget im Interesse unserer
Bürger und Steuerzahler erstellt
oder waren eher parteipolitische
Überlegungen des
Finanzreferenten und seiner
Fraktion entscheidend? Die
Antwort auf diese Fragen sind
nach Durchsicht dieser
Budgetvorlage leicht zu finden

und meiner Auffassung nach sehr eindeutig!

Während man nämlich einerseits in der Gruppe 0, die ja nicht nur Pflichtausgaben beinhaltet (beispielsweise bei der Parteienfinanzierung, bei den Politikerbezügen, bei den Repräsentationskosten, bei den Verfügungsmitteln usw.), keinen Einsparungswillen zeigt, wird in anderen Bereichen der Rotstift angesetzt! Und da gibt es gerade bei den Stadtwerken, für die ich zuständig bin, ein herausragendes Beispiel: Bereits bei der ersten Budgetverhandlung am 12. 10. d. J., und dann auch noch in weiteren Gesprächen mit Finanzreferent Zagler, teilte mir dieser mit, daß neben der Streichung der beantragten Mittel für die Sanierung des Taucherbeckens im Stadtbad, der Einschränkung der geforderten Mittel von 25 Mill. S auf 5 Millionen für das Hallenbad und die Sauna vor allem für den Finanzplan (das ist ja gleichzeitig der Investitionsplan) des Versorgungsbetriebe-Verbundes keine Finanzmittel vorgesehen sind.

Dies bedeutet, meine Damen und Herren (ich sage das wirklich mit aller Deutlichkeit), daß mit entspr. Einschränkungen im Verkehrsbetrieb und keinen weiteren Erdgasanschlüssen gerechnet werden kann! Auch dem Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen wurde von

mir am 14. 10. berichtet, daß im Investitionsplan des Versorgungsverbundes Gas und Verkehr im Bereich Rohrnetz S 15,450.000,--, für Reduzierstationen S 640.000,--, für andere Investitionen S 140.000,-- sowie für den Teilbetrieb Verkehr S 12,320.000,-- von Seiten der Stadtwerke veranschlagt wurden. Folgende Erdgasaufschließungen, die in Abstimmung mit mir von den Stadtwerken erstellt wurden, sind in diesem Investitionsplan, den ich Ihnen jetzt nicht vorenthalten möchte, beinhaltet: INVESTITIONSPLAN 1994 - gereiht, wie vom Finanzreferenten damals gewünscht.

Im Bereiche Gaswerk: ROHRNETZ (hier darf ich anfügen, nur dann betrifft das diese beiden genannten Positionen, wenn dort tatsächlich Bauvorhaben 1994 durchgeführt werden):

Niederdruckleitung
Christkindlweg - Goldbacherstr. - Redtenbachergasse; Hochdruckleitung Gußwerkstr.

Weiters die Aufschließungen Retzenwinklersiedlung; Aufschließung Waldrandsiedlung (2. Teil) - hier kann ich mich an die Informationsveranstaltung in diesem Stadtteil erinnern, wo die Vertreter der SPÖ sehr für eine Aufschließung in diesem Bereich eingetreten sind. Ich habe selbstverständlich auch dort bekundet, daß ich ein offenes Ohr für die Aufschließungen habe.

Ich bin sehr gespannt, was man diesen Leuten dort sagen wird! Weiters Hochdruck-Anschlußleitung Sandmayrgründe - Schlüßlmayrsiedlung; Aufschließung Gablerstr. - Buchholzerstr.; Aufschließung Lorzingerstr. Die beiden Punkte 7) und 8) nur dann, wenn dort Kanalbauvorhaben durchgeführt werden - nämlich Aufschließung Wohnpark Kronbergweg (hier ist ja im Budget ein Ansatz von 200.000 S für Kanalbauvorhaben drinnen) und Aufschließung Löwengutsiedlung (das ist herausgenommen). Aber, wie gesagt, das war vorbehaltlich, wenn dort Kanalbauvorhaben durchgeführt werden, um vor allen Dingen auch dem gerechtfertigten Vorwurf zu entgehen, daß die Stadtwerke nicht rechtzeitig bei Grabungsarbeiten vorplanen. Weiters die Versorgungsleitung Dachsbergweg, Aufschließung Grabenhofersiedlung sowie für unvorhergesehene Leitungsverlegungen waren ebenfalls 350.000 S in diesem Investitionsplan enthalten. Dieser Plan hat noch folgende Positionen beinhaltet: Reduzierstationen: 640.000 S; andere Investitionen: 140.000 S. Das sind jetzt insgesamt S 16,230.000,--. Koll. Zagler, ich weiß nicht, wo Du die Zahl her hast, die von Dir wesentl. höher genannt wurde. Er hört mir jetzt nicht zu, aber ich hoffe, daß er mir das dann beantworten kann,

wenn er das Protokoll nach drei Monaten zu lesen bekommt. U. a. waren im Verkehrsbetrieb Investitionen vorgesehen: nämlich Ankauf von 2 Solobussen und eines Gelenkbusses (Ersatzbeschaffung). Ich darf Sie daran erinnern, daß wir selbstverständlich bei den Verhandlungen zum Budget 1993 - ich im bes. als Referent - damit einverstanden waren, daß wir das Budget möglichst nicht belasten und daher die Ersatzbeschaffung herausgenommen haben. Aber es sind eben einige Fahrzeuge, die schon sehr viele Kilometer hinter sich haben, in einem entspr. desolaten Zustand.

Es ist auch der Ankauf von Werkstätteneinrichtungen beinhaltet, die Erweiterung PC-Netz, der Ankauf der Soft- und Hardware für die Fahrplan-, Wagenumlaufplan-, Dienstplan- und Lohnabrechnungserstellung sowie der Ankauf von Fahrscheinausgabe-Geräten - in der Größenordnung von (den Verkehrsbetrieb betreffend) S 12,320.000,--.

Übriggeblieben, meine Damen und Herren des GR, ist von diesen Vorhaben (lt. StR Zagler) nahezu nichts! Hr. Vbgm. Sablik, das hat mit Demokratie nichts zu tun. Das ist eher die Version eines Fachentrückten - würde, so meine ich, Hr. Schmollgruber dazu sagen.

Bei dieser und auch bei der letzten Sitzung des vorhin genannten Ausschusses hat StR

Zagler wiederholt erklärt, daß weitere Erdgas-Aufschließungen und Investitionen nur dann in Frage kommen, wenn die Tarife im Verkehrsbetrieb entspr. angehoben werden. Man verwehrt also einem Teil unserer Bevölkerung in mehreren Stadtteilen den Wunsch nach einem Erdgasanschluß, wenn diese nicht gleichzeitig bereit sind, mehr für den Autobus zu bezahlen. Unbeschadet der Tatsache, daß bereits jetzt zur teilweisen Verlustabdeckung im Verkehrsbetrieb Gewinne, die aus dem Erdgasverkauf in Millionenhöhe erwirtschaftet werden, verwendet werden.

Man berücksichtigt auch nicht - und das ist sehr erstaunlich -, daß weitere Erdgas-Aufschließungen auch weitere Einnahmen bedeuten, und gleichzeitig auch für die Umwelt ein nicht unwesentlicher Beitrag geleistet werden würde.

Es ist schon bezeichnend, meine Damen und Herren des GR, wenn Bgm. Leithenmayr 5 Citybusse kauft, der GR dies nachträglich genehmigt, ich als zuständiger Referent mich gemeinsam mit den Stadtwerken bemühe, langjährige Wünsche jener Bewohner unserer Stadt, die noch keine Anbindung an das öffentl. Verkehrsnetz haben, zu erfüllen, gemeinsame Beschlüsse hier in diesem GR gefaßt werden, und dann der SPÖ-Finanzreferent nachträglich daraufkommt, daß diese vorhersehbaren Kosten und

auch Folgekosten, sprich Defizit, unerträglich sind!

Die Krönung der Demagogie ist aber, wenn dann noch der zuständige FPÖ-Referent Eichhübl in aller Öffentlichkeit in einem sonst eher inhaltslosen SPÖ-Propagandablatt für die Ausweitung des Defizites bei den Verkehrsbetrieben verantwortlich gemacht wird! Hier wird eindeutig auf dem Rücken unserer Bürger Parteipolitik betrieben, weil man offensichtlich die Wahlniederlage von 1991 noch nicht verkraftet hat, und ein FPÖ-Stadtrat, gleichgültig wie er heißt, der SPÖ nicht in den Kram paßt!

In diese Richtung geht auch ein Angebot der SPÖ, das erst kürzlich an unseren Fraktionsobmann, Dr. Pfeil, schriftlich herangetragen wurde. In diesem Schriftstück heißt es u. a. sinngemäß: "... wenn die FPÖ dem Budget 1994 zustimmt, dann werden für Gasrohrverlegungen etc. S 6,300.000,-- (vorgesehen wären 15,3 Mill. S) in Form eines Abänderungsantrages genehmigt. Allerdings - und jetzt kommt's - nur dann, wenn die FPÖ-Fraktion bereit ist, einem Tarifanhebungsbeschluß beim Verkehrsbetrieb zuzustimmen, der externe Mehreinnahmen von mind. 5 Mill. S erwarten läßt.

Dazu kann ich nur eines sagen: Wir sind selbstverständlich mit allen Fraktionen gesprächsbereit, wenn es darum geht, durch gerechtfertigte Maßnahmen (wie Tarifierhebungen, Tarifver-

änderungen durch verbesserte Leistungen) dem Verkehrsbetrieb zu Mehreinnahmen zu verhelfen. Dazu gibt es ja auch einen Vorschlag der Stadtwerke! Ich habe mich auch in einigen Sitzungen bereit erklärt, selbstverständlich auch zuwarten, bis Vorschläge von den anderen Fraktionen einlangen und darüber diskutiert wird. Das ist nämlich ein sehr sensibler Bereich, und ich glaube, das muß vorberaten werden und kann nur durch eine große Mehrheit getragen werden. Aber, Hr. Finanzreferent, wir lassen uns nicht erpressen!

Wenn man nicht einmal bereit ist, sowohl von seiten des Finanzreferenten als auch der SPO-Mehrheitsfraktion meine Frage endlich zu beantworten, was der Stadt der öffentl. Verkehr (unter Berücksichtigung des zunehmenden Individualverkehrs und aller neg. Begleiterscheinungen) wert ist, stimmt das sehr nachdenklich.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

30 Millionen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Offensichtlich bleibt daher ein gefaßter Grundsatzbeschluß zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes, der auch die Priorität des öffentlichen Verkehrs hervorhebt und hier in diesem Gremium einstimmig beschlossen wurde, nur ein Lippenbekenntnis für die SPÖ!

Es ist der Bevölkerung nicht zumutbar, daß sie ständig in jenen Bereichen zusätzl. mit Tarifierhebungen konfrontiert wird, wo sie bereits hohe Abgaben leisten und im nächsten Jahr noch stärker zur Kassa gebeten werden.

Ich darf Ihnen hier schon etwas sagen: Aufgrund des Länderzuschlages zur Mineralölsteuer von 50 Groschen/Liter werden ab 1. Jänner 1994 jährlich rd. 1,75 Milliarden S zur Verfügung stehen - österreichweit. 441,8 Mill. S werden lt. Städtebund an Städte, die eigene Verkehrsbetriebe führen, vorverteilt. Der Verteilerschlüssel zw. den Ländern für diese Mittel richtet sich nach der Einwohnerzahl und soll eine verbesserte Finanzierung für den öffentl. Nahverkehr bringen. Wie man aber hört, möchte Landesfinanzreferent Ratzenböck dieses ihm überantwortete Geld, entgegen den Empfehlungen des Städtebundes, für den anzustrebenden Verkehrsverbund verwenden und nicht für eine Direktförderung der städt. Verkehrsunternehmen (so auch hier in Steyr).

Daher die Forderung an die SPÖ, auf ihren Gemeindereferenten, LH-Stv. Hochmair, einzuwirken, daß er alles daran setzt, im Sinne seiner Aufgabenstellung als Gemeindereferent zu erreichen, daß diese Finanzmittel (Ihr habt einen Prüfer, Hr. Bgm., darum hast Du wahrscheinlich jetzt aufgehört) auch vor allem hier

in Steyr zur Verlustabdeckung der Verkehrsbetriebe verwendet werden.

Zur Zeit zahlt das Land an unsere Stadt - man höre und staune - 316.000 Schilling. Das ist etwa 1 % des Verlustes von 1993 und geradezu lächerlich!

Abschließend möchte ich als Referent der Stadtwerke nochmals feststellen, daß diese Budgetvorlage bedauerlicherweise zu wenig Mittel im Bereich Stadtbad - Hallenbad beinhaltet. Es wurde ebenfalls bereits schon darauf hingewiesen, daß - ich möchte es noch einmal wiederholen, um es noch deutlicher zu machen - es einen Grundsatzbeschluß dieses GR vom 17. 12. 1991 gibt, in dem festgehalten wurde, daß die Stadt Steyr grundsätzl. bereit ist, das Hallenbad entspr. zu sanieren und auszubauen, wenn vorher entspr. Förderungsmittel sichergestellt werden. Zur Zeit ist es ja so, daß eine sehr "abgespeckte", ursprüngl. Version in der Größenordnung von 80 Mill. S dem Land zur Begutachtung bzw. zur Prüfung vorliegt, ob dieses Projekt förderungswürdig ist. Daher glaube ich, meine Damen und Herren, ist vor allem hier von seiten der Stadt ein Zeichen zu setzen, daß entspr. Mittel in diesem Budget aufzuscheinen haben. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß der zuständige Referent oder das Gremium, das entscheidet, großzügig mit Förderungsmittel die Stadt Steyr belohnen wird, wenn sie selbst nicht einmal bereit sind, etwas

dafür beizutragen. Daher noch einmal: es wäre ein Zeichen zu setzen!

Ich darf hier eine Beibemerkung zum Koll. Apfelthaler machen. In diesem Stadtbad arbeiten Menschen, und in dieses Stadtbad gehen auch Menschen hin - nur, um einmal zu zeigen, daß die FPÖ sehr wohl auch an die Menschen denkt und nicht nur an die Gebäude.

Keine Mittel - ich habe es bereits erwähnt - sind im Finanzplan des Gas- und Verkehrsbetriebeverbundes vorgesehen! Das bedeutet, daß eine Leistungsrücknahme mit allen Konsequenzen für den Verkehrsbetrieb im Raum steht, und das heißt weiter, daß von StR Zagler und der SPO keine Finanzmittel für den weiteren Ausbau der Gasversorgung genehmigt werden.

Sehr deutlich weise ich nochmals darauf hin, daß es in vielen anderen Bereichen, aus denen ich bereits Beispiele genannt habe, keine Einsparungen, sondern Ausweitungen gibt. Das ist sicher nicht im Sinne unserer Bevölkerung, darüber müssen sich alle jene im klaren sein, die dieser Budgetvorlage die Zustimmung geben werden.

Zum anderen - das ist auch sehr interessant - wollte man die Zustimmung der FPÖ zum Budget auch damit erreichen, daß man neben einer Tarifierhebung im Verkehrsbetrieb zusätzl. vereinbart, die bisherigen Kosten für die Sanierung unseres

Grundwassers (wir haben ja vorher einen Antrag behandelt) von 7 Mill. S an die Stadt zurückzuzahlen. Alle weiteren Kosten der Wasserverunreinigungs-Behebung sollten gleich von den Stadtwerken getragen werden. Die Gegenleistung dafür: 6,3 Mill. S für Gasrohrverlegung! Hier muß ich wirklich fragen, mit welchen Hintergedanken man an die FPÖ herantreten ist? Sicherlich nicht mit ehrlichen Hintergedanken! Das darf ich auch sehr deutlich deponieren. Nebenbei bemerkt, ist ein Betrag von 5 Mill. S für Erdgasaufschließung Retzenwinklersiedlung und Neuschönau von der Stadt an die Stadtwerke noch offen. Das ist bis heute nicht bezahlt! Nun zu einem anderen Bereich: Ich habe heute bereits - anläßlich eines Antrages - dazu eine kurze Stellungnahme abgegeben. Und zwar deshalb, weil Koll. Spöck diesen Bereich angesprochen hat. Es geht um die Wasserversorgung. Auf Seite 192 des o. H. ist aus dem Reinhaltungszuschlag eine Einnahmensumme von 3,5 Mill. S präliminiert. Wenn man einen Wasserverkauf von 3,4 Mill. m³ als Berechnungsgrundlage heranzieht, wären es S 3,740.000,--. Nachdem aber in der letzten Sitzung des GR eine Erhöhung dieses Zuschlages von S 1,10 auf S 1,47/m³ Wasser ab 1. 1. 1994 beschlossen wurde, sind das Einnahmen von Schilling

4,998.000,--, die zu erwarten sind. Also nicht 3,5 Millionen! Hier ist eine Korrektur erforderlich.

Ebenso sind auch höhere Einnahmen aus dem Wasserverkauf zu erwarten, weil ja auch der Wasserabgabepreis bei derselben Sitzung beschlußmäßig angehoben wurde - ebenfalls ab 1. 1. 1994. Daher ist auch hier eine Korrektur erforderlich!

Aus diesen erhöhten Einnahmen wäre eine wesentlich höhere Summe, meiner Meinung nach zumind. 3,5 Millionen, für die Erschließung neuer Brunnenfelder möglich. Kollege Spöck, das habe ich damit gemeint und stelle fest, daß ich meine Aussage wiederhole. Eigentlich dürften jene, die Kritik geübt haben, diesem Voranschlag gar nicht zustimmen.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Du hast auch nicht gewußt, was Du mit der Million anfangen sollst!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Noch einmal: Mit der einen Million wird man wahrscheinlich im Zusammenhang der geplanten Wasserversorgung aus Molln wirklich nicht viel anfangen können! Man kann das jetzt nicht einfach herausnehmen aus dem Budget, zu Hause in die Schublade tun und nächstes Jahr wieder herausnehmen. Das wäre toll, aber so geht es leider nicht!

Im Finanzplan des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr sind laut StR Zagler's Vorlage keine Mittel für 1994 vorgesehen. Ich sage das noch ein paar Mal. Daher nochmals zur Verdeutlichung: keine Rohrverlegungen für Erdgasanschlüsse, keine zusätzl. Einnahmen aus Gasverkauf, keinen weiteren Schutz der Umwelt; das bedeutet weiter, und das müßte auch die ÖVP interessieren, Folgeinvestitionen in Millionenhöhe werden zum Schaden der Wirtschaft und im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen verhindert! Wer klärt die personelle Situation, die daraus entsteht, Hr. Personalreferent Zagler?

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ihr wollt ohnehin 25 % einsparen, da könnt Ihr gleich jeden 4. entfernen. Jeder 4. muß gehen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Durch diese Null-Budgetierung hat das Personal im Gaswerk außer der Zählerablesung im Jahr 1994 zum Teil keine Arbeit mehr.

Wie schaut es im Verkehrsbetrieb aus? Sollen Leistungen beim öffentlichen Verkehr tatsächlich zurückgenommen werden, Hr. Bgm.? Vielleicht können Sie das auch beantworten! Sollen Busfahrer, die zum 1. September d. J. aufgenommen wurden,

wieder gekündigt werden? Hier geht es um Menschen!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Laut Eurem Sparprogramm muß sowieso jeder 4. gehen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sollen die Citybusse - in diesem Bereich darf ich festhalten, wenn man vom Personal spricht, sind keine Ausweitungen feststellbar. Koll. Rohrauer, der in den Stadtwerken arbeitet, wird das bestätigen können. Es hat lediglich eine Mehraufnahme gegeben, als Citybusse angekauft wurden, denn die fahren nicht alleine. Aber im anderen Bereich ist der Personalstand eher gesunken. Also das ist wirklich ein lobenswertes Beispiel seitens der Stadtwerke! Das könnte man sicherlich auch hier in diesem Hause umsetzen.

Verschiedene, unverständliche Zwischenrufe

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, zwischendurch dem Koll. Zagler das Wort zu erteilen, daß er hier herauskommt. Er ist offensichtlich nicht zufrieden mit meinen Äußerungen und möchte dazu etwas sagen! Oder Sie fragen ihn, ob er mit seinem Zwischenruf fertig ist.

Darf ich fortfahren - danke.

Ich war bei den Citybussen und darf nochmals fragen: Sollen die Citybusse, die Hr. Bgm.

Leithenmayr um Sparkassen-Millionen angekauft hat, in ein Depot gestellt werden? Oder was soll man sonst damit machen?

Diese Fragen, die ich hier aufgeworfen habe - sowohl in personeller Hinsicht als auch die Busse betreffend -, hat sicherlich in erster Linie Finanzreferent Zagler zu beantworten und auch zu verantworten! Aber auch jene Mandatare, die diesem Budget, diesem gegen meinen Willen erstellten Investitionsplan mit einer Nulldotierung für den Versorgungsbetriebeverbund die Zustimmung geben, haben Mitverantwortung und Erklärungsbedarf gegenüber der Bevölkerung.

Ich werde jedenfalls, meine Damen und Herren des GR, aus diesen Gründen dem Voranschlag 1994 die Zustimmung verweigern! Obwohl einige Teilbereiche dieses Gesamt-Voranschlages meinen Vorstellungen entsprechen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Es folgt Hr. GR Fürweger.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, werte Gäste der Presse, ein Steyrer ist auch zu Besuch hier!

"Es liegt uns heute ein wissenschaftlich fundiertes, einmaliges, für Deine Eitelkeit (StR Zagler ist gemeint) ja direkt meisterhaftes Werkstück vor, an

dem von SPÖ, ÖVP und FPÖ lange gefeilt wurde" - meine Damen und Herren, das sind natürl. nicht meine Worte; das waren die Einleitungsworte von Vbgm. Salbik in seiner Budgetrede vor einem Jahr.

Ich war heute ein wenig überrascht, wie ich auf einmal höre, daß es sich heute um ein Technokraten-Budget handelt. Voriges Jahr war es noch ein wissenschaftlich fundiertes Budget.

Nun, Deine Eitelkeit, lieber StR, die Du selbst als übertrieben bezeichnet hast, ernüchterte ja bei Dir im letzten Jahr. Ich kann sagen: Gott sei Dank. Die Eitelkeit sollte der Sachlichkeit weichen. Einer Sachlichkeit, die die Probleme der Stadt lösen sollte. Nun, es wurde manches gelöst. Es wäre unfair, dies nicht zu sagen. Wir haben einen Teil der Sofortmaßnahmen des Verkehrskonzeptes in die Tat umgesetzt - z. B. die Parkraumbewirtschaftung oder auch die Errichtung der Park & Ride-Parkplätze.

Ich möchte gleich beim Thema Verkehr und dem damit verbundenen Verkehrskonzept bleiben. Wo ist nun das Parkhaus in unmittelbarer Nähe des Stadtzentrums geblieben? Ja, ich weiß, im Budget 1994 sind 9,3 Mill. für das Parkdeck Bahnhof vorgesehen. Aber wir alle wissen, daß das Parkdeck Bahnhof alleine nicht genügen wird. Ohne ordentliche Begleitmaßnahmen, wie ein zentrumsnahes Parkhaus

und lineare Citybus-Linien, die die Fahrgäste wirklich auf direktem Weg (keine schmetterlingsartigen Linien!) vom Stadtrand in das Zentrum bringen, werden wir in nächster Zukunft nicht auskommen. Es darf aber auch nicht bei der Linienführung der öffentl. Verkehrslinien und - das mag jetzt vielleicht hart klingen - auf jede Unterschriftenliste gleich mit der Einführung einer neuen Verkehrslinie reagiert werden. Denn das, was Ihr Parteikollege, Hr. Bgm., nämlich Minister Klima, über die Geisterzüge gesagt hat, sollte eigentlich auch für die Busse der städt. Verkehrslinien gelten. Die Busse der städt. Verkehrsbetriebe sollten nicht zu Geisterbussen werden. Die städt. Busse sollten auch die Möglichkeit haben, Busspuren benützen zu können. Denn nur, wenn die Busfahrgäste schneller vorwärts kommen als der Autofahrer, werden die Autofahrer vielleicht einmal auf den Bus umsteigen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Plenklberg-Kreuzung!

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Dazu gehört auch, daß wir Verkehrssignalanlagen haben, die die Autobusse bevorteilen - gegenüber den Autofahrern. Auch die Ausstattung der Autobusse mit Funksprechanlagen, wie sie bei

der Polizei, bei der Rettung oder auch in der Privatwirtschaft schon lange üblich sind, wäre sicher von Vorteil!

Und dann, Hr. Bgm., muß man auf Seite 406 des Budgets 1994 lesen - ich zitiere wörtlich: "Im Finanzplan des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr sind für das Jahr 1994 keine Mittel vorgesehen." Ich frage Sie, Hr. Bgm., wann sind Sie zum letzten Mal in der Autobusgarage in Münchenholz gewesen. Wären Sie in letzter Zeit einmal dort gewesen, dann hätten Sie es nicht zu diesem niederschmetternden Satz, den ich vorher zitiert habe, kommen lassen.

Eine Autobusgarage, die gemeinsam mit den Funktionsräumen für 25 Busfahrer vor 20 Jahren errichtet wurde, wird nun von über 60 Busfahrern benützt. Es ist unverantwortlich, nicht nur Sachgütern gegenüber! Aufgrund der Beengtheit in der Autobusgarage würde es bei einem Feuer zu einer Katastrophe kommen. Es ist auch unverantwortlich gegenüber den Bediensteten, die sich nicht mehr ordentlich auf den Dienst vorbereiten können.

Darum gibt es meiner Meinung nach nur eigentl. nur eines: so schnell wie möglich mit dem Bau des Kommunalzentrums auf den Repa-Gründen zu beginnen! Ich sehe darin zwei Vorteile: Erstens schaffen wir bessere Arbeitsbedingungen und bessere

Strukturen. Und zweitens können wir dann auf den ehem. Gas und Wasserwerk-Flächen und im schönen, alten Schlüsselhof (jetziger Wi-Hof) neue Aktivitäten setzen. Das, Hr. Bgm., wären Maßnahmen, die sofort durchzuführen sind!

Vor einem Jahr haben Sie mir Ihr o. k. gegeben, wie ich den Umbau des Taborknotens zu einem Kreisverkehr angesprochen habe. Es ist bis jetzt nur beim o. k. geblieben. Irgendwie habe ich aber das Gefühl, daß es nun mit dem Ball-Hin- und Herschieben zwischen Stadt und Land vorbei ist. Ich glaube, daß der Umbau immer näher rückt!

Und nun noch ein kurzes Wort zum Sport, der ja gerade Ihnen als Sportreferent sehr am Herzen liegen muß. Mit 5 Mill. S werden wir halt nächstes Jahr beim Hallenbad keine großen Sprünge machen können. Das Hallenbad und auch die Sauna sind neubaubedürftig. Aber nicht nur das Hallenbad, auch die Sporthalle auf dem Tabor weist schon rostige Dachrinnen und zerbrochene Wandverglasungen auf.

Ich weiß, Hr. Bgm., daß Sie sich schon vor ein paar Jahren vorgenommen haben, in Steyr eine Bezirkssporthalle bauen zu wollen. Das soll dann aber nicht heißen - ich bin sicher, daß Sie mit mir einer Meinung sind -, daß wir jetzt die Sporthalle deswegen verfallen lassen. Es wäre sicher von Vorteil, wenn wir in ferner Zukunft einmal

mehrere Sportallen zur Verfügung haben könnten.

Nun, diese Budget-Sitzung ist sicher keine "Wünsch' Dir was-Sendung" und deswegen sollen wir uns auch Gedanken machen, wo die Stadt einsparen könnte. Hier ist sicher das Schlüsselwort: "PRIVATISIERUNG".

Hr. Bgm., Ihre grundsätzliche und pos. Haltung im Vorjahr über den Verkauf des Hotels Nagl sind Sie bis jetzt schuldig geblieben! Auch die Betreuung der städt. Bücherei muß ja nicht unbedingt von öffentl. Hand erfolgen. Leider ist bis dato in diesen Punkten überhaupt nichts geschehen, und so bestätigt sich die Aussage unseres Finanzstadtrates vom letzten Jahr, daß wir eigentlich keine Wirtschaftskrisen haben, sondern eher Vertrauenskrisen, Verteilungskrisen und Moralkrisen!

Trotzdem, meine Damen und Herren des GR, auch wenn wir, die Freiheitl. Fraktion, heuer dem Budget 1994 noch nicht zustimmen können, so sehe ich doch Ansätze für die Zukunft.

Es hat sich im Vergleich zum Budget 1992 und 1993 doch einiges verändert. Wenn wir die Kommunikation untereinander noch etwas verbessern könnten, die Budgetverhandlungen noch früher führen könnten, dann müßte es eigentl. einmal möglich sein, zu einem gemeinsamen Budgetabschluß zu kommen.

Abschließend möchte ich allen Anwesenden frohe Weihnachten

und ein gutes neues Jahr
wünschen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist
Hr. GR Brandstötter.

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Meine sehr geehrten Herren
Bgm., sehr geehrte Kolleginnen
und Kollegen des GR!

Ich möchte mit meinem Beitrag,
die Stadtwerke betreffend, auf
die Freizeiteinrichtungen, wie
Bäder und Kunsteisbahn,
eingehen und damit
dokumentieren, wie wichtig die
Entscheidung - hier meine ich
vor allem jene der Überdachung
der Kunsteisbahn - für die
eissportbetreibende Jugend war.
Bei aller Kritik und Gegenstimme,
die damals seitens der
Freiheitlichen Partei gefallen ist.
Ich habe mich bei den
Stadtwerken erkundigt, wie sich
die Besucherzahlen auf der
Kunsteisbahn im Vergleich zum
Vorjahr verändert haben. Seit
der Eröffnung am 2. 10. haben
rund 22.000 Kinder, Jugendliche
und Erwachsene die
Kunsteisbahn besucht. Im
Vorjahr waren es rund 11.200.
Bei gleichem
Beobachtungszeitraum, 25. 10.
bis 13. 12., ergab sich eine
Besuchersteigerung um 48 %, die
sich beim absoluten Vergleich,
das ist seit der Eröffnung bis zum
Stichtag 13. 12., auf rund 95 %
erhöht hat. D. h., daß alleine

schon der
witterungsunabhängige Besuch
die Beliebtheit der Kunsteisfläche
bestätigt und fast die doppelte
Besucherzahl im Vergleich zu
1992 aufgetreten ist.

Hiezu möchte ich aber auch
bemerken, daß die Überdachung
mit der Schließung der Wand
zum Siedlungsgebiet eine
beträchtliche Verringerung der
Lärmemission zum
Siedlungsgebiet bewirkte,
weshalb auch die
Benützungszeiträume, wie sie am
Anfang der Inbetriebnahme der
Kunsteisbahn gegeben waren,
ausgedehnt werden konnten.
Dadurch konnte auch allen
eissporttreibenden Vereinen, wie
Kunsteisläufern, Eisstockschützen
und Eishockeysportlern, eine
wesentl. Verbesserung im
Angebot der Trainingszeiten, die
letztlich auch für die sportlichen
Erfolge von eminenter Bedeutung
sind, geboten werden.
Resümierend gesehen ...

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Wie hoch ist der Gewinn?

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Resümierend gesehen, zeigt sich,
daß die von der
Sozialdemokratischen Fraktion
seit vielen Jahren initiierte
Überdachung der Kunsteisbahn
eine richtige und - vor allem
unter dem Aspekt der
Gesundheit - richtungsweisende
Entscheidung war. Ich hoffe, daß

diese Zahlen auch Dich, Kollege Stadtrat Eichhübl, beeindrucken, und Du nunmehr auch zu der Erkenntnis gelangst, daß diese Entscheidung eine Lücke im Steyrer Freizeitangebot geschlossen hat.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Über die Kunsteisbahn wurde ein Dach gemacht und im Hallenbad regnet es herein!

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Ich komme schon dazu: Mit Wehmut stelle ich aber fest, daß im Bereich der Bäder - hier vor allem im Hallenbad - noch wenig Lichtblicke für eine solche Qualitätsverbesserung zu erkennen sind. Die Sozialdemokratische Fraktion bemüht sich schon seit Jahren - dies dürfte auch in Deinem Kreis bekannt sein - das seit 1971 in Betrieb stehende Hallenbad umzubauen und zu ergänzen, damit auch diese Einrichtung zu einer Freizeiteinrichtung wird, die von allen Bevölkerungsteilen gerne besucht wird. Ich erinnere mich daran, als Du noch eine 1-Mann-Fraktion warst und dem damaligen Vbgm. Leithenmayr vorgeworfen hast, er baut sich hier ein Prestige-Projekt auf! Laß' Dir das noch ein wenig auf der Zunge zergehen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein, das hast Du noch gar nicht mitgekriegt! Wir unterstützen das Prestige-Projekt von Bgm.

Leithenmayr! Hast Du darüber schon einmal nachgedacht!

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Früher warst Du dagegen, lieber Freund!

Nun möchte ich aber fortfahren. Ich denke hier vor allem an das Problem mit den Schülern und den Freizeitbadenden, das nur durch die Errichtung eines eigenen Sportlerteiles gelöst werden kann.

Unser derzeitiges Hallenbad weist zwar keine schlechten Besucherzahlen auf, von Montag bis Freitag wird es von rund 450 bis 500 Personen täglich besucht, die Struktur und die Ausstattung bewirken aber, daß sich die Besucher, zum überwiegenden Teil Schüler, die im Rahmen ihres Turnunterrichtes das Hallenbad aufsuchen, rekrutieren. Es wäre daher höchst an der Zeit, durch Um- und Zubau diese Strukturen so zu verändern, daß allen Bevölkerungsteilen eine ansprechende Freizeiteinrichtung geboten werden kann. An Dich, lieber StR Eichhübl, darf ich die Forderung richten, für eine rasche Realisierung des im Haus bereits vorliegenden Vorprojektes einzutreten und auch mitzuhelfen, daß die übergeordneten Gebietskörperschaften der Wichtigkeit dieser Einrichtung entspr. finanzielle Mittel bereitstellen. Da hast Du auch sehr wenig getan!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT
JOSEF BRANDSTÖTTER:

Für das Hallenbad. Ich spreche
vom Hallenbad!

Es soll aber auch nicht vergessen
werden, daß die Freibäder rund
um Steyr immer mehr attraktive
Zusatzeinrichtungen errichten,
weil dem Allgemeintrend, Baden
auch mit anderen Vergnügen zu
kombinieren, entsprochen
werden muß. Im Freibad denke
ich hier vor allem an die aus der
Sicht der Topographie gegebene
günstige Möglichkeit zur
Errichtung einer Wasserrutsche;
wünschenswert wäre, wenn eine
derartige Rutsche aus
wirtschaftlichen Überlegungen
sowohl aus dem Hallenbad als
auch aus dem Freibadbereich
genutzt werden könnte.

Jetzt möchte ich noch kurz auf
die Probleme im Bereich des
städt. Verkehrsbetriebes
eingehen. Im Jahr 1993 hat sich
sicherlich der städt.
Verkehrsbetrieb im Sinne der
Kundenfreundlichkeit - insbes.
durch Einführung neuer Citybus-
Linien und der Änderung und
wesentl. Verbesserung der Linie
Ennsleite - weiterentwickelt. Mir
ist vollkommen klar, daß
Verbesserungsmaßnahmen im
Bereich des städt.
Verkehrsbetriebes auch sehr
kostenintensiv sind, die jedoch
im Interesse der Steyrer
Bürgerinnen und Bürger einfach
notwendig sind.

Um die finanziellen Probleme des
städt. Verkehrsbetriebes
einigermaßen in den Griff zu
bekommen, wird es sicherlich
notwendig sein, auch auf der
Tarifseite einige Änderungen
durchzuführen. Und zwar mit
dem Ziel, einerseits
Mehreinnahmen zu erzielen und
andererseits die Tarifstruktur
des städt. Verkehrsbetriebes den
modernen Gegebenheiten
anzupassen. Ich denke da in
erster Linie an die Einführung
einer Tagesnetz-, Wochennetz-
und Jahresnetzkarte. Es wird
sicherlich auch Deine Aufgabe
sein, Hr. StR Eichhübl, die
Mittelbeschaffung für den städt.
Verkehrsbetrieb im Wege der
Gebietskörperschaften bzw. einer
Tarifanpassung ins Auge zu
fassen.

Nun noch kurz zu den
Ausführungen des Hrn. Dr. Pfeil.
Sie hatten vor der Wahl 1991
eine 1-Mann-Fraktion. Wenn ich
kurz etwas aus der Budget-Rede
von StR Eichhübl vom vorigen
Jahr erläutern darf, wie er über
die Sozialisten geschimpft hat.
Ich darf zitieren, was er gesagt
hat: "Nun gibt es auch eine
beachtlichere Ressort-
Verantwortlichkeit der
Freiheitlichen Mandatäre."
Inzwischen haben Sie ja 25 % an
Mandatären in der
Gemeindestube.

Wenn Dr. Pfeil dann in seiner
Einleitung sagt, es gibt 10 %
Arbeitslosigkeit in der Stadt
Steyr, dann muß ich Ihnen mit
Ihren 25 % sagen, daß wir vor

1991 nicht 10 % Arbeitslose hatten.

Gelächter

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Was haben Sie dazu beigetragen? Oder, wenn Sie so von 100.000 S für die Arbeitsstiftung sprechen. Ich habe bei der Gründung der Arbeitsstiftung keinen aus der Freiheitl. Riege gesehen! Sie waren erst da, als der Verein schon gegründet war!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Hr. StR Holub am Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Keine Sorge, meine Damen und Herren! So schlimm, wie es aussieht, wird es nicht. Es handelt sich nur um eine Sammlung von Behelfen für allfällige Zwischenrufer!

Die heutige Sitzung, so scheint mir doch sehr, ist nicht nur durch eine gewaltige Länge gekennzeichnet, sondern auch durch eine bemerkenswerte Fehlsteuerung. Nämlich in der Richtung, daß einige von uns versuchen, andere möglichst persönlich anzugehen! Das weist nicht in die ganz richtige Richtung, die die Demokratie braucht. Es mag schon sein, daß man dann, wenn man die "stolze zweite Fraktion" vertritt, vergißt, daß man eigentl. hinter einer Fraktion der Nichtwähler 3. ist.

Daß genau diese Nichtwählerschaft vom ewigen "Alles-Madig-Machen" herkommt, sollten wir nicht vergessen. Auch im weiteren Fortgang der Debatte. Das soll nicht bedeuten, daß ich jetzt zu einem willenlosen Ja-Sager geworden bin, sondern das soll bedeuten, daß man den Blick für die Notwendigkeiten nicht durch die Opportunitäten verstellt haben sollte.

Die heutige Debatte ist durch diesen Blick auf die Opportunitäten im wesentl. geprägt worden. Schade! Denn in wirtschaftl. schwierigen Zeiten wäre es doch notwendig, in der Gemeinsamkeit die bestmöglichen Lösungsmöglichkeiten zu finden. Und schade deshalb, weil wir in der vermeintlichen oder tatsächlichen Krise aus dem einander Zugrunderichten sicherlich nicht den Weg finden werden.

Die Krise - ist sie jetzt herbeigeredet oder ist sie aus div. Fehlsteuerungen verursacht - hat uns doch erreicht; auch in der Stimmung zueinander. Dagegen sollten wir uns wehren! Wir dürfen uns weder der wirtschaftl. Krise, meine Damen und Herren, noch der persönlichen, noch der Beziehungskrise ergeben. Auf keinen Fall! Wir müssen uns auch davor hüten, die Stadt Steyr fortwährend in schlechte Schlagzeilen zu bringen. Auch wenn neue Schreckensmeldungen immer neue Attraktivitäten für die Berichterstatter

bringen. Es ist logisch, daß die böse Nachricht aufmerksamer gelesen wird, als die gute. Es ist logisch, daß daher derjenige, der sich nach der Öffentlichkeit drängt, lieber die böse Nachricht überbringt, als die gute. Es ist aber die reine und einfache Wahrheit, wenn wir bestürzt den Jubel erleben müssen, den wir geheim oder offen empfinden, daß Steyr eine Krisenregion ist! Es ist bestürzend, daß wir uns darüber freuen müssen, daß Europa anerkennt, daß es uns schlecht geht. Und es ist tragisch, wenn wir nicht die vereinte Kraft dazu einsetzen, den Weg aus der mißlichen Situation nicht nur über Subventionen zu finden, sondern vor allen Dingen über die Schöpfung aus den eigenen Ideen-Potentialen.

Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sind so kreativ und waren es schon so oft; die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben Steyr schon so oft aus Krisen herausgeführt, und immer dann, meine Damen und Herren, wenn aus best. Akzenten heraus Opportunität überzogen wurde, immer dann wurde aus der wirtschaftl. Krise auch eine dramatische Beziehungskrise. Einmal hat sie ja sogar bis zum Bürgerkrieg geführt. Haben wir denn wirklich aus der Geschichte überhaupt nichts gelernt? Können wir denn offen unseren Mitbürgern in die Augen schauen, wenn wir nicht versuchen, ihnen klarzumachen,

daß wir uns bemühen, gemeinsam Probleme zu lösen? Wenn wir glauben, daß wir den billigen Wirtshaus-Applaus vor dem Interesse der Stadt haben können, dann müssen wir in dem Ton weitermachen, wie er heute hier begonnen hat, Hr. Dr. Pfeil! Ich wünsche Ihnen das Zurückbesinnen auf die Notwendigkeiten, die Sie selbst im Jahr 1991 aufgezeigt haben. Ich möchte auf die Abänderungs- oder Zusatzanträge, die durch die Freiheitl. Partei vorgelegt worden sind, überhaupt nicht eingehen, weil ich ...

GEMEINDERÄTIN
FELICITAS BAUER:
Das ist gescheiter!

STADTRAT KARL HOLUB:
... weil ich es für gescheiter halte. Sie haben vollkommen recht, Fr. Bauer!

GEMEINDERÄTIN
FELICITAS BAUER:
Das war nicht ich!

STADTRAT KARL HOLUB:
Sie waren es nicht? Bitte?

Unverständliche Zwischenrufe
von Fr. GR Bauer und Fr. GR Fuchs

STADTRAT KARL HOLUB:
Ich höre so schlecht! Würden Sie das bitte noch einmal wiederholen!

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Sparen ist Unsinn - haben wir heute schon gehört!

GEMEINDERÄTIN ULRIKE FUCHS:

Sparen ist nicht gefragt!

STADTRAT KARL HOLUB:

Wenn Sie selbst sagen, daß es Unsinn war, dann wird das schon seine Richtigkeit haben! Ich finde es ganz einfach deplaziert - aus den Gründen, die ich vorhin angeführt habe.

Wenn man den Kompromiß nicht sucht, sondern nur die eigene Wahrheit gelten läßt, dann tut man der Wahrheit einen geringen Dienst. Das ist nicht von mir und kann man nachlesen.

Die neue Genügsamkeit, die heute gefordert wäre, wäre die, das größte Gemeinsame zu suchen. Und die neue Mobilität wäre es, diesem größten Gemeinsamen nachzugehen. Dies wäre das Gebot der Stunde! Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir hier eine ganze Menge Nachholbedarf haben.

Wir müssen Steyr aus dem neg. Image herausführen. Ich fordere daher wirklich alle dazu auf, doch in schwierigen Zeiten das einzig Logische zu tun, nämlich die Offensive im Image anzutreten. Welcher Investor auf Gottes Erde kommt denn auf die Idee, in ein Ruinengebiet zu investieren? Welcher Investor auf Gottes Erde kommt denn auf die Idee, in einen zerstrittenen "Haufen" Optimismus auf glatte Strukturen zu setzen? Welcher

Investor auf Gottes Erde kommt denn auf die Idee, in eine sich krankjammernde und miesmachende Stimmung hinein Optimismus zu säen? Und welcher Investor kommt denn auf die Idee, bei dieser Stimmung zusätzl. Impulse beispielsweise in den Tourismus zu setzen? Der Tourismus ist eine der notwendigen Verbreiterungen des Dienstleistungs-Segments in unserer Stadt.

Wir bemühen uns als Gemeinde-Vertretung und es bemüht sich die tourismustreibende Wirtschaft um Attraktivität. Die Stadt oder Teile der Stadtverwaltung tun das Ihrige dazu, wie z. B. bei einem Versuch, Mülltonnen und blau-gelbe Plastikplanen auf dem Stadtplatz durch einen Christkindlmarkt zu attrappieren. Ich glaube, daß wir hier an unseren Ausformungsmöglichkeiten arbeiten müßten, und daß vielleicht einmal das Kulturamt mit dem Marktamt in ein Gespräch zusammentreten sollte - es könnten vielleicht auch die pol. Referenten für diese beiden Dienststellen einmal miteinander reden -, daß hier ein praktikables Äußeres für die an sich gute Bemühung stattfinden kann. Im Grunde genommen ist es eher genabel als präsentabel, was sich auf dem Stadtplatz auftut.

Ich meine, daß wir absolut an der Revitalisierung unserer Altstadt arbeiten müßten, und daß wir nicht suchen sollten, welche

Ruine gerade noch wo herumsteht, sondern daß wir gemeinsam versuchen sollten, die notwendigen Voraussetzungen zu verbessern, daß der Althaus-Bestand tatsächlich revitalisiert werden kann.

Es wird an einer Adaptierung der Wohnbauförderung für die Altstadtgebiete gearbeitet. Es gibt eine erhöhte Landesförderung für den Ausbau von Dachgeschoßen. Und es gibt eine neue Stimmung im Bundesdenkmalamt, die genau diesen Dachstuhlausbau, Dachgeschoß-Ausbau äußerste Widerstände entgegensetzt. Hier, meine Damen und Herren, wäre es geboten, daß sich die Stadt Steyr erhebt und sagt: "Liebe Freunde, wir wollen auch unseren kleinen Stadtraum nicht nur mit Bau in der grünen Wiese ruinieren lassen, sondern wir wollen unsere Stadtkerne mit neuem Leben beziehen." Genau hier muß auch eine Abwägung stattfinden - das sage ich als Denkmalschutz-Referent. Auch hier muß eine Abwägung stattfinden, was größeren Vorrang hat - der Lebensraum "Innenstadt" oder das Präsentieren eines unsichtbaren, alten Dachholzes. Diese Diskussion sollten wir führen. Mag sein, daß das nicht kulturell hochwertig ist, was ich hier sage. Aber wenn es ums Überleben geht, muß man in erster Linie einmal das Verbandszeug suchen, und dann in zweiter Linie fragen, welche Farbe es hat.

Die Wohnbauförderung, die in hohem Ausmaß für den Dachgeschoß- und Althaus-Ausbau zur Verfügung steht, muß genützt werden. Auch die GWG ist in dieser Hinsicht gefordert, hier Dinge voranzutreiben. Die GWG wäre gefordert, aus dem Wohnungsverkauf ins Eigentum neue Mittel für die Althausanierung zu rekrutieren. Auch das sollte jetzt leichter gehen, wo sie verselbständigt ist. Ich meine aber allerdings, daß der GR wie ein "Haftlmacher" aufpassen muß, daß diese angestrebte Autonomie der GWG tatsächl. auch bleibt, und daß die GWG in ihren Intentionen und in ihrer Gestion nicht ein abhängiger Dienstzweig, sondern ein unabhängiger Wohnungsbereitsteller werden kann. Die eigene Verantwortung sollte den Mitarbeitern der GWG klagemacht werden. Koll. Sablik, ich bin traurig darüber, daß die Verselbständigung in einem Personal-Leihvertrag geendet hat, und daß man nicht auch hier eigene selbständige Personalkörperschaften machen konnte. Eines sollte der GWG jedenfalls nicht passieren: daß es nämlich so quasi ein Personalentsorgungs-Unternehmen der Stadt Steyr werden könnte.

Ich glaube, daß wir für die Stadtentwicklung auch in der Verkehrsplanung und in der Umsetzung der Verkehrsplanung ein großes Defizit haben. Daß die

Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt fassungslos dem tägl. Verkehrsinfarkt gegenüber stehen, erlebt man selbst, wenn man auch versuchen sollte, mit dem Autobus in der Nachmittagszeit durch Steyr zu kommen.

Ich verstehe eines überhaupt nicht. Vor ungefähr einem Jahr waren Vertreter der BMW-Motorenwerke hier in dieser Sitzungssaal und mußten sich vom Verkehrsplaner, den die Stadt Steyr um ein erhebl. Geld angeheuert hat, rel. stark anfleghen lassen, nur dafür, weil sie das Angebot gemacht haben, gemeinsam mit dem Verkehrsplaner an der Umsetzung eines Konzeptes für eine Verkehrsberuhigung in der Innenstadt zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, sollten Sie es nicht wissen: Die BMW halten die Bereitschaft nach wie vor aufrecht, diesen Menschen in Steyr tätig werden zu lassen. Nur, glauben Sie, daß der von selbst auf den Knien herkommen wird und bittet, "darf ich Euch helfen?". Ich glaube, wir sollten hier wirklich an die BMW-Werke herantreten und sagen: "Liebe Freunde, Ihr seid ein wesentl. Erwerbsträger in unserer Stadt; wenn Ihr uns noch die geistige Ressource zur Verfügung stellt, daß wir uns noch schlauer machen können, als wir ohnehin schon sind (oder gerne wären)." Das wäre durchaus nützlich und vor allem eine Aufgabe der

Gemeindevertretung - auch des Verkehrsreferenten!

Daß man sich nur über die bessere Anbindung auf Schiene und Straße gegenseitig ablamentierte, ohne im eigenen Wirkungsbereich konkrete Verbesserungen herbeizuführen, halte ich in einer gew. Form für inkompetent.

Der Dauerbrenner "Altersheim" wurde heute einige Male angesprochen, meine Damen und Herren. Ich werde Ihnen ersparen, jetzt eine genaue Berichterstattung zu machen, welche Einzelpositionen im heurigen Jahr vollzogen wurden. Ich werde Ihnen nur mehr sagen, was derzeit im Laufen ist, und was fertig werden wird. Entweder heuer oder spätestens bis zur 2. Jännerwoche wird der Austausch der Heizölanlage für die Energiebereitung in der Wäscherei fertig sein. Fertig ist - Gott sei Dank - bis auf die letzten Zusatz-Equipments der Physiotherapie-Raum. Wir

haben es, Gott sei Dank, geschafft, daß eine Physiotherapeutin im Altenheim tätig ist. Wir müssen ihr nur den nötigen Rückhalt geben, daß sie auch erfährt, daß der GR froh ist, daß sie bei uns arbeitet, und daß wir sie schützen, wenn sie von irgendwelchen Einflüssen "madig" gemacht werden sollte - darum bitte ich Sie wirklich!

Wir haben den Bettenaustausch begonnen. Die ersten Betten kommen jetzt ins Altenheim. Bis Mitte Jänner sollte die erste

Beschaffung von 100 Betten abgeschlossen sein. Im nächsten Jahr wird der Schwesternruf in der Modernisierung fortgesetzt. Die Speisesaal-Möblierung müßte eigentl. dieser Tage schon zur Verfügung gestellt sein. In Summe glaube ich, daß die 25 Millionen S, die im ges. Investitionskonzept heuer aufgewendet waren, sehr sorgfältig in der Festlegung der Maßnahme ausgewählt waren - auch wenn die Pflicht der Auswahl von der Kür der Durchführung nicht gerade übertroffen wurde. In der Durchführung hatten wir erhebl. Mängel, aber aus Mängeln lernt man. Und ich hoffe, daß dieser Lernprozeß auch von Erfolg gekrönt sein wird. Im nächsten Jahr, im Budget 1994 steht die Sanierung der Liftanlage in der Kollerstr. drinnen - daß endlich die Misere mit den Drehtüren aufhört, und die Bewohner unseres Hauses die Liftanlagen benutzen können. Es wird die weitere Umrüstung auf die Pflegebetten stattfinden, die Fenstererneuerung in der Kollerstr. gemacht werden können und für die wesentlichsten Voraussetzungen des Umbaus einer Abteilung aus der Heimgruppe in eine Pflegegruppe stattfinden können. Mit Freude kann ich berichten, daß die Nordtraktsanierung - was die Fassade betrifft - ao. gut gelungen ist. Das Haus bietet jetzt einen guten und lieblichen

Anblick, wenn die Gerüste weg sind.

Die Damen und Herren des GR und des StS werden sagen können, wir haben hier ein gutes Werk vollbracht. Ich hoffe auch, daß es in diesem Geist kommentiert werden wird. Ich glaube, daß wir grundsätzlich mehr pos. miteinander umgehen sollten, und ich glaube, daß wir grundsätzlich mehr für die Attraktivität unserer Region als Lebens- und Gemeinschaftsraum verantwortlich sein sollten. Ich meine, daß die Verpflichtung der Gemeindevertretung dem Personal in der Stadt gegenüber durchaus relevant ist. Was nicht heißt, daß die Gemeindevertretung die Abhängigen der Personalvertretung sind, aber genauso umgekehrt ist zu erwarten, daß die Gemeindevertreter dem Personal als faire Partner gegenüberreten.

Das heißt also, daß ich durchaus nicht in einem mit der Forderung nach einem grundweg Personalabbau gehe. Insbes. dort nicht, wo Dienstleistungszweige dadurch in Nachteil kämen. Wie stellen Sie sich denn vor, daß man aus dem Pflegepersonal etwa 25 % der Mitarbeiter entfernen sollte?

Die Qualität unserer Mitarbeiter zu verbessern, ist eine ständige Aufgabe - nicht nur in der Stadt als Unternehmen, sondern in jedem Unternehmen. Daß hier zu arbeiten begonnen wird, ist klar.

Ich halte es nur für rel. blau-
äugig, anzunehmen, daß eine
geschlossene

Dienstpostenbeschreibung
innerhalb eines Jahres überhaupt
stattfinden kann. Wer jemals
versucht hat, an so etwas zu
arbeiten, der weiß, wie mühsam
und wie vernetzt ein
Aufbauwerk in dieser Richtung
ist. Wer es noch nicht probiert
hat, der sollte sich vorher
informieren - bevor er kritisiert!
Meine Damen und Herren, ich
wünsche am heutigen Tag noch
einen guten Verlauf der
Beratungen, wobei ich den guten
Verlauf betonen möchte.

Ich möchte mich jetzt von diesem
Rednerpult mit einem
aufrichtigen Wunsch für die
letzten Adventtage
verabschieden und wünsche
Ihnen persönlich von ganzem
Herzen für das Jahr 1994 alles
Gute. Mögen Sie gesund bleiben.
Ich weiß nicht, wieviele Redner
mir aus der ÖVP-Fraktion noch
nachfolgen werden, werde mir
aber als Parteiboss der ÖVP
erlauben, diese Grüße der Österr.
Volkspartei an Sie alle, an die
Mitarbeiter im Haus, an die
Bürgerinnen und Bürger und an
die Bewohnerinnen und
Bewohner unserer Stadt zu
übermitteln. Alles Gute!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster am
Wort ist Koll. Bremm.

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrter Hr. Bgm., Bgm.-
Stv., liebe Kolleginnen und
Kollegen des GR! Meine
Wortmeldung soll nicht der
Statistik - wieviele Meldungen
jeder GR in den Sitzungen
abgegeben hat - dienen, die im
nächsten Jahr wahrscheinlich
wieder veröffentlicht wird. Ich
glaube, es sollte auch die Arbeit
des GR nicht an dem gemessen
werden, wieviele
Wortmeldungen hier
stattgefunden haben. Es sollte
mehr auf Qualität geschaut
werden.

Ich möchte zum Thema Sport
einige Sätze sagen, weil ich
glaube, daß der Sport in unserer
heutigen Zeit und in unserer
heutigen Gesellschaft mehr
Bedeutung hat denn je. Ich kann
meinem Vorredner, Koll. Holub,
nur beipflichten. Die steigenden
Aggressionen, die auch in diesem
Haus nicht haltmachen, sollten
uns schon - nicht traurig, denn es
gibt schon so viel Trauriges -
bedenklich stimmen. Wer soll
dem entgegen wirken, wenn
nicht jene, die auch
Verantwortung zu tragen haben.
Der Sport ist meiner Meinung
nach ebenfalls dazu geeignet,
dem entgegen zu wirken.
Aggressionen bauen sich in der
Jugend auf und machen vor den
Älteren nicht halt! Hier ist der
Sport sehr gut geeignet.
Vielleicht kann auch der
Ruderverein etwas dazu
beitragen. Koll. Payrleithner,
wenn Du hin und wieder mit
Deiner Fraktion eine

"Ruderpartie" machst, vielleicht gelingt es dann, daß wir hier doch wieder zu einer anderen Sprachregelung kommen, als sie hier in diesem Hause in den vergangenen 2 Jahren eingetreten ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Steyr ist nicht nur eine Sportstadt. Mit Fug und Recht können wir behaupten, daß sich Steyr im Laufe der Jahrzehnte zu einer Sportstadt entwickelt hat: 63 Vereine, 155 Sektionen, in denen über 25.000 Menschen einem Sport naheifern. Für die Statistik gesehen, würde das bedeuten, daß mehr als jeder zweite Steyrer Sport betreibt. Wir wissen, daß dies nicht ganz so der Fall ist, aber es ist doch keine unbeachtliche Anzahl von Steyrerinnen und Steyrern. Nicht nur Jugendliche betreiben in diesen Vereinen Sport!

Wir haben auch - aufgrund dieser Entwicklung - dementspr. Erfolge auf dem Sportsektor zu verzeichnen: wir haben Olympia-Sieger, Weltmeister, Landes- und Europameister u. dgl. Was uns bes. freut: zwei Vereine sind in den höchsten Spielklassen Österreichs vertreten (ein Fußball- und ein Basketball-Verein).

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Ist für diese Entwicklung auch der 25 %-Anteil der FPÖ zuständig, wie das vorher Ihr Koll. Brandstötter bei den Arbeitslosen erwähnt hat?

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Ich werde dann noch kurz darauf zurückkommen, Hr. Kollege! Ich werde die FPÖ in dieser Entwicklung nicht vergessen!

Diese Erfolge im sportl. Bereich wären nicht möglich gewesen, wenn nicht Stadt, Land und auch die Dachverbände die Vereine dementspr. unterstützt hätten. Wir wissen alle, wie wir unsere Vereine unterstützen - mit direkten Subventionen, Sportstätten-Erhaltung, Rückzahlung der Lustbarkeitsabgabe etc. Es gibt eine ganze Reihe von Aktivitäten seitens der Stadt für unsere Sportvereine.

Wir haben aber auch die Aufgabe - nicht nur aufgrund der vergangenen Erfolge -, den Sport zu unterstützen, sondern wir sind als Kommunalpolitiker auch aufgerufen, Rahmenbedingungen zu schaffen, um zukünftigen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die sportl. Aktivitäten verändern sich, es kommen immer neue Sportarten dazu. Die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen dazu müssen geschaffen werden! Es ist daher auch notwendig, nicht nur StEKe und Verkehrskonzepte zu erstellen, sondern auch in diesem Bereich Prioritäten zu setzen. Lieber Roman, es ist ja nicht so. Du willst das zwar immer vergessen, aber wir werden Dich daran erinnern - Du hast nämlich die Prioritätenreihung über den "Haufen geschmissen". Du warst

auch ein wesentl. Gegner vom Hallenbad, es hilft aber nichts, ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:
Dem wirst Du Dich nicht entledigen können! Man soll sich immer überlegen, was man sagt! Die Vergangenheit holt einen immer wieder ein. Du bist selbst dafür verantwortlich; heute tut es Dir leid, daß Du das gesagt hast!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen ist uns ja ein blau-weißes Blatt - hier meine ich nicht eine Aussendung der Amateure Steyr, sondern ein anderes; das sollte nicht verwechselt werden - zugegangen. Hier wäre man auch gut beraten, in der Öffentlichkeit sachlicher aufzutreten. Aber näher möchte ich jetzt im Sportbereich nicht darauf hinweisen, denn es gibt andere Dinge, die wirklich unter der Gürtellinie sind. Wenn man sich z. B. einen Gebührenurlaub nicht mehr nehmen darf in dieser Stadt, dann ist das sehr bedenklich! Ich glaube, wir sollten uns schon überlegen, was wir hier sagen! Wir können uns in der Sache streiten, aber wir sollten dabei auch wirklich sachlich bleiben und uns immer anschauen können!

Es ist festzustellen, daß doch ein gew. Kurswechsel - auch mit einer Ablöse aus den Reihen der FPÖ in Richtung Sport -

stattgefunden hat. Obwohl ich gar nicht unterstellen will, daß alle in der FPÖ nicht sportbegeistert eingestellt sind. Es gibt Ausnahmen - wie überall! Sogar ein Wunsch um die Errichtung eines Sport- und Trainingszentrums wurde geäußert. Ich selbst bin Sportfunktionär und freue mich, wenn wir hier Unterstützungen bekommen. Aber es paßt nicht zur allg. Linie, wenn Sie von Spar-Budgets reden. Wir sollen sparen, und in diesem Bereich würden wir Aktivitäten setzen, die nicht ganz so überlegt sind. Fußballplätze mit Laufbahnen einfach irgendwo in die grüne Wiese zu transferieren, ist meiner Meinung nach nicht unbedingt das Zweckmäßigste. Wir haben derartige Einrichtungen; wenn ich nur an die Rennbahn denke. Koll. Gollatsch würde sich freuen, wenn es Leichtathleten-Anmeldungen bei diesem Verein geben würde. Wir haben hier Kapazitäten frei!

Ich glaube, daß es nicht so ist, daß der Kunstrasen (der Sportplatz) an der Rennbahn zum Trainieren nicht geeignet ist. Viele unserer Sportvereine betreiben dort unten Sport, trainieren und tragen Wettkämpfe aus. Es handelt sich um eine sehr schöne Anlage, und sie ist zum Teil nicht so genützt, wie es die Möglichkeiten vorsehen würden.

Wenn ein Verein keinen Trainingsplatz hat, ist das ein

Problem für den Verein. Ich als Vereinsfunktionär kenne das! Wir vom ATSV Steyr sind gerade dabei, einen Trainingsplatz zu errichten. Ich glaube, es soll auch die Aufgabe von den Vereinen bleiben, hier Aktivitäten zu setzen. Wir haben dann die Aufgabe, das dementspr. zu unterstützen. Es ist schon angekommen, daß hier das ökologische Gutachten gemacht werden soll. Gleichzeitig werden aber schon 2 Fußballplätze verlangt.

Ich möchte im Sinne des Sportes aufrufen. Liebe Fr. Kollegin Fuchs, es freut mich, wenn Sie eine sportbegeisterte Frau sind, aber wir ...

GEMEINDERATIN ULRIKE FUCHS:
Das ist kein Fehler, oder?

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:
... aber wir sollten die Politik weitgehendst aus dem Sport draußen lassen. Wir sollen nicht populistisch ...

GEMEINDERAT DIPL.-ING.
FRANK MUNDORFF:
Es sind aber "rot-schwarze" Dachverbände!

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:
Wir sollen nicht populistisch an die Öffentlichkeit treten, sondern gemeinsame Anstrengungen im Sinne des Sportes tätigen. Danke vielmals.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster hat sich Hr. StR Tatzreiter zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Vorerst möchte ich zu zwei Problemen bzw. zu zwei Themen Stellung beziehen. Das erste Thema möchte ich nur "streifen", weil es meiner Meinung nach nicht mehr so wichtig ist, darüber zu diskutieren. Es geht um die Stiftung in Steyr bzw. um Arbeitsplätze. Ich darf darauf verweisen und habe Zeugen dafür - Koll. StR Schloßgangl war voriges Jahr im Herbst bei einem Gespräch im Dominikanersaal dabei, das sich sozusagen "Club 2" genannt hat. Ich habe damals meine Ideen kundgetan - auch der Personalchef von BMW, Hr. Kropf, war dabei, der bes. Interesse an meinen Gedanken gehabt hat. Die Stiftung aus der damaligen Zeit hat sozusagen bei mehreren ein gew. Interesse geweckt.

Es hat nämlich dann beinahe den Anschein gehabt, wie wir das als Gewerkschaft gegründet haben - darauf darf ich verweisen, daß es ausschl. der Bezirksausschuß des ÖGB war, der die Idee aufgegriffen und zum Tragen gebracht hat. Dann, als alles gelaufen ist, wurde das Interesse von jenen sehr stark, die sich vorher sehr weit distanzierten. Ich bin sehr erfreut darüber, daß die 100.000 S anscheinend übrig geblieben sind und plötzlich

keinen Wert mehr hatten. Wem geben wir das jetzt - hat es geheißen. Damit wir das Eintrittsrecht haben, zahlen wir diese 100.000 S dorthin. Ich verweise noch einmal auf meine Aussagen in der Kammer in Linz, Koll. Eichhübl. Wo ich gesagt habe: "Für die Stiftung - JA, nicht jedoch in die Betriebssektionen!" Sie sind es nämlich, meine Herren, die immer gesagt haben, wir wollen in den Betrieben keine Politik haben. In diesem Zusammenhang haben wir immer gesagt, wir halten die Politik und die Parteien aus dieser Diskussion heraus. Deswegen wollte ich auch nicht die 100.000 S in die Betriebssektion. Das wollte ich nur noch einmal klarstellen, weil es nämlich immer so den Anschein hat, daß dieses Geld niemand nehmen will! Wir nehmen sie sehr gerne, und ich darf mich recht herzlich bedanken. Ich habe zuerst festgestellt, daß es schon eingegangen ist. Natürl. erst vor einigen Tagen ...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Vor wenigen Tagen ...

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Und ich darf mich als Obmann-Stv. in der Stiftung diesbezügl. recht herzlich bedanken für diese 100.000 S. Wir werden das sicher in Ihrem Sinne verwenden!

Die Stiftung hatte ihren Geburtstag nicht erst heuer,

sondern schon im vorigen Jahr. Mit 24. 2. wurde sie heuer beschlossen; sie ist auch schon angemeldet.

Koll. Holub hat ja richtig gesagt, daß hier im gemeinsamen Wirken nicht nur die wirtschaftl. Krise unser Problem ist, sondern auch die Gesprächskrise. Das müßte weggeschafft werden! Auch solche Krisen kommen bei Themen auf, wo es um die Probleme der Menschen geht. Vor allem dann, wenn es um den Verlust eines Arbeitsplatzes geht oder wenn sie keine Wohnungen haben usw.

Ich danke für das Verständnis - vor allem unseres Bgm., der sich auch sehr stark in dieser Frage engagiert hat. "Wohnen", "Arbeit" und "Verkehr" sind die drei Säulen, um die sich unsere Fraktion im bes. annimmt. Insgesamt kann ich feststellen, daß diese Bereiche heute auch für die anderen Fraktionen Priorität haben. Natürl. ist klar, daß die Wünsche aller, vor allem wenn sie für ein Ressort zuständig sind, immer größer werden, auch wenn die finanzielle Wirklichkeit anders aussieht.

Ich darf mich noch einmal bedanken, daß es gelungen ist, mit einem doch mächtigen Aufwand die Förderungen für unseren Wohnbau aufzubringen - nicht nur an die GWG, sondern auch darüber hinaus an andere Wohnbauträger. So kann erstens einigermaßen der Wohnbau forciert werden, und andererseits

können auch die Mieten erschwinglich gestaltet werden. Ich darf wirklich sagen, daß sich hier alle bemühen. In diesem Zusammenhang darf ich mich für die konstruktiven Gespräche und für das Verständnis zwischen den Wohnbauträgern recht herzlich bedanken. Dies gilt auch für einige Private, die sich bei der Revitalisierung im Altstadtbereich sehr engagiert haben (bes. im Bereich Wehrgraben u. v. a. m.). Wir sollten nämlich den Wohnbau bzw. unseren Stadtkern wieder revitalisieren und beleben - in diesem Zusammenhang ist die Wohnbauförderung ein ganz wesentl. Punkt, daß dies auch möglich wird.

Nun zu einem anderen Punkt, der schon von Vbgm. Sablik angesprochen wurde. 325 Wohneinheiten wurden heuer schon übergeben. Natürl. haben wir noch eine große Anzahl von Wohnungssuchenden (3.210 ist der letzte Stand). 1991 waren es zum gleichen Zeitpunkt noch 3.842. Damit ist ein Minus von 632 festzustellen. Es ist erfreulich, in diesem Bereich einmal ein Minus zu haben! Unsere Aufgabe ist jedoch erst vollkommen erfüllt, wenn wir unter 2.000 kommen. Denn eine Erhebung hat festgestellt, daß von den 3.210 Wohnungssuchenden ca. 600 - 700 akute Fälle sind. Hier sind natürl. derart desolate Wohnungsverhältnisse u. a. Probleme (Knappheit aufgrund

der Familiengröße usw.) inbegriffen. Außerdem haben wir an die 70 Obdachlose, die sind immer wieder registriert; wobei die Obdachlosigkeit nicht so zu werten ist, daß sie nicht irgendwo eine Unterkunft oder eine Schlafstelle hätten. Sie sind eben obdachlos ausgewiesen. Mir wird immer der Vorwurf gemacht, daß ich mich nicht um die Obdachlosen kümmere. Ich habe wirklich Interesse daran, diese Menschen in erster Linie zu versorgen, weil es nämlich das Schwierigste ist, wenn jemand auf der Straße steht und nicht weiß, wo er am Abend hingehen soll.

Hier muß ich aber feststellen, daß wir natürl. große Probleme haben, wenn wir uns einige notorische Mietenrückstände bemühen und diese nirgends unterbringen. Selbst im eigenen Bereich nicht, weil wir erstens nicht so viele Möglichkeiten haben, und weil sie uns zweitens abdere nicht abnehmen. Davon muß man ausgehen, und selbstverständl. bleiben sie uns dort und da auf längere Zeit "auf der Brust liegen". Trotzdem bemühen wir uns immer wieder, dem Abhilfe zu leisten.

Wenn man das Ganze betrachtet, glaube ich, ist uns doch einiges gelungen. Gerade in den letzten Wochen konnten wir in der Haratzmüllerstr. 35 ein Objekt übergeben. Das ist ein sehr starkes "Baulos" gewesen - in Zusammenhang einer zentrumsnahen Möglichkeit. Es

handelte sich um Wohnraum, der sehr gerne angenommen wurde. Der Trend geht in die Richtung, nach Steyr herzusiedeln, weil doch die Mieten einigermaßen günstig sind. Ich habe mich heute ein wenig geärgert über den Artikel in der Steyrer Zeitung, der - so glaube ich - von Hrn. Chvatal geschrieben wurde. Es ging um die Resthofbewohner und darum, daß sehr viele wieder ausziehen, weil sie dort nicht wohnen können bzw. sehr schlecht und nicht versorgt sind. Das Gefühl habe ich nicht! Ich sage das einmal so, weil ich diese Dinge sehr genau kenne. Ich habe nicht das Gefühl, daß die Leute dort ausziehen, weil es ihnen schlecht geht oder weil es ihnen nicht gefällt. Eine große Anzahl jener, die dort ausziehen, machen das deshalb, weil sie ein Haus bauen, also Eigenheimbesitzer werden. Das ist für uns eine sehr erfreuliche Tatsache. Wir würden das noch besser unterstützen, aber es geht um die Baugründe und um die Platzbeschaffung. Die Größenordnung von fast 1.400.000 m² der in letzter Zeit angeschafften Grundreserven, bietet Möglichkeiten, diese Interessen teilw. abzudecken. Ich möchte wirklich nicht, daß man das ganze Grünland verbaut oder verpflastert. Es soll zu einem großen Teil auch Erholungsgebiet bleiben.

Jetzt darf ich vielleicht noch auf ein wichtiges Segment hinweisen. Gerade diese letzten Anschaffungen bieten auch die

Möglichkeit der Betriebsansiedlungen, aber auch - und das ist bes. wichtig, im ges. gesehen - der Investitionsförderung bzw. der Wirtschaftsförderung. Nicht nur durch die Wohnbauförderung kann eine große Masse der Arbeitsplätze geschaffen werden. Insofern müssen wir hier unterstützen, damit die Beschäftigung teilw. aufrecht erhalten werden kann, wenn sie auch schon anderwärtig ziemlich trist ist. Dramatisieren wir es nicht noch schlimmer, als es ohnehin schon ist. Helfen wir zusammen, um Abhilfe zu schaffen! Gerade diese Förderungen seitens der Gemeinde sind ein wichtiger Faktor. Auch die Nordspange wird - wenn sie einmal gebaut ist - ihren Beitrag dazu leisten; nicht nur auf der Verkehrsseite, sondern auch auf der Beschäftigungsseite.

Ich darf mich recht herzlich für die Unterstützung bedanken - bei allen, die hier mitwirken. Vor allem bei unserem Finanzreferenten, daß er im Jahr 1994 das Geld für die Förderungen noch einmal "zusammengekratzt" hat. Auch bei allen anderen bedanke ich mich und ersuche, auch weiterhin diese - wie bisher - Unterstützung zu geben. Und zwar im Sinne jener, die Wohnraum und Arbeitsplatz suchen.

Abschließend noch eine kurze Anmerkung, weil dieses Thema

heute schon angesprochen wurde. Mich hat das auch gestört, daß das in der eigenartigen Form einer Zeitung wieder aufgetaucht ist. Ich darf als Gewerkschafter miteinbringen, daß es nicht statthaft ist, einen Erholungsurlaub über ärztl. Diagnosen festzulegen. Es gibt noch immer eine gesetzl. Regelung über den Gebührenurlaub! Da würde wahrscheinlich ganz Österreich "auf die Beine kommen", wenn es in diesem Bereich eine Veränderung geben sollte. Es heißt ohnehin, daß die Arbeitszeit und die Urlaubsregelung zu verändern sind - nach oben! Das wissen wir alle. Wir werden uns darauf besinnen, was möglich ist und was nicht möglich ist. Aber daß es irgendjemand per Arzt verordnet, kann für uns als Gewerkschafter und als Sozialdemokr. Fraktion nicht in Frage kommen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Hr. GR Lengauer am Wort.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bgm., sehr geehrte Damen und Herren des GR! Ich möchte heute keine wohlaufgebaute Rede zum Budget mehr halten, sondern nur Gedankensplitter vorbringen. Vorerst möchte ich zu den Fragen Wohnbau und Wohnungen sagen, daß ich mit dem völlig

übereinstimme, was Hr. Koll. Tatzreiter gesagt hat - ich unterstütze das auch. Zu dem, was er zur Arbeitsstiftung gesagt hat, meine ich, daß Koll. Spöck sicherlich etwas dazu sagen wird. Mein erstes Schlagwort: MAW. Im vergangenen Jahr 23.000 Besucher, davon 14.000 Schüler; 14 Mill. S Defizit. Keiner von uns in der Fraktion bezweifelt die Wichtigkeit dieser Einrichtung. Wir haben uns aus diesem Grund in der vergangenen Woche noch einmal ganz intensiv über die Problematik des MAW mit Fr. Mag. Heger unterhalten und meinen, daß wir sehr wohl noch Einsparungen in dieser Sache bringen können (bei den Drucksorten z. B., wie Koll. Jansky schon ausgeführt hat). Aber auch beim Personal müßten Einsparungen machbar sein. Ansonsten meinen wir, die laufende Subvention soll beibehalten werden, und es soll für projektbezogene Arbeiten und Aufwendungen Sonderförderungen geben. Das Heimatmuseum wurde im Budget eher gering bedacht. Noch größere Sorge macht mir die personelle Besetzung. Wenn ich nur vergleiche MAW und Besetzung Heimatmuseum. Ich habe aber eine ganz große Sorge und meine, daß auch ohne Budget-Ansatz die Wiedererrichtung einer heimatkundlichen Ausstellung möglich sein müßte. Die Volksschüler unserer Stadt brauchen die Unterrichts-

Bereicherung dringend. Ich bitte, das auch ohne größeren Budget-Ansatz zu bewerkstelligen.

Eine Nebensache vielleicht: der Budget-Punkt "Förderung der darstellenden Kunst", Gesamtsumme S 10.000,--, 8.000,-- davon sind für die Volksbühne genannt; mit den restl. 2.000 Schilling ist wohl eine großzügige Förderung anderer Leistungen und Möglichkeiten für darstellende Kunst sehr gering gegeben. Wenn ich nur beispielsweise an das AKKU denke.

Eine Frage hätte ich: Bedeutet die Erweiterung der Telefonanlage Stadttheater für das nächste Jahr auch eine höhere Telefongeldsumme? Wir haben ja schon jedes Jahr auf die überaus hohe Telefonrechnung Stadttheater hingewiesen.

Zur Kultur und Kulturförderung überhaupt. Dann und wann habe ich schon das Gefühl - auch wenn ich mich an die Wortmeldungen der letzten GR-Sitzung zur Kultur erinnere -, daß Kultur in unserer Stadt nicht ganz so gelingen darf. Bei der Zusammensetzung, hier Kulturreferent und da Kulturausschuß-Vorsitzender, ist doch die Versuchung immer wieder vorhanden, Kulturarbeit für Parteiprestige zu verwenden. Da kann in unserer Stadt Kultur und Kulturförderung nicht ganz so gelingen.

Beim Schulbudget habe ich eine Sorge. Ich fürchte die Vorsorge auf die Einführung der Ganztagschule, die ja ab Sept. 94

nicht mehr Schulversuch ist und dem Schulerhalter im Freizeitbereich, in der ungelenkten Lehrzeit sicher Kosten bringen wird. Das ist meiner Meinung nach im Budget zu wenig beachtet. Hr. Koll. Schloßgangl hat auch schon erwähnt, daß es schade ist, daß eine finanzielle Vorsorge für einen Schulneubau im Resthof nicht getroffen werden kann.

Zum Budget-Posten "Jungbürger-Feier" noch einen Gedanken. Könnten wir nicht überlegen, diese Jungbürger-Feiern umzubilden, und statt dieser nicht mehr ganz so angenommenen Feier vielleicht zweimal im Jahr zu einem Jugendparlament einzuladen? Speziell bei der Bildungs-, Umwelt- und Jugendpolitik fühlen sich junge Menschen von uns oft übergangen und wünschen Mitspracherecht. Vielleicht könnten wir diesen Gedanken ein bißchen weiterbauen.

Das Jahr der Familie - sicherlich nur vom Land OÖ. propagiert, so scheint es mir - findet im Budget keinen bes. Ansatz. Brauchen wir für Maßnahmen des Jahres der Familie kein Geld oder meinen wir, hier keine Maßnahmen setzen zu sollen? Sehr froh bin ich, daß es jetzt doch einen Ansatz für das Personenkomitee f. ein in- und ausländerfreundl. Steyr gibt. Ich finde nämlich, hier müssen wir dringend etwas tun. Ich meine, daß Konfliktlösung einfach zu wenig ist. Wir müssen

mithelfen, daß wir einen Ausgleich, daß Integration, Information und Kommunikation ein friedliches Miteinander fördern müßten. Ich kann jetzt ehrlichen Herzens Advent und Weihnachten feiern.

Als Seniorenbund-Obmann möchte ich noch für die ungekürzten Seniorenhilfen danken. Ich bitte um noch mehr überparteiliche Zusammenarbeit bei den Aufgaben der Seniorenbetreuung.

Ein Wunschtraum an die Budget-Abfassung. StR Zagler wird wahrscheinlich meinen, das wären Wunschgedanken eines kleinen Knabens. Ich würde um eine bessere Übersichtlichkeit bitten; ich würde auch bitten, die undurchschaubaren Überschneidungen wegzunehmen und das Werk vielleicht neu, besser aufzubauen, verständlicher, durchschaubarer zu machen, die Kompetenzen einheitlicher zu regeln. Das geht wahrscheinlich nur in Verbindung mit der Neuorganisation des ganzen Magistrates. Vielleicht gibt es hier einen Weg.

Zum Schluß - in einer finanziell nicht ganz leichten Situation für die Stadt Steyr fällt mir ein Ausspruch eines großen Österreichers, der diese Woche zu Grabe getragen wird, ein. Dr. Fritz Bock hat damals 1945 gesagt: "Wir müssen Österreich wieder aufbauen - gemeinsam, nicht gegeneinander!" Ich glaube, in einer finanziell schwierigen

Situation unserer Stadt müßten wir diesen Satz auch für uns heute abwandeln. Gemeinsam müßten wir weiterbauen, nicht gegeneinander! Nicht in Polemik, nicht in Demagogie, nicht in beißendem Zynismus, sondern in gegenseitiger Achtung und im Wettstreit der besseren Ideen. Aber gemeinsam für unsere Stadt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nun hat sich Hr. GR Philipps zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Wertes Präsidium, sehr geehrte Herren der Presse! Lassen Sie mich zunächst einen herzlichen Dank aussprechen an den Leiter des Kulturamtes und sein Team, daß er so ausgezeichnet mit uns zusammengearbeitet hat. Einen weiteren Dank darf ich an alle Mitglieder des Kulturausschusses aussprechen, denen es am Herzen gelegen ist, eine gedeihliche Zusammenarbeit zustande zu bringen.

Das Jahr 1993 war gezeichnet von 7 Sitzungen, bei denen - das möchte ich jetzt doch ein wenig hervorheben - die meisten Beschlüsse bzw. Empfehlungen einstimmig hinausgegangen sind. Und zwar an die dementspr. Gremien StS oder GR. Das zeigt aber auch bis zu einem gew.

Grad, daß es doch gelungen ist, die Politik im großen und ganzen weitestgehend aus künstlerischen und Kultur-Angelegenheiten herauszuhalten. Hr. Koll. Lengauer hat das AKKU zitiert, das auch eine Subvention der Stadt Steyr erhalten hat. Dieses AKKU hat sich auf diesem Wege hier herzlichst bedankt, und ich glaube, daß unsere Zusammenarbeit damit noch viel gedeihlicher erscheint, da von der Öffentlichkeit auch - zwar eine kleine, aber nicht minder - eine nette Geste an die Stadt Steyr gelangt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man so einen Kulturausschuß mit dem Terminus "Kultur-Verhinderungsausschuß" bezeichnet, so möchte ich doch vielleicht die Schlußfolgerung "aufflackern" lassen, daß eine solche Äußerung die Arbeit eines Gremiums pflichtbewußter GR verunglimpft! Und das nur des Populismus wegen! Ich möchte mich dem Koll. Holub anschließen, ich halte auch nichts von persönl. Angriffen. Daher überlasse ich die Entscheidung bezüglich einer dementspr. Beurteilung einer solchen Aussage der Kreativität jedes GR.

Wir von der Sozialdemokr. Fraktion werden uns auf jeden Fall durch solche Ausdrücke nicht von unserem Weg abbringen lassen und diesen Weg fortsetzen, für den wir von der Bevölkerung Stimmen erhielten. Auch in einer Zeit der 10%igen

Arbeitslosenrate werden wir versuchen, für die Steyrer Bevölkerung kulturelle Veranstaltungen zu ermöglichen - wenn auch mit ein paar Einsparungen, aber ich glaube, dafür wird jeder Verständnis haben.

Aus diesem Grund ist es unserer Meinung nach noch notwendiger geworden, Gelder gezielt zu vergeben, um nicht in eine mißliche Lage zu kommen. In eine mißliche Lage, in der man konzeptlos - nach Gießkannenprinzip - die Verantwortung womöglich auf Dritte schiebt. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang nun die Ankündigung machen, daß die Sozialdemokr. Fraktion des Kulturausschusses ein budgetbezogenes Kulturkonzept vorstellen wird, das bereits in Arbeit ist und in dem die Schwerpunkte für 1994 dargelegt werden, um mit diesen Budgetmitteln eine dementspr. Effizienz zusammen zu bringen. Die Präsentation dieses Konzeptes wird am 17. Jänner bei der ersten Kulturausschuß-Sitzung vollzogen werden.

Auch 1994 werden wir für realitätsbezogene Empfehlungen dieses gemeinderätl. Gremiums eintreten; unter Bedachtnahme auf ein notwendiges Sparbudget, das - unserer Meinung nach und auch meiner persönl. Meinung - nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde. Was für mich noch mehr zählt: es wurde sehr zukunftsorientiert erstellt.

Daher möchte ich Sie ersuchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, - aus unserer Sicht gesehen und hoffentlich nachher auch aus Ihrer Sicht - die Zustimmung zu diesem Budget 1994 zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Ich habe vorhin den Vorsitz übernommen und ersuche nun Hr. StR Eichhübl um seine Wortmeldung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR! Werte Herren Bgm.! Ich muß einfach auf die Wortmeldung des Koll. Brandstötter eingehen. Bis vor kurzem hat er dort hinten sehr intensiv die NEWS gelesen; wahrscheinlich ist diese Zeitschrift leichter zu lesen und auch erfreulicher, als das vorliegende Budget für 1994.

Koll. Brandstötter hat erfreut auf die höheren Besucherzahlen auf der nunmehr überdachten Kunsteisbahn hingewiesen und darüber berichtet. Er hat aber nur die Besucherzahlen, nicht die Einnahmen-Situation auf der Kunsteisbahn angesprochen. Es ist nämlich so, daß nicht nur die Investition, sondern auch der höhere Energiebedarf und weitere Aufwendungen zu berücksichtigen sind. Dann erst kann ein Schluß gezogen werden, ob auch tatsächlich mehr Einnahmen in diesem Bereich vorhanden sind.

Es ist sehr erfreulich, daß mehr Leute auf die Kunsteisbahn gehen. Ich vergönne allen ein Dach über diese Eisbahn, aber dafür - das habe ich bereits in einem Zwischenruf gesagt - regnet es im Hallenbad, vor allen Dingen in die Sauna, herein. Deshalb, meine Damen und Herren des GR - der Hr. Bgm. ist leider gerade hinaus gegangen -, die Prioritätenforderung von seiten der FPÖ, im Freizeitbereich entspr. vorzugehen und vorher das "Prestige-Objekt Leithenmayr" zu unterstützen, nämlich das Hallenbad zu sanieren.

Koll. Brandstötter, wenn Du mich aufgefordert hast, im Zusammenhang der Hallenbad-Förderung aktiv zu werden und ein Projekt, das im Haus liegt, zu beachten, dann darf ich Dich schon ersuchen, daß Du Dir vorher Informationen einholst. Du weißt offensichtlich gar nicht, daß ein Projekt beim Land liegt, schon gar nicht welches!

In diesem Zusammenhang gibt es von meiner Seite eine Reihe von Aktivitäten. Frag' bitte Deinen hinausgegangenen Bgm., dann ersparst Du Dir die Vorwürfe, die Du an mich in diesem Zusammenhang gerichtet hast. Denn, um etwas zu erreichen in diesem Bereich, habe ich auch für die Sanierung oder den Umbau dieses Hallenbades 25 Mill. S in diesem Budget gefordert. Du weißt hoffentlich, daß diese 25 Millionen auf 5 Mill. S gekürzt werden. Wenn Du einem Budget

die Zustimmung gibst, das die Finanzmittel für die Stadtwerke - nicht nur in diesem Bereich - total eingeschränkt werden - wie eben im Investitionsplan des Betriebeverbundes -, dann hast Du sicher keine Berechtigung, derartige Vorwürfe an mich als Referent zu richten. Du müßtest eigentl. das Budget ablehnen. Ich sage Dir sehr deutlich, überlege Dir Deine angeordnete Zustimmung zu diesem Budget nochmals sehr gründlich.

Eines darf ich hier nochmals verdeutlichen. Ich zitiere daher aus dem Geschäftsbericht zum Bilanzjahr 1992 - für '93 liegen ja die genauen Zahlen noch nicht vor: "Im Gaswerk wurden 1992 trotz der milden Außentemperaturen in der Winterperiode um 1,7 % mehr Erdgas gegenüber 1991 umgesetzt, wobei der Gesamtverkauf 18,360.000 m³ betragen hat. Im Geschäftsjahr 1992 wurden rund 13,85 km Rohrleitungen neu verlegt, sodaß das Erdgas-Versorgungsnetz zum Jahresende eine Gesamtlänge von 131,6 km aufwies. Die größten Absatzsteigerungen waren im Bereich der Haushalts- und Gewerbeversorgung gegeben (+ 10,6 %). Der Großabnehmer-Absatz war jedoch zum Teil konjunkturbedingt um 4,6 % niedriger gegenüber 1991. Die Aufwands- und Ertragsrechnung für beide Teilbetriebe (gemeint ist Gas und Verkehr) zeigt, daß im Geschäftsjahr 1992 nochmals ein Gewinn von rund 317.000 S

erwirtschaftet werden konnte, obwohl der Verkehrsbetrieb eine Verluststeigerung von rund 13,32 Mill. auf rd. 22,79 Mill. erfahren hat. Der pos. Geschäftserfolg für den Steyrer Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr ist daher nur deshalb möglich gewesen, weil die Umsatzerlöse aus dem Erdgasverkauf um rd. 6,16 Mill. S (+ 9 %) gestiegen ist. Die Umsatzsteigerung im Bereich der Erdgasversorgung zeigt, daß die vom Eigentümer und den Organen des Unternehmens beeinflusste Investitions-Strategie durchaus richtig war, zumal die Investitionen gegenüber 1991 um rund 1,7 Mill. S geringer waren und rd. 22,43 Mill. betragen haben. Die vom Eigentümer gewährten Kapitaleinlagen wurden gegenüber 1991 um rd. 1,04 Mill. S gekürzt. Da auch 1993 mit einer Absatzsteigerung im Erdgasbereich zu rechnen ist und die Investitionen keine wesentl. Änderungen erfahren haben, kann im Bereich der Erdgasversorgung ein pos. Ergebnis erzielt werden."

Du, Koll. Brandstötter, stimmst jetzt vermutlich zu, daß in diesem Bereich keine Mittel vorgesehen sind bzw. Mehreinnahmen verhindert werden! Daher hast Du sicher keine Berechtigung, an den Stadtwerken oder an meiner Person Kritik zu üben. Ich bitte, das zu überlegen, um die geforderte

Gesprächskultur aufrecht zu erhalten.

Daher darf ich mich - nachdem dies voraussichtlich meine letzte Wortmeldung ist - bei den Ausschuß-Mitgliedern des kommunalen Betriebsausschusses für die Mit- und Zusammenarbeit bedanken, obwohl wir nicht immer gleicher Meinung waren.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Hr. GR Bachner bitte.

GEMEINDERAT

HERMANN BACHNER:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentl. zum Referat des Koll. Tatzreiter Stellung nehmen. Jetzt sind die Kultur und die Stadtwerke schon wieder dazwischen "gerumpelt" - aber trotzdem, Stadtrat Tatzreiter hat u. a. die Wohnbautätigkeit unserer Stadt skizziert. Ich möchte diese Ausführungen mit einigen Zusatz-Facetten für den Stadtteil Münchenholz ergänzen. Der Stadtteil Münchenholz hat sich in den letzten Jahrzehnten vom ehem. "Glasscherben-Viertel" zu einer der beliebtesten Wohngegenden unserer Stadt "herausgemausert". Der ehem. 16.000 Einwohner zählende Stadtteil hat sich trotz Neubau- und Siedlertätigkeit bei nun knapp 9.000 Stadtbürgern eingependelt. Mit über 90 % Haus- und Wohnungsbestand dominiert und prägt die Linzer Wohnungsgesellschaft WAG diese

ehem. Hitler-Siedlung in Münchenholz.

Mit den in den letzten Jahren errichteten Neubauten vermietet die WAG an die 3.500 Wohneinheiten in Münchenholz. 6 Wohnbauten mit 120 Wohneinheiten in der Schweigerstr. gehören in den Besitz des Magistrates Steyr und werden als Sozialwohnungen mit Billigmieten an unsere sozialschwachen Mitbürger vergeben. Erst vor wenigen Wochen wurden 78 Wohneinheiten von einer dritten Wohnungsgenossenschaft an die Mieter übergeben. Die Steyrer Wohnungsgenossenschaft Styria hat im Zuge des Sonderwohnbauprogrammes eine wunderschöne Wohnanlage auf dem Gelände der ehem. Kematmüllerschule errichtet. Trotz sehr seriöser Bauausführung und Einbau einer Tiefgarage für alle Mieter beträgt die Quadratmeter-Miete dieser neuen Wohnungen unter 70 Schilling. Diese seriöse Mietengestaltung ist bei der WAG leider nicht gegeben. Von seiten der Stadtgemeinde wäre nun Vorsorge zu treffen, daß die Kinder dieser (größtenteils) dort eingezogenen Jungfamilien einen sicheren Schulweg zur Punzerschule erhalten. Für dieses Anliegen bitte ich höflichst und eindringlichst um offenes Gehör, bevor dort etwas passiert. Hr. StR Schloßgangl ist leider nicht hier, aber wir werden sicherlich noch miteinander reden.

Nun komme ich zu einer neg. Berichterstattung, die wir in Zukunft im Auge behalten sollen. Wie allen hier bekannt ist, hat die Stadt Steyr an die 3.000 Wohnungssuchenden (es waren schon mehr!). Der Wohnungsausschuß hat die größten Probleme, auch nur die dringendsten Fälle unterzubringen. Die WAG in Münchenholz bringt es zuwege, einen Teil ihrer Wohnungen nicht mehr bzw. schwer an den Mann bzw. an die Frau zu bringen. Warum? Weil die von der WAG verlangten Wohnkosten eine Höhe erreicht haben, die sich eine normal verdienende Steyrer Familie nicht mehr leisten kann. Dazu kommen noch weit überhöhte Heizkosten, die für eine Wohnung in astronomischen Höhen liegen. Obwohl monatl. Akontozahlungen eingehoben werden, ergeben sich bei den jährl. Heizkostenabrechnungen Nachzahlungen von 15.000, 20.000, ja sogar von über 25.000 Schilling - Nachzahlungen! Ich glaube, Koll. Eichhübl kann das bestätigen, denn das ist seine Wohngegend.

Zwei Jahre lang haben wir Münchenholz-Mandatare (jetzt komme ich wieder zu den Altbau-Wohnungen), Hr. Dir. Wein von den Stadtwerken und die Direktoren der WAG mit ihren Beamten über eine zentrale Wärmeversorgung für die Altbauten in Münchenholz verhandelt. Ende Sommer 1992 wurden diese Verhandlungen

pos. abgeschlossen, und es hätte mit dem Bau begonnen werden können. Die Münchenholz-Mieter warten bis heute noch auf die versprochene Fernwärme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich dazu kurz etwas sagen. Es ist leider nie zu einem Endergebnis gekommen. Die Verhandlungen sind noch ausständig! Die WAG hat sich nach meinen Informationen - aus welchen Gründen immer - wieder zurückgezogen.

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER:

Auf jeden Fall fehlt jede Benachrichtigung seitens der WAG, weshalb mit den Arbeiten nicht begonnen wurde.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist richtig, ja!

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER:

Die unseriöse Handlungsweise dieser Wohnungsgesellschaft könnte man noch weiter fortsetzen. Derzeit laufen 4 gerichtsanhängige Verfahren gegen die WAG, die von Mietervertretungen eingeleitet wurden.

Ich wollte diesen, vom Thema etwas abweichenden Bericht nur deshalb bringen, weil die Stadtgemeinde Steyr mit der WAG im Zuge des Sonderwohnbauprogrammes 3 Wohnbauten mit 102 Wohneinheiten in Münchenholz

errichtet, die im kommenden Jahr fertiggestellt und übergeben werden. Diese Wohnbauten werden in ihrer Ausführung ohne Tiefgarage und ohne Lift ausgestattet sein, aber eine voraussichtl. Quadratmeter-Miete von über 70 Schilling erreichen. Zum Vergleich: der vorhin erwähnte Styria-Neubau mit Tiefgarage liegt bei der Quadratmeter-Miete weit unter 70 S!

Die Mieten in den WAG-Altbauwohnungen liegen z. B. um das 3fache höher, als die Mieten derselben Magistratswohnungen in der Schweigerstraße. Der Unterschied der WAG-Neubauten in der Sebekstr. betragen das 5- bis 10fache.

Die WAG hat sich im letzten Jahrzehnt zur Horror-Wohnungsgesellschaft für ihre Mieter entwickelt. 9 Jahre lang haben sie von den Mietern der Altbauten überhöhte Mieten eingehoben. 1981 hat der oberste Gerichtshof entschieden, daß diese unberechtigt eingehobenen Mieten in Millionenhöhe an die Mieter zurückzuzahlen sind. Bis heute warten die Mieter noch auf ihr Geld! Ich möchte nicht weiter darauf eingehen; Hr. GR Tremel sitzt ja dort hinten - er hat in der vergangenen Funktionsperiode des öfteren darüber berichtet.

Eine weitere neg. Erscheinung, wo wiederum die WAG beteiligt ist, entwickelt sich im Bereich der Schrebergärten in Münichholz. Die Stadt Steyr fördert mit laufenden und

einmaligen Subventionen sport- und freizeitgestaltende Vereine mit zum Teil hohen Beträgen. Es werden Millionenbeträge für Freizeiteinrichtungen, wie Sportplätze, Eislaufhalle (haben wir auch heute schon gehört), Sporthalle, Stadtbad, Wehrgrabenbad etc., ausgegeben. Meiner Meinung nach auch richtig. Zu diesen Freizeiteinrichtungen gehören auch, so meine ich, die Schrebergarten-Anlagen. Pächter von solchen Schrebergarten-Anlagen gibt es in Münichholz viele hunderte. Diese Anlagen sind nicht nur Erholungs- und Hobby-Oasen für die Pächter, sondern auch für ihre Familienangehörigen und Bekannten; also von einigen tausend Bürgern unserer Stadt. Entgegen Wochenendhäusern, die oft kilometerweit entfernt liegen, können diese Freizeitparadiese vor und nach einer hektischen Dienstzeit zum Abbau von Streß und zur allg. Erholung aufgesucht werden. Für viele Pensionisten ist es ein ausgleichender Arbeitersatz.

Nun hat die WAG auch das Ende dieser Schrebergarten-Anlagen eingeleitet. Seit Ende 1991 werden keine dieser Schrebergärten bei Auslauf eines Pachtvertrages mehr weitervergeben. Die Grundstücke bleiben brach liegen - man nennt diese Vorgangsweise von seiten der WAG "humane Absiedlung zum Zwecke späteren Wohnbaues".

Aufgrund dieses Umstandes habe ich mit der Gebäudeverwaltung der Steyr-Werke schon vor längerer Zeit Kontakt aufgenommen, ihre brachliegenden Grundstücke im Anschluß an die Kematmüllerschule am Ennsufer in Münchenholz für derartige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Mein Ansinnen wurde vom Vorstand und auch vom Aufsichtsrat pos. erledigt - leider aber mit einem kleinen, vorerst unüberwindbaren Hindernis: die Gebäudeverwaltung der Steyr-Werke gibt diese Gründe nur frei, wenn die WAG jenen Grund kauft, über den einmal die Einbindung der Nordspange in die Haager Straße erfolgen soll. Die WAG tritt diesem Ansinnen natürl. nicht entgegen. Hier ersuche ich die Steyrer Spitzenpolitiker, vor allem unseren Bgm. mit seinem schon bekannten Verhandlungsgeschick, helfend einzugreifen. Ohne Geldaufwand könnte hier vielen Steyrer Bürgern geholfen werden, ihre Vorstellungen zur Freizeitgestaltung zu erreichen. Nun zu einem anderen Thema. In Münchenholz sind derzeit noch 2 Kindergärten, die dringendst einer Erneuerung bedürfen: der Kindergarten Leharstraße im Abschnitt III, der in einem Altbau der WAG untergebracht ist, und der Kindergarten Puschmannstr. in Münchenholz, Abschnitt I, der sich ebenfalls in einem solchen Altbau der Steyr-Werke

befindet. Mein Vorschlag an die Planer, den ich bereits Anfang d. J. schriftl. eingebracht habe, lautet wie folgt: Um den Spargedanken unserer Stadtgemeinde zu beherzigen, würde ich beide Kindergärten neben dem derzeitigen Kindergarten-Spielplatz - bei der Autobusgarage - situieren. Mit Einbeziehung der Garagen-Nebengebäude würde noch genug Eigengrund zum Neubau bereitstehen. Weiters würde ich das in den nächsten Jahren leer werdende Garagen-Gebäude den verschiedensten Sportarten zur Verfügung stellen. Die einmalige Symbiose zw. dem bestehenden städt. ATSV-Sportplatz und einer gleich daneben liegenden Sporthalle könnte nicht schöner zusammenpassen! Die Vorteile für diesen Vorschlag wären: keine Fremdgrund-Beanspruchung, die ruhige Lage für den Kindergarten direkt neben dem Kindergarten-Spielplatz; es wäre nur ein Neubau notwendig; die Kinder hätten von beiden Münchenholz-Abschnitten keine längeren Wege als derzeit; bei Schlechtwetter oder im Winter könnten die Kinder die Sporthalle benützen; ebenso könnten die Sportler das freie Spielfeld oder die Halle benützen - wetter- oder jahreszeitbedingt. Dies wären nur einige, kurz zusammengefaßte Berichte, Anregungen und Wünsche gewesen, um den Stadtteil Münchenholz noch etwas lebenswerter zu gestalten. Ich habe dabei im bes.

auf unsere knappe finanzielle Situation Rücksicht genommen! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke sehr. Ich unterbreche nun die Sitzung für 10 Minuten.

PAUSE VON 18.38 BIS 18.50 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, und ich gebe den Vorsitz an den Bgm. zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Huber ist der nächste am Wort.

GEMEINDERAT

ENGELBERT HUBER:

Sehr geehrter Herr Bgm., liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich finde, wir haben heute schon sehr viel über den Wohnbau gehört, und ich finde auch, daß es sehr, sehr wichtig ist, doch ich darf hier auf jene verweisen, die bereit sind, ein Eigenheim zu gründen und ihren Wohnraum nicht von der Kommune, sondern in Eigenregie und aus Eigenmitteln zu schaffen. Auf diese, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll man hier nicht vergessen. Dafür sollte aber auch die Gemeinde Gründe zur Verfügung stellen - und dies schon mit einem günstigen Preis. Gerade die Siedler und Eigenheimbesitzer sind ja in der

Gemeinde eine pos. zu bewertende Bevölkerungsgruppe. Sie setzen Bäume, Sträucher und Blumen auf eigene Kosten und tragen dadurch zur Verschönerung des Stadtbildes und zur Verbesserung der Luft bei. Aber auch zum Umweltschutz trägt diese Gruppe sicherlich einiges bei. Da ja die Gemeinde in den letzten Jahren Grundkäufe von rd. 200 Mill. S getätigt hat, bin ich der Meinung, daß man auch Bauparzellen schaffen sollte. Es könnte dadurch aber auch eine Abwanderung dieser Bauwilligen in die Randgemeinden verhindert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf einige Probleme möchte ich noch hinweisen, die das Siedlungsgebiet Fischhub betreffen. Seit Jahren - ich denke hier noch an StR Pimsl - wurde um die Errichtung eines Gehsteiges ersucht; und zwar auf der linken Seite von der Fa. Braunsberger Richtung Stadtbad. Es wäre dies ja eine Weiterführung des Gehsteiges von der Tischlerei Ecker zur Fa. Braunsberger. Gerade jetzt, wo das Braunsberger-Haus umgebaut wird und dort viele Wohnungen geschaffen werden, wird sicherlich der Fischhubweg mit einem Ansteigen des Verkehrs rechnen müssen. Alle Fußgeher, die den Fischhubweg benutzen, sind sehr gefährdet. Ganz bes. natürl. die Kinder. Ich hoffe nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß vorher etwas

passieren muß, damit in dieser Gegend ein Gehsteig gebaut wird. Durch den Neubau des Stadtbades - wir haben ja gehört, daß es noch nicht soweit ist, aber wir hoffen, daß dieser Stadtbad-Neubau doch sehr bald kommt - werden viele Parkplätze verloren gehen. Man möge sich bitte schon heute Gedanken machen, um einen Ersatzparkplatz zu schaffen. Es soll uns nämlich nicht so gehen wie in der Gründberg-Siedlung, daß dann alle Wege verparkt sind. Weiters darf ich aber auch noch auf eines hinweisen, daß man doch eine Lösung finden möge, damit man die Haratzmüllerstr. beim Stadtbad als Fußgeher problemlos überqueren kann. Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich unserem Finanzreferenten, Hrn. StR Dir. Zagler, für die Erstellung des Budgets herzlich danken. Es ist ihm gelungen, trotz großer Sparmaßnahmen, ein ausgewogenes Budget vorzulegen. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön! Bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich mich für die Aufmerksamkeit bedanken.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun erteile ich dem Koll. Spöck das Wort.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! In Anbetracht, daß der GR schon

über 10 Stunden - mit Unterbrechungen - tagt, werde ich von meinen Ausführungen Abstand nehmen. Ich hätte über die Familie gesprochen - gerade im Jahr 1994 ist ja das Jahr der Familie (ausgerufen von den Vereinten Nationen).

Ich hätte sicherlich auch wieder den Tabor-Knoten gestreift, hätte gesagt, daß dieses Mal der Ball bei Hrn. Dr. Pfeil als Verkehrsreferent liegt. Wir müssen handeln!

Ich hätte ebenso zu Koll. StR Tatzreiter bezüglich der Arbeitsstiftung gesagt, daß nicht nur seine Fraktion, sondern auch andere Fraktionen von Anfang an am Aufbau der Arbeitsstiftung - insbes., wenn ich bei unserer Fraktion an Koll. Walter Gabath denke - beteiligt waren.

Weiters hätte ich noch über die Personalkosten einiges zu sagen gehabt. Aber - wie gesagt - in Anbetracht, daß der GR schon über 10 Stunden tagt, werde ich die Kolleginnen und Kollegen des GR damit verschonen und dies zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.

Beifallskundgebung verschiedene Mandatare

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste am Wort ist Frau Kollegin Mach.

GEMEINDERÄTIN

FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich möchte trotzdem noch kurz etwas zur Wirtschaft sagen. Der Freie Wirtschaftsverband sieht die gesamte Wirtschaftsförderung umso notwendiger, als aus den Wirtschaftsteilen aller Pressemeldungen zu entnehmen ist, daß unsere Großbetriebe, die bisher die Kaufkraft der Stadt sicherten, immer mehr Arbeitnehmer abbauen müssen. Die Arbeitslosenrate beträgt derzeit in Steyr ca. 10 %, damit sind wir österreichweit neg. Spitzenreiter. Jeder 3. Arbeitslose ist über 50 Jahre alt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß eine Verringerung der Altersarbeitslosigkeit vielschichtige Maßnahmen erfordert. Die beschlossenen Richtlinien für die Vergabe von Förderungsmitteln an Gewerbebetriebe in unserer Stadt müssen daher konsequent angewandt, die veranschlagten Mittel umgesetzt und bei Bedarf erhöht werden. Damit könnte die gesamte Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur verbessert, die bestehende Zahl der Handels- und Gewerbebetriebe möglicherweise vermehrt und Arbeitsplätze gesichert werden. Außerdem wird dadurch die Überlebenschance für viele Beschäftigte gewährleistet. Tatsache ist, daß durch die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse viele Menschen aus unserer Region sowie aus den Umland-

gemeinden des Steyr- und Ennstales und des angrenzenden niederöstr. Raumes nicht mehr in Steyr, sondern in den Einkaufszentren der Städte Traun, Wels oder Linz einkaufen. Auch die Ansiedlung von großen Einkaufszentren in Steyr kann nur eine Teillösung dieses Problems sein. Wir sehen in der Beschäftigungspolitik dieser Handelsketten eine wettbewerbsverzerrende Situation und begründen dies wie folgt: Usus dieser Ketten ist es leider, großteils mit Leasing-Leuten bzw. mit stundenweisen Mitarbeitern zu arbeiten. Dadurch entgehen unserer Meinung nach der Stadt Steuerabgaben. Außerdem könnte damit in Krisenzeiten, die leider rund um Österreich eingetreten sind, eine Nahversorgung unserer speziell älteren Bevölkerung niemals gewährleistet werden. Die gesamte Kaufmannschaft ist natürl. der Meinung, daß sie Eigenleistung dazu erbringen muß und erwartet aber - berechtigterweise - von der Stadt, daß ihre Werbemaßnahmen für die Einkaufsstadt Steyr maßgeblich unterstützt werden. Die angebotenen theoretischen Konzepte müssen sich erst bewähren bzw. umgesetzt werden. Als Beispiel dafür ist das Stickler-Verkehrskonzept anzuführen. Unserer Meinung nach ist es daher viel wichtiger, daß

Unternehmer, die in diesem Wirtschaftsraum überleben müssen, weit mehr als bisher bei geplanten Veränderungen in unserem Stadtgebiet eingebunden werden und weitgehendst Gehör finden. In Zeiten, in denen Mitbestimmungsmöglichkeiten seitens der betroffenen Bevölkerung statutarisch festgelegt sind, sollten Konzepte - welcher Art auch immer - sozusagen unter der "begleitenden Kontrolle" der Bevölkerung erarbeitet werden. Damit entsteht Motivation, Akzeptanz und gesteigerte Bereitschaft, notwendige Maßnahmen mitzutragen und gemeinsam umzusetzen. Ebenfalls besorgt sind wir über die Abwanderung von langjährig im Stadtgebiet Steyr ansässigen Firmen. Auch unseren Klein- und Mittelbetrieben muß besonderer Wert beigemessen werden, weil beispielsweise 20 dieser Betriebe ca. 500 Menschen beschäftigen! Dies, meine Damen und Herren, sind nur einige Probleme zur gesamten Situation des Wirtschaftsraumes Steyr. Grundlage für eine neue Regionalpolitik können jedenfalls nur Entwicklungsprogramme für Problemregionen mit dem Ziel sein, Maßnahmen zur Hebung der Standortqualität zu ergreifen. Jede Region hat spezifische Vorzüge, die es optimal zu nützen gilt. Daher muß anstelle einer einheitl. Förderungs politik für das gesamte Bundesland oder

einer einheitl. Regionalpolitik für alle strukturschwachen Gebiete eine nach Regionstyp differenzierte Strategie verfolgt werden. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächste hat sich Fr. GR Lohnecker zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich greife logischerweise ein anderes Thema auf. In Österreich sind mehr als die Hälfte der Einwohner Frauen. Somit hängt es von uns Frauen ab, wie gew. Entscheidungen - vor allem politische Entscheidungen - ausfallen. Das setzt für mich den logischen Schluß, daß Politikerinnen und Politiker Frauenanliegen sehr ernst nehmen müssen. Trotzdem habe ich den Eindruck, daß Frauenthemen bzw. Frauenanliegen eher leicht belächelt werden. Es wird eher mit den Schultern gezuckt und doch viel zu wenig ernst genommen.

Ich denke, wir leben in einem Zeitalter der Veränderungen, und auch wir Frauen suchen und bestimmen unsere Rollen neu. Wir wollen eigentl. mit diesen alten Verhaltensmustern nicht mehr so recht unser Auslangen finden. Es ist so, daß immer weniger Frauen "nur" zu Hause

bleiben wollen. Immer mehr Frauen wollen eine Vereinbarung zw. Fam. und Beruf. Aufgrund der Erwerbstätigkeit geben 58 % der Frauen an, daß sie deshalb erwerbstätig sind, weil materielle Gründe ausschlaggebend sind; und zwar davon wieder 33 % zur Sicherung des Einkommens - d. h., daß sie überhaupt überleben können; 24 % zur Verbesserung des Einkommens. Ich gehe nicht darauf ein, wieviele Fam. schon an der Armutsgrenze leben!

Trotzdem gibt es sehr viele Benachteiligungen für uns Frauen im Beruf. Einkommensunterschiede - sind hier bekannt; das geht bis zu 75 %; Frauen müssen mehr Hilfsarbeiter-Tätigkeiten ausüben. Teilzeitbeschäftigung - nur 1 % aller österr. Männer üben einen Teilzeitberuf aus. Doppelbelastung - Familie und Beruf; der Weg in Führungspositionen ist schwieriger.

Aber auch die Frau, die sich entscheidet, "nur" zu Hause zu sein und "nur" für die Familie da zu sein, hat ebenfalls sehr viele Nachteile. Die Gesellschaft erkennt den Wert der Hausfrau überhaupt nicht an! Bei uns zählt, was finanziell entlohnt wird. Da sie keine Entlohnung bekommt, hat sie auch keine Anerkennung! Sie ist finanziell abhängig; sie ist eigentl. die "grüne Witwe" schlechthin, weil sie die meiste Zeit alleine zu Hause ist. Auch bei Trennungen - 1992 wurde jede 3. Ehe geschieden - zerbricht ihre

bisherige Lebensart. D. h., unsere Gesellschaft oder - ich kann es von mir sagen - ich sehe die Entwicklung unserer Gesellschaft mit sehr großer Sorge. Die Gewalt in jeglicher Form - ob psychisch oder physisch - steht an der Tagesordnung.

Ich bin auch sehr erschüttert über die Vorfälle in der letzten Zeit - dabei denke ich an diese Briefbomben. Oft scheint es mir, daß jeder gegen jeden ist, daß wir verlernt haben, überhaupt noch miteinander zu reden. Es wird uns Frauen zugesprochen und zugebilligt, daß wir im Gefühlsbereich sensibler sind, daß wir feinfühlicher sind, daß wir alles, was irgendwie mit dem Herzen zu tun hat, besser managen können. Das ist sicher mitentscheidend, daß viele Frauen-Initiativen, Frauengruppen und Frauenprojekte entstehen. Neu ist aber auch - und ich denke, das ist das eigentliche Problem -, daß wir unsere Arbeit für die Gesellschaft nicht mehr unentgeltlich leisten wollen. Sondern daß auch die Arbeit der Frauen - auch für versch. Projekte - bezahlt werden soll!

Alle in Steyr geschaffenen Frauenprojekte und Frauen-Initiativen haben ein gemeinsames Ziel: sie wollen Hilfe anbieten. Und zwar Hilfe nicht für sich selbst, sondern für Steyrerinnen und Steyrer. Hier ist es mir schon sehr wichtig, daß diese Hilfe anerkannt wird, daß diese Hilfe auch geschätzt wird

und daß diese Hilfe auch entlohnt wird. Ich weiß, daß Sparen angesagt ist, und ich weiß auch, daß man mit Steuergeldern sehr vorsichtig und behutsam umgehen muß. Für mich ist aber auch entscheidend, wofür wir dieses Geld einsetzen. Ich denke, wir werden oft an dem gemessen, wofür wir diese Steuergelder ausgeben.

Für 1994 sind 1,350.000 Mill. S für Frauenprojekte festgesetzt. Ich denke, das ist sicher nur ein Anfang. Diese Frauenarbeit wird auch von den Politikern in Steyr noch wesentl. besser geschätzt werden, und es werden bestimmt noch mehr sein!

Ich danke allen, die sich eingesetzt haben; die nicht nur Lippenbekenntnisse zur Frauenaktivität geben, sondern auch Taten folgen lassen. Ich danke einmal allen, die zugestimmt haben, daß zumind. ein Projekt - das Frauenhaus - aufgestockt wird und weiter bestehen kann. Ich hoffe aber doch, daß dies nur ein Schritt in eine wesentl. frauenfreundlichere Richtung ist! Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächste am Wort ist Frau Kollegin Radmoser.

GEMEINDERÄTIN

EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir ein paar Worte zum APT. Koll. Holub hat bereits erwähnt,

daß heuer 25 Mill. und nächstes Jahr 15 Mill. in dieses Haus investiert wurden und werden. Man sollte annehmen, zum Wohle der Bewohner und zur Erleichterung des Pflegepersonals. Man würde glauben, daß alle glücklich und zufrieden darüber sind - weit gefehlt!

Nun gibt es unter den Bediensteten Differenzen. Bedauerlich ist nur, daß diese Differenzen in der Öffentlichkeit über die Medien ausgetragen werden. In jedem Betrieb gibt es versch. Auffassungen und Probleme. Ich muß es leider sagen - bes. dort, wo viele Frauen arbeiten, sind die Probleme noch größer! Aber es handelt sich um erwachsene Menschen, und man sollte annehmen, daß man sich zusammensetzen kann und über solche Probleme diskutiert.

Meine Bitte an die Mandatäre: Mengen wir uns nicht ein, gießen wir nicht noch Öl ins Feuer; sondern versuchen wir, gemeinsam eine Lösung zu finden, damit endlich wieder Friede einkehrt - und dies zum Wohle der Bewohner!

Nun habe ich ein anderes Anliegen, das heute schon zweimal angesprochen wurde - Thema "Heimathaus". Ich weiß nicht, ob bekannt ist, was das Personal des Heimathauses überhaupt alles leistet! Hier gibt es: die Studienbibliothek, der Sensenhammer, die Nagel- und die Bauernschmiede, die Messersammlung, die

Vogelsammlung, die Waffensammlung des Werndl-Parks; außerdem das Schloßmuseum und die Schloßgalerie, die musealen Gegenstände im Lebzelterhaus, im Bruderhaus, Herrenhaus und Bürgerspital sowie die Bildersammlung. Überdies organisieren sie noch Ausstellungen, die in den versch. Bankinstituten stattfinden. Dies alles mit zwei Mitarbeitern, wobei der eine - wie bereits erwähnt wurde - Obmann der Personalvertretung des Magistrates ist. Weiters ist noch ein Mann dort beschäftigt - ein sehr armer Mann, wenn man weiß, daß er durch einen Unfall beide Hände verloren hat und nur sehr bedingt einsetzbar ist. Aber das muß man einfach unter dem sozialen Aspekt sehen! Wenn er nämlich hier keine Beschäftigung finden würde - was einfach für das Selbstwertgefühl notwendig ist -, dann würde er zu Hause sitzen und wäre auf öffentl. Unterstützung angewiesen. Tatsache ist jedoch, daß man mit diesem geringen Personal einfach nur die bestehenden Einrichtungen verwalten, aber nichts Neues gestalten kann. Damit kann eigentl. das Heimathaus seine eigenen Aufgaben nicht erfüllen; d. h., neue Ausstellungen organisieren und aufbereiten. Ich spreche hier den Koll. Lengauer an, wenn er sagt, es wären gerade für die Schulen Ausstellungen wichtig.

Ich denke hier an zeitgenössische oder geschichtl. Ausstellungen. Hier fällt mir sofort das Jahr 1995 ein - 50 Jahre 2. Republik! Der Wiederaufbau unserer Stadt; was da alles geschehen ist.

Ich glaube, es wäre wirklich notwendig, das alles aufzuarbeiten; denn Steyr kann stolz darauf sein, was es in diesen letzten 50 Jahren alles geleistet hat. Oder 1996: 1000 Jahre Österreich - auch ein Thema, das man sicherlich aufarbeiten könnte. Aber es ist bestimmt nicht mit diesem Personalstand möglich!

Wenn man ein Heimathaus unterhält, dann muß man auch die personellen Möglichkeiten schaffen, damit es die Aufgaben erfüllen kann. Ich kann mich hier nur dem Antrag der GAL und auch dem Antrag des Koll. Lengauer anschließen, daß man durch irgendeine personelle Umschichtung einfach aufstockt, damit sie ihrer Aufgabe nachkommen können. Das wäre meine Bitte!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ich möchte nun den Vorsitz abgeben und mich selbst an der Diskussion beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte um den Vortrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Mitglieder des GR! Budget, Generaldebatte - die Chance, über alles zu reden! Das ist nur einmal im Jahr möglich, und selbstverständlich soll es auch von allen genutzt werden. Damit man dann nicht als GR den Vorwurf bekommt, man hätte nie etwas gesagt! Jeder hat ja Probleme in seinem Bereich - für seine Wählerschaft, in seinem Viertel. Es ist schwierig, in einer Zeit ein Budget zu erstellen, wo wirtschaftliche Rückläufigkeit gegeben ist. Das natürl. nicht nur bei uns, sondern weltweit. Unsere Probleme sind ja nicht hausgemacht. Sondern unsere größten Steuerbringer, die großen Betriebe, befinden sich in zum Teil existenziellen Schwierigkeiten. Und es hängt natürl. davon ab, wie die Exportmärkte funktionieren. Das ist der Hintergrund der Entwicklung!

Die Binnenkonjunktur haben wir eigentl. verhältnismäßig gut im Griff. Weil wir nämlich sehr vieles getan bzw. eingeleitet haben. Wir haben schon auch versucht, daß sich durch das Budget des heurigen Jahres - begonnen schon vor 2 Jahren - antizyklisch etwas tut (soweit das eine Kommune überhaupt machen kann mit dem vorhandenen finanziellen Spielraum).

Wir sollten den Blick für die Dinge nicht verlieren. Wir - damit meine ich Österreich - sind das zehntreichste Land der Welt.

Das ist nachgewiesen und festgestellt worden. Eigentl. sollten wir die Probleme beherrschen können. Wenn heute einige Male die Vergangenheit beschworen wurde und der Pioniergeist auch in unserer Stadt (wie man die Stadt wieder aufgebaut hat) angesprochen wurde, dann - muß ich sagen - haben es unsere Vorgänger wesentl. schwieriger gehabt, mit den Problemen fertig zu werden! Es liegt natürl. an uns, wie wir uns verständigen und wie wir diese Probleme lösen können.

Rückschläge und Konjunktur-Schwankungen nach unten führen leider sehr rasch dazu, daß die sozial Schwächsten zuerst "geschröpft" werden. Sie verlieren den Arbeitsplatz, und es wird ihnen kaum eine Hoffnung geboten. Wenn ich mich so erinnere - vor einigen Jahren war ja diese Welle noch voll in Gang -, dann muß man das alles auf den Markt verlagern; der Markt regelt ohnehin alles.

Wenn wir uns überlegen, liebe Freunde - kann ich wohl sagen -, sehr lange hat diese Philosophie nicht vorgehalten. Wenn ich das richtig im Kopf habe, finden ununterbrochen Krisengipfel statt - von den Führern der westeurop. und auch der OECD-Länder insges. -, um etwas gegen die grassierende Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Hr. Dr. Pfeil hat ja in seiner Rede auf dieses Problem hingewiesen. Heute wird eigentl. - das ist wieder gesellschaftsfähig geworden -

von den Führern der westl. Industrieländer verlangt, daß wieder Arbeitsmarkt-Politik und arbeitspol. beschaffende Maßnahmen durchgeführt werden. Es ist sogar bes. interessant, daß die radikale Arbeitszeit-Verkürzung (allerdings auch mit Lohnsenkungen verbunden) plötzlich wieder zu einem Instrument der Beschäftigungspolitik wird. Das konnte man sich vor kurzer Zeit noch nicht vorstellen. Das zeigt aber, daß es keine Tabus geben soll, und daß man eigentl. sehr offen über alle Ideen und Problemlösungen reden sollte. Eines sollten wir bei dieser Budget-Debatte auch in aller Klarheit feststellen. Wenn wir uns ansehen, wie denn die Finanzsituation der Gebietskörperschaften in Österreich aussieht, dann sehen wir, daß die Republik und die Gemeinden am meisten verschuldet sind! Die Länder stehen - verhältnismäßig - weitaus am besten da! Keine Frage! Das heißt nämlich, daß, wenn es darum geht, das Geld zw. den Gebietskörperschaften zu verteilen, die Länder einige Aufgaben zu erfüllen haben in der Zukunft, die sie jetzt noch nicht so erfüllen. Eines steht fest: Wir werden den öffentl. Personen-Nahverkehr in den Städten, in den Zentralräumen nicht alleine bewerkstelligen können. Aber das ist auch in den großen

Metropolen unserer westl. Nachbarn nicht möglich! Obwohl es dort schon ganz andere Förderungs-Ansätze gibt, als es bei uns der Fall ist. Daher wird sich der Städtebund noch deutlicher artikulieren müssen! Wir müssen hier mehr Mittel bekommen! Denn natürl. können wir uns auf die Dauer nicht 31 Mill. - oder vielleicht noch mehr - Verlust beim öffentl. Personen-Nahverkehr leisten! Aber - weil heute schon über die Busse gesprochen wurde, die ich angeblich gekauft hätte - machen wir uns nichts vor! Macht und Ohnmacht des Bgm. liegen sehr nahe beisammen. 10.000 S sind es, über die der Bgm. entscheiden kann - alles andere, bitte sehr, nur in den Gremien: StS, GR. Wir haben das beschlossen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich stehe auch dazu!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Einstimmig beschlossen! Die Citybus-Debatte ist schon einige Jahre alt. Ich war immer ein Anhänger und habe auch oft erklärt warum. Es ist eigentl. sehr einfach, daß man in den engen Gassen mit den großen Gelenksbussen schlecht verkehren kann - daher: Citybusse. Eine praktische Lösung für unsere Stadt.

Natürl. ist es sozusagen ein Schritt in eine Richtung, wo sich das kybernetische Finanzierungsmodell nicht gleich

ergibt. Aber darüber waren sich jene, die sich damit beschäftigen wollen, bewußt. Wir haben auch ganz bewußt das Risiko auf uns genommen, daß hier ein Abgang entsteht, der natürl. größer ist, als in der Vergangenheit. Nur mit der alten Verkehrsbetriebs-Philosophie wären wir auch nicht recht zu Rande gekommen. Eines wissen wir mittlerweile übereinstimmend; sie sagen es uns ja immer beim Städtetag - beim letzten erst wieder: 25 bis 30 % zusätzl. Verkehrsaufkommen beim motorisierten Individualverkehr! In der Stadt Steyr das totale "TOHUWABOHU". Da rede ich noch gar nicht von Brücken und Straßen usw.

D. h., es war vorausschauend und richtig, was der GR beschlossen hat, daß wir hier ein besseres Angebot im öffentl. Personen-Nahverkehr anbieten. Wir haben das getan. Allerdings müssen wir auch eines bekennen: Wir müssen nämlich danach trachten, daß wir die Leute - stärker als in der Vergangenheit - in diese Fahrzeuge hineinbringen. Das kann man auf versch. Arten machen. Der Hr. Verkehrsplaner hat gesagt mit Zuckerbrot und Peitsche. Ich bin wirklich nicht für die Peitsche, aber wahrscheinlich ist das Zuckerbrot alleine zu wenig. Aus diesem Grund müssen auch noch andere, regulierende Maßnahmen - ich nenne das einmal so - mitwirken. Ein vernünftiges Tarifkonzept ist eigentl. ein "sanftes" Instrument.

Wenn es beworben wird, wenn erklärt wird, daß die Einzelkarten eigentl. deswegen so teuer sind, daß sie niemand kauft, und daß der Zehnerblock, die Monatskarte und die Jahreskarte den günstigen Tarif bedeuten, daß man auch oft fährt, das wäre der Wunsch.

Die Parkraumbew. ist uns eigentl. doch gemeinsam recht gut gelungen! Das ist auch - trotz des Geldes - eher eine sanfte Methode. Die härteste Methode ist ja das Aussperren. Das würde ich aber wirklich erst zum Schluß - wenn es gar nicht mehr geht - ins Auge fassen. Und da muß man auch erst eine Abstimmung erreichen. Wir wollen ja die Stadt belebt haben und nicht vom Verkehr abschneiden.

Das sind meiner Meinung nach die wichtigsten Dinge. Die großen Projekte - Bahnhofsüberbauung, Hallenbad, Nordspange, Wohnungsbau, FAZAT, Gesch. Werkstätte -, können wir alleine nicht finanzieren. Hier müssen Land und Bund stärker mitfinanzieren. Wir haben hier ganz gute Ansätze gefunden.

Ich glaube, daß das Budget, das der Finanzreferent vorgelegt hat, ein Spagat ist: schwierig herzustellen in vielen und mühsamen

Verhandlungsstunden; doch haben wir mit einer Mehrheit eine Übereinstimmung gefunden. Es ist antizyklisch, und eigentl. sind die Projekte, die wir hier im ao. H. haben, von allen Fraktionen getragen. Ich habe

nicht gehört, daß jemand gesagt hätte, dieses oder jenes große Projekt lehnen wir ab. In Wirklichkeit sind wir unterwegs - das Budget ist ja auch nur eine Momentaufnahme -, und zwar nicht schlecht! Wenn ich mir beispielsweise die Subventionen ansehe. In der heutigen Zeit ist sind diese Förderungen schon sehr wichtig.

Es war ja nicht einfach, beispielsweise für SNF 35 Millionen von Bund, Land und auch bei uns loszueisen! Kaum haben wir es getätigt, meinen die in Brüssel, das wäre zuviel des Guten und würde eine Wettbewerbsverzerrung darstellen. Wieder haben wir uns einsetzen müssen - bis in die Regierungsebene hinauf -, um überhaupt zu schauen, daß es möglich wird. Aber 3,9 Mrd. S Investitionen sind eben ein gewaltiger Betrag, der hier wirklich standortsichernd wirkt. Auch bei BMW ist ein ähnlich großer Betrag "im Busch", der investiert werden soll. Man wird auch hier abwarten, wie das läuft.

Das sind doch pos. Anzeichen, daß sich die Wirtschaft auch wieder entwickeln kann. Wenn hier insges. 7 oder 8 Mrd. S in die großen Industriebetriebe investiert werden, dann ist natürl. auch - wenn die Wirtschaft anspringt - mit einem Steueraufkommen zu rechnen, das es wiederum leichter möglich erscheinen läßt, das zu finanzieren, wo wir uns

momentan in Schwierigkeiten befinden. Das ist ebenfalls ein Risiko, das man in solchen Zeiten eingehen muß!

Wir haben Betriebsgrundstücke bereitgestellt und Sonderförderungen beschlossen. Ich glaube, daß das Stadtgut auch in Richtung Betriebsansiedelung Chancen mit sich bringt, die wir früher nicht gehabt haben. Ich darf daran erinnern, daß es kaum mehr - wenn wir die 43.000 m² in Hinterberg einmal abhaken - Industriegründe gibt. Hier müssen wir meiner Meinung nach vorsorgen!

Beim Wohnungsbau hat Koll. Tatzreiter ausführlich referiert. Ich glaube, dem ist wenig hinzuzufügen. Wir sind auch in diesem Bereich gut unterwegs. 150 Mill., bitte, vom Land OO. für das Wohnbau-Sonderprogramm, 75 Mill. von uns! Eines wäre noch zu erwähnen, wenn wir von Verschuldung reden: Dann, meine Damen und Herren, müssen wir schon auch sagen, daß in den vergangenen Jahren 191 Mill. S im sozialen Wohnbau als Darlehen investiert wurden. Dieses Geld fließt zurück; zwar sehr langsam und ohne Verzinsung. Das hat natürl.-sozialpol. u. pos. gesehen - auf die Mieten einen günstigen Ausfluß; auf das Budget und auf den Rückfluß der Mittel hingegen hat es einen neg.! Ich merke es nur an; aber das Geld ist in diesen Wohnungen investiert. Das ist immerhin ein Drittel unserer Gesamtverschuldung!

Den Verkehr habe ich bereits angesprochen. Ich glaube, beim Straßenbau sind wir gut weitergekommen: 1/3 der Gußwerk-Messererstraße, Marlen-Haushofer-Str. Wir haben hier diese Hürde mit dem Plenklberg auf uns genommen - das war schwierig genug. Im soz. Bereich - Koll. Holub hat auf große Investitionen und die Bereitschaft dazu, auf die Grundsatzbeschlüsse beim APT hingewiesen. Außerdem haben wir heute eine Namensänderung eines Ausschusses vorgenommen, die noch einmal mehr zum Ausdruck bringt, daß es in Zukunft mehr solche Heime geben wird. Allerdings ist für mich nicht die Errichtung dieser Heime die allergrößte Sorge, sondern die Folgekosten! Diese werden uns auch noch zu schaffen machen. Aber für das Soziale muß auch entspr. Geld vorhanden sein.

Auf eine wichtige Einrichtung möchte ich doch auch hinweisen, denn sie war nahezu unbemerkt: das neue Einsatz-Zentrum für das Rote Kreuz wurde fertiggestellt. Die Stadt finanziert hier auch mit 12 Mill. S! Es hat insges., glaube ich, 32 Mill. S gekostet. Es handelt sich hierbei um eine wichtige Einrichtung für die Bürger dieser Stadt. Ich ordne das ebenfalls dem sozialen Bereich zu und danke jenen, die dort idealistisch im Einsatz sind und schauen, daß unsere Bürger versorgt sind.

Heim- und Hauskrankenpflege - im vergangenen Jahr ist ein neuer Stützpunkt entstanden. Hier haben wir auch die Kosten für die Sonn- und Feiertagstätigkeit übernommen. Auch das ist eine wichtige Erweiterung im soz. Bereich. Die Gesch. Werkstätte - das habe ich heute schon angesprochen - ist ein sozialpol. Meilenstein.

Die Kindergärten haben ein ambitioniertes Programm. Mit der Fabriksinsel haben wir einen Schritt vorwärts gemacht. Heute hat Koll. Bachner Münchenholz angesprochen. Ich gebe ihm recht, die KG Puschmannstr. und Leharstr. müssen substituiert werden. Auch noch der KG in der Promenadenschule. Das sind derzeit unsere KG, die nicht so schön sind, wie wir es gerne hätten. Allerdings sollten - aus pädagogischen Gründen - vom Land und von unseren Kindergärtnerinnen aus nicht mehr als 6 Gruppen gebaut werden. Wir werden jedoch mehr als 6 brauchen, daher müssen wir uns das noch überlegen.

Zum Sport wurde sehr viel gesagt. Die Überdachung der Kunsteisbahn wurde realisiert. Roman, über das Bad möchte ich nichts mehr sagen. Zu diesem Thema wurde schon so viel gesagt. Es freut mich wirklich, daß Du diese Kehrtwendung geschafft hast. Leicht war es nicht für Dich, aber wir werden uns bemühen müssen, daß wir das vorantreiben. Jetzt liegt es einmal beim Land. Wir werden

rd. 40 Millionen für diese Renovierung aufbringen müssen. Das wird uns in dieser Budget-Situation - und in der nächsten Jahre - sicherlich nicht leichtfallen.

Die Gesprächskultur ist schon wichtig, wenn man schwierige Probleme miteinander bewerkstelligen möchte. Das haben einige angesprochen, Koll. Holub vielleicht am intensivsten und am tiefeschürfendsten. Ich pflichte dem schon bei. Aber die Ausführungen des Koll. Pfeil gehen schon ein wenig in Richtung Demagogie und Populismus! Ich kann mir nicht verkneifen, das zu sagen - sanft und einfühlsam natürl., wie es meine Art ist, aber doch. Volkssozialistische Einheitspartei - naja!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das Privatisieren im Bereich Wi-Hof und so - da kann ich nur sagen, wir haben uns Angebote angesehen, die der Wi-Hof gemacht hat. Sie waren voll konkurrenzfähig und haben Betriebe aus der Privatwirtschaft sozusagen aus dem Bewerb "hinausgeschmissen". Wir arbeiten dort sehr gut; das soll auch einmal gesagt werden. Es gibt Bereiche, wo wir vielleicht nicht so gut arbeiten. Aber genau diese Bereiche sind manchmal privat überhaupt nicht zu führen - nämlich mit diesen Leistungen

und zu diesen Bedingungen. Verkehrsbetriebe privatisieren - ich habe das schon einmal gesagt. Wie werden wir denn das machen? 30 Autobusse haben wir. Werden wir sie alle um 30 Schilling an einen Privatunternehmer verkaufen. So etwas wird auf diese Art gemacht. Das erste, das er tut - der Hr. Trinko, der Hr. Auer oder sonst einer: er würde wahrscheinlich den Bediensteten einmal den Kollektivvertrag für Handel, Transport und Verkehr vorlesen. Da würden sie ganz schön erschrecken! Das stört manche nicht, ist aber auch ein sozialer Rückschritt. Dann würde er schauen, wie die Fahrgast-Frequenzen sind - welche Linien können wir denn bedienen, bitte sehr? Wird dann das Angebot noch lukrativ sein? Geht das in die Richtung, die wir wollen und wo wir die "weißen Flecken" in der Versorgung wegbringen wollen? Er wird dann wahrscheinlich die eine oder andere Linie einstellen! Es wird eine Entwicklung geben, daß die Tarife - ohne unser Zutun und ohne große Debatte - nach oben gehen! Wer glaubt, ich male hier "den Teufel an die Wand", der soll in vergleichbare Städte im Westen schauen; da kann man das genau nachprüfen. Ich nenne keine Namen.

Außerdem ist an einem Samstag oder Sonntag überhaupt nicht viel los. Wir konnten ja diese extremen Privatisierungen an amerik. Beispielen genau

verfolgen. Es ist aber nicht mehr lustig, wenn der "Grey Hound" nicht wegfährt, weil nur mehr 10 Leute im Bus sitzen und das kein Geschäft ist. Da sollten wir uns schon überlegen, wer dann nicht von einem Ort zum anderen kommt. Das sind nämlich sicher nicht jene, die es sich leisten können, mit dem PKW diese Distanzen zurückzulegen. Das war nur ein kleiner Ausflug in den Bereich.

Ich habe mir sagen lassen, daß die amerik. Telefongesellschaften nicht einmal eine Telefonverbindung herstellen, wenn man keine "Credit-Card" in der Tasche hat! Das ist aber dann peinlich, wenn man kein Geld hat und nicht einmal mehr telefonieren kann. Hier sind viele Momente mitzubedenken. Ich wollte eigentl. nur darauf hinweisen, daß wir uns die Töne ein wenig überlegen sollten.

Es ist eigentl. schon eine General-Linie aus dieser Zeitung oder aus den Ausführungen des Hr. Dr. Pfeil herauszulesen. Wenn ich beispielsweise diese Zeitung so aufschlage: Der Bürgermeister urlaubt. Erstens einmal, wenn ich mich auf Urlaub befinde, ist das ein Gebührenurlaub - der gebührt mir! Das tun auch andere! Da gibt es nämlich ein Statut und eine GO, wo drinnen steht: wenn der Bgm. auf Urlaub ist, dann ist der Vbgm. der Bgm. Dieser vertritt ihn und kann diese Aufgabenstellung erfüllen. Wenn er auch nicht anwesend ist, wären Sie an der Reihe. Was

soll's?! Das ist an und für sich ganz klar geregelt.

Ich möchte bemerken - und das ist der feine Unterschied -, daß auch andere Koll. nicht immer da sind - Sie ebenfalls! Die Leute kommen zum Sprechtag, finden eine verschlossene Türe vor - das ist auch bei StS-Mitgliedern schon vorgekommen. Die Leute gehen dann ins Bgm.-Büro - dort ist immer jemand anwesend - und beschweren sich bitter. Wir entschuldigen uns dann für die anderen Koll., daß sie vielleicht einmal nicht die Gelegenheit hatten, das zu signalisieren und etwas dazwischen gekommen ist. Das ist unsere Art, mit diesem Problem umzugehen! Weil es nämlich wichtig ist, daß die Stadtverwaltung nach außen hin schon dem Bürger zeigt, daß wir für sie da sind. Die Organisation sollte funktionieren, und wenn einer nicht da ist, sollte ein anderer diese Aufgabenstellung übernehmen.

Was die Vorbildfunktion und die Bezüge anbelangt: Mein Gott, über Bezüge kann man schön diskutieren und lange streiten. Ich kann mich erinnern, daß wir voriges Jahr so eine Diskussion hatten. Da waren manche der Meinung, die StS-Mitglieder sollten eher etwas mehr verdienen. Da haben Sie auch dazugehört. So etwas sollte sich jedoch auszahlen, sonst hat es keinen Sinn! Es ist nicht dazu gekommen.

Heute liegt ein Antrag vor, der bedeutet, daß überhaupt nichts

mehr geschehen soll. Es ist ein sehr großer Unterschied, von wem man redet. Wenn man vom Bgm. spricht - der verdient ja in den Statutarstädten bzw. in Steyr wirklich sehr gut - ich bestreite das nicht. Wenn auch nicht so gut, wie es Hr. Mundorff in diesem Artikel geschrieben hat. Er hat um 400.000 S zuviel hineingenommen - übrigens auch beim Hrn. MD. Er hat es nicht richtig gerechnet, aber er ist natürl. kein Gehaltsexperte. Ich stelle das nur fest, man muß ja über alles reden können.

Noch etwas möchte ich bemerken. Die Vizebürgermeister verdienen weniger, aber auch nicht so schlecht. Beide bekommen dasselbe, aber die Anwesenheit und der Aufwand sind doch rel. unterschiedlich. Hier orte ich auch eine gew. Ungerechtigkeit! Die StS-Mitglieder haben wesentl. weniger als in vergleichbaren Städten. Die Gemeinderäte sind verhältnismäßig wirklich unterdotiert, wenn wir uns die Aufgabenstellung ansehen. Das war jedenfalls auch die Meinung von Leuten, die das objektiv betrachtet haben. Man kann auch der Meinung sein, daß man es ehrenamtlich macht, aber es gibt immer weniger, die das tun. Es ist nämlich auch mit einem Aufwand verbunden. Gerade jene, die es sich am wenigsten leisten können, können so leicht verzichten!

Damit möchte ich noch einmal zur Bürgermeister-Entschädigung

kommen. Diese wurde in einer anderen Zeit fabriziert. Ich würde so etwas nicht machen, wenn ich mitsprechen könnte, wie ein Bürgermeister-Bezug sozusagen aussehen soll. Ich sage das ganz offen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie können es ändern!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte das deswegen bemerken, weil hier offenbar der Durchblick und die Information fehlen. Manche machen daraus ein Tabu, und andere machen daraus eine Debatte, die geeignet erscheint, um in mir Neidkomplexe zu wecken. Ich habe erstens einmal nie einen Schilling mehr bekommen als meine Vorgänger. Und ich möchte auch nicht sagen, daß ich unbedingt weniger haben möchte. Das sieht ja aus, als könnte ich es nicht so gut! Das möchte ich auch nicht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die andere Seite ist die, daß die Sozial- und die Pensionsversicherung anders bemessen werden. Bei der Bgm.-Entschädigung sind alle Beträge drinnen - nämlich auch die Dienstgeber-Beträge, die normalerweise nicht in einer Berechnung enthalten sind, wenn

man beispielsweise von Löhnen oder Gehältern spricht. Ich kann Euch heute sagen - weil ich diese Debatte in ein klares Licht bringen möchte -, daß der Bgm. von Steyr netto ca. 72.500 S verdient. Netto, bitte sehr! Die Arbeitszeit ist jedem bekannt, das dauert ein bißchen länger als normal; vieles fällt in die Abend- bzw. Nachtstunden und natürl. auch auf Samstage und Sonntage. Eigentl. möchte ich sagen, daß hier ganz klar ausgewiesen ist, daß ein gew. Aufwand entsteht, der mit dieser Funktion verbunden ist. In den vielen Gliederungen, Verbänden und Vereinen entsinnt man sich darauf, daß der Bgm. nicht schlecht verdient und hält ein bißchen die Hand auf. Das ist auch richtig so und soll ruhig so sein. Es entsteht also ein gew. Aufwand, der auch abgegolten und natürl. besteuert wird. Wenn dann zum Schluß 72.000 S übrig bleiben, und von diesem Betrag der Aufwand weggerechnet wird, dann verdient der Bgm. der Stadt Steyr netto ungefähr 3,5 bis 4 Mal so viel wie z. B. ein Akkordarbeiter in den Steyr-Werken. So in etwa sieht das aus! Damit Sie nicht glauben, ich mache hier ein "LARI-FARI", habe ich einen Lohnzettel aus diesem Jahr mitgenommen. Den schenke ich Ihnen, Hr. Dr. Pfeil. Vielleicht geben Sie ihn an Ihren Koll. Obmann Mundorff weiter - er soll das ruhig einmal in der nächsten Postille im Original abdrucken und vielleicht auch

den von Ihnen dazugeben. Bei Ihnen ist ja das ein "Zubrot". Bei dieser Gelegenheit sollte das der Bevölkerung ganz offen dargelegt werden - dann wäre diese Diskussion ehrlich! Dagegen hätte ich nichts, denn so sollten wir sie nämlich auch führen.

Wenn auf der nächsten Seite wieder diese Wartehäuschen-Debatte fortgesetzt wird, dann sollten wir doch sagen, daß bezügl. der Ankündigungsabgabe später eine Erklärung erfolgt ist, und der Gemeinde ein Schaden entstanden wäre. Die Ankündigungsabgabe ist gesetzl. festgelegt! Das war überhaupt kein Gegenstand in diesem Vertrag! Natürl. muß jeder die Ankündigungsabgabe bezahlen. Aber Sie haben gesagt, Sie bezahlen sie nicht. Deshalb haben die dann eine Erklärung geliefert, daß es selbstverständlich bezahlt wird. Das war nie in diesem Vertrag enthalten.

Aber das Wesentlichste ist eigentlich, daß der Werbering für das ganze heurige Jahr einen Vertrag hat, und daß es heuer mit keiner anderen Firma solche Wartehäuschen hätte geben können. Jetzt haben wir das Problem - das las ich vor kurzem in der Zeitung -, daß noch nicht alle stehen. Daran ist natürl. wieder der Bgm. schuld - oder der Werbering. Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren, daß der Bgm. nicht schuld ist. Der Werbering hat diese Wartehäuschen geordert; und bei der Firma in Ried liegen alle

diese Häuschen und könnten jederzeit aufgestellt werden (bzw. wären sie schon aufgestellt worden). Es hat sich jedoch herausgestellt, daß das Problem bei den Grundstücken liegt. Viel mehr Grundstücke werden benötigt, weil mehr Wartehäuschen aufgestellt werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Diese Grundstücke befinden sich jedoch nicht im öffentl. Gut oder im Besitz der Stadt. Die Gespräche und Verhandlungen mit den Grundeigentümern haben offensichtlich noch nicht zu einem derartigen Ergebnis geführt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Ich stelle nur fest - das sind meine Informationen von den Stadtwerken! Hier sind zum Teil noch Grundverhandlungen notwendig, die meiner Meinung nach zu spät eingeleitet wurden. Mir geht es jedenfalls darum, daß diese Häuschen endlich stehen!

Wenn dann noch steht, der Bgm. kauft Bilder - so in der Art, als würde er in eine fremde Kasse hineinlangen.

Die Bgm. der Stadt Steyr haben immer das Kultur-Ressort verwaltet. Das kann gut gewesen sein oder schlecht. Als wir das bei der letzten Geschäftsverteilung abgegeben haben, konnten wir uns nicht

ganz leicht davon trennen. Aber wir haben dies eigentl. als ein Zeichen der "ausgestreckten Hand" verstanden. Das Angebot für die Zusammenarbeit! Das Einbinden aller pol. Kräfte - auch in die Arbeit in der Gemeinde!

D. h. noch nicht, Hr. Dr. Pfeil, daß ich jetzt als Bgm. mit Kultur nichts mehr zu tun habe und ausgegrenzt werde. Aber beileibe nicht! Wenn Sie ein ganzes Jahr lang Ihr Budget auf diesem Sektor nicht strapazieren und diese Gelder nicht ausgeben, dann ist das, wie in jedem anderen Bereich auch, genau derselbe Fall: im Nachtragsvoranschlag wird ausgeglichen zw. den Überschreitungen und dem, was stehengeblieben ist. Da werden oft große Beträge stehenbleiben - das ist auch gut so, sonst könnten wir die Überschreitungen nicht finanzieren. So war es in diesem Fall auch. Niemand hat irgendwo hineingegriffen!

Ich habe mir jetzt genau angesehen, was ich denn auf diesem Sektor alles verbrochen habe, Hr. Dr. Pfeil. Ich habe festgestellt, daß ich zwei Fotos gekauft habe. Eines zu 8.500 S - von einem preisgekrönten Fotografen. Das Einrahmen und Vergrößern hat 2,5 Mal soviel gekostet als das Foto. Hier brauche ich nichts näher erläutern. In weiterer Folge habe ich von einem Aussteller der Kunstgruppe Steyr um 3.000 S ein Bild gekauft. Ich glaube, sogar Hr. Koll. Lengauer war

dabei, als wir gesagt haben, daß wir diesen Künstler unterstützen und so ein Bild ankaufen. So war das! Ich weiß, das paßt Ihnen nicht, Sie wollen nur vom Attersee und sonst wo kaufen! Nicht wahr? Aber darüber kann man auch anderer Meinung sein. Junge Künstler, Leute, die sich selbst entfalten und hier in Steyr ausstellen - ich betrachte das positiv. Sie sollen auch eine kleine Unterstützung erfahren. Dann waren wir bei einer Vernissage. Da haben wir von einem Eisenerzer, der im Rahmen der Städtepartnerschaft in der BAWAG ausgestellt hat, auch einige billige Bilder (um 2.000 S) gekauft. Das war's aber schon! Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, Hr. Dr. Pfeil. Ich habe mir fest vorgenommen, diese Politik auch in der Zukunft fortzusetzen! Wenn wir glauben, daß wir dort und da einmal einen Künstler unterstützen sollen, wenn er ausstellt - auch wenn er noch nicht so berühmt ist -, dann werden wir das natürl. tun! Das wird sich wohl die Stadt auch leisten müssen. Eines sage ich noch: Sie müssen auch die "Überzieher" - nicht nur das, wo Sie etwas stehengelassen haben im Budget, sondern auch die "Überzieher" - herausstreichen. Wenn es auch vielleicht nicht immer Ihre Ideen waren - z. B. Schloßgalerie. Hier sind Sie ohnehin "drauf", aber das haben wir erst später realisiert, weil Ausstellungen

geplant waren. Das war in Ihrem eigenen Bereich!

Wenn wir aber die Schloßbibliothek nehmen - hier haben wir 1,5 Mill. S ausgegeben. Nur 300.000 waren im Budget.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich gesagt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ist aber ein kulturelles Highlight, oder?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hab' ich gesagt! Aber leider nicht im Kulturausschuß oder -beirat!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sag's ja nur! Wir haben hier überzogen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe in den Budgetverhandlungen für 1993 erwähnt, daß 300.000 S ein wesentl. zu geringer Ansatz sind.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das macht ja nichts, aber überzogen haben wir! Darum geht es! Nicht wahr? Außerdem war es im Kulturbereich. Anstatt daß Sie sich freuen, machen Sie dann irgendwo eine sehr ungleichgewichtige Betrachtung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Zwischenruf sei mir noch gestattet.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Selbstverständlich!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., Sie haben - unter Ausschaltung des Kulturausschusses - das per Bürgermeister-Verfügung im Frühjahr durchgezogen! Deshalb kam es zu dieser Kreditüberschreitung. So ist es!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Naja, manchmal muß man etwas durchziehen! Wenn ich mir überlege und berichten lasse, haben sich hier schon Bgm. Weiss und Bgm. Schwarz sehr bemüht, diese Bibliothek aufzusperren. Sie haben sogar die Damen und Herren Minister in Steyr gehabt. Damals waren eben die Umstände nicht so günstig. Die gute Chance, die sich ergibt, kommt nicht gleich wieder. Da muß man es realisieren! Es gibt nämlich nichts Gutes, außer man tut es! Das gilt auch für das Budget.

Wenn man manchmal bei Verhandlungen oder in Gesprächen in diese Richtung tendiert, einen Alleingang zu machen, dann muß man schon wissen, ob das auch mehrheitsfähig ist. Ich freue mich sehr darüber, daß alle diese

Entscheidungen, die wir getroffen haben und wo es teilw. schwierige Verhandlungen gab, auch mehrheitsfähig gewesen sind. Ich danke allen, die dann mitgestimmt haben. Es waren ja nahezu überall einstimmige Beschlüsse. Ich würde mich freuen, wenn dies beim Budget auch so wäre - wenngleich es momentan noch nicht so aussieht!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke für den Vortrag. Als nächster Debattenredner ist Hr. Koll. Rohrauer am Wort.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürl. rel. schwierig, nach dem Hrn. Bgm. - der über diese großen Projekte berichtet hat - über "Kleinigkeiten" zu sprechen. Ich nehme als Anlaß die heutige Steyrer Zeitung, wo einiges über den Resthof drinnen steht. Ich möchte hier dem GR einiges kundtun bzw. ersuchen, behilflich zu sein!

Wie Sie wissen, wurden vor 21 Jahren - also 1972 - die ersten Wohnungen im Resthof gegründet. Es war schwierig, einen Arzt hinzubekommen; es war schwierig, ein Geschäft hinzubekommen. Und es ist offensichtlich noch schwieriger, eine Apotheke hinzubekommen. Wir hätten seit 1982 - hätte es einen Bgm. Weiss und einen befreundeten Apotheker nicht gegeben - bereits eine Apotheke

im Resthof. Aus diesem Grund ersuche ich Dich, Hr. Bgm., vielleicht an die Apothekerkammer heranzutreten wegen einer Apotheke in unserem Stadtteil Resthof - mit immerhin 3.800 Einwohnern!

Ich weiß, daß die Apothekerkammer einen ähnlichen Einwohnersatz von etwa 6.000 im Einzugsgebiet hat, daß überhaupt eine Apotheke errichtet werden kann.

Gerade in der "Blauen Postille" wurde wiederum - Koll. Zagler und einige andere Redner haben das auch gefordert - die Schule im Resthof erwähnt. Unserer Fraktion war es seit langer Zeit klar, daß eine Schule notwendig sein wird. Jetzt gerade erst richtig, wenn wir wissen, daß die Schülerfreifahrten

möglicherweise abgesetzt und somit kostenpflichtig werden - was Taschelried und Gleink betrifft. Ich glaube, es wird erst morgen ausgestanden werden, ob es soweit kommt oder nicht!

Die Notwendigkeit von Schulen - hier möchte ich dem Koll. Pfeil etwas zu den Zusatzanträgen der FPÖ sagen - ist sicherlich gegeben. Ich habe mir kurzfristig die Kinderzahlen geben lassen. Von 0 bis 3 sind es 248 Kinder, von 4 bis 5 sind es 155 Kinder, von 6 bis 14 = 739 Kinder. Also ein ganzer "Schwung" Kinder - nämlich über 1.000 -, die schulpflichtig sind bzw. in den nächsten Jahren schulpflichtig werden.

Was ich aber aus dieser Postille der FPÖ gelesen habe: es soll sehr wohl eine Schule im Resthof errichtet werden, aber Koll. Götz verlangt den Bau dieser Schule auf den Knogler-Gründen. Die Knogler-Gründe sind bekanntlich hinter Weindl und über Taschelried in der Senke drinnen - somit ungeeignet, daß eine Resthofschule dort errichtet wird. Das wollte ich eigentl. auch noch sagen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Ich gebe den Vorsitz an den Bgm. zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hr. Dr. Tilman Schwager das Wort.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, liebe Damen und Herren vom GR! Die fortgeschrittene Stunde läßt mich von meinem Vorhaben abkommen, hier eine Budgetrede von 2 Stunden zu halten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Den Bruchteil davon zu rechnen, überlasse ich Ihnen dann, wenn ich fertig bin. Leider ist im Augenblick unser StR Zagler nicht da, aber ich wollte ihn nur

vergewissern, daß es von uns keineswegs eine Mißachtung seiner Arbeit ist, daß wir dieses Mal dem Budget nicht zustimmen werden. Genauso, wie ich auch nicht anstehe, der Beamtenschaft für die Ausarbeitung dieses Werkes zu danken. Aber das Budget ist natürl. ein pol Kredo - es ist eine Art Programmatik in einem Budget vorhanden. Wir haben dieses Mal unsere anderen Gedanken dazu vorgetragen und werden dazu auch im Abstimmungsverhalten stehen. Voriges Jahr war ich sehr bemüht, die Zustimmung zum Budget bei uns zu verifizieren. Das ist auch größtenteils gelungen. Es ist natürl. dann schwer, wenn man im Rahmen des Nachtragsvoranschlages feststellen muß, daß das, was man eigentl. zunächst mittragen wollte, letztlich nicht durchführbar war. Wir sind daher davon ausgegangen, daß in manchem, wo sich sparen ließe, diesem Grundsatz nicht entsprechend Rechnung getragen wurde, und daß man - wie einst in guten Zeiten - leider zuviel ausgegeben hat; nämlich so weit, daß das Budget bald nicht mehr finanzierbar ist.

Es wurde von einem antizyklischen Budget gesprochen. Nur das ist nicht antizyklisch! Das Problem ist, daß man in guten Zeiten sparen sollte und in schlechten Zeiten - wie diesen - bei best. Punkten dort ausgeben sollte, wo es sich rechnet. Wir haben Sparvorschläge

teilw. sehr konkret vorgetragen - zum Formellen muß ich sagen, daß es sicher nicht so gehen wird, wie Hr. Vbgm. Sablik in seiner launigen Art gemeint hat, daß wir die Anträge auf einmal in die "runde Tonne" werfen. Es wäre ja durchaus vorstellbar, daß jeder der einzelnen Anträge auch anderes Abstimmungsverhalten beim einen oder anderen zeigen könnte. Ich glaube nicht, daß wir von vornherein sagen können, das sind Freiheitl. Anträge, und die "schmeißen" wir in einem weg. Ihre Stellungnahme hiezu bleibt Ihnen ohnehin unbenommen, das ist ganz klar, aber wir dürfen auch auf diesen kleinen formellen Hinweis nicht verzichten.

Das Deficit-Spending, das ich hier schon angesprochen habe, stellt sich für uns, in unseren Budget-Vorstellungen bes. dar: nämlich einerseits in unserem Verlangen, daß im Referat von Freund Eichhübl das Gasleitungsnetz dementspr. ausgedehnt werden sollte. Wir haben damit die besten Erfahrungen gemacht, was die Rentabilität dieser Investitionen anlangt. Wir wissen, daß sich diese Investitionen schnellstens rechnen. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, und ich komme natürl. - wenn man sich auf der Rednerliste so weit hinten anstellt - in die Gefahr, hier manches Argument zu wiederholen. Dadurch werden ja auch Nebeneffekte erzielt, als nämlich Baufirmen beschäftigt

sind; eine eigene Rohrleitungsfirma haben wir bekanntlich auch in Steyr, die sich darauf spezialisiert hat. Das wäre an sich sehr wesentlich. Genauso wäre in Richtung Deficit-Spending ein entspr. Budget-Ansatz gewesen, was die citynahe Parkgarage, nicht nur in einem kleinen Planungspunkt, sondern die Fertigplanung einmal ungefähr kostenmäßig erfassend betrifft. Und nachdem dieses Problem uns ja bes. dringend erscheint, daß man auch hier schon über die Planung hinausgeht; daß wir allenfalls eben Kosten einer Ausschreibung und allenfalls auch schon einen Teil der Baukosten hineinnehmen. Das wäre meines Erachtens Schulden machen am rechten Fleck! Das wäre meines Erachtens Deficit-Spending - so, wie es die Wirtschaft versteht. Ich gebe unserer Kollegin Riki Mach gerne recht, daß wir - es wurde auch schon von anderer Seite gesagt - die Klein- und Mittelbetriebe fördern sollen, daß wir unsere Wirtschaft nicht "tot-" und "krankjammern" sollen. Das wurde in dieser Hinsicht von mehreren Seiten richtig argumentiert. Es tut weh, wenn wir dann von der Kaufmannschaft in Steyr ein Schreiben bekommen, das deren Interessen eigentl. sehr entgegenkommt. Dieses Schreiben kommt ausgerechnet von der hier hausinternen Gewerkschaft. Sinngemäß - ich habe es heute leider nicht bei

mir, das letzte Mal hatte ich es mit für die Aktuelle Stunde, aber dann haben wir es sein lassen - entweder Ihr gebt uns 10 % oder wir kaufen - das ist jetzt fast wörtlich - wie bisher auch künftighin in Linz, Wels oder in anderen Einkaufszentren. Das war zumind. stilistisch, wenn nicht inhaltlich mehr als mißglückt! Das ist etwas, das unsere Steyrer Wirtschaft wirklich nicht braucht. Für derartige Rundschreiben hat eben einmal ein Wirtschaftstreibender kein Verständnis. Das ist durchaus klar!

Genauso hat die Steyrer Wirtschaft dafür kein Verständnis, daß an einer Ortseinfahrt von Steyr eine Riesentafel prunkt, daß man doch in Wels einkaufen möge. Finden Sie das richtig? Aber - wie gesagt - nicht "krankjammern" ist unsere Absicht, sondern wir wollen versuchen, auch in diesen schlechten Zeiten das pos. Denken weiter zu fördern.

Wir müssen auch im Rahmen des Tourismusgedankens weiterdenken als diesen Christkindlmarkt, den wir hier erleiden, und der - wie ich schon einmal gesagt habe - in seinem Outfit einer zwar mit Reisig versehenen, aber doch sehr typischen U-Bahn-Baustelle ähnelt. Wobei aber das Pech ist, daß von dieser U-Bahn-Baustelle nie eine U-Bahn herauskommen wird. Es läßt sich hier sicherlich stilistisch noch viel machen.

Die Postbus-Geschichte will ich gar nicht erwähnen. Ich kann nur sagen, das Einzige, das zu den Japanern wirklich hinübergeklungen ist - nachdem sie ja an sich sehr musikalische Leute sind -, ist der Klang des Posthorns. Sehen Sie das alles bitte positiv.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, hier an dieser Stelle versichern, daß dies meine letzte Wortmeldung in diesem Jahr war und Ihnen von ganzem Herzen und aufrichtig alles Gute zu den Feiertagen und ein Prosit 1994 wünschen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Hr. Dr. Pfeil zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei meinem Fraktionskollegen Dr. Schwager, daß er dem Wunsch nach einer getrennten Abstimmung über die vorliegenden Abänderungs- und Zusatzanträge Rechnung getragen hat, sodaß wir das getrennt abstimmen können.

Ich möchte nun auf die vielen Wortmeldungen - insbes. auf die Wortmeldungen des Koll. Schloßgangl, des Hrn. Vbgm. Sablik, des Hrn. StR Holub, des Hrn. Dir. Lengauer, des Hrn. Mag. Philipps und ganz bes. des Hrn.

Bgm. - nicht näher eingehen. Es gäbe noch viel zu sagen. Ich bitte um Verständnis dafür und hebe mir das für das Jahr 1994 auf.

Ich möchte auch meine letzte Wortmeldung im Jahr 1993 in diesem GR zum Anlaß nehmen, Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, alles Gute für das Jahr 1994 und vorerst ein gutes Weihnachtsfest zu wünschen! Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Keine weitere Wortmeldung ist vorliegend, daher bitte ich um das Schlußwort des Finanzreferenten.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Es wäre natürl. verlockend, auch hier mit den Weihnachts- und Neujahrswünschen das Schlußwort zu substituieren - ich kann es aber leider nicht. Ich habe schon noch einige Ausführungen vorzubringen und bitte, mir nicht nur geduldig zu lauschen, sondern vor allem auch die Aussagen entspr. nachzuvollziehen.

Hr. Dir. Lengauer hat mir aus dem Herzen gesprochen, wenn er davon ausgeht, gegenseitige Achtung wäre schön, wenn wir sie uns entgegenbringen. Es wäre wirklich schön, aber es ist natürl. bei Angriffen oder bei Wortmeldungen sehr schwierig, die oftmals so an der Realität vorbeigehen - und was mich

noch mehr schmerzt, die so oft an der Wahrheit vorbeigehen. Wir haben heute über viele Probleme gesprochen. Letztlich sind wir aber da, um die kommunalen Probleme in unserer Stadt zu lösen. Klarerweise ist die Umwelt hier nicht auf unserer Seite. Und ich kann mich noch erinnern, vor wenigen Tagen war in den Nachrichten, glaube ich, ein Haderer-Cartoon mit der Zeichnung: "Hurra, wir sind Krisenregion!", die, glaube ich, alles am besten zitiert und darstellt.

Zum Budget darf ich sagen, daß Prof. Stiegler, der an der Univ. in Linz tätig ist, seinerzeit schon für die SDP AG eine Dissertation und eine Wissenschaftsarbeit, eine Habilitation zum Thema "Anpassung an die Krise" geschrieben hat. Auch für unsere Kommune, die ja auch ein Betrieb ist - allerdings kein Profit-Betrieb, sondern leider ein Non-Profit-Betrieb -, kann man hier sehr viele Dinge ableiten. Diese Ableitungen habe ich versucht, über die Budget-Zusammenstellung zu geben. Es geht eben auch in Non-Profit-Betrieben nicht so, daß man nur mit der Vergrößerung von Defiziten Erfolge haben kann, daß man hier Investitionen reklamiert, ohne das Gesamtunternehmen im Auge zu haben. Das richtet sich einmal primär an meinen diesbezügl. permanenten Kontrahenten, an Koll. StR Eichhübl. Ich habe mir

hier eine Kopie der Entwicklung der Zahlen in den Verkehrsbetrieben gemacht. Wenn man in den 70er Jahren so schaut, wie die untere Linie - das ist der Verlust - und die obere Linie - das sind die Kosten, das Personal betreffend - noch halbwegs gleichmäßig liefen, ist in den letzten Jahren - und vor allem in den letzten beiden Jahren - diese Schere so auseinander geklafft, daß die Darstellung ist, daß wir im Jahr 1993 mit rd. 28 Mill. S an Abgang rechnen werden müssen. Der Verlust 1992 war noch 22 Millionen; der Verlust für das Jahr 1994 ist mit 32,2 Millionen in den Voranschlag der Stadtwerke ausgewiesen. Wenn Du in den Voranschlag hineinschaust - vielleicht machst Du es, Roman -, wirst Du dort nur 31,1 Mill. S lesen. Man muß aber die Weiterleitung der Grundleistung von 1,1 Mill. S addieren. 32,2 Millionen - von diesen 32,2 Millionen kann das Gaswerk, der Gasbetrieb nur mehr etwa 14 Mill. S an Verlust-Zuwendung geben. Deswegen war auch in unseren Verhandlungen - Roman, Du warst ja selbst anwesend - das Gespräch darauf zurückzuführen, wie bei allen anderen Referenten auch, nämlich vom ursprüngl. Wunsch, wo das gesamte Volumen des ao. H. 330 Mill. betragen hätte, auf ein Drittel - sprich auf 130 Millionen - zu reduzieren. Ich habe schon einige Male ausgeführt - zuletzt hier im GR,

vor allem bei der Vorstellung des Nachtragsvoranschlages - , daß es nicht in allen Bereichen gelingen kann, hier zu reduzieren. Weil entweder eine ganze Leistung, eine Gesamtleistung Aufnahme finden kann oder eben überhaupt keine Leistung Aufnahme finden kann.

Wir haben dann diese Investitionswünsche und Verlustabdeckungs-Wünsche angeschaut. Hier sind von 46,85 Mill. 16,85 Mill. übrig geblieben, die wünschenswert gewesen wären, zu finanzieren. In diesen 16,85 Mill. S steckten 8,6 Mill. S Verlustersatz Bad und Eislaufplatz drinnen. Es waren weiters enthalten: Ausgaben f. Brunnenschutz-Planung, für das Bad und 7,75 Mill. Investition für die Stadtwerke. Richtigerweise hat Roman auch gesagt, daß diese 7,75 Millionen in unserem gesamten Voranschlag nicht mehr drinnen waren. Aus dem Grund, weil die Finanzierung nicht gesichert ist; weil es hier zu dubios wäre, in der Geschäftsführung so weiter zu machen, wie dies begonnen wurde.

Der Kontrollamts-Direktor ist jetzt nicht mehr unter uns - ich weiß schon, daß die Stadtwerke von einem Wirtschaftsprüfer, von Dr. Reinhard Schwarz, geprüft werden, der die ziffernmäßige Richtigkeit feststellt; und der auch keine dramatische Entwicklung in dem Sinn feststellt, wie Karl Holub vor einiger Zeit einmal gesagt hat, die

Stadtwerke müßten Konkurs anmelden, weil wir alle wissen, daß die Stadtwerke nicht in Konkurs gehen können. Aber wäre das ein privatwirtschaftl. geführter Betrieb, wäre der Konkursrichter schon eingeschaltet. Das ist mein Appell hier an das Kontrollamt, auch mitzuhelfen, diese gefährlichste Entwicklung in diesem Bereich unserer Dienstleistungen zu stoppen, dort Einhalt zu bieten. Das kann auf versch. Art und Weise gemacht werden. Ich will jetzt nicht 100 Patentrezepte geben, aber einerseits kann das gemacht werden durch Tarifregulierungen. Andererseits kann es gemacht werden durch Leistungs-Einschränkungen. Und drittens - das ist das, Roman, was mich am meisten in Deiner Arbeit hier herinnen enttäuscht - könnte es auch sein, daß man die Ressourcen des eigenen Betriebes besser ausnutzt. Ich habe Dir vor 2 Jahren beim Budget und voriges Jahr neuerlich gesagt, mach' doch endlich etwas mit den Altbaugebieten beim Gasnetz; hier liegen die Rohre, sind längst bezahlt, sind längst finanziert, machen wir eine Aktion - befristet auf zwei Jahre oder auf einen best. Zeitraum -, die Altbaugebiete anzubieten und dort Anschlüsse zu einem begünstigten Tarif - vielleicht zu 50 % der Anschlußgebühren - zu bekommen. Der Gasverkauf kommt sofort in die Taschen und würde bei einer geschätzten Zahl

von etwa 100 bis 200 Anschlußwerbern einen Betrag hereinbringen, der innerhalb von 5 Jahren die Amortisation dieser 7,75 Mill. S mit sich bringen würde.

Das wären Vorschläge, die vielleicht auch in der Leitung der Stadtwerke besser vorbereitet werden könnten, die aber vor allen Dingen in Deine pol. Verantwortung als Referent hineinfallen.

Ich würde vorschlagen - zuerst habe ich daran gedacht, einen Zusatzantrag zu formulieren -, daß wir uns im Kommunalausschuß oder in einem Unterausschuß zu diesem Kommunalausschuß, der sich beispielsweise auch beim APT bewährt hat, sowohl über die Tarifstruktur als auch über diese Erdgas-Altgebiete-Aktion als auch über ev. Reduktionen beim Angebot der Verkehrsmittel unterhalten und zu seriösen "Dingen" kommen.

Es ist ja wirklich ein frivoles Spiel, was hier "aufgeführt" wird. Auf der einen Seite beschimpft Ihr die Stadtwerke - und in diesem Sinne auch uns mit -, daß bei den Tarifen, die das Krematorium betreffen, seit 13 oder 14 Jahren nichts gemacht wurde. Auf der anderen Seite seid Ihr aber bei den Verkehrsbetrieben nicht bereit, die längst notwendige Kaufkraft-Anpassung vorzunehmen. Das ist das, was mir an den Stadtwerken wirklich mehr als sauer "heraufstoßt"!

Ich habe bei meiner Eröffnungsrede zum Budget einleitend auch schon auf das hingewiesen, was mich verwundert - das stoßt mir nicht so herauf, aber es verwundert mich. Nämlich diese plötzliche und rapide Erhöhung des Investitionsbedarfes innerhalb von 3 Monaten - von 12 Mill. auf 18,5 Millionen S. Ich habe Dich gebeten, das vielleicht aufzuklären; ich habe Dir auch gesagt, daß hier vielleicht schon die Verrohrung des Stadtgut-Areals mit inkludiert ist. Leider habe ich von Dir nichts in diesem Zusammenhang gehört.

Wenn wir zu den Kulturbereichen kommen, möchte ich auch ein paar Dinge richtigstellen. Das eine ist, uns oder mir als Budgetersteller immer wieder vorzuwerfen, ich hätte zu wenig Augenmerk auf die Dotierung der Kulturkonten. Ich möchte jetzt nicht GR Apfelthaler wiederholen, der das ja treffend in der letzten Sitzung formuliert hat. Aber man sollte natürl. rechtzeitig schauen, was an Geldern vorhanden ist, um diese auch für die Kultur einzusetzen. Deswegen begrüße ich wirklich ausdrücklich, was Harald Philipps hier vorgestellt hat: Daß zumind. der Ausschuß von unserer Fraktion bereits an der Arbeit ist, bis 17. Jänner einen Prioritäten-Katalog vorzulegen, damit für das nächste Jahr eine sinnvolle Kulturpolitik ermöglicht wird. Wir haben, wenn wir die

Kulturausgaben von 26,3 Mill. S anschauen für das Jahr 1994 und dazu noch 1,4 Mill. für Jugendkultur-Veranstaltungen rechnen, fast 28 Mill. S im Kulturbereich - ohne VHS - zur Verfügung. Das sind mehr als 3 % des Gesamtbudgets.

Ich habe Dir - als die Diskussion vor etwa einem Jahr sehr stark gewesen ist - vorgerechnet, was es in anderen Städten (Krems, Traun, Wels u. in anderen vergleichbaren Städten) an Kulturausgaben gibt. Dort, wo es keine bes. Festwochen o. ä. Veranstaltungen gibt, ist es im Bereich um die 2,5 % - also sind wir in Steyr auch weiter und haben die "Nase" vorn!

Wenn ich noch die Entwicklung der Kulturausgaben von 1992 bis 1994 anschau: Im Jahr 1992 waren es 23,9 Mill., im Jahr 1993 waren es 25,7 Mill. und - wie gesagt - für 1994 sind 26,3 geplant. Wenn ich mir dabei die Einnahmen anschau, sollten schon wieder die Alarmglocken schrillen und klingeln: Im Jahr 1992 gab es 2,229 Mill. an Einnahmen, 1993 waren es (aus dem Kulturkarten-Verkauf f. Verantst.) 1,936 Mill. und für 1994 sind 1,847 Mill. geplant. Das wundert einen auch nicht, wenn man in der Kulturszene ab und zu - leider nicht sehr häufig, weil die Zeit dazu nicht ausreicht - Veranstaltungen besucht, die oftmals nur durch gähnende Leere ausgezeichnet sind. Du hast mir selbst schon beigepflichtet, als wir kürzlich die Ausstellung

des zeitgen. Kunstforums hatten - mit einer Minderzahl an Exponaten, und über die Qualität möchte ich mich nicht äußern; da gibt es Berufenere, das zu tun. Hier darf es einen nicht wundern, daß für sinnvolles Kultur-Management zu wenig Geld vorhanden ist.

Noch etwas möchte ich Dir, Leopold, zum Nachrechnen oder zum Nachdenken mitgeben: Dein Kostendeckungsgrad der VHS - ich weiß nicht, hat Dir das Fr. OAR Karner gesagt, die Du heute so gelobt hast - dann kann sie nicht prozentrechnen - oder hast Du es vielleicht selbst ausgerechnet. Ich darf Dir nur sagen, daß die VHS im Jahr 1992 Einnahmen von 3,4 Mill. hatte und Ausgaben von 7,9 Mill. budgetiert waren. Da ist der Kostendeckungsgrad (ich habe das ausgerechnet) 43 % und liegt nicht weit über 80 %, wie Du gerechnet hast! Wenn Du natürlich annimmst, daß die Verwaltung der VHS ohnehin vorhanden ist, magst Du vielleicht recht haben, daß die Referenten-Honorare zu einem best. Teil abgedeckt sind. Aber Kultur und VHS kommen eben auch nicht ohne Verwaltung und anteilige Verwaltungskosten aus, die wir ebenfalls wieder aus dem Budget bezahlen müssen; wir haben keine Sponsoren von auswärts. Wenn ich mir die Zahlen von 1993 ansehe: da waren die Einnahmen wiederum reduziert, obwohl das Angebot dramatisch ausgeweitet wurde;

und die Ausgaben mit den Nachforderungen, die gestellt worden sind, von ursprüngl. 1,5 Mill. - ich hörte heute von Dir, daß es nur 1,2 Mill. gewesen wären -, insgesamt 9,16 Mill. S. Ein Kostendeckungsgrad von 34,5 %. Wenn man natürl. dann immer nur von "unseren" Referaten spricht - das ist auch ein Vorwurf, den ich der FPÖ hier nicht ersparen kann. Günter Fürweger hat das beim Nachtragsvoranschlag gemacht; heute schon wieder: "Ihr seid in Euren Referaten begrenzt worden". Das tut mir wirklich leid, denn als StS- und GR-Mitglied in der Stadt Steyr ist man auch für die Gesamtdeckung und für das Gesamtbudget verantwortlich. Dieses frivole Spiel, immer beim anderen die Einsparungsvorschläge zu machen und bei sich selbst nicht - da sollte eigentl. schon bekannt sein, daß das nicht geht. Auch zur Verhandlungsführung und zum Verhandlungsklima will ich noch etwas sagen. Ich möchte - ohne andere kränken zu wollen, weil ich sie nicht erwähne - zwei hervorheben, die mir sehr imponiert haben bei der Verhandlung. Das war StR Holub, weil er sich von seiner ursprüngl. ausbedungenen 3-Jahres-Etappe bei der Renovierung des APT, im Sinne dieser Gesamtverantwortung, zurückbewegt hat. Wirklich Hochachtung dafür, Karl! Ich bin Dir wirklich dankbar, denn es ist für einen Referenten nicht leicht,

in seine Abteilung hinzugehen und sagen zu müssen, Leute es geht uns schlecht, daher müssen wir etwas langsamer treten. Was mir noch sehr imponiert hat, war die Verhandlung mit der GAL. Nicht deswegen, weil sie die Zustimmung gegeben haben, sondern weil sie versucht haben, seriöse Einsparungsvorschläge zu machen. Sie haben nicht nur im Sozialbereich gefordert, der wirklich auch in manchen Fällen besser zu dotieren ist - das hat die Debatte heute gezeigt -, sondern mir hat auch gefallen, daß andererseits Vorschläge eingebracht wurden!

Jetzt zur FPÖ-Verhandlung. Wir hatten insgesamt 3 Protokolle ermittelt. Beim ersten Protokoll war dann die Besprechung mit dem Fraktions-Vorsitzenden, Dr. Pfeil. Hier sind dazugekommen - ich möchte das jetzt der Reihe nach aufzählen, um die Ehrlichkeit ein wenig zu erhellen: MAW-Förderung - absolut nein, aber ja, wenn ein wirtschaftl., also ein inhaltl. Konzept vorliegt. Diese Sache ist im Abänderungsantrag verwirklicht! Zumind. hingeschrieben; ob ein Konzept kommt, das zu diesen Ausgaben führen wird, steht noch in den Sternen.

Die Regelung der Verkehrstarife - zuerst hast Du gesagt, daß es noch fraglich ist. Im nächsten Anlauf: auch ohne Zustimmung zum Budget soll ein Konsens gefunden werden, Rahmenbedingungen sollen

passen. Ich hoffe, daß der Kommunalausschuß ...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir sind gesprächsbereit!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ich hoffe, daß der Kommunalausschuß auch diesbezügl. von Dir keine Anweisungen bekommt, andere Überlegungen durchzuführen.

Dann haben wir besprochen, daß an den Punkt C) - Punkt A) waren 6,3 Mill. S Investition Stadtwerke, also im Gasbetrieb; Kulturausgaben, die Erhöhung auf die ursprüngl. 1,570 Mill., wo die vor zwei Jahren schon erstmals genehmigte Kulturmillion drinnen war. Im Jahr 1992 waren 1,570 Mill. auf diesem Konto; Pfeil oder die Abteilung haben davon 600.000 verbraucht. Da waren Sie noch nicht herinnen, GR Apfelthaler, dieses Mal mit den 800.000 war ja schon eine passable Leistung, wo man eigentl. dem Kultur-Referenten danken müßte. Aber immerhin 800.000 Schilling. Wir hätten das auf 1,570 Millionen erhöht.

Nächster Punkt - wie gesagt - war das MAW.

Dann ist es mit der Bücherei weitergegangen. Er wollte die Renovierung der Bücherei. Unsere Linie war, wenn die Standortfrage Bahnhofstraße geklärt ist! Ich glaube, es wäre sinnlos - wenn wir noch nicht

wissen, ob dort drüben wirklich das Kulturamt errichtet wird und ob die Bibliothek auch dort bleibt -, hier bereits einen Ansatzposten hineinzuschreiben, der ohnehin nur durch Schuldenaufnahme und durch Darlehensaufnahme wieder herausgekommen wäre. D. h., wir hätten dann nicht 700 Mill., sondern 710 Mill. S Darlehen in unserem Budget, nach außen ein noch schlechteres Aushängeschild und müßten diese 10 Mill. S vielleicht gar nicht in die Hand nehmen, wenn die Frage nicht geklärt ist. In unser nächstes Protokoll haben wir aber auch das aufgenommen.

Dann ist es weitergegangen mit dem entgeltl. Vorkaufsrecht für das Schloß Voglsang. Eine Sache, die auch im Protokoll - FPÖ III steht bei mir oben - drinnen gewesen ist. Unter Pkt. 6) hat es geheißen: "Es wird vereinbart, daß sich die Stadt Steyr für das Schloß Voglsang um ein Vorverkaufsrecht - ev. entgelt. Vorverkaufsrecht bemühen soll." Pkt. G) war dann: Planung citynahes Parkhaus - auch darüber ist im Protokoll FPÖ Nr. III das drinnen.

Das waren die Besprechungs-Ergebnisse unserer damaligen Besprechung. Fast alles von dem - einen Posten habe ich jetzt übersprungen, nämlich die berühmten Projekte. Wo ursprüngl. der Kultur-Manager bezahlt hätte werden sollen, dann die Bilder u. a. Dinge auch - eine Erhöhung auf 500.000. Auch

das war im Protokoll FPÖ III enthalten.

Als Du, lieber Leopold, dann zur Sitzung gekommen bist, habe ich Dir nach dem ersten Satz schon gesagt, daß ich sehe, daß Du an einer Zustimmung überhaupt nicht interessiert bist. Du hast nämlich von dem Zeitpunkt an, als Du dagesessen bist, alles abgelehnt, was Du eine Runde vorher bejaht hast. Du hast alles in Frage gestellt und einen Zusatzantrag nach dem anderen eingebracht.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Über den Zustand, in dem Du am Freitag bei den Verhandlungen warst, möchte ich gar nicht reden!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ich war ja nicht überrascht über diese Angelegenheit, weil ja die Medien bereits vor zwei Monaten berichtet haben, daß Ihr diesbezügl. keine Zustimmung erteilen könnt.

Was ich hier fordern möchte, und was ich auch begründen kann, ist zwar eine indirekte Postenvermehrung oder auch wieder nicht, denn es ist ja bekannt, daß der GB IX der Einsparung zum Opfer fallen soll - die Controlling-Stelle, denn es zeigt sich immer mehr, daß wir in vielen bedeutenden Bereichen über keine Kostenrechnung verfügen, und dann solche Zahlen herauskommen, wie

Kostendeckungsgrade, die hinten und vorne nicht stimmen. Hiezu gehören die Stadtwerke, die Gärtnerei, der Wi-Hof, die Hausdruckerei, die VHS. Dazu brauchen wir ein starkes Controlling. Und zwar nicht nur ein Controlling, das die Zahlen nachzurechnen hat, sondern vor allem ein strategisches Controlling, das den Willen des GR umzusetzen hilft.

Es tut mir leid, daß dieses Budget, das aufgrund der begrenzten Möglichkeiten nicht alle Wünsche decken konnte, nicht einstimmig gefaßt werden kann. Ich bin aber trotz der Umstände, die dazu führen, zufrieden, daß es so glimpflich abgeht mit den Neuverschuldungen und mit dem, wie wir uns auch weiter noch "rühren" können. Denn die Sparkassen-Millionen sind nicht zur Gänze verschwunden und zur Verlustabdeckung oder zur Budget-Sanierung "verbastelt" worden, sondern durchwegs für wichtige Investitionen.

Außerdem sind nach diesem Budget auch für das Jahr 1995 noch Mittel in Höhe von etwa 50 Mill. S auszugeben. D. h., daß das Budget für 1995 - wenn die Entwicklung nicht noch schlechter wird - zu managen sein wird.

Ich darf noch einmal den Wunsch um ein gutes und glückliches Jahr 1994 - nicht nur für Sie alle, sondern auch für das Budget - zum Ausdruck bringen. Weiters möchte ich meinem Chef-Beamten im GB II, Hrn. Mag.

Lemmerer, und seiner Mannschaft danken - ich werde das am Dienstag bei der Weihnachtsfeier noch einmal wiederholen. Ich bedanke mich auch bei Dir, lieber Engelbert Huber, daß Du mir gedankt hast. Dem kann ich mich nur vollinhaltlich anschließen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals! Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über das Budget 1994. Zunächst lasse ich über die Abänderungsanträge der FPÖ zum Voranschlag 1994, in der eingereichten Reihenfolge, abstimmen.

Der erste Antrag betrifft die Reduzierung des Ansatzes für die Dienstautos von 140.000 auf 40.000 S. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. 8 Pro-Stimmen (FP). Wer enthält sich der Stimmen? 1 Enthaltung (FP). Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP + GAL). Das ist die Mehrheit, der Antrag ist abgelehnt.

Der Antrag Nr. 2) betrifft die Subventionen an die Parteien. Sie sollten von 2,6 auf 2,450 Mill. gesenkt werden. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Antrag Nr. 3). Er betrifft die Personalkosten im Personalamt.

Hier soll eine Reduzierung von 4,394 auf 2,840 Mill. stattfinden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. 9 Pro-Stimmen (FP). Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? Der Rest. Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Antrag Nr. 4) - dieser betrifft die Reduktion der Gesamtkosten f. d. Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit von 3,857 auf 2,850 Mill. S. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? 2 Enthaltungen (GAL). Wer ist dagegen? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag Nr. 5) betrifft die Repräsentationskosten. Hier soll eine Reduktion von 991.000 auf 495.500 Schilling vorgenommen werden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP + GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag Nr. 6) betrifft die Aufwendungen für Ehrungen und Auszeichnungen. In diesem Fall soll eine Reduktion von 340.000 S auf 100.000 S erfolgen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Wer ist gegen diesen Antrag? Der

Rest (SP + VP + GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Der nächste Antrag betrifft die Gesamtausgaben f. Städtekontakte und Partnerschaften. Hier solle eine Reduktion von 165.000 S auf 55.000 S stattfinden. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP + GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Der Antrag Nr. 8) betrifft die Verfügungsmittel f. Bgm., Vbgm., Stadträte und Fraktionsobmänner. Hier soll eine totale Streichung erfolgen. Der Ansatz liegt derzeit bei 375.000 S. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP + GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Der Antrag Nr. 9) betrifft den Ansatz f. Personalaus- und -fortbildung. Der Ansatz von 2,076 Mill. soll auf 1 Mill. gesenkt werden. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP + GAL). Der Antrag ist abgelehnt. Die Subventionen f. d. Personalvertretung zur

Gemeinschaftspflege in Höhe von 500.000 S sollen im Antrag Nr. 10) auf 350.000 S gesenkt werden.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Wortmeldung!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Die Anträge sind bereits in Behandlung gestanden.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Wieso gibt es keine Wortmeldung? Wo steht das?

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Ich bin zu demokratisch, ich lasse zuviel reden!

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Du bist mit Deiner "Zeitungsleserei" auch fertig, aber die Hrn. Juristen beraten, ob es möglich ist, daß ich vor diesem Gremium noch eine Wortmeldung abgebe.

PRÄS.-DIR. OMR
DR. GERHARD ALPHASAMER:
Es gibt nur mehr eine Wortmeldung zur GO!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Zum Inhalt ist keine Wortmeldung mehr möglich, nur zur GO!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke für die Aufklärung, Hr. Bgm. Aber ich habe ja noch die Möglichkeit, wenn nicht heute, bei anderen Gelegenheiten darauf hinzuweisen. Vielleicht könnten wir auch eine Aktuelle Stunde machen! Da könnte ich dann das sagen, was ich zu diesen 11 abgelehnten Anträgen jetzt zu sagen gehabt hätte. Danke für den Hinweis, ich werde mich dann bei der Aktuellen Stunde zu Wort melden!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Verständnis, daß die GO eingehalten werden muß!

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 10). Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein diesbezügl. Zeichen. Danke. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? 2 Enthaltungen (GAL). Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Im Antrag Nr. 11) geht es um die Bezüge der Organe. Hier soll eine Senkung von 10,259 Mill. S auf 9,806 Mill. S stattfinden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. 9 Pro-Stimmen (FP). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP + GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Nun lasse ich über den Hauptantrag, über das Budget in der Fassung des gemeinsamen Abänderungsantrages

abstimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Pro-Stimmen: SP + VP + GAL. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Budget-Voranschlag? 9 Gegenstimmen (FP). Das Budget 1994 ist mit Mehrheit beschlossen.

Es gibt zwei Zusatzanträge. Im ersten geht es um folgendes:

Im Zusammenwirken mit dem Bezirksschulrat sollen Erhebungen durchgeführt werden, wieviele schulpflichtige Kinder im Jahre 1994 im Stadtteil Resthof wohnen bzw. derzeit in stadtteilmfremden Schulen (VS und HS) untergebracht sind.

Soweit ich informiert bin, hat der Bezirksschulrat bereits eine solche Studie in Auftrag gegeben. Aber der Antrag steht zur Abstimmung.

Wer für den Antrag ist, der möge ein diesbezügl. Zeichen geben. Danke sehr. 11 Pro-Stimmen (9 FP, 2 GAL). Übt jemand Stimmenthaltung? 2

Enthaltungen (VP). Wer ist gegen den Antrag. Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Der Zusatzantrag Nr. II betrifft die Errichtung von zwei aneinandergereihten Spielplätzen plus Umkleidekabinen auf dem Areal des Stadtgutes.

Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich jetzt um ein Zeichen mit der Hand. Danke. 8 Pro-Stimmen (FP). Wer enthält sich

der Stimme? 1 Enthaltung (FP). Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP + GAL). Damit ist auch der Zusatzantrag Nr. II mit Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist das Budget beschlossen, und wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Wünscht die FPÖ, ein Thema anzusprechen?

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wenn der Bgm. erlaubt, bleibe ich gleich sitzen. Aktuell ist Weihnachten bzw. das neue Jahr. Ich möchte diesen Anlaß benützen, um Ihnen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen aller Parteien, und auch den anwesenden Pressevertretern fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr zu wünschen - mit der Bitte um gute Zusammenarbeit verbunden. Vielleicht läßt sich die Zusammenarbeit im Jahr 1994 noch verbessern! Das wünsche ich mir. Ich wünsche auch den Bediensteten des Hauses im Namen unserer Fraktion dasselbe; weiters bedanke ich mich für die Mitarbeit bei der heutigen Sitzung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. FPÖ-Fraktion? Keine Wortmeldung. ÖVP-Fraktion?

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen und allen Mitgliedern des GR und der Beamtenschaft ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr wünschen. Ich bitte auch im nächsten Jahr um eine gedeihliche und gute Zusammenarbeit.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. GAL-Fraktion?

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Auch die GAL-Fraktion schließt sich den Wünschen der ÖVP-Fraktion an. Weiters wünschen wir ein angenehmes, arbeitsreiches Jahr 1994.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine Damen und Herren, wir sind nunmehr wirklich am Ende dieser heutigen, langen, wichtigsten Sitzung angelangt. Es waren insges. 30 Debattenredner und wir haben - so glaube ich - die Situation von allen Seiten beleuchtet. Es liegt nahezu ein Jahr hinter uns, in dem in diesem Haus - trotz aller in der Öffentlichkeit noch stärker zum Ausdruck gekommenen Gegensätzlichkeit - sehr viel in Angriff genommen wurde. Eigentl. wurden die wichtigsten Beschlüsse recht einvernehmlich gefaßt. Ich glaube, wir müssen noch weiter versuchen,

miteinander besser
auszukommen und im sachl.
Bereich zu bleiben bei den
Auseinandersetzungen - wie sich
das in der Politik gehört. Ich
möchte Ihnen für die
Zusammenarbeit danken, die ich
eigentl. mit jeder und mit jedem
Gemeinde-Mandatar gehabt habe
- die gute pers. Gesprächsbasis.
Ich danke auch unserer
Beamtenschaft, die in diesem
Jahr sehr viel gearbeitet hat und
an diesen Erfolgen, die es
aufzuzählen gibt, einen sehr
großen Anteil hat.

Ich wünsche Ihnen persönl. ein
frohes Weihnachtsfest und ein
wenig Entspannung in der
vorweihnachtl. Zeit, damit wir
wieder mit neuer Kraft im Jahr
1994 arbeiten können - zum
Wohle unserer Stadt.

Jetzt möchte ich noch einladen,
daß wir - sofern die Zeit bleibt
und die Kraft ausreicht - noch
gemeinsam in das Gasthaus
Schwechater gehen, wo wir einen
Raum reserviert haben, um
diesen Abend ausklingen zu
lassen. Alles Gute für Weih-
nachten und für das nächste Jahr.
Die Sitzung ist geschlossen.

Beifallskundgebung

ENDE DER SITZUNG: 20.46 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Friederike Mach e.h.

Brigitte Lohnecker e.h.